Fürst Franz von und zu Liechtenstein

feiert am 28. August 1913 seinen 60. Geburtstag. Er ist, wie allen Fachgenossen bekannt ist, seitdem er in Petersburg Botschafter war (1894—1898), ein eifriger Förderer der osteuropäischen und im besonderen der russischen historischen Studien. In seinem Auftrage begann Hans Uebersberger 1899 mit der Durchforschung der russischen und österreichischen Archive zu einem Werke, das die österreichisch-russischen Beziehungen seit ihrem Beginne behandeln sollte. Als erste Frucht dieser Arbeit erschien 1906 der erste Band von „Rußland und Österreich seit dem Ende des 15. Jahrhunderts" und 1913 der erste Band „Rußlands Orientpolitik in den letzten zwei Jahrhunderten". Fürst Liechtenstein scheute für diese Arbeiten kein materielles Opfer und ermöglichte durch die Schenkung der von ihm zu diesem Zwecke angekauften Bibliothek Bilbasovs ein intensiveres Lehren und Lernen der osteuropäischen Geschichte an der Wiener Universität. So wurde er der eigentliche Schöpfer des ausgezeichnet ausgestatteten „Seminars für osteuropäische Geschichte" an der Wiener Universität, für dessen Ausbau er seither immer eifrig bemüht gewesen ist.

Seit 1903 Vorsitzender der k. k. Kommission für neuere Geschichte Österreichs, seit 1910 Präsident der Zentralkommission für Denkmalpflege steht er an der Spitze jener geistigen Arbeit in Österreich, die den historischen und kunsthistorischen Studien, der Erhaltung und Bewahrung von Archiven und Kunstdenkmälern gewidmet ist.

Die Zahl solcher Mäzene, die zugleich mit tiefem eigenen Verständnis die Arbeiten anregen und fördern, ist in der Historie überhaupt nicht groß, in der osteuropäischen Forschung Westeuropas ist Fürst Liechtenstein der einzige.

Ihm bringt auch unsere Zeitschrift ihre besten Wünsche zum 60. Geburtstage dar und vereinigt sich mit den Fachgenossen auf unserem weiten Forschungsgebiete in dem Danke für die gewährte umfassende und selbstlose Förderung in anderthalb Jahrzehnten und der Hoffnung und dem Wunsche, daß sich unsere Arbeit, insonderheit die Erforschung Rußlands, noch lange dieser Förderung und Anregung des erlauchten Präsidenten der Kommission für neuere Geschichte Österreichs erfreuen dürfe!

Russisch-englische Beziehungen unter Kaiser Nikolaus I.

Ein Vortrag, gehalten auf dem internationalen Historiker-Kongreß zu London.

Von

Theodor Schiemann.

Die Beziehungen zwischen Rußland und England sind nach der Krisis, welche die letzten Jahre Alexanders I. gebracht hatten, zu Anfang der Regierung Kaiser Nikolaus' I. vortreffliche gewesen. Der junge Kaiser verstand es, den Herzog von Wellington zu faszinieren, der mit einem hochdiplomatischen Auftrage Georg Cannings nach Petersburg delegiert worden war. Die Verhandlungen, in denen sie das Verhältnis der Interessen Englands und Rußlands in der orientalischen Frage abwogen, mündeten in die Bestimmungen des berühmten Protokolls vom 4. April 1826 aus, das als das eigentliche Fundament der Befreiung Griechenlands zu betrachten ist.

Aus der englisch-russischen Verständigung über die prinzipielle Seite dieser Frage erwuchs aus russischer Initiative die englisch-französisch-russische Tripel-Allianz vom 6. Juli 1827, und am 20. Oktober desselben Jahres schlugen die vereinigten Flotten der drei Mächte die Schlacht bei Navarino, von welcher der Niedergang der türkisch-ägyptischen Seemacht zu datieren ist. Bald danach aber gingen die Wege Rußlands und seiner Verbündeten auseinander. In dem Kriege Nikolajs mit Sultan Mahmud II. traten die Gegensätze zutage, welche sie trennten. Aber in England wie in Frankreich und Österreich, das sich ihnen näherte, überschätzte man die Tatkraft des Caren. Muß der Friede, der am 14. September 1829 zu Adrianopel abgeschlossen wurde, auch als die Tatsache erkannt werden, welche

die Türkei bis in ihre Fundamente hinein erschütterte, so daß alles spätere nur als eine teils direkte, teils indirekte Folgeerscheinung zu betrachten ist, so bewies er doch auch der Welt, daß der Kaiser Nikolaus kein Eroberer war, wie Peter der Große und wie seine Großmutter, die Kaiserin Katharina II. Das Ziel der russischen Politik war fortan auf lange hinaus nicht, die Herrschaft der Türken in Europa zu stürzen, sondern sie zu erhalten, weil eine schwache Türkei stets der bequemste Nachbar Rußlands am Balkan sein werde. So hat in den ersten Dezembertagen des Jahres 1828 ein Komitee, das unter Vorsitz des Kaisers tagte, ausdrücklich festgesetzt: die stillschweigende Voraussetzung war dabei, daß unter allen Umständen der russische Einfluß am Goldenen Horn dominieren müsse. Auch war dies das Ergebnis des Adrianopeler Friedens, sehr zum Mißfallen Englands und Frankreichs, die fortan in Rußland einen unbequemen Rivalen erblickten, dessen Einfluß in Konstantinopel sie mit allen ihnen zu Gebot stehenden Mitteln entgegenzuwirken bemüht waren. Man ahnte, daß trotz allem ein weitgehender Ehrgeiz den Sinn des Kaisers beherrschte, und in dieser Erkenntnis war jener Polignacsche Teilungsplan entstanden, dessen Opfer die Türkei werden sollte. Er ist offiziell niemals an den Kaiser herangetreten, aber Frankreich hat den Gedanken auch dann nicht aufgegeben, als mit der Julirevolution Carl X. und die Bourbonen und mit ihnen Polignac von der politischen Schaubühne verschwanden. Der Kaiser hat bekanntlich Louis Philippes Usurpation niemals verziehen, und daß England sie anerkannte, hat für lange Jahre auch die politischen Fäden zerrissen, die, allerdings nur noch locker, England und Rußland verknüpften. Fortan wurde die Politik Europas durch den Gegensatz der Westmächte zu der Koalition der Ostmächte beherrscht. In zwei Lagern standen die Mächte Europas einander gegenüber: die konservativ absolutistischen Mächte des Ostens und die beiden Seemächte, wie man damals sagte, England und Frankreich, von denen ersteres seit Annahme der Reformbill dem russischen Kaiser ebensosehr als eine revolutionierende Macht erschien, wie Frankreich, dessen König er mit tötlichem Haß verfolgte. Diese Gegensätze machten sich überall im politischen Leben

Europas geltend; in den Beziehungen Englands zu Rußland stießen sie am härtesten im Orient aneinander. Schon vier Jahre nach dem Frieden von Adrianopel schien ein Zusammenstoß bevorzustehen. Der Kaiser benutzte die Gefahr, in welche der Ehrgeiz Mehemed Alis von Ägypten und der erste Siegeszug Ibrahim Paschas den Sultan versetzten, um als Retter der Türkei mit Flotte und Landungstruppen vor Konstantinopel zu erscheinen und sich als Lohn am 5. Juli 1833 den berühmten Vertrag von Hunkiar-Skelessi verleihen zu lassen, der ein Schutz und Trutzbündnis zwischen der Türkei und Rußland auf zunächst acht Jahre vereinbarte und die Türkei verpflichtete, auf Verlangen Rußlands fremden Kriegsschiffen die Einfahrt in die Dardanellen zu verschließen. Dieser Vertrag ist nur von den Ostmächten, niemals von Frankreich und England anerkannt worden.

Zwischen England und Rußland waren jedoch außer der fortbestehenden Rivalität in Konstantinopel andere Gegensätze lebendig geworden. Im Verein mit Frankreich war Lord Palmerston bemüht, nach dem blutigen Ausgang, den die polnische Revolution mit der Erstürmung Warschaus gefunden hatte, den Kaiser durch einen nachhaltigen diplomatischen Druck zur Wiederherstellung der Verfassung zu nötigen, die der Kaiser Alexander I. am 27. November 1815 dem „Königreich Polen“ verliehen hatte. Die englisch-französische Auffassung war, daß Alexander für sich und seine Nachfolger damit eine völkerrechtliche Verpflichtung eingegangen war, die russische, daß seine Verfassung ein Gnadengeschenk sei, das die Polen durch die Revolution vom 29. November 1830 verwirkt hätten.

Vereinigen ließen sich diese Gegensätze nicht, und da die polnischen Emigranten in England und Frankreich eine Zufluchtsstätte fanden, von der aus sie ihre Emissäre in das russische Polen schickten, um es aufs neue zu revolutionieren, wurde der Zwiespalt je länger um so schärfer. Der Aufstand im Kaukasus, der von England aus, wenngleich nicht offiziell, unterstützt wurde, Gegensätze in Persien und Afghanistan, zu dem Rußland im Jahre 1836 zum erstenmal in direkte politische Beziehungen trat, endlich das Anwachsen der russischen Flotte geben Anlaß zu neuen, immer schärfer werdenden politischen

Differenzen. Der Kaiser Nikolaus ist, so wenig er selbst Seemann war, doch der Neubegründer der russischen Kriegsflotte gewesen, die unter Alexander I. völlig in Verfall geraten war. Nikolais Helfer, der Fürst Menšikov, verstand es, in verhältnismäßig kurzer Zeit der Marine neues Leben einzuflößen. In der Zeit der Holzschiffe war es verhältnismäßig leicht, Fahrzeuge zu beschaffen, um gleichsam aus dem Nichts eine Flotte hervorzuzaubern. Die Ausbildung der Mannschaften hat freilich stets zu wünschen übrig gelassen. Den Grundstock bildete die Fischerbevölkerung Finnlands, Estlands und Kurlands, aber der Kaiser zog auch mit Vorliebe Juden und Polen heran, weil die Desertion der Flottenmannschaften schwieriger war als die der Landtruppen. Nikolaj pflegte Jahr für Jahr die Flotte im Sommer mindestens einmal zu revidieren, und Lob wie Strafe erreichten schließlich das Ziel, daß um das Jahr 1836 die russische Kriegsmarine die zweitstärkste Europas war. Als der Kaiser im Juli 1836 vor Kronstadt manövrierte, ordnete er seine Flotte in drei Linien, deren erste von 26 Linienschiffen gebildet wurde, die zweite 16 Fregatten und die dritte 20 leichtere Fahrzeuge zählte. Dazu kam aber noch die das Schwarze Meer beherrschende Flotte, die ihre Stationen in Odessa und Sevastopol' hatte und aus drei Geschwadern von 20 Linienschiffen bestand. Der englische Kapitän Crawford, der im Juli 1836 dem Kronstädter Manöver beiwohnte, veröffentlichte 1837 eine Broschüre, in der er u. a. sagt: „Wenn ich den Zustand der russischen Flotte jetzt und früher vergleiche und bedenke, wie wenig von uns in demselben Zeitraum geschehen ist, fühle ich, daß die Russen uns weit voraus sind . . .“ Er meinte, Rußland könne die englische Handelsflotte wegnehmen, bevor die britische Kriegsflotte imstande sei, sie zu verteidigen. Wie meist in solchen Fällen war das Mißtrauen ein gegenseitiges. Zu Anfang 1837 erwartete Nikolaj einen Angriff der englischen Flotte. Der bekannte Streitfall über den Vixen erhitzte die Atmosphäre noch mehr; Palmerston ließ durch den Gesandten in Petersburg darauf aufmerksam machen, daß die in Finnland, Russisch-Polen und in Cirkassien angelegten Befestigungen in England Beunruhigung hervorriefen, während andererseits der Kaiser erbittert war über eine von England aus organisierte Expedition pol-

nischer Emigranten, deren Auftrag dahin ging, einen Aufstand in Polen vorzubereiten. Pozzo di Borgo, damals als Botschafter Rußlands aus Paris nach London versetzt, riet dringend, eine geplante Reise des Großfürsten-Thronfolgers nach England um ein Jahr zu verschieben, weil die antirussische Stimmung so stark sei, daß er die Verantwortung für nicht unwahrscheinliche Zwischenfälle nicht übernehmen könne. Der bevorstehende Besuch des Großfürsten Alexander war aber bereits in London angemeldet worden und der Kaiser viel zu stolz und selbstbewußt, um im Hinblick auf mögliche Gefahren einen Rückzug anzutreten. An demselben Tage, an dem er den warnenden Brief Pozzos erhielt, am 17. April 1839, befahl er dem Reisebegleiter des Großfürsten, dem Grafen Orlov, ohne jeden Zeitverlust die Fahrt nach England anzutreten. Sie hat den allerbesten Verlauf genommen. Die nie versagende Gastfreundschaft Englands, die Klugheit Orlovs, die Bescheidenheit des Großfürsten, sein gefälliges Äußere und die sichere Höflichkeit seiner Manieren, die wahrhaft kaiserliche Freigiebigkeit, die er auf Befehl des Vaters entfaltete, das alles gewann ihm die Sympathie der Königin wie des Volkes. Es machte einen sehr guten Eindruck, daß Alexander den eben damals zurückgetretenen Minister Melbourne besuchte, und als Ende Mai die russischen Gäste England verließen, begannen bereits die antirussischen Stimmungen zu schwinden. Allerdings hat dabei die große Politik mitgespielt. Seit 1836 verstimmte in England das Vorgehen der Franzosen in Tahiti, die Sympathien, mit denen sie den Aufstand Papineaus in Kanada begleiteten, vor allem aber die neue Wendung, welche die Erfolge Mehemed Alis von Ägypten der orientalischen Frage in den Jahren 1839 und 1840 gaben. Die russischen und die englischen Interessen standen, wenngleich aus verschiedenen Motiven, in scharfem Gegensatz zu den ägyptischen Interessen Frankreichs, und es war ein Meisterzug der russischen Politik, daß sie, um das Mißtrauen Englands zu überwinden, aus eigener Initiative auf die Vorteile verzichtete, die ihr der Vertrag von Hunkiar-Skelessi gesichert hatte. Erst dieser Verzicht machte es Palmerston möglich, seinen Namen unter den berühmten Vertrag von 15. Juli 1840 zu setzen, der Frankreich isolierte, den Ehrgeiz Mehemed Alis auf Ägypten

im engeren Sinne zurückwarf, und der Türkei, wie es scheinen konnte, eine Periode ruhiger nationaler Entwicklung sicherte. Der Kaiser Nikolaus empfand diese Wendung als einen glänzenden Erfolg seiner Politik, deren Spitze doch stets gegen das revolutionäre Frankreich Louis Philippes gerichtet war, und als dann im Hinblick auf die Möglichkeit eines englisch-französischen Krieges, während der kurzen Episode des Ministeriums Wellington, England durch den russischen Gesandten Brunnow vorsichtig anfragen ließ, ob es für den Kriegsfall auf russische Hilfe zur Verteidigung der Küsten Englands rechnen könne, da schrieb der Kaiser am 15. August 1840 triumphierend seiner Gemahlin: „J'ai reçu d'excellentes nouvelles de Londres . . en cas d'impossibilité d'éviter la guerre, l'on compte sur notre flotte pour la défense des côtes d'Angleterre. Garde cela pour toi—mais peut-on croire que nous en soyons revenus là? Voilà donc cette flotte contre laquelle on a tant crié, et qui a failli être une source de guerre entre nous, cette même flotte appelée, le cas échéant, à défendre l'Angleterre, trop faible pour résister seule." Er hatte sofort erklärt, daß er seine Flotte zur Verfügung Englands stelle, und schon am 26. August konnte er der Kaiserin schreiben: „. . . l'on est dans la joie et la reconnaissance pour l'offre de mon escadre. Qui l'aurait jamais cru?"

Bekanntlich ist es weder zu einem englisch-französischen Konflikt noch überhaupt zu einem Kriege wegen der ägyptischen Frage gekommen. Die Londoner Konvention vom 13. Juli 1841 hob die diplomatische Isolierung Frankreichs auf und stellte durch die Vereinbarung der fünf Großmächte über die Schließung der Dardanellen das europäische Konzert wieder her. Ganz überbrücken aber ließ sich der Gegensatz nicht, den das Jahr 1840 so deutlich hatte zutage treten lassen, aber der Kaiser Nikolaus trug sich mit der Hoffnung, daß es ihm trotz allem gelingen werde, England ganz in die Bahnen seiner Politik hinüberzuziehen. Schon zu Anfang des Jahres 1841 hatte er eine Unterredung mit dem englischen Botschafter Clanricarde, über welche dieser Palmerston Bericht erstattete. Der Kaiser hatte darauf hingewiesen, daß die Ruhe Europas erst dauernd gesichert sein werde, wenn England in Gemeinschaft mit Rußland, Österreich und Preußen den gegen den Bestand der Ver-

träge von 1815 gerichteten Bestrebungen Frankreichs entgegentrete. Palmerston antwortete, er könne zwar keine Verpflichtungen für die Zukunft übernehmen, werde sich aber stets den Alliierten anschließen, wenn es sich darum handele, Anschläge Frankreichs zu bekämpfen, die den allgemeinen Frieden Europas bedrohten. Den Inhalt der Unterredung Nikolajs mit Clanricarde faßte darauf der Vizekanzler Nesselrode in einer an Brunnow gerichteten Depesche zusammen, und diese wurde, unter Zustimmung des Kaisers, auf Bitte Palmerstons, in Abschrift den Akten des foreign office einverleibt. Leider ist diese Depesche bisher nicht bekannt geworden, was um so mehr zu bedauern ist, als sie wahrscheinlich im Zusammenhang mit der orientalischen Krisis und dem Kriegsplane von Thiers gestanden hat. Mit der ihm eigenen Zähigkeit aber verfolgte der Car seine Pläne weiter. Sie gingen im letzten Ziel dahin, eine politische Lage zu schaffen, die England so weit von Frankreich trennen sollte, daß, wenn einmal die Lösung der orientalischen Frage erfolgte, die er sich als sehr nahe bevorstehend dachte, er mit England und Österreich allein, ohne Zuziehung Frankreichs, die Entscheidung herbeiführen könne. Unter dem zweiten Ministerium Peel, 3. September 1841, als Aberdeen Leiter des foreign office war, wurden die Beziehungen zu Rußland noch intimer. Im Oktober 1842 konnte Brunnow melden, daß England bereit sei, für den Fall, daß der Tod Louis Philippes in eine revolutionäre Propaganda ausmünden sollte, ihr im Einvernehmen mit den Kontinentalmächten entgegenzutreten. Während Rußland in seiner asiatischen Politik die größten Rücksichten auf die britischen Interessen nahm, spitzten sich damals die Gegensätze zwischen England und Frankreich immer mehr zu. In Spanien begann der französische Einfluß den englischen zurückzudrängen, die Annexion von Mayotte und Nossibé schien eine künftige Besitzergreifung von Madagaskar vorzubereiten, der Streit um Tahiti verschärfte sich, die Siege des Generals Bugeaud über Abd-el Kader bedrohten Marokko und, wie man schon damals fürchtete, auch Tunis, und ein Besuch, den die Königin Viktoria im September 1843 dem König Louis Philipp in Schloß Eu machte, führte nicht zu dem von der Königin gewünschten Ausgleich der schwebenden Gegensätze. Es war tatsächlich so, daß die

in der Theorie noch fortbestehende Freundschaft für Frankreich nur noch ein Schein war. Der Kaiser Nikolaus, der mit aufrichtiger Schadenfreude diese Entwicklung verfolgte, meinte, daß jetzt der Augenblick gekommen sei, um England endgültig seinem System anzuschließen. Die Frage war wichtig genug, um ungewöhnliche Mittel zu rechtfertigen. Nikolaj beschloß, nach England zu reisen und seinen persönlichen Einfluß daran zu setzen, die englischen Minister für seine Pläne zu gewinnen. Ob die Initiative zur Englandfahrt des Kaisers von London oder von Petersburg ausgegangen ist, läßt sich nicht mit Bestimmtheit feststellen. (Martens, Recueil des Traités XII p. 232 führt die Initiative auf Sir Robert Peel zurück und gibt den 23. Januar 1844 als Ursprungsdatum des Planes an. Es ist jedoch höchst unwahrscheinlich, daß Sir Robert seinen „lebhaftesten Wunsch", den Kaiser Nikolaus I. in England zu sehen, ausgesprochen hätte, wenn die Anregung nicht von Brunnow ausgegangen wäre, zumal Martens ausdrücklich angibt, daß an diesem 23. Januar Nikolaj dem englischen Botschafter Lord Bloomfield mitteilte, daß er beabsichtige, nach England zu fahren.) Tatsache ist, daß bereits der Reise des Großfürsten Alexander Besuche Michajl Pavlovičs und des Großfürsten Konstantin Nikolajewič gefolgt waren, was keinen Zweifel über die Absicht des Kaisers zuläßt, die persönlichen Beziehungen zu England sorgfältig zu pflegen. Er selbst dachte durch sein direktes Eingreifen das von langer Hand vorbereitete Werk gleichsam zu krönen. Am 5. März wurde der englische Botschafter in Petersburg, Bloomfield, beauftragt, dem Kaiser mitzuteilen, daß die Königin glücklich sein werde, ihn in England zu begrüßen, und Aberdeen fügte von sich aus hinzu, dieser Besuch werde das wirksamste Mittel sein, die „entente cordiale" zwischen Rußland und England zu festigen. Kurz vor dem Eintreffen des Kaisers in England hatte es neuen Ärger über Frankreich gegeben. Der Prinz von Joinville, der dritte Sohn Louis Philippes und Vizeadmiral der französischen Flotte, hatte in einer Broschüre „Bemerkungen über die Seeherrschaft Frankreichs" von der Möglichkeit gesprochen, die englischen Küsten zu verwüsten und englische Städte zu verbrennen, was sehr begreiflicherweise nicht dazu

beitragen konnte, die Spannung der beiden Rivalen zu mindern. Als dann am 26. Mai 1844 das Journal des Débats einen Artikel brachte, der zu beweisen suchte, daß Rußland eine große zentralasiatische Konföderation gebildet habe, um Indien den Engländern zu entreißen, machte die Times in zwei aufeinanderfolgenden Leitartikeln diese Ausführungen lächerlich. Der Boden hätte für den Kaiser nicht besser vorbereitet sein können, als er am 31. Juni in Woolwich landete. Er hatte sich jeden offiziellen Empfang verbeten, nur Brunnow mit dem Gesandtschaftspersonal erwartete ihn, als er in einer mondhellen Nacht ans Land stieg. Er hatte die ihm nächststehenden seiner Generaladjutanten in seinem Gefolge: die Grafen Orlov und Adlerberg und die Fürsten Radziwill und Vasililčikov. Er fuhr sofort in die russische Botschaft, in der er auch die beiden folgenden Tage verbrachte; erst danach siedelte er nach Windsor Castle über.

Über den Aufenthalt des Kaisers in London unterrichten uns die intimen Briefe der Königin an König Leopold von Belgien, die ausführlichen Berichte, welche die Times damals veröffentlichte, und die Korrespondenz des Kaisers mit seiner Gemahlin, der Kaiserin Alexandra Feodorovna, der Tochter König Friedrich Wilhelms III. von Preußen. Der Kaiser war 48 Jahre alt, als er jetzt, nach Verlauf von 30 Jahren, zum zweiten Male englischen Boden betrat. Nach allgemeinem Urteil einer der schönsten Männer Europas, hochgewachsen, so daß, wer mit ihm sprach, zu ihm hinaufsehen mußte; die regelmäßigen Züge wiederholten das Profil Katharinas, während die gewaltige Figur Nikolaus' wie die seiner Söhne und Großsöhne bis in die Tage Alexanders III. dem württembergischen Typus seiner Mutter entsprach. Die Jahre hatten ihm die Stirn erhöht, er pflegte ein Toupet zu tragen, seine Haltung war für gewöhnlich durchaus militärisch, wie es die stets zugeknöpfte Uniform und die eng anliegenden Beinkleider verlangten. Was aber jedermann zumeist auffiel, war der Ausdruck seiner großen wasserblauen Augen, deren meist starren Blick die wenigsten zu ertragen vermochten. Als die Königin Viktoria ihn zum erstenmal sah, schildert sie den Eindruck, den sie in sich aufnahm, folgendermaßen: „Er

ist eine bedeutende Erscheinung, noch immer sehr schön, sein Profil ist anziehend, und seine Formen sind höchst würdig und gefällig, außerordentlich höflich, wirklich ganz auffallend, da er voller Aufmerksamkeit und Zuvorkommenheit ist. Aber der Ausdruck seiner Augen ist schreckenerregend, unähnlich dem, was ich je vorher gesehen habe.“ Sie hatte den Eindruck, daß er nicht glücklich sein könne, es sei als ob das Gewicht seiner ungeheuren Macht und Stellung ihn drücke, selbst wenn er lächele, sei sein Gesichtsausdruck nicht der eines Glücklichen. Die Königin brauchte Zeit, sich an ihn zu gewöhnen, aber schließlich hat der Kaiser es doch verstanden, nicht nur ihre natürliche Schüchternheit zu überwinden, sondern auch durch die Offenheit, mit der er sprach, ihr Vertrauen und, was noch mehr sagen will, das der klugen englischen Staatsmänner zu gewinnen. So sind die Tage, die er auf englischem Boden weilte, ohne jeden Mißton hingegangen. Der Kaiser hat niemandem, der den Anspruch darauf erheben konnte, die Ehre eines Besuchs versagt, die Königin gewann er zumeist durch die außerordentliche Herzlichkeit, die er dem Prinzen Albert und ihren Kindern gegenüber zeigte, die öffentliche Meinung Englands durch die Höflichkeit, die er dem Herzog von Wellington erwies, durch das Lob, das er bei der großen Revue in Windsor den englischen Truppen zollte, durch seine nie übertroffene Freigiebigkeit und durch das Interesse, das er den Rennen in Ascot entgegenbrachte. Das von der Königin gefürchtete Attentat der zahlreich in England lebenden polnischen Emigranten erfolgte nicht, aber als der Kaiser nach Ascot hinausfuhr, wäre es fast zu einer peinlichen Kundgebung gekommen. Es waren Flugblätter verbreitet worden, die Nikolaus als einen Tyrannen schilderten, der schlimmer als Nero und Caligula sei, und einige Haufen Volkes hatten sich zusammengetan, um ihn in Holborn zu erwarten und zu apostrophieren. Die Times vom 6. März schreibt: Some vagabonds, employed by people of the same class . . . Sie wurden aber von der Polizei auseinandergetrieben.

Die Briefe des Kaisers an seine Gemahlin — er hat ihr fünfmal während jener acht Tage geschrieben — zeigen deutlich, wie zufrieden er mit dem Empfang war, der ihm zuteil wurde. Die Königin hatte damals noch einen anderen Gast, König

Friedrich August II. von Sachsen, den wir bei all den Festlichkeiten an der Seite des Kaisers finden und neben dem die überlegene Erscheinung des Kaisers noch mehr zur Geltung kam. Von der Königin schreibt Nikolaj, sie sei fort petite, gentille, extrêmement embarassée ... von den Kindern la petite ainée charmante, le petit prince de Wales fort gentil, la petite Alice — délicieuse. Die Königin, die um den Tod ihres Schwiegervaters Herzog Ernst I. von Koburg-Gotha trauerte, gab dem Kaiser am 2. Juni ein solennes Diner. „La Reine, schreibt Nikolaj, était en crêpe noir, décolletée, manches courtes, gants noir, cordons de St. Catherine et les deux plaques sur le sein très formidable, bouquet, guirlande en jais, même coiffure que le matin, tous les ornements en noir, la jaretière en diamants au dessous de la manche gauche.“ Man sieht, er hatte einen Blick für Toilette. Auch das ganze Programm der Festlichkeiten gibt er genau wieder: Jeden Abend war großes Diner im Waterloo-Saal. Am 4. war das Rennen in Ascot, am 5. Parade, am 6. mit der Kgl. Familie erst Frühgottesdienst, der dem Kaiser außerordentlich zusagte, danach Rennen, am 7. Ball bei der Königin, am 8. frühstückte er beim Herzog von Devonshire, dann fuhr er mit der Königin in die Oper. Sonntag, den 9., fand in großer Rührung — wie die Königin schreibt — die Abreise statt.

Der Kaiser ist unglücklich gewesen, daß er meist im Frack erscheinen mußte. Er rühmt die Schönheit der ihm in Windsor angewiesenen Gemächer und war voll Bewunderung über die Schönheit der Damen: Lady Canning, Lady Jardey und la charmante lady Seymour, die meist bei Tafel seine Nachbarin war. Der Kaiserin schickte er eine Blume, die ihm die kleine Prinzessin Alice — sein besonderer Liebling — geschenkt hatte.

Während dieser seine Zeit füllenden Äußerlichkeiten, bei denen die Kunst Nikolais, diejenigen zu faszinieren, die er gewinnen wollte, nie versagte, hat er doch keinen Augenblick die ihm zumeist am Herzen liegenden politischen Interessen aus dem Auge verloren. Schon am 3. hatte er eine eingehende Unterredung mit Lord Aberdeen, auch mit Peel und dem Herzog von Wellington hat er konferiert und ebenso die beiden Häupter des gestürzten Kabinetts, Melbourne und Palmerston, ausgezeichnet, aber seine Briefe verraten den Inhalt seiner Unter-

redungen nicht. Dagegen finden wir in einem Brief der Königin die Bemerkung: er hat seinen lebhaftesten Wunsch ausgesprochen, mit uns auf dem besten Fuße zu stehen, aber ohne dabei andere auszuschließen, wenn nur die Dinge so bleiben, wie sie sind!

Aus einem Brief Brunnows wissen wir, daß der Kaiser der Königin in Windsor seine Armee zur Verfügung gestellt hatte, ein Angebot, das er ungezählte Male dem Könige Friedrich Wilhelm III. und dem Kaiser Franz gemacht hatte, das man aber in England sehr ernst zu nehmen geneigt war, als infolge der Annexion der Marquesas und Tahitis, sowie nach dem Bombardement von Tanger die Beziehungen zwischen England und Frankreich sich immer mehr zuspitzten. Der russische Botschafter hielt damals einen Bruch für sehr wahrscheinlich, und Aberdeen machte nicht mißverständliche Andeutungen, daß er einer Offensiv- und Defensiv-Allianz mit Rußland nicht abgeneigt sei. Am Tage, da er die Nachricht vom Bombardement von Tanger erhielt, wandte er sich an Brunnow und sagte ihm: „préparez votre plume pour rédiger notre traité d'alliance, und er setzte hinzu: pardieu, ce n'est pas une plaisanterie.“ Vermutlich wäre es zu dieser Allianz gekommen, wenn der Kaiser ohne Zögern zugegriffen hätte. Brunnows Schreiben, das über diese Unterredung berichtet, datierte vom 20. August, als es aber den Caren erreichte, war zweierlei geschehen. Die beiden Todfeinde des Caren, Leopold von Belgien und Louis Philippe, hatten ihren Einfluß geltend gemacht. Leopold hatte bereits am 28. Juni auf das eindringlichste vor einem Bruch mit Frankreich gewarnt, und Anfang Oktober machte Louis Philippe der Königin seinen Gegenbesuch in England, nachdem schon Mitte September die Schwierigkeiten, die zwischen beiden Staaten bestanden, durch beiderseitiges Entgegenkommen erledigt waren. Es fand ein Fraternisieren der englischen und der französischen Flotte statt, Joinvilles Brochüre schien vergessen, und alle Sympathien der Königin blieben der Allianz mit Frankreich erhalten.

Den weiteren Verlauf der Ereignisse können wir in Kürze zusammenfassen. Mitte September traf der Vizekanzler Nesselrode, der in Brighton gebadet hatte, in London ein. Er war

von Brunnow auf das genaueste über die Verhandlungen orientiert worden, die der Kaiser mit den englischen Ministern gepflogen hatte, auch die letzten überraschenden Anträge Aberdeens waren ihm bekannt, aber er fand bereits jene neue Lage vor, die durch Beilegung der Differenzen mit Frankreich geschaffen war, und hielt es daher für nützlich, die Initiative Aberdeen zu überlassen. Von einer Allianz zu reden, fand aber Aberdeen nicht mehr ratsam. Man verständigte sich dahin, daß Nesselrode in Form eines Memorandums den Inhalt der Gespräche zusammenfassen sollte, die der Kaiser mit den englischen Staatsmännern geführt hatte, und die Brunnow, offenbar aus Nikolaus Munde, zu Papier gebracht hatte. Dieses Memorandum wurde am 19. September unter Vorbehalt der Billigung durch den Kaiser Aberdeen überreicht und von diesem als inhaltlich treffend und seinen eigenen Anschauungen entsprechend anerkannt. Die entscheidenden Sätze des Memorandums sagten, daß es dem Interesse beider Mächte entspreche, die Existenz der Türkei zu erhalten; falls sie aber infolge unvorhergesehener Umstände zusammenbrechen sollte, würden England und Rußland sich über die Maßregeln verständigen, die sie gemeinsam zu ergreifen hätten, wobei Rußland sich dafür verbürgte, daß Österreich ihren Entschließungen zustimmen werde. Auch der Kaiser billigte die Fassung des Memorandums; er bedang sich nur aus, daß an Stelle der Formulierung Nesselrodes: „Si l'empire Ottoman croule“ gesetzt werden solle: „Si nous prévoyons que l'empire Ottoman doit crouler“, was eine Verständigung vor dem Eintreten der Katastrophe ins Auge faßte. Die formelle Anerkennung des so modifizierten Inhalts des Nesselrodeschen Memorandums ist dann durch Briefe erfolgt: am 16./28. Dezember 1844 schrieb Nesselrode an Lord Aberdeen und am 21. Januar 1845 dieser dem Grafen Nesselrode. Diese beiden Schreiben sind ihrem Inhalte nach nicht ganz identisch. Nesselrode erklärt mit großer Bestimmtheit, daß der Kaiser das Memorandum gutheißt, und daß die im Memorandum niedergelegten Grundsätze feststellten, welche Politik Rußland im Einverständnis mit England in den orientalischen Angelegenheiten verfolgen werde. Aberdeen bezeugt nur, daß das Memorandum keinerlei Ungenauigkeiten enthalte und daß, da ihm nach seinen

Unterredungen mit Nesselrode scheine, daß ihre Ansichten solidarisch seien, er hoffe, sie in allen den Orient betreffenden Fragen im Auge zu behalten.

Man kann sich nicht vorsichtiger ausdrücken, und das mag darauf zurückzuführen sein, daß der Kaiser in seinen Gesprächen mit Aberdeen drei Punkte hervorgehoben hatte, an denen er unter allen Umständen festhalten würde: 1., daß er den Besitz Konstantinopels nicht für sich selbst wünsche (was den Gedanken einer Sekundogenitur offen ließ), 2. daß er nicht dulden könne, daß Konstantinopel an England oder Frankreich falle, endlich 3., daß er niemals der Gründung eines griechisch-byzantinischen Reiches zustimmen werde.

Wahrscheinlich sind diese drei Sätze im Konzept des Nesselrodeschen Memorandums enthalten gewesen und auf Aberdeens Veranlassung gestrichen worden. Nesselrode hat es notwendig befunden, sie am 16./28. Dezember Brunnow ausdrücklich in Erinnerung zu bringen.

Was Aberdeen übernahm, war eine für ihn persönlich bindende und nicht über die Dauer seiner Amtszeit hinausgehende Verpflichtung, vorkommendenfalls eine Verständigung mit Rußland zu suchen. Unter allen Umständen war nicht daran zu denken, daß diese Vereinbarung, die Frankreich von der Mitentscheidung des orientalischen Problems im Prinzip ausschloß, in Kraft bleiben konnte, sobald die französisch-englischen Beziehungen freundschaftlich wurden.

Als die Krisis des Jahres 1853 ausbrach, konnte von den Prinzipien des Memorandums keine Rede mehr sein. Es war der verhängnisvolle Irrtum des Kaisers Nikolaus, daß er die Hoffnung des Jahres 1844 für nachwirkende politische Realitäten hielt.

Das Memorandum vom 19. September 1844 wurde 1854 in den Eastern Papers veröffentlicht; damals aber standen Frankreich und England als Verbündete Rußland gegenüber.

Studien zur serbischen Memoirenliteratur.

Von

Hans Uebersberger.

1. Die Memoiren des Simeon Stepanovič Piščevič[1]).

Zu den anziehendsten Werken der Memoirenliteratur aller Zeiten gehören die „Nachrichten über die Abenteuer des Simeon Stepanovič Piščevič“, die Nil Popov, der sich mit der serbischen Geschichte des 19. Jahrhunderts viel beschäftigt hat[2]), gelegentlich der etnographischen Ausstellung und des Moskauer Slavenkongresses (1867) entdeckt hat. Dies gilt sowohl von dem ausgedehnten Schauplatze des Lebens ihres Verfassers, der sich vom Rhein bis an die Moskva, von der Neva bis an die Donau und Sawe erstreckt, als auch von der reizvollen, anspruchslosen und durchaus bescheidenen Darstellungsweise desselben, der niemals seine Person über Gebühr in den Vordergrund schiebt und immer den Eindruck unbedingter Glaubwürdigkeit hervorruft. Darum ist es doppelt zu bedauern, daß dieses Werk der gelehrten Welt Westeuropas so gut wie unbekannt ist. Ja, es verdiente eine deutsche Übersetzung, um weiteren Kreisen zugänglich zu sein.

Am 14. September 1731 in Schid als Sohn des Stepan Gavrilovič Piščevič geboren, der von einer jener 40 000 serbischen Familien abstammte, die der Ipeker Patriarch Arsenije Crnojević nach dem Rückzuge der Kaiserlichen über die Save und den Verlust von Nissa und Belgrad (1690) nach Ungarn führte, erhielt Simeon Stepanovič Piščevič eine für seine Zeit und Umgebung sorgfältige Erziehung. Drei Jahre weilte er in Wien, um hier die deutsche Sprache und Mathematik zu lernen. Die Erkrankung seiner Mutter war die Ursache, daß man ihn zurück-

---

[1]) Izvêstija o pochoždenii Simeona Stepanoviča Piščeviča 1731—1785, Izdanie Imp. Obščestva Istorii i Drevnostej Rossijskich pri Moskovskom Universitetê pod redakciej Nila Popova, Moskau 1884, IV, 561 S.

[2]) Nil Popov, Rossija i Serbija I/II, Moskau 1869, derselbe, Serbija poslê parižskago mira, Moskau 1871.

berief. Er sollte dann das Piaristengymnasium in Szegedin besuchen, aber an dem Bekehrungseifer der Patres, die für seine Aufnahme den Übertritt zum Katholizismus verlangten, scheiterte dieser Plan. So förderte man zum eigenen Nachteile die von Rußland erhaltenen Schulen auf österreichischem Boden [1])! Sein Vater gab ihn darauf in die Militärkanzlei in der Festung Esseg, wo der Hofkriegsratskonzipist von Mahler sich seiner besonders annahm. Zwölf Jahre zählte er bei seiner Ankunft in Esseg, und das Jahr darauf (1744) schon entschloß sich sein Vater, der Kapitän im Donau-Landmilizregiment war, ihn als Volontär in den Feldzug mitzunehmen. Maria Theresia war in diesem Jahre angesichts des offenen Bruches zwischen Frankreich und England entschlossen, am Rhein den Hauptschlag gegen das erstere zu führen. Unter dem Kommando des Major Vuk Isakovič brach das Donau-Landmilizregiment von seinem Standorte auf. Da die Kenntnis der deutschen Sprache unter den eingewanderten Serben eine verschwindend kleine war, kam der so jugendliche Piščevič frühzeitig zu Ehren. Da im Regimente außer dem Kommandanten und einem Offizier niemand der deutschen Sprache kundig war, wird der junge Piščevič bei der Musterung in Fünfkirchen zum Adjutanten ernannt. Nun ging es durch Steiermark, Oberösterreich, Bayern und Württemberg an den Rhein. Überall mit offenen Augen durchmarschierend, weiß Piščevič manch Interessantes zu erzählen; besonders ausführlich schildert er den Aufenthalt im Stifte Kremsmünster und dessen Kunstschätze. Der Übergang über den Rhein und der Feldzug im Elsaß, wobei sich ja die Grenzer durch ihre besondere Tapferkeit auszeichneten [2]), erfahren eine Darstellung, die als Ausschnitt einen interessanten Blick darauf gewährt, wie sich der Krieg in der Auffassung eines einfachen Mitkämpfers spiegelt. Der ihm zur Seite stehende und ihn beratende deutsche Fourier seines Regimentes hatte

---

[1]) Vgl. darüber mein Buch „Rußlands Orientpolitik in den letzten zwei Jahrhunderten, 1, S. 248 f. P. Kulakovskij, Načalo russkoj školy u Serbov v XVIII. v., Izvêstija otdêlenija russkago jazyka i slovesnosti Imp. Akademij nauk 1903, VIII, 2, 3.

[2]) Schwicker, Geschichte der österreichischen Militärgrenze, Wien 1883, S. 158.

ihn gleich am Anfange des Marsches in Graz empfohlen, ein Tagebuch über alle Erlebnisse zu führen, und der Befolgung dieses Rates verdanken wir diese interessanten Einzelheiten und das Tagebuch überhaupt. Auf die Kunde vom Einfall Friedrichs II. in Böhmen und die Besetzung von Prag mußte das siegreiche kaiserliche Heer Elsaß räumen und gegen den neuen Gegner marschieren. Das Donau-Landmilizregiment nahm im Gegensatze zu den anderen Grenzern an den Herbstkämpfen in Böhmen keinen Anteil, sondern bezog in der Oberpfalz die Winterquartiere. Erst im Mai 1745 sollte es durch Böhmen nach Schlesien rücken und dort an dem Kampfe gegen den Preußenkönig teilnehmen. Aber unerwartet erhielt es plötzlich den Befehl, an seinen Standort in Slavonien zu marschieren.

Die Ungarn, deren politische Stellung durch ihr entschlossenes Eintreten für die junge vielbedrängte Erbin des Habsburgerthrones bedeutend gewonnen hatte, hatten durch die Gesetzartikel 18 und 50 vom Jahre 1741 die Zusage erreicht, daß die neuerworbenen Gebiete an der Theiß, Marosch, Donau und Save in das ungarische Mutterland einverleibt werden sollten. Das bedeutete nun die Aufhebung der Militärverfassung dieser Grenzdistrikte und die Unterordnung der freien serbischen Grenzer unter die Komitatsgerichtsbarkeit [1]), d. h. eine Verletzung ihrer verbrieften Privilegien. Die ungarischen Landes- und Hofstellen taten alles, um die serbischen Ansiedler um ihre verbrieften Rechte zu bringen. Nur dem Eintreten des Hofkriegsrates [2]), der ihre Wehrkraft im Interesse des Gesamtstaates im allgemeinen und der Abwehr der Türken im besonderen zu schätzen wußte, verdankten sie es, wenn den Ungarn ihr Anschlag auf ihre Rechte nicht gelang. Der Hofkriegsrat hatte sein besonderes Augenmerk darauf gerichtet, durch die Verschiebung der Grenzermiliz in den Donau-Savewinkel gegen Belgrad die syrmische Grenze zu sichern. Deshalb wohl gelang es den ungarischen Hofstellen, die Auflösung der

---

[1]) Schwicker, Geschichte der österreichischen Militärgrenze, S. 70.

[2]) Derselbe, Politische Geschichte der Serben in Ungarn, Budapest 1880, S. 101. Schwicker wird übrigens dem Standpunkte der Serben zu wenig gerecht.

Donaugrenzer und deren Ansiedelung zwischen Peterwardein und Syrmien durchzusetzen, außer diese zogen es vor, aus der Militärgerichtsbarkeit unter die Komitatsgerichtsbarkeit zu treten und damit einfache grundherrschaftliche Fronbauern zu werden [1]). Dem Feldmarschalleutnant Baron Engelshofen war die Durchführung dieser neuen slavonisch-syrmischen Militärgrenze übertragen. Er scheint an dem jungen serbischen Offizier [2]), der die deutsche Sprache so gut beherrschte, sein Gefallen gefunden zu haben. Er nahm ihn daher an seine Seite und wollte ihn auch nach Wien mit sich nehmen; aber dies scheiterte an dem Widerstande der Eltern Piščevič', die sich von ihrem Sohne nicht trennen wollten. Er selbst bezeichnet diese Wendung seines Schicksals als den Beginn alles Unheils seines späteren Lebens. Er deutet damit an, daß er gar keine Ursache hatte, mit der Behandlung, die er in Österreich erfuhr, unzufrieden zu sein und, daß er hier für eine glänzende militärische Laufbahn leichtere Bedingungen gefunden hätte, als in seiner neuen Heimat, Rußland, dies später der Fall war.

Die Mutter des Piščevič hatte nämlich die Absicht, ihren Sohn noch vor ihrem Ableben mit einer Nichte des Patriarchen Arsenij Joannović Šakabent, der 1737 seinen Ipeker Sitz aufgegeben und nach Österreich ausgewandert war [3]), der Tochter des Obersten Afanasij Rašković, zu verheiraten. Wenn er sich auch selbst zum Eingehen einer Ehe noch zu jung hielt, gab er doch dem Drängen der Mutter nach, die aber nur mehr die Verlobung erlebte. Ende 1748 war Baron Engelshofen mit seiner Neuorganisierung der slavonisch-syrmischen Militärgrenze so weit, daß drei Infanterieregimenter (Peterwardeiner, Gradiskaner und Broder) und zwei Husarenregimenter (das syrmische und slavonische) formiert wurden. Sein Vater wurde als ältester Rittmeister dem Syrmischen Husarenregiment zugeteilt, er selbst als Leutnant, dann aber von Engelshofen

---

[1]) Derselbe, Geschichte der österreichischen Militärgrenze, S. 70 f.

[2]) Nach den Mitteilungen der Direktion des k. u. k. Kriegsarchives, die mir zuteil wurden, habe Piščevič im September 1745 eine freie Fähnrichsstelle erhalten.

[3]) Schwicker, Die Serben in Ungarn, S. 74 f.

in das slavonische Husarenregiment, dessen Inhaber dieser war, versetzt und in die Obristenkompagnie eingeteilt [1]). Übrigens wurden die beiden Husarenregimenter bald darauf in eines zusammengezogen. Bald darauf heiratete Piščevič Dafina Rašković.

Hatten die Ungarn bei der Auflösung der Donaugrenzer ihren Willen durch die Neubildung der slavonisch-syrmischen Grenze nicht durchzusetzen vermocht, so war ihnen dies bei der Theiß-Maroscher Grenze geglückt. Da diese Grenze eigentlich schon seit dem Passarowitzer Frieden und der Einverleibung des Temeschwarer Banats ihre Bedeutung verloren hatte, waren die Vorstellungen des serbischen Patriarchen und der serbischen Offiziere vergebens. Maria Theresia stimmte der Übergabe der bisherigen Militärgemeinden in die Zivilverwaltung zu, und von 1743 bis 1750 vollzog sich die Auflösung der einzelnen Grenzregimenter. Dabei kam es nun zum Konflikte zwischen dem einflußreichen Obersten Ivan Chorvat und dem Präsidenten der ungarischen Hofkammer Graf Anton Grassalkovich [2]). Da, wie Chorvats Laufbahn und Sturz in Rußland beweisen, dieser Mann nur auf seinen eigenen Vorteil bedacht war, ist es wahrscheinlich, daß er, anfänglich der neuen Ordnung der Dinge geneigt, solange er nur dabei seinen Vorteil gewahrt glaubte, erst aus Enttäuschung zum treibenden Element in den nun folgenden Ereignissen wurde. Dazu kam noch die Art und Weise, wie die von der ungarischen Regierung entsendeten Kommissäre bei der Einverleibung vorgingen, indem sie sich über ihre Instruktion, milde vorzugehen, hinwegsetzten [3]). Da es sich nun traf, daß in der Person des russischen Gesandten Grafen Michajla Petrovič Bestužev-Rjumin in Wien ein Mann diesen einflußreichen

[1]) „In Ansehung seiner Eltern und Voreltern in der slavonischen Grenze durch lange Jahre, wie auch seiner eigenen im letzten französischen Krieg im Reich und Elsaß mit den vormaligen Donaugränzern getreu und tapfer geleisteten Feldkriegsdienste zum Leutnant im slavonischen Husarenregiment bestellt und der zu Vinkovce angesiedelten Obristenkompagnie zugeteilt.“ K. u. K. Kriegsarchiv.

[2]) Schwicker, Geschichte der österreichischen Militärgrenze, S. 74 f.

[3]) Derselbe, Die Serben in Ungarn, S. 127.

Posten angetreten hatte, der sich in der Rolle eines Beschützers der österreichischen Glaubensgenossen gefiel, wurde Chorvat die Ausführung seiner Rache erleichtert. Durch die unbegreifliche Kurzsichtigkeit der österreichischen Regierung, die durch ihren Plan, den Unterricht im katholischen Sinne zu beeinflussen, selbst die Serben an Rußland wies und den von dort geschickten Lehrern ihre Aufgabe erleichterte, waren die Beziehungen zwischen den Serben und Rußland so schon immer lebhaft gewesen. Chorvat und eine Reihe anderer Offiziere baten nun um ihren Abschied, um nach Rußland auszuwandern. Die Regierung, die im ersten Augenblick vielleicht froh war, sich dieser ungebärdigen Elemente zu entledigen, erteilte ihnen diesen. Aber Chorvat wollte seine Dienste der russischen Regierung besonders wertvoll erscheinen lassen und außerdem sich an Östererich rächen. Er bot daher dem russischen Botschafter an, auf seine Kosten ein Husarenregiment und ein Regiment Panduren nach Rußland zu führen, wofür er sich den Rang eines Generalmajors und die erbliche Kommandostelle im Husarenregiment ausbedang. Für den schlechten Ruf, den Chorvat unter den serbischen Offizieren genoß, ist es übrigens bezeichnend, daß eine Reihe derselben, darunter Oberstleutnant Šević, nicht unter Chorvat dienen wollten und dies gleich anfangs zur Bedingung stellten. Der Standpunkt, den die Petersburger Regierung gegenüber diesem Angebote einnahm, war vollkommen korrekt. Wenn sich der Wiener Hof der tapferen serbischen Grenztruppen selbst beraube, und nach den Angaben Chorvats und der übrigen serbischen Offiziere konnte man daran nicht zweifeln, sei es für diesen besser, wenn dieselben in die Hände seines treuesten Bundesgenossen kommen, als etwa gar auf die Seite der Türken übergehen. Wenn die russische Regierung auch lieber die Ansiedelung an der unteren Wolga gesehen hätte, so kam sie doch schließlich dem Wunsche Chorvats nach und bestimmte für ihn und seine Landsleute das Gebiet von der Mündung Sinjucha in den Bug bis zum Dněpr in der Ukraine, das man erst 1739 im Belgrader Frieden von der Pforte erworben hatte. Dieses Gebiet erhielt den Namen Neuserbien. Šević und die anderen Offiziere, die unter Chorvat nicht dienen wollten,

wurden zwischen Lugan und Donec angesiedelt, welches Gebiet die Bezeichnung Slaveno-Serbien erhielt [1]).

Ein Sohn des Oberstleutnants Ivan Šević, Peter Šević, war als der Gatte der älteren Tochter Rašković' ein Schwager von Piščevič. Auch er hatte den Abschied genommen und war in russische Dienste getreten. Er redete nun auch Piščevič zu, nach Rußland zu gehen, was namentlich ihre beiderseitigen Frauen als Schwestern wünschten. Wenn auch seine Schwiegereltern entschieden dagegen waren, da ja für ihn kein Anlaß vorlag wie die Auflösung der Theiß-Maroscher Grenzregimenter für Vater und Sohn Šević, bleibt er doch im stillen darauf beharren. Der Vater Šević bittet Engelshofen, Piščevič auch den Abschied zu erteilen. Nach väterlichem Rate, doch in Österreich zu bleiben, wo ja seine Person doch entsprechend gewürdigt wurde, erteilte ihm Engelshofen denselben doch. Piščevič gesteht, daß ihn die Worte Engelshofens beschämten und er nahe daran war, sein Unternehmen aufzugeben. Nur das Bestreben, in der Welt sein Glück zu probieren, habe ihn bei seinem Vorsatze erhalten.

Inzwischen waren aber dem Wiener Hofe die Augen über die Gefahren dieser Auswanderung nach Rußland, die zu einer Verödung weiter Gebiete zu führen drohte, doch aufgegangen. Der Karlowitzer Erzbischof Paul Nenadović, der Nachfolger des Patriarchen Arsenij Jovanović, dem eine beträchtliche Schmälerung seines Einkommens und seiner Einflußsphäre drohte, hat wohl das Seinige zu dieser Aufklärung der Wiener Regierung beigetragen. Man suchte nun diesem Unwesen zu steuern. Es kam zum Konflikte mit dem russischen Botschafter Bestužev und zu ernsten Auseinandersetzungen zwischen Wien und St. Petersburg, bis der neue Botschafter Graf Keyserling die Sache wieder einrichtete [2]).

Als nun gerade der Konflikt seinen Höhepunkt erreicht hatte, wollte eben Piščevič Österreich verlassen und verlangte seine Abrechnung. Engelshofen erhielt vom Hofkriegsrate für die Erteilung des Abschiedes eine Rüge, Piščevič aber wurde

[1]) Uebersberger, Rußlands Orientpolitik, 1, S. 250 ff., 255.

[2]) Ibid. 1, S. 254 f. Vgl. auch Schwicker, Die Serben in Ungarn, S. 132 f.

für verhaftet erklärt und zur kriegsgerichtlichen Untersuchung nach Esseg geführt. Da er vorsichtigerweise seinen Abschied dem Vater Šević gegeben hatte, der ihm nach der ihm von Bestužev erteilten Vollmacht das Patent eines russischen Rittmeisters gegeben hatte, brachte er die Untersuchungskommission in eine schwere Lage und berief sich bei seiner Verantwortung einfach darauf, daß er nach erhaltenem Abschied nicht mehr österreichischer, sondern russischer Offizier sei.

Da man ihm keine Schuld nachweisen kann, sucht man ihn durch Güte zu halten. Er wurde noch Ende 1752 zum Kapitän ernannt und hatte also mit 21 Jahren diesen Rang erreicht, was, wie er selbst sagt, für sein Alter ein ungewöhnliches Avancement war, wird aber dem Broder Infanterieregiment zugeteilt. Da er aber bei der Infanterie nicht dienen will, im Husarenregiment aber keine Rittmeisterstelle frei war und außerdem sein neuer Oberst ihn nicht fortlassen wollte, reist er heimlich ohne Erlaubnis nach Wien, um hier durch den russischen Gesandten seine Entlassung aus Österreich zu erwirken.

Die Schilderung dieser Reise, seines Aufenthaltes in Wien, wo er bald entdeckt worden wäre, was ihm schwere Strafe eingetragen hätte, ist stellenweise hochdramatisch. Der Sekretär Černev, den Bestužev schon als Hauptmitarbeiter in der serbischen Auswanderungsangelegenheit gelobt hatte [1]), ist anfangs sehr ablehnend, weil er in dem Erscheinen des österreichischen Offiziers auf der russischen Botschaft eine von der österreichischen Regierung gelegte Falle vermutet, was Piščevič fast zur Verzweiflung bringt. Er verflucht sich und Ševič und die Stunde, wo er sich entschlossen, nach Rußland zu gehen. Er will schon ein Bittgesuch an Maria Theresia und ihren Gemahl richten, um für seinen unüberlegten Schritt um Verzeihung zu bitten, geht aber doch noch einmal auf die russische Botschaft, wo er diesmal freundlichere Aufnahme findet. Da er seinen Abschied nach Rußland ja wirklich erhalten, ergreift der Botschafter Graf Keyserling für ihn Partei, und die Wiener Regierung kann nicht anders, als ihm die Erlaubnis erteilen,

---

[1]) Solovév, 23, S. 155.

Österreich zu verlassen [1]). Am 24. Oktober 1753 trat Piščevič von Peterwardein aus die Reise nach Rußland an. Am 22. Dezember desselben Jahres erreicht er die russische Grenze. Damit schließt der erste Teil seiner Memoiren, der seinen Erlebnissen in österreichischen Diensten gewidmet ist.

In Moskau vom Kriegskollegium zur Dienstleistung in das Regiment Šević bestimmt, hatte Piščevič es aus Bescheidenheit unterlassen, die Beförderung zum Sekundmajor zu verlangen, wozu er nach der Gepflogenheit, einen Rang höher, als der betreffende in der österreichischen Armee innehatte, zu erhalten ein Recht hatte. So trat er in demselben Range, den er zuletzt in der österreichischen Armee gehabt, in die russische ein. Bevor er Moskau verläßt, wird er der Carin vorgestellt und zum Handkuß zugelassen. Bald nach seiner Ankunft wurde vom General Bibikov die neue serbische Militärkolonie zwischen Lugan und Donec, Slaveno-Serbien, eingerichtet. Er, der sich niemals selbst mit Landwirtschaft beschäftigt, wurde nun auch angesiedelt und mußte sich wie die anderen in dieser menschenleeren Einöde schlecht und recht sein Leben gestalten. Den Abenteuern, die er hierbei zu überstehen hatte, widmet er eine ausführlichere Darstellung, die zu den interessantesten Teilen seiner Erinnerungen gehören. Im Winter 1753 auf 1754 geht er auf Rat des kommandierenden Generals Bibikov nach Petersburg, um sich dort um die freie Sekundmajorsstelle und die Aufnahme seines Vaters in den russischen Dienst und dessen Entlassung aus Österreich zu bewerben. Allein durch die Intrige eines Schwiegersohns des Generals Šević, in dessen Regimente Piščevič diente, erhielt dieser jene freie Stelle. Piščevič ging leer aus und bedauerte es nun, bei seinem Eintritte in die russische Armee so bescheiden gewesen zu sein. Nach langen Bittgängen ins Kriegskollegium erreicht er das eine, daß mit Rücksicht auf seinen schon in der österreichischen Armee bekleideten Rang eines Kapitäns ihm der Rang eines

---

[1]) Im August 1753 bewilligte die Kaiserin „über Ansuchen des kaiserlich russischen Botschafters Grafen von Keyserling dem gewesten Capitän Simon Piščevič mit seiner Frau, einem Sohn, einer Tochter, zwei Dienstmädchen, drei Knechten und zwei Wägen den freien Abzug nach Rußland". K. u. k. Kriegsarchiv.

Sekundmajors aber bis zum Freiwerden einer Stelle mit den bisherigen Bezügen verliehen wird. Glücklicher ist er in der anderen Angelegenheit. Auf Befehl der Carin hatte der Botschafter Graf Keyserling sich um die Entlassung seines Vaters aus der österreichischen Armee und die Erlaubnis zu seiner und seiner Familie Auswanderung nach Rußland zu bemühen, die diesem auch sofort erteilt wird. Im April 1754 kehrte Piščevič nach Bachmut und von da zu seinem Regimente zurück, um dort sich nun wieder seinem Dienste und seiner Wirtschaft zu widmen. Aber nach einigen Wochen erhielt er aus dem Kriegskollegium eine Mission, die ihm nichts weniger als erwünscht war und ihn, der kaum sich ein Heim geschaffen und sich um Urbarmachung des ihm zugeteilten Landes bemühte, auch materiell schwer schädigte.

Zur selben Zeit, als Piščevič in Moskau eintraf (1753), um in russische Dienste zu treten, hielt sich hier der Neffe und Koadjutor des Erzbischofs Savva von Montenegro, der Erzbischof Vasilij auf. Montenegro, seit 1516 ein theokratischer Staat unter der Herrschaft des jeweiligen Metropoliten, war seit 1697 eigentlich unter der Herrschaft der Familie Petrović, da der Metropolit immer aus diesem Hause genommen wurde und der Neffe dem Onkel folgte. Seitdem Peter der Große die Montenegriner 1711 zum Kampfe gegen die Türken aufgerufen hatte, bestanden zwischen Rußland und Montenegro nähere Beziehungen, die allerdings von russischer Seite nur soweit gepflegt wurden, daß die Mönche des Jungfrauenklosters in Cetinje jedes dritte Jahr ein Almosen von 500 Rubeln sich in Rußland holen durften[1]). Vasilij, dem Savva die Sorge für die Politik überlassen hatte, suchte nun einen größeren Fischzug in die russischen Taschen zu unternehmen. Er suchte eine größere jährliche Summe angeblich für Kriegszwecke von Rußland zu erhalten, und da dafür ein Gegenwert zu leisten war, so bot er kurzerhand die Unterwerfung Montenegros unter Rußland an. Ein skrupelloser Abenteurer, scheute er nicht davor zurück, in trügerischer Absicht die Ausdehnung und die Machtmittel Montenegros in den lockendsten Farben zu schildern[2]). Als dies nicht ver-

[1]) Uebersberger, Rußlands Orientpolitik, 1, S. 94 f., 120, 287.

[2]) Marko Dragović, Materijal za istoriju Crne Gore vremena Mitro-

fing, suchte er auf andere Weise ans Ziel zu gelangen. Gerade während seiner Ankunft geschah ja die Einrichtung von Neuserbien und Slaveno-Serbien. Er verspricht also ein Regiment Montenegriner zur Ansiedlung nach Rußland zu führen. Sein angeblicher Neffe, Stepan Petrović, der im Regiment des Šević diente, sollte die Überführung desselben nach Rußland leiten. Da es ihm darum zu tun war, Rußland nicht zu tiefen Einblick in sein Unternehmen zu gewähren, lag es ihm daran, daß noch ein Offizier dazu kommandiert werde, auf dessen Ergebenheit und Verschwiegenheit er rechnen konnte. Einen solchen Mann glaubt er nun in Piščevič als engeren Landsmann — die Piščeviče stammten aus Montenegro — gefunden zu haben. Piščevič lehnte höflich, aber entschieden ab. Trotzdem verstand es der geriebene Montenegriner, an sein Ziel zu kommen. Er wußte es durchzusetzen, daß das Kriegskollegium Piščevič einfach dazu kommandierte, Graf Keyserling aber forderte in Wien im Namen seiner Regierung die Gestattung „des unschädlichen Durchzugs der Czernogaren (Montenegriner)“ [1]).

Nach mannigfachen Abenteuern — zuerst wurde er als verdächtig sieben Wochen in Oberungarn aufgehalten, dann erschlug einer seiner Unteroffiziere seinen Diener, endlich brach sich sein sechsjähriger Sohn den Fuß — gelangte er erst Ende 1754 mit seiner Familie, einem Offizier und einigen Unteroffizieren nach Peterwardein, wo Major Petrović schon längst eingetroffen war. Schon vor seiner Ankunft hatte er erfahren, daß Petrović längs der Save zur Übernahme der Montenegriner Vorbereitungen getroffen hatte. Piščević wußte als Ortskundiger, daß von dorther keine Montenegriner kommen, die ja höchstens über das Meer nach Triest fahren konnten. Mit Hilfe des Syndikus von Neusatz Balević wurden in der Neusatzer Gegend Burlaken angeworben, die unter dem Namen von Montenegrinern nach Rußland geführt werden sollten. Dies war aber nicht nur ein Betrug gegenüber Rußland, sondern auch ein Mißbrauch der

---

polita Danila, Save, i Vasilija Petrovića, Spomenik (Srpska Kraljevska Akademija) XXV, S. 14 ff.

[1]) Schwicker, Politische Geschichte der Serben in Ungarn, S. 142. Über die Umtriebe des Metropoliten Vasilij in Österreich vgl. ebenda, S. 135 ff.

von Österreich gewährten Erlaubnis und hätte Balević den Kopf gekostet, wenn nicht Piščevič ihm die Möglichkeit zur Flucht nach Rußland verschafft hätte. Er selbst sucht die am rechten Saveufer auf türkischem Boden wohnenden Serben zur Auswanderung nach Rußland zu bewegen. Damit sie von den österreichischen Wachen, wenn sie über die gefrorene Save kommen, durchgelassen werden, müssen auch sie sich als Montenegriner ausgeben. 62 Mann bringt er so zusammen und meldet dies dem Botschafter Keyserling und Oberst Pučkov, der in Triest die mit dem Erzbischof Vasilij zu Meere ankommenden Montenegriner zu erwarten hatte. Pučkov schickte ihm noch 27 Mann aus Triest und den Auftrag, nun mit diesen 89 Mann nach Kiev die Heimreise anzutreten. Auch diese 27 Mann waren keine Montenegriner, sondern, wie der sie begleitende Wachtmeister sagte, bekam Pučkov keinen Montenegriner zu Gesicht, sondern Leute, deren man nur irgendwo habhaft werden konnte. Die Montenegriner waren nämlich über die Aussicht, für Rußland Rekrutenmaterial abzugeben, nichts weniger als erfreut. Niemand war gesonnen, sein Vaterland zu verlassen. Erfinderisch wie Erzbischof Vasilij war, wußte er Rat zu schaffen. Er gab verwitweten Popen die Erlaubnis, ihren Bart zu scheren, und ernannte diese wie einige Verwandte zu Offizieren. Den Führer der Opposition aber gewann er dadurch, daß er ihm den Titel Gouverneur verlieh, der in Montenegro bisher nicht einmal dem Namen nach bekannt war. Mit diesem reiste er selbst nach Rußland, um hier wieder seine Absichten auf die russische Kassen zu verfolgen. Wenn die Türken nicht mehr die Montenegriner bedrängen, ließ er sich gegenüber Pučkov vernehmen, würde er das versprochene Regiment schicken.

Auf der Reise nach Ungarn hatte Piščevič seinen Vater an der Grenze getroffen, der aber nach Rußland ging, um dort Dienste zu nehmen. Nach Kiev gekommen, muß er zur Berichterstattung an den Senat nach Petersburg. Hier erneuert er alte Bekanntschaften. Der gewissenhafte und energische Offizier findet Gefallen und wird dem Hofstaate zugeteilt. Er erhält seine Dienstwohnung und eigenen Wagen, und alles schien sich in seinem Schicksale zum Besten zu wenden. Bald darauf

erhält er den Auftrag, in Siebenbürgen für den kaiserlichen Marstall Zuchtpferde zu kaufen. Ende Oktober 1757 begibt er sich auf die Reise dahin. Diese Mission war ihm um so erwünschter, als er seine Frau, die durch den Tod eines Kindes erkrankt war, bei seiner Abreise dort zurücklassen mußte. In Polen begegnet er dem nach Rußland reisenden Erzbischof Vasilij mit seinem Neffen und anderer Begleitung, die durch seine Mission, die sie nicht kennen, höchst beunruhigt sind. Köstlich sind die Stellen, wo Piščevič die Schleichwege schildert, die Vasilij anwendet, um die Wahrheit zu erfahren. Ebenso wie sie sich gegenseitig in Gegenwart Piščevič' mit Titulaturen überhäufen, um zu zeigen, wie große Herren sie seien, wobei die bäuerliche Einfalt des von ihnen mit „Exzellenz" angeredeten „Gouverneurs" immer wieder zum Durchbruch kommt.

Sehr im Detail schildert Piščevič seine Erlebnisse bei diesem Pferdekaufe in Ungarn. Nach glücklich durchgeführter Mission tritt er mit Weib und Kind und den Pferden die Rückreise nach Rußland an. Hierbei ereilt ihn ein neues Mißgeschick. Durch einen Wolkenbruch verliert er in der Tatra am 18. Juli 1758 Weib und Kinder und wird selbst nur wie durch ein Wunder gerettet. In Petersburg, wo er Ende 1758 eintraf, war man mit den Pferden, die er gekauft, außerordentlich zufrieden. Man war über seine Ehrlichkeit, so billig zu kaufen und noch Geld zurückzubringen, höchlichst erstaunt. Die Carin sogar gibt ihm ihr Beileid zu dem Unglücke, das ihn betroffen, und ihre Zufriedenheit mit ihm persönlich kund. Wenn es auch den Gepflogenheiten ihres Regimes entsprach, daß lange Zeit keine Verfügung über seine weitere Verwendung getroffen wurde, so hatte er doch, als zu dem Hofstaat gehörig, über nichts als höchstens über Langeweile zu klagen. Aber diese behagte dem tatenlustigen Manne nicht und wurde zur Ursache, daß er sich selbst seine Lage wieder verschlechterte.

Vor allem war es wieder der Erzbischof Vasilij und seine Montenegriner, die seinen Weg kreuzten. Die Serben, die unter dem Namen von Montenegrinern nach Rußland gekommen waren, waren in Orenburg angesiedelt worden. Aber dort gefiel es ihnen nicht, sie meuterten und verlangten in die Armee

eingereiht zu werden. Sie werden nach Moskau geführt, wo eben Erzbischof Vasilij und Major Petrović mit einigen wirklichen Montenegrinern eingetroffen waren. Piščevič, der durch Moskau durchreist, kommt mit ihnen zusammen. Sie verlangen ausdrücklich Piščevič zu ihrem Kommandanten, welches Bestreben Vasilij mit allem Eifer unterstützt. Auch der Senat will diese leidigen Ankömmlinge dadurch zur Ruhe bringen, daß er dieser Bitte willfahrt. Aber der Kabinettsminister Adam Vasiljevič Olsuf'ev weiß ihn vor dieser Mission zu bewahren. Chorvat, der das Bestreben hatte, alle Ankömmlinge in seine Ansiedelung Neuserbien zu locken, der alles tat, um Ševič und dessen Slaveno-Serbien einige Leute abzujagen, erfuhr im Februar 1759 auf der Reise nach Petersburg in Moskau von den Montenegrinern. Sein erster Gedanke war, auch diese in sein Neuserbien zu ziehen und für sich arbeiten zu lassen. Als er beim Senat in dieser Richtung Schritte macht, wird ihm mitgeteilt, daß der dem Kabinett der Carin zugeteilte Major Piščevič auf Bitten der Montenegriner zu ihrem Kommandanten ernannt werden soll. Da Chorvat nicht wußte, daß Piščevič von dieser Kommandierung nichts wissen wollte, ging er daran, dieses Hindernis zu beseitigen. Er sucht daher auch Piščevič unter sein Kommando zu bekommen. Durch alle möglichen Lockungen und Vorspiegelung eines glänzenden Vorwärtskommens sucht er ihn einzufangen. Und dies gelang auch endlich dem geriebenen Abenteurer.

Da Chorvat befürchtet, ohne Piščevič die Montenegriner für sein Neuserbien nicht zu gewinnen, greift er zu allen Überredungskünsten, um diesen zu bewegen, unter ihm Dienste zu nehmen. Er verspricht ihm das Kommando eines Husarenregimentes, das zur russischen Armee gegen Friedrich II. abgehen sollte, er verspricht ihm die Hand seiner Nichte und macht dabei die Andeutung, daß er, der Generalleutnant Chorvat und allmächtiger Gebieter, sich einen Nachfolger suche. Diesen Überredungskünsten unterlag schließlich der unerfahrene Piščevič, nachdem es Chorvat durch seine Beziehungen gelungen war, den Generalprokuror Fürst Nikita Juŕevič Trubeckoj und selbst den allmächtigen Grafen Peter Jvanovič Šuvalov zu bewegen, Piščevič einen Wink zu geben, daß er auf seine

Vorschläge eingehe. So verlangt also Piščevič seine Einreihung in das Korps Chorvats. Er verletzt damit seinen Gönner Olsuf'ev und, wie dieser ihm sagt, die Carin selbst, da er den Dienst bei Chorvat dem bei Hofe vorziehe. Und nun beginnt für ihn eine dreijährige Leidenszeit. Er wird nicht, wie Chorvat ihm versprochen hat, zum Oberstleutnant, sondern nur zum Premiermajor ernannt und hat noch das Mißgeschick, nicht mehr dem Kriegskolleg, sondern dem Senat, zu dessen Kompetenz diese neuen Militäransiedelungen gehörten, zu unterstehen, wo die ausführenden Organe im Solde Chorvats standen. In diesem umfangreichen Teil seiner Memoiren entwirft Piščevič nun ein Bild der Willkürherrschaft, Tyrannei und Unredlichkeit Chorvats, wie es schärfer nicht gezeichnet werden kann. In diesem Belange ist Piščevič vielleicht neben den Untersuchungsakten die wertvollste Quelle. Erst nach dem Tode Elisabeths ereilte Chorvat das verdiente Geschick. Durch den Versuch der Bestechung des Günstlings Peters III., Gudovič, bringt er den Stein ins Rollen. Es wird eine Untersuchungskommission eingesetzt, die mit der Verurteilung Chorvats zur Degradierung, Verlust seiner Güter und Verbannung lautete. Die neuserbische Militäransiedelung wird aufgelöst. Zahlreiche der aus österreichischem Dienst ausgeschiedenen Offiziere, die unter Chorvat so wenig Erfreuliches in Rußland erlebt hatten, baten nun den österreichischen Gesandten Fürsten Lobkowitz, ihnen Verzeihung und die Erlaubnis zur Rückkehr zu erwirken[1]).

Noch vor dem Prozesse Chorvats hatte Piščevič 1762 gegen dessen Willen seine Nichte geheiratet. Er wird Ende dieses Jahres, nachdem er wieder durch Intriguen um die ihn bereits versprochene Stelle als Oberstleutnant gebracht wurde, als Premiermajor in das Serbische Husarenregiment eingestellt, von dessen Kommandanten Tökölyi er auch ein wenig anziehendes Bild entwirft. Wie Chorvat, neben dem er ja seinerzeit die Führerrolle bei der Übersiedelung der Serben nach Rußland übernommen hatte[2]), war auch er ein Meister des Unter-

---

[1]) Lobkowitz an Kaunitz, 26. März 1765, Sbornik, 109, S. 123. — Über den Prozeß Chorvat bei Solovév 25, S. 295 f. nur spärliche Angaben. Daher sind diese Teile der Memoiren Piščevič' doppelt wertvoll.

[2]) Schwicker, Politische Geschichte der Serben in Ungarn, S. 128.

schleifes. 1764 erhält er endlich eine Oberstleutnantsstelle in dem neuformierten Charkover Husarenregiment, das der Onkel seiner zweiten Frau, Nikolaj Čorba kommandierte. Zu seinem Leidwesen ist auch dort seines Bleibens nicht lange, als rangältester Oberstleutnant in den neugebildeten Husarenregimentern wird er 1766 in das Achtyrsche Husarenregiment kommandiert, das sein konnationaler Generalmajor Podgoričanin kommandierte, der es, weil er es verstanden hatte, sein Licht nicht unter den Scheffel zu stellen, in Rußland zu hohen Ehren brachte. Dieses Regiment war dazu bestimmt, an der Besetzung Polens, die Rußland zur Erzwingung der Rechte der Dissidenten nun beabsichtigte, mitzuwirken.

Hiermit schließt der zweite Teil der Memoiren. Im dritten Teil wollte Piščevič die Ereignisse während der Besetzung Polens und den dadurch hervorgerufenen Türkenkrieg schildern. Aber was er hinterlassen hat, ist nur ein Fragment. Es ist ein interessanter Beitrag zur Willkürherrschaft, die Fürst Repnin mit Hilfe der russischen Truppen in Polen errichtet hatte. Piščevič hatte den Auftrag, in der Wojwodschaft Bracław dafür zu sorgen, daß der Kreislandtag jene Beschlüsse fasse und die Landboten entsende, die Rußland wünschte. Er hat sich mit Takt seiner Aufgabe entledigt. Aber wie er dies tat, gewährt einen bezeichnenden Einblick in einen Nebenschauplatz der damaligen Ereignisse in Polen. Nachdem er diese Aufgabe mit vollem Erfolge gelöst und mit seinen Husaren und Kosaken zur russischen Hauptmacht vor Warschau gezogen war, wo der Reichstag von 1767 zu der von Rußland gewünschten Gleichstellung der Dissidenten unter dem Drucke der russischen Bajonette gezwungen wurde, bekam er hier noch eine interessante Mission. Er hatte die von Repnin wegen ihres Widerstandes gegen Rußlands Wünsche verhafteten Führer der Opposition, die Bischöfe Sołtyk von Krakau und Załuski von Kiev sowie den Palatin von Krakau Rzewuski mit dessen Sohne, in Nacht und Nebel unter Bedeckung von Warschau nach Wilna zu führen [1]). Die Persönlichkeit Sołtyks, der ihm sehr viel zu

[1]) Vgl. darüber auch Alkar (Alexander Kraushar) Książe Repnin i Polska, Krakau 1897, 2, S. 74 ff., dem die Memoiren Piščevič' leider entgangen sind.

schaffen gab, erfährt dabei wieder eine Beleuchtung, die für deren Charakteristik gewiß nicht ohne Wert ist.

Damit brechen die Memoiren leider ab. Der russisch-türkische Krieg, von dem er in Worten echter Begeisterung spricht, erfährt leider keine Darstellung mehr. Er hat sich in ihm das Georgskreuz erworben und ist, nachdem er noch den Rang eines Generalmajors erreicht hatte, nach 1785 gestorben. Auch eine Geschichte der Serben vom Mittelalter bis zum XVIII. Jahrhundert hat Piščevič verfaßt [1]), und sein Sohn Alexander, der ihm 1764 bereits in Rußland geboren wurde, ist dem Beispiel des Vaters gefolgt und hat gleichfalls eine Selbstbiographie hinterlassen, die bis zum Jahre 1798 reicht.

Sprachlich, die Memoiren Piščevič' sind russisch abgefaßt, sind diese gewiß unbeholfen. Aber was ihren Inhalt betrifft, gehören sie zu den wertvollsten Schätzen der Memoirenliteratur aller Zeiten.

---

[1]) Vgl. darüber die darauf fußende Arbeit Nil Popovs, Voennyja poselenija Serbov v Avstrii i Rossii, Věstnik Evropy 1870, Juli.

Die Tätigkeit der russischen Gouvernements-Archivkommissionen in den Jahren 1904-1911.

Von

A. S. Lappo-Danilevskij.[1])

Die Gouvernements-Archivkommissionen haben in den letzten Jahren eine rege Tätigkeit entfaltet, deren Ergebnisse zum Teil in den der Akademie vom Direktor des Kaiserlichen Archäologischen Instituts übersandten Berichten vorliegen, die von der Historisch-Philologischen Klasse mir zur Prüfung übergeben wurden.

Die Berichte umfassen jedoch nicht sämtliche 27 Archivkommissionen: die Akademie hat seit meinem letzten Bericht 30 Berichte von nur elf Kommissionen über ihre Tätigkeit in den Jahren 1904—1911 erhalten. Diese 30 Berichte sind eingegangen von den Archivkommissionen der Gouvernements: Bessarabien (1908—1910), Vladimir (1905—1908), Vjatka (1909), Ekaterinoslav (1904—1906 und 1909—1911), Nižnij Novgorod (1909—1910), Orenburg (1906—1907), Rjazań (1905—1910), Simbirsk (1907—1710), Taurien (1907—1909), Tambov (1908—1911) und Černigov (1909—1911). Vergleicht man diese Liste mit der in meinem letzten Bericht veröffentlichten, so sieht man, daß die neue Liste mehrere Lücken aufweist; so fehlen in ihr die Kommissionen der Gouvernements Voronež, Kostroma, Kursk und Poltava, die das letzte Mal Berichte eingesandt hatten. Die jetzt vorliegenden Berichte aber schließen nicht immer an die früheren an. Lückenhaft sind auch manche der jetzt eingegangenen Berichte, z. B. die der Archivkommissionen Nižnij Novgorod und Ekaterinoslav. Abgesehen von solchen Lücken weisen die Berichte der obengenannten Kommissionen auch noch andere Mängel auf, die es unmöglich machen, ihre Arbeiten Jahr für Jahr zu verfolgen: einige Kommissionen liefern nämlich nicht Berichte für jedes einzelne Jahr, sondern für mehrere

[1]) Aus dem Russischen übersetzt von W. Christiani.

Jahre, z. B. die Kommissionen der Gouvernements Bessarabien, Ekaterinoslav und Taurien. Berichte für 1911 liegen nur aus Tambov und Černigov vor.

Die meisten Berichte umfassen die Jahre 1907—1910, d. h. einen Zeitraum, wo die Verhältnisse für die Arbeit der Kommissionen sich etwas günstiger gestaltet hatten. Der Entwurf über ihre Reform, über den schon im Jahre 1905 beraten wurde, ist aber noch immer unerledigt, und das Gesetz, das die Staatsrentei anweist, den Kommissionen von 1909 ab jährlich 5200 Rbl. an Subsidien zu zahlen[1]), ist noch zu jungen Datums, als daß sich die Folgen dieser Maßnahme schon bemerkbar machen könnten.

Die vielseitige und verantwortungsvolle wissenschaftliche Tätigkeit der Archivkommissionen hat in einigen Fällen bei den Lokalbehörden verständnisvolle Unterstützung gefunden. So haben z. B. der Erzbischof von Vladimir, Nikolaj, und die St. Alexander-Nevskij-Bruderschaft die Errichtung des Museums in Vladimir gefördert, indem sie der dortigen Kommission gestatteten, die im Museum der Bruderschaft befindlichen Gegenstände im neuen Museum aufzustellen, wo sie nun bequemer besichtigt und studiert werden können. Dasselbe Entgegenkommen hat der Erzbischof von Tambov, Kirill, gezeigt: er gestattete der Archivkommission Tambov, Heiligenbilder, alte Kreuze und andere Gegenstände aus verschiedenen Stadt- und Landkirchen im Museum aufzustellen. Ferner unterstützten die Adelsinstitutionen und insbesondere die Landschafts- und die städtischen Institutionen ihrerseits die Archivkommissionen, vor allem in Bessarabien, Vladimir, Vjatka, Rjazań, Simbirsk und Černigov sowie in Ekaterinoslav, Nižnij Novgorod, Orenburg, Taurien und zum Teil in Tambov.

Leider muß aber erwähnt werden, daß die Archivkommissionen aus von ihnen unabhängigen Gründen nicht immer die ihnen obliegenden Pflichten erfüllen können. Zu diesen gehört nach dem Reglement von 1884 z. B. die Durchsicht der Akten und Dokumente, die in den Gouvernements- und Kreisarchiven der verschiedenen Ressorts vernichtet werden sollen. Das

[1]) Sobranie uzakonenij i rasporjaženij pravitel'stva za 1909 g., otd. I, Nr. 114, st. 1032.

Reglement bestimmt, daß die ausgeschiedenen Bestände „im historischen Archiv aufzubewahren sind“ (§ 5). Wie die Kommission Vladimir berichtet, wird die Vorschrift, der Kommission Abgabeverzeichnisse einzusenden, aber nur von den Behörden des Finanzministeriums streng befolgt. Die Kommission Rjazań erhielt (wenigstens bis 1908) vom Kontrollhof (kontrol'naja palata) Rjazań weder Abgabeverzeichnisse der zu vernichtenden Akten noch die Akten selbst. Die Kommission Bessarabien schied auf Grund der ihr eingereichten Abgabeverzeichnisse verschiedene Akten, u. a. 56 Akten von Friedensrichtern (mirovoj posrednik) des Kreises Jassy aus den Jahren 1868—1879 und 50 Akten der Kreisbehörde Jassy für Bauersachen von 1878—1892 aus, aber die Gouvernementsbehörde lehnte die Abgabe dieser Akten ans Archiv der Kommission ab. Ein analoger Fall ereignete sich in Vladimir, wo die Kommission 1907 die von ihr eingeforderten Akten des Kameralhofes (kazennaja palata) nicht erhielt.

Zu den wissenschaftlichen Unternehmen, welche die Arbeit der Archivkommissionen vermehrten, gehören die allrussischen archäologischen Kongresse und die archäologischen Gebietskongresse.

In den Jahren 1904—1911 tagten allrussische archäologische Kongresse in Ekaterinoslav und Černigov, an deren Organisation die dortigen Kommissionen sich eifrig beteiligten. Anläßlich des XIII. archäologischen Kongresses in Ekaterinoslav sammelte z. B. die dortige Kommission Daten über alle wichtigeren historischen Lokaldenkmäler, auch über die schriftlichen, und versandte im Gouvernement Fragebogen, welche die Altertümer, die Gebrauchsgegenstände und die Volkssänger (kobzari, lirniki) betrafen; die Kommissionsmitglieder nahmen am Kongreß teils als Organisatoren, teils als Vortragende teil. Anläßlich des XIV. archäologischen Kongresses in Černigov erweiterte auch die dortige Kommission ihr Arbeitsgebiet und übernahm u. a. die Liquidation der Geschäfte des Kongresses; aus Anlaß desselben Kongresses nahm sie auch an der Organisation des Černigovschen historischen Gebietsmuseums teil.

Die Organisation der archäologischen-historisch Gebiets-

kongresse fiel in noch größerem Maße den Lokalkommissionen zu. Die Vorbereitungen für den dritten Gebietskongreß traf z. B. die Kommission Vladimir; infolgedessen mußte sie sogar „einige ihrer Funktionen" vorübergehend einstellen. Die Kommission bemühte sich, den Kongreß in wissenschaftlicher wie in materieller Hinsicht sicherzustellen. Dank ihren Bemühungen wurden auf dem Kongreß 36 Vorträge gehalten, 20 andere mußten Zeitmangels wegen ausfallen; von diesen Vorträgen betrafen 12 die Geschichte und die Altertümer des Gebiets. Die Kommission wandte sich fast überall mit Erfolg an die Landschaftsverwaltungen, von denen sie für die Veranstaltung des Kongresses über 6000 Rbl. erhielt. Ein Teil dieser Summe wurde zur Bestreitung der Druckkosten einiger Schriften verwandt, die den Kongreßteilnehmern als Festgaben überreicht wurden. Anläßlich des Kongresses erschienen außerdem noch mehrere andere die Lokalgeschichte und Altertümer behandelnde Schriften, welche von den Verfassern oder den Verlegern der Kommission geschenkt wurden. Die Kommission Nižnij Novgorod schritt 1910 an die vorbereitenden Arbeiten für die Veranstaltung des vierten Gebietskongresses in Nižnij Novgorod im Jahre 1912.

Die Organisation derartiger Unternehmen ist übrigens, was nicht verschwiegen werden darf, manchmal mit gewissen Schwierigkeiten verbunden. So richtete anläßlich des XIII. allrussischen archäologischen Kongresses in Ekaterinoslav, der im August 1905 tagte, die dortige Kommission an die Kommission Vladimir die Bitte, den Gebietskongreß, der im Juni 1905 in Vladimir stattfinden sollte, auf das nächste Jahr zu verlegen, ihre Bitte wurde aber abschlägig beantwortet.

Die Tätigkeit der Archivkommissionen konzentrierte sich hauptsächlich auf das Studium der Lokalaltertümer und der Lokalgeschichte: die von den Kommissionen gepflegten Gebiete waren vor allem stets Archäologie und Archäographie sowie Geschichte und manchmal auch Ethnographie.

An einigen Orten haben allerdings schon verschiedene andere Institutionen die Pflege der genannten Gebiete übernommen. So besteht z. B. in Ekaterinoslav das A. N. Pol'-Gebietsmuseum mit Abteilungen für Geschichte, Naturgeschichte,

Archäologie, Ethnographie und Kirchengeschichte, und daher pflegt die dortige Kommission hauptsächlich das Archivwesen. Auch in Černigov ist ein besonderes historisches Gebietsmuseum entstanden, an dessen Verwaltung die dortige Archivkommission nur einen gewissen Anteil nimmt. Nach Schluß des XIV. allrussischen arhäologischen Kongresses erhielt die Černigovsche Stadtverwaltung vom Komitee für die Veranstaltung des Kongresses alle Altertümer geschenkt, die nach der Ausstellung des Kongresses übriggeblieben waren, vereinigte mit Zustimmung der Komission diese Gegenstände mit denen im Museum der Kommission befindlichen und legte so den Grund zu dem Černigovschen historischen Gebietsmuseum, das sich in einem besonderen von der Stadtverwaltung hergegebenen Gebäude befindet. Der Museumskonservator erhält sein Gehalt von der Stadt und der Kommission. Mit besonderem Eifer widmet sich diese aber dem Studium des Archivwesens, wie aus ihren ausführlichen Berichten hervorgeht.

In den meisten Fällen hatten die Archivkommissionen indessen sowohl die archäologischen als auch die archivalischen Forschungen zu pflegen.

Auf archäologischem Gebiet sorgten die Archivkommissionen teils für die Erhaltung der historischen Denkmäler und beschrieben sie, teils sammelten sie diese Denkmäler und befaßten sich mit der Einrichtung ihrer Museen.

Was die Erhaltung der kirchengeschichtlichen Denkmäler betrifft, so haben sich die Verhältnisse für die Archivkommissionen neuerdings etwas geändert. Die früheren hier in Betracht kommenden Vorschriften des Baureglements (Stroitel'nyj ustav) sind durch einen Allerhöchsten Befehl vom 11. März 1889 und eine Verfügung des heil. Synods von 1909 aufgehoben worden, und daher müssen die Archivkommissionen jetzt ihre frühere Tätigkeit einstellen. Bis zum Jahre 1909 aber hatten mehrere Kommissionen für die Erhaltung alter Kirchen und manchmal auch für die Erhaltung von Profanbauten Sorge gtragen. So hatte die Kommission Rjazań 1906 sich gegen die Schleifung der Wälle der Stadt Ranenburg ausgesprochen und den Kreispolizeimeister (uězdnyj ispravnik) ersucht, für die Ausführung ihres Beschlusses zu sorgen, was auch geschah. Ihre Bemühungen,

die alten Stadtwälle von Rjazań vor der Abtragung zu schützen, waren leider erfolglos. Die Archivkommissionen ergriffen auch andere Maßregeln sowohl zur Erhaltung als auch zur Beschreibung der Altertümer. Z. B. fuhr die Kommission Rjazań 1907 fort, an einer archäologischen Karte des Gouvernements zu arbeiten, und die Kommission Orenburg begann in demselben Jahr eine Karte der Grabhügel (kurgany) im Turgajgebiet. Einige Kommissionen, so Vladimir und Orenburg, arbeiteten an der Beschreibung der in den Klöstern und Kirchen der Eparchie befindlichen Altertümer. Auch die Kommission Rjazań beschloß am 24. Mai 1910, an die Sammlung von Photographien aller alten Kirchen und die Registrierung sämtlicher Altertümer im Gouvernement zu schreiten. Die Kommission des Gouvernements Bessarabien beschloß, Pläne und Photographien von Kirchen, alten Gebäuden, alten Gutshöfen usw. zu sammeln.

Außer der Erhaltung und Beschreibung der historischen Denkmäler ließen einige Kommissionen sich die Sammlung derselben und die Einrichtung ihrer Museen angelegen sein. Die Kommissionen Rjazań und Černigov veranstalteten Ausgrabungen. Bei den von der Kommission Černigov unternommenen Ausgrabungen auf dem „Tatarenberg" (Tatarskaja gorka) stieß man auf die Spuren einer alten Siedlung (u. a. wurde eine Münze des Kaisers Hadrian gefunden), und bei der Ausgrabung der Kirche des heil. Michael auf bisher unbekannte Vorhallen und Spuren von Fresken und Mosaiken sowie auf Reste von Grabstätten, wahrscheinlich aus der Kievschen Periode. Die meisten Archivkommissionen waren jedoch genötigt, sich auf gelegentliche Erwerbungen und Geschenke zu beschränken, durch die ihre Sammlungen vervollständigt wurden. Die Kommission Ekaterinoslav versandte im Gouvernement gedruckte Fragebogen zur Sammlung von Daten über die vorgeschichtlichen und historischen Altertümer usw. Zugleich fuhren die Archivkommissionen fort, ihre Museen einzurichten, so die Kommissionen der Gouvernements Vladimir, Orenburg, Rjazań, Simbirsk, Taurien, Tambov und Černigov. Die Museen in Vladimir und Černigov sind „Gebietsmuseen" und entwickeln sich gut dank der Unterstützung seitens der Landschafts- und der städtischen Institutionen sowie durch Geschenke von Privatpersonen. Die

Kommission Vladimir betont übrigens selbst, daß der Nutzen des Museums (für dessen Bau 20 217 Rbl. 86 Kop. an Geldspenden und außerdem Schenkungen von Baumaterialien einliefen) für die Volksbildung ein noch größerer wäre, wenn ein Katalog vorhanden wäre, daß ferner noch nicht alle dem am 17. Juni 1906 eröffneten Museum zugegangenen Geschenke inventarisiert seien und die Besucher nicht gezählt würden; das Museum werde jedoch sehr eifrig besucht. Das Museum in Černigov, dessen Sammlungen seit dem 20. November 1909 in einem besonderen Museumsgebäude aufgestellt sind, erfreut sich ebenfalls eines regen Besuches. Die Zahl der Besucher betrug 1909 — 1190, 1910 — 3035 und 1911 — 4039. Das Museum wurde u. a. von Schülern verschiedener Lehranstalten und von Volksschülern aus den Gouvernements Petersburg, Jaroslav, Tula, Mogilev und Poltava besucht, die Ausflüge nach Černigov unternahmen. Außer den Gebietsmuseen in Vladimir und Černigov befand sich auch das Simbirsker Museum in günstigerer Lage. Die Kommission Simbirsk erhielt im Jahre 1910 die Genehmigung zur Veranstaltung einer allrussischen Spendensammlung zur Ehrung des Andenkens J. A.687 Gončarovs und äußerte bei der Versendung der Sammellisten den Gedanken, daß es am zweckentsprechendsten wäre, zur Erinnerung an Gončarov ein Gebäude zu errichten, in welchem Bildungsanstalten vereinigt werden könnten, wie z. B. ein Museum, eine technische Zeichenschule und eine Bibliothek. Se. Majestät der Kaiser geruhte, der Kommission 1000 Rbl. „für den Bau eines historisch-archäologischen Museums zur Erinnerung an den Schriftsteller J. A. Gončarov“, zu spenden; die Simbirsker Gouvernements-Landschaft warf für denselben Zweck 5000 Rbl. aus, und die Spendensammlung ergab 15 715 Rubel, so daß der Bau des Museums gesichert ist. Im Jahre 1907 erhielt auch die Kommission Orenburg von der Stadtverwaltung Orenburg den Bauplatz für ein Museum geschenkt, und 1908 faßte die Stadtverwaltung von Simferopol ebenfalls den Beschluß, der Archivkommission des Gouvernements Taurien den Bauplatz für ein Museum zu schenken.

Es muß hervorgehoben werden, daß das Studium der lokalen Altertümer durch die Archivkommission sicherlich besser

organisiert werden könnte und natürlich auch lebhafter betrieben werden würde, wenn die Kommissionen in der Lage wären, die in den Gouvernements befindlichen Gegenstände und Schätze kennen zu lernen, bevor sie an die Archäologische Kommission gesandt werden, um rechtzeitig photographische Aufnahmen anfertigen lassen zu können, die Abgabe von Doppelstücken an ihre Museen beantragen zu können usw.

Die Archivkommissionen selbst halten es indessen für ihre Hauptaufgabe, die schriftlichen Denkmäler, welche sich auf die Lokalgeschichte beziehen, zu sammeln und in ihren Archiven aufzubewahren, zu beschreiben und ihren Inhalt zu studieren.

In einigen Fällen haben die Archivkommissionen in der Tat zur Erhaltung schriftlicher Denkmäler beigetragen. Z. B. hatte im Jahre 1908, wie die Kommission des Gouvernements Bessarabien berichtet, das Bezirksgericht Kišinev beschlossen, sämtliche rumänischen Gerichtsakten aus dem südlichen Teil Bessarabiens von 1856—1878 ausnahmslos zu vernichten. Der Kommission gelang es aber, den Vorsitzenden des Bezirksgerichts zu veranlassen, daß die Akten vor der Vernichtung ihr zur Durchsicht übergeben wurden. Wenn es sich darum handelt, aus den von den Regierungsinstitutionen zur Vernichtung bestimmten Akten diejenigen auszuscheiden, welche historische Bedeutung haben, nehmen viele Archivkommissionen nach wie vor von ihnen nur Kenntnis auf Grund von Abgabeverzeichnissen, die natürlich nicht in wissenschaftlicher Weise zusammengestellt sind. Dieser Modus erklärt sich zum Teil dadurch, daß manche Archivkommissionen Akten aus anderen Gouvernements erledigen. So war z. B. die Kommission Černigov, welche über die von ihr vorgenommene Durchsicht von Akten sehr ausführlich berichtet, genötigt, zu entscheiden, ob die Akten der Kameralhöfe der Gouvernements Minsk und Wolhynien aufbewahrt werden sollten. Die Kommission Ekaterinoslav sah die Akten des Kameralhofes des Gouvernements Wolhynien und des Zollbezirks des Gebiets des Donischen Heeres durch, die Kommission des Gouvernements Taurien wiederum die Akten des Kameralhofes Stavropol' usw. Die Archivkommissionen betonen selbst die mit einer solchen Durchsicht der Abgabeverzeichnisse verknüpften Schwierig-

keiten. Die Kommission Černigov berichtet z. B., daß sich an sie Behörden aus Gegenden wenden, die mit dem Gouvernement Černigov weder geschichtlich noch ethnographisch etwas gemein haben, und daß dasjenige, was für die betreffenden Orte ein lokales Interesse besitze, einem Černigover fremd und unbekannt sei und umgekehrt (Bericht für 1910). Übrigens werden auch die Akten aus demselben Gouvernement nicht selten auf Grund der Prüfung von Abgabeverzeichnissen vernichtet, und doch ist eine Archivkommission (Černigov) zum Ergebnis gelangt, daß die Durchsicht der Abgabeverzeichnisse letzten Endes eine wenig fruchtbringende Arbeit sei. Die Kommission Vladimir dagegen teilt mit, daß die Prüfung der Akten selbst und nicht nur der Abgabeverzeichnisse eine Menge interessanter Tatsachen ergeben habe, die zweifellos von historischem Wert seien, wenn auch erst in der Zukunft und daß die Gewinnung derselben, obwohl sie mit Staub und Schmutz verbunden gewesen sei und viel Zeit erfordert habe, die mit dieser Arbeit Betrauten moralisch doch durchaus befriedigt habe (Bericht für 1908). Jedenfalls ist zu wünschen, daß alle Archivkommissionen gleich den Kommissionen Rjazań und Černigov bei der Prüfung der von den Gouvernements- und Kreisbehörden zur Vernichtung bestimmten Akten „mit größter Vorsicht" verfahren, daß sie z. B. die Akten selbst vor ihrer Vernichtung durchsehen, falls an ihrem Wert irgendwelche Zweifel aufsteigen sollten, und daß sie unter den aufzubewahrenden Akten auch solche aufbewahren, die an und für sich bedeutungslos sind, aber „zur Auffindung der einen oder anderen Akte dienen, die von historischem Werte sein kann".

Abgesehen davon, daß die Archivkommissionen die Abgabeverzeichnisse von Akten und manchmal auch die Akten der Gouvernementsbehörden selbst durchsahen, befaßten sie sich auch mit der Durchsicht alter Dokumente, die in Privatarchiven, hauptsächlich in Klosterarchiven und in den Archiven adliger Familien beruhen. Die Mitglieder der Kommission Vladimir arbeiteten z. B. in den Archiven des St. Daniel-Klosters in Perejaslavl', des Spaso-Evfimievskij-Klosters in Suzdal' und des Svjatoezerskij-Klosters (pustynja), Kreis Gorochovec; die Mitglieder der Kommission Ekaterinoslav — im Kloster zu Samara usw. Die Kommission Rjazań richtete, da

in den letzten Jahren viele Edelleute ihre Güter Hals über Kopf zu verkaufen begannen, an den Dirigierenden der Rjazańschen Filialen der Adels- und der Bauernbank das Gesuch, beim Verkauf von Edelhöfen darauf zu achten, ob in ihnen nicht Familienpapiere vorhanden seien, und wenn dies der Fall sei, sie ihr zu übersenden. Das Gesuch der Kommission war nicht ganz erfolglos, denn im Jahre 1908 erhielt sie auf diese Weise Dokumente, die auf dem Gute der Familie Levašov im Dorfe Velikie Luki, Kreis Spassk, gefunden wurden. Die Kommission Tambov sah die ihr von der Gräfin N. K. Suchtelen und Herrn N. L. Markov geschenkten Archive der Grafen Suchtelen, Cancrin und Lambert durch und fertigte Repertorien an. Die in diesen Archiven beruhenden Dokumente stammen aus den Jahren 1772—1862 und sind von hohem Interesse. Das Ministerium des Innern warf für ihre Veröffentlichung 1000 Rbl. aus, und die Kommission konnte daher die Drucklegung vorbereiten. Die Kommission Simbirsk ordnete das Archiv des verstorbenen K. J. Nevostruev usw.

Einige Archivkommissionen ließen sich auch die Ordnung ihrer eigenen Archive angelegen sein und stellten Repertorien der in ihnen befindlichen Bestände auf. Die Kommission Vladimir begann z. B. ein wissenschaftliches Repertorium der Bestände ihres Archivs anzulegen (1905); die Kommission Vjatka verzeichnete 438 Akten, Karten und Pläne ihres Archivs, die Kommission Nižnij Novgorod beschloß, ein kurzes provisorisches Inventar ihres historischen Archivs anzufertigen, das in zwei Türmen des Kreml' und in einem Teil der Räume der Kommission selbst untergebracht ist. Aber die meisten Archivkommissionen sind von der Aufstellung solcher Repertorien noch weit entfernt.

Unter den einzelnen wissenschaftlichen Unternehmungen der Archivkommissionen auf dem Gebiet der Lokalgeschichte wurden in den früheren Berichten „die Sammlung, Repertorisierung und Bearbeitung von wirtschaftlichen Urkunden des XVIII.—XIX. Jahrhunderts“ erwähnt. Derartige Arbeiten hatten einige Kommissionen in früheren Jahren begonnen. Die letzten Berichte enthalten keine Mitteilungen über den Stand dieser Arbeiten, erwähnen dagegen andere Spezialarbeiten.

Ich beschränke mich in diesem Bericht auf die Aufzählung der wichtigeren von ihnen. Die Kommissionen der Gouvernements Bessarabien, Vladimir, Nižnij Novgorod und Tambov waren mit der Abfassung von bibliographischen Verzeichnissen von Büchern und Aufsätzen über die Altertümer und die Geschichte ihres Gouvernements oder von Verzeichnissen von Akten über das Schisma (raskol) und das Sektenwesen beschäftigt. Die Kommission Nižnij Novgorod bereitete ein biographisches Lexikon der hervorragenden Männer ihres Gouvernements vor. Auch die Kommission Rjazań arbeitete an einem Lexikon der im Gouvernement Rjazań geborenen Schriftsteller, Gelehrten und Künstler. Die Kommission Tambov war mit der Abfassung eines Verzeichnisses der im Gouvernement Tambov geborenen hervorragenden Männer und Schriftsteller beschäftigt. Die Kommission des Gouvernements Bessarabien sammelte die Porträts der russischen Kaiser und der örtlichen bedeutenden Persönlichkeiten. Die Kommission Vladimir veröffentlichte ein Verzeichnis der Adelsgeschlechter des Gouvernements und gab alte topographische Beschreibungen des Gouvernements, mehrere Werke über die lokalen Altertümer und die Lokalgeschichte usw. heraus.

Abgesehen von archäologischen, archäographischen und historischen Arbeiten sammelten einige Archivkommissionen auch ethnographisches Material. So erweiterte die Kommission Rjazań im Jahre 1908 ihre Tätigkeit durch die Bildung eines besonderen Ausschusses, der ethnographisches Material über das Gouvernement Rjazań zu sammeln beauftragt ist: die Kommission entwarf ein ausführliches Programm für die Sammlung von ethnographischen Daten im Gouvernement durch die Volksschullehrer, die Geistlichen, die Volost'schreiber usw. Die Kommission Ekaterinoslav ließ Programme für die Sammlung „von ethnographischen Gegenständen sowie von Daten über die Volkssänger“ (kobzari, lirniki) drucken und versandte sie im Gouvernement. Die Kommission Simbirsk sammelte Texte und Melodien von Liedern der Čuvašen. Die Kommission Orenburg zeichnete kirgisische Heldenlieder (byliny) und Lieder auf, wobei ihr kirgisische Sänger als Quelle dienten.

Außer den dauernden wissenschaftlichen Arbeiten, die

hauptsächlich die lokalen Altertümer, die Geschichte und die Ethnographie der einzelnen Gebiete betreffen, führten die Archivkommissionen auch einmalige Arbeiten anläßlich der Feier von Jubiläen usw. aus.

Um das Andenken hervorragender Personen und Ereignisse aus unserer Geschichte zu ehren, unternahmen die Archivkommissionen entsprechende Arbeiten. Die Kommission Rjazań beriet über die Feier des 50jährigen Jubiläums der Bauernbefreiung, der Dreijahrhundertfeier des Jahres 1611 und der Hundertjahrfeier des Vaterländischen Krieges. Die Kommission Nižnij Novgorod arbeitete an einem Jubiläumssammelwerk (sbornik) über die Ereignisse der Jahre 1611—1613, das schon 1910 druckfertig war, und beschloß ferner, eine populäre, für das Volk bestimmte Broschüre zur Jubiliäumsfeier jener Zeit herauszugeben, die den Titel führen soll: „Was die Nižnij Novgoroder für die Rettung Rußlands getan haben“ (Čto sdělali Nižegorodcy dlja spasenija Rossii). Die Kommission Tambov beschloß anläßlich des dreihundertjährigen Jubiläums der Regierung des Hauses Romanov, die im Gouvernement Tambov befindlichen Denkmäler aus der Zeit Michajl Fedorovičs zu sammeln und zu beschreiben, das Jubiläum des Jahres 1812 durch eine Festsitzung zu feiern, eine Sondernummer ihrer „Izvěstija“ dem Vaterländischen Kriege zu widmen und in ihrem Museum eine besondere Abteilung zur Erinnerung an das Jahr 1812 zu schaffen. Sie gab ferner die Arbeit eines ihrer Ehrenmitglieder, eine historische Übersicht über den Vaterländischen Krieg und seine Ursachen (Istoričeskij obzor Otečestvennoj vojny i eja pričin), heraus. Die Kommission Černigov beging das fünfzigjährige Jubiläum der Bauernbefreiung in feierlicher Weise usw.

Das Andenken verdienter Männer ehrten die Archivkommissionen durch die Veranstaltung von Sitzungen oder die Veröffentlichung von Schriften. So hielt die Kommission Černigov im Jahre 1909 eine besondere Sitzung zur Erinnerung an den heiligen Dmitrij von Rostov, die Kommission Ekaterinoslav zwei Sitzungen zur Erinnerung an den Erzbischof Feodossij und N. I. Kostomarov ab, seit deren Tode 1910 25 Jahre vergangen waren, und die Kommission Nižnij Novgorod

beendigte den Druck eines Sbornik zur Erinnerung an P. I. Mel'nikov.

Zur Ausführung der von ihnen zu leistenden Arbeiten müssen die Archivkommissionen natürlich nicht nur Museen und Archive, sondern auch möglichst gute Bibliotheken besitzen. Einige Kommissionen haben auch in der Tat für die Vermehrung ihrer Bibliotheken gesorgt, wegen Mangels an Mitteln geschah diese aber meist nur durch Geschenke; manchmal erhielten die Büchereien auch Handschriften geschenkt. Die Bestände der Bibliothek der Kommission Vladimir wuchsen von 1905—1908 von 14 334 Nummern auf 16 922 Nummern, die Bibliothek der Kommission Rjazań in demselben Zeitraum von 12 900 Bänden auf 13 127 Bände an (diese Angabe stimmt übrigens nicht mit den Daten des Berichts der Kommission für 1910 überein). Die Bibliothek der Kommission Nižnij Novgorod, welche von einem besonderen „Komitee" verwaltet wird, besitzt einen Zettelkatalog, worin gegen 8000 Bände eingetragen sind. Im Jahre 1910 hatte sie einen Zuwachs von rund 5000 Bänden usw. Beachtenswert sind auch die Bestrebungen der Bibliothek der Kommission Rjazań, die über das Gebiet Rjazań erschienene Literatur in möglichster Vollständigkeit zu sammeln, und das Streben der Kommission Černigov, in ihrer Bücherei die in Černigov und Novgorod Sěversk gedruckten Bücher zu vereinigen.

Überhaupt haben, nach den mir vorliegenden Berichten zu urteilen, einige Archivkommissionen recht eifrig gearbeitet, z. B. Vladimir, Vjatka, Nižnij-Novgorod, Rjazań, Simbirsk, Tambov und Černigov. In der Tätigkeit der Kommissionen haben zahlreiche Personen regen Anteil genommen, z. B. A. V. Selivanov und A. V. Smirnov in Vladimir, J. N. Chalipp in Kišinev, N. J. Dranicyn und A. K. Kabanov in Nižnij-Novgorod, P. L. Martynov in Simbirsk und A. N. Norcov in Tambov. Unter den Geschenkgebern seien hervorgehoben: N. J. Satrov, von dem die Kommission Simbirsk für den Bau ihres Museums 10 000 Rbl. geschenkt erhielt, A. N. Norcov, der die Druckkosten der 53. Lieferung der „Nachrichten" (Izvěstija) der Kommission Nižnij Novgorod getragen hat, sowie die Mitglieder der Kommission des Gouvernements

Taurien, die einen wertvollen Firman des Sultans Abdul Hamid I. gemeinschaftlich erworben haben.

Zusammenfassend muß auf Grund der der Akademie zugegangenen Berichte gesagt werden, daß die Tätigkeit der Gouvernements-Archivkommissionen sich zusehends erweitert. Man kann nur wünschen, daß die Kommissionen eine immer bessere Organisation erhalten, das Studium der lokalen Altertümer und der Lokalgeschichte möglichst fördern und möglichst selbständig über die für ihre Zwecke erforderlichen Mittel verfügen.

Aktenstücke zur polnischen Geschichte 1846 und 1861.

Mitgeteilt von

Otto Hoetzsch.

Die folgenden Aktenstücke stammen aus dem Nachlaß des Barons Peter Meyendorff, russischen Botschafters in Berlin (1839—1850) und Wien (1850—1854). Da sie nicht in unmittelbarer Beziehung zu ihm stehen, können sie in der von mir herauszugebenden politischen Korrespondenz dieses Staatsmanns keine Stelle finden und werden daher hier gesondert veröffentlicht.

I.

Die Krakauer Frage 1846.

1. Aus einer Depesche Metternichs an den Grafen Apponyi [1]) (in Paris).

Wien, 26. Februar 1846.

Le Général Colline, entré à Cracovie le 21, ayant reçu l'avis que les 800 hommes sous son commandement seraient attaqués du 22 au 23 par les bandes venues du dehors, et que ce mouvement externe serait secondé par une insurrection dans la ville, il crut devoir se replier sur la rive droite de la Vistule, suivi par Mrs. les Résidents des trois Cours protectrices, le Président du Sénat, quelques Sénateurs, l'Evêque et quelques personnes ne voulant pas courir la chance de rester à Cracovie.

Nos dernières nouvelles de la Galicie sont jusqu'au 23. En peu de jours les choses ont complètement changé de face. La révolution est repoussée partout par le peuple. Les propriétaires de terre qui dans plusieurs cercles ont excité les

[1]) Die beiden Stücke an Graf Anton Apponyi (österr. Botschafter in Paris) füllen die Lücke zwischen Nr. 1542 und 1543 in „Mémoires usw.“ Metternichs Bd. VII, S. 196 aus.

paysans à la révolte, les employés seigneuriaux et encore d'autres propagandistes ont été assomés ou arrêtés par les paysans, et livrés par eux aux autorités. Que dans le nombre des victimes il puisse s'en trouver d'innocentes, le fait malheureusement doit être regardé comme probable. Dès lors le blâme ne saurait retomber que de tout son poids sur les instigateurs d'aussi coupables menées.

Ce qu'il y a de plus déplorable à mon avis dans la phase actuelle de ces événements, c'est, outre le nombre de victimes qu'une entreprise insensée a déjà moissonnées, le désordre social qui s'empare d'un pays, dont la population est assurément digne d'un meilleur sort, que ne l'est celui que pourraient lui ménager de vaines folies! Une fois que les classes inférieures sont excitées, l'agitation ne se calme pas dans un court éspace de temps. La Galicie ainsi que l'ancienne Pologne n'avaient pas de classe intermédiaire entre la noblesse et les paysans. Ce n'est que depuis que l'Autriche possède cette province, que la caste moyenne commence à se former dans les villes et surtout dans celle de Léopol. Mais cette classe est principalement composée d'Allemands. La couche supérieure de la population vient ainsi de soulever contre elle les classes inférieures et c'est aux émigrés de sa propre classe qu'elle est redevable de ce malheur. Il est clair que l'émigration aurait mieux fait, si elle eût employé les ressources que lui ont fournis les pays dans lesquels elle a reçu un si généreux asile, à un autre objet qu'à celui auquel elle les a évidemment vouées.

2. Lettre particulière Metternichs an denselben.

Wien, 27. Februar 1846.

Le moment actuel est un moment de crise dont la portée ne peut encore être évaluée. La position des Gouvernements est éminemment difficile dans cette crise et ce que les événements amènent même de favorable, est plein de danger. Donnez lecture à Mr. Guizot et au Roi Louis Philippe de mes dépêches; je tiens à ce qu'ils voient clair dans les faits, et le sentiment de Notre Gouvernement à leur égard a, certes, également la valeur d'un fait important. La position serait certainement différente

entre le Gouvernement qui se livrerait à des illusions et celui qui voit les choses et sait les reconnaître telles qu'elles sont!

Je n'admets pas la possibilité que bien des péripéties ne se présentent encore dans le mouvement criminel, que l'émigration Polonaise a jeté dans un pays, dont la population ne veut pas de ce dont elle veut. Le mouvement une fois en train, où s'arrêtera-t-il et dans quelles directions se dirigera-t-il? Le début a mis à nu le danger pour les propriétaires. Ceux-ci se sont mis à la tête du communisme, et c'est le peuple en Galicie qui abat les instigateurs, car il ne veut pas de la doctrine qu'il ne comprend pas. L'émigration a jeté dans le pays des centaines de milliers de catéchismes et d'instructions pour l'organisation de corps francs; le soulèvement des masses contre les prédicateurs n'est pas d a n s l ' e s p r i t de ces instructions; mais ceux qui assomment aujourd'hui leurs Seigneurs, ont appris comment il fallait se conduire contre un adversaire! La justice du peuple est une terrible justice, et l'autorité se trouve ainsi placée aujourd'hui dans la plus singulière des positions; elle doit frapper sur les amis et sur les ennemis.

Est-ce là ce que du fond de leurs boudoirs, des dames sentimentales, se croyant et se proclamant bienfaisantes et religieuses, patronisant des oeuvres d'une prétendue charité, dont les produits sont versés dans la caisse du Gouvernement révolutionnaire, ont voulu?

Est-ce là ce qu'ont voulu les émigrés qui ont fait assassiner leurs plus proches parents et dont les paysans brûleront sous peu les châteaux? L'esprit polonais se montre ici à nu; ce dont il ne sait pas tenir compte, c'est de la plus commune prévoyance. Il avance les yeux fermés vers ce qui se présente à lui comme le but. Les moyens lui sont égaux. A qui en dernier résultat seront-ils utiles?

J'aurai soin de Vous tenir au courant des événements. Que le Gouvernement surveille l'émigration et qu' il ne se rende pas complice de ces méfaits! Je ne mets pas en doute à ce sujet les intentions ni du Roi, ni celle de ses Ministres. Aussi l'appel que je leur adresse, ne va-t-il pas à leurs intentions, mais à l'emploi de leurs facultés.

3. Paskievič an Buteniev[1]).

Warschau, 16./28. Februar 1846.

Le complot révolutionnaire qui se tramait dans le Grand Duché de Posen, et qui a été si heureusement déjoué, avait étendu ses ramifications dans toutes les Provinces ci-devant Polonaises. C'est à Cracovie surtout qu'il avait ses principaux adeptes. L'effervescence des esprits s'y faisait sentir depuis quelques semaines, et bientôt des avis anonymes répandus en profusion, contenaient un appel aux armes.

Dans ces circonstances les Résidents des trois Puissances protectrices, réunies en conférence, demandèrent officiellement au Sénat s'il pouvait avec les moyens dont il disposait pourvoir à la sécurité publique. Le Sénat répondit par écrit qu'il se trouvait hors d'état de garantir le maintien de l'ordre et demanda aux Présidents d'y aviser. Cette déclaration motiva l'appel du détachement Autrichien, stationné à Podgorze. En effet le Général de Brigade Collin vint occuper le 8/20 Février la ville libre à la tête de 1300 hommes d'infanterie, de 270 chevaux et de six pièces de canons. Cette première journée se passa tranquillement. Mais le lendemain dès 4 heures du matin les émeutiers se portèrent sur l'hôtel de la poste Impériale. La garde ordinaire et une patrouille de chevaux légers suffirent pour dissiper le rassemblement. Vers la même heure le corps de garde de la grande place était attaqué. Les soldats, obligés de se défendre, firent feu, et il y eût quelques hommes de tués et de blessés de part et d'autre. Cette même nuit un détachement de chevaux légers était surpris dans la campagne, et, d'après les uns, 12 soldats furent tués, d'après les autres, sur les 60 hommes qui le composaient, deux seulement échappèrent au massacre.

Cependant le 9/21 à midi tout était tranquille. Le jour suivant le Général Collin, soit qu'il ait été informé que des troubles sérieux avaient éclaté en Galicie, soit qu'il n'ait voulu exposer ses troupes à une nouvelle attaque de la populace, se décida à évacuer la ville. Il opéra sa retraite sans combat, et remit le corps de garde à la milice Cracovienne. Celle-ci fut

---

[1]) Damals Russ. Gesandter beim Vatikan.

obligée de capituler devant l'émeute, et Cracovie se trouva depuis livrée à l'anarchie. Un Gouvernement provisoire y a été établi le 13/25, et prend ridiculement le nom de Gouvernement national de Pologne. On estime de huit à douze mille le nombre d'hommes qui composent les bandes armées, accourues du territoire neutre et des districts voisins. Naturellement le bataillon que nous destinions à aller occuper éventuellement Cracovie a été retenu sur notre frontière.

J'ai ordonné la concentration sur Kielce d'une dizaine de mille hommes de toutes armes avec de l'artillerie. Ces troupes, une fois réunies, marcheront sur Cracovie pour y rétablir la paix.

Dans le Royaume l'ordre matériel n'a guères été troublé. A Siedlec (en Podlachie) seulement quatre gentillâtres, sous l'inspiration d'un propriétaire venu de Posen avaient essayé d'un mouvement; ils s'étaient fait suivre de quinze paysans, dont dix les abandonnèrent en route. Ils parurent sur la place publique. Ils ont tué deux invalides en fonction et blessé deux autres. A l'arrivée de quelques cosaques, accourus sur le bruit, les assassins se sont enfuits. Un domestique militaire arrêtait trois des paysans, et le lendemain matin, les gens de la campagne garrotaient les quatre assassins, et les livraient à nos militaires.

Tel est le seul fait qui se soit passé dans le pays. Même sur la frontière de Cracovie il n'y a eu que quelques gardes-frontière desarmés, et les emeutiers n'avancent pas dans le Royaume.

Des avis anonymes annonçaient des émeutes, mais les jours qu'ils fixaient, se sont écoulés sans que rien ait été entrepris. Des mesures sont d'ailleurs partout prises.

4a. Paskievič an Buteniev.

Warschau, $\frac{\text{20. Februar}}{\text{4. März}}$ 1846.

Les troupes Impériales ont sans combat occupé Cracovie le $\frac{\text{19 Février}}{\text{3 Mars}}$ de grand matin, et comme toujours aux acclamations des habitants. Le détachement Autrichien s'occupait à rétablir le pont de Podgorze.

Les insurgés, instruits que nos troupes étaient arrivées à Michalowice la nuit et devaient attaquer le lendemain, dès la

pointe du jour ont fui la ville à 3 heures du matin. La municipalité n'avait pas envoyé cet avis et les insurgés ont eu 3 ou 4 heures pour se sauver par la fuite. Un régiment de cosaques est envoyé à leur poursuite. On disait qu'une bande s'était jetée sur la Silésie Prussienne.

4b. Paskievič an Buteniev.

Warschau, 20. Februar / 4. März 1846.

Votre Excellence aura été informée des événements de Cracovie et de la Galicie. Cette crise peut être considérée comme terminée à l'avantage de la cause de l'ordre légal, car les tentatives insurrectionnelles de quelques propriétaires, avocats, étudiants, prêtres, etc., ont échoué partout en Galicie, grâce à la louable résistance des paysans qu'on voulait entrainer dans la révolte. Les autorités locales ont aussi fait, en général, preuve de résolution et de présence d'esprit. Le mouvement révolutionnaire est comprimé, les bandes venues de Cracovie ont été chassées sans grande difficulté, toutes les communications sont rétablies. Maintenant il s'agit de calmer les populations des campagnes, de les faire rentrer dans l'ordre et d'effacer progressivement les traces et les impressions des désordres qui ont eu lieu. C'est une entreprise qui demandera du temps et toute l'active sollicitude du Gouvernement.

Vous connaîtrez par les Journaux la conspiration découverte à Posen. La majeure partie de la noblesse Polonaise paraît être compromise. Le Gouvernement Prussien fait preuve d'une louable énergie en cette circonstance. A Cracovie tout sera rentré dans l'ordre en ce moment. La confusion était complète. Le Général Panioutine, avec un corps de 12 mille hommes, doit y être à l'heure qu'il est, si les insurgés n'ont pas préféré faire leur soumission au Général Collin qui se trouvait avec 6 mille hommes à Podgorze. D'autres troupes allaient encore le réjoindre. Nous venons de signer un protocole par lequel les trois Cours protectrices suspendent le régime et les lois de la ville libre. Elle sera occupée par leurs troupes et soumise à une administration militaire dont le Lieutenant Général Autrichien Comte Wrbna aura la direction supérieure. Enfin, toutes les mesures seront prises pour le rétablissement de l'ordre, pour la punition des

coupables et pour la repression efficace de l'élément révolutionnaire.

Un fait fort regrettable que je dois signaler à Votre Excellence c'est la part active que le clergé de Cracovie et de la Galicie a prise dans ce mouvement insurrectionnel. Les couvents des Franciscains et des Dominicains ont servi à Cracovie de réceptacles au dépôt clandestin des armes des conspirateurs. Des religieux ont excité publiquement les insurgés à la resistance contre les troupes Autrichiennes qui avaient occupé la ville. Des dépositions constatent, qu'ils se sont même servis de leur fonctions de confesseurs pour entraîner du monde à l'insurrection. Une dizaine de prêtres préchant la révolte avec la croix en mains, ont été arrêtés par les paysans Galiciens et livrés aux autorités locales. Ce sont des faits dont ni le Nonce, ni le Chef du Cabinet de Vienne n'ont pû me contester l'exactitude. Ils doivent même en savoir plus que moi sur les coupables menées de ces Ministres de la paix et de la religion. Ils y reconnaitront une confirmation de ce que notre Gouvernement a prétendu en maintes occasions savoir au sujet de la tendance du clergé Polonais de comploter des intrigues politiques. Après l'expérience actuellement faite, le Saint Siége, j'ose le croire, jugera avec plus d'impartialité encore la situation réelle des choses et les moyens à employer pour empêcher la continuation de semblables menées révolutionnaires parmi ce clergé.

5. Aus einer Depesche des Barons Canitz.[1])

Berlin, 7. März 1846.

L'agitation révolutionnaire survenue dans le Grand Duché de Posen par le fait des Emissaires, venus de l'étranger, a atteint le moment de sa crise. Dans la nuit du 21 au 22 Février un attroupement formé aux environs de Preussisch-Stargard pour essayer de surprendre cette ville, mais le complot a été decouvert à temps, les chefs et la plupart des complices arrêtés. L'insurrection de Cracovie a abouti à la réoccupation de la ville par les troupes des Puissances protectrices. Le prétendu Gouvernement national de la République Polonaise qui s'était

[1]) Preuß. Minister des Auswärtigen.

établi à Cracovie à laissé un mouvement significatif de son existence éphémère par le manifeste et la loi aussi barbare qu'absurde, par laquelle devait être fondé l'édifice révolutionnaire. En Galicie les projets des révolutionnaires ont pris une tournure inattendue pour ceux-ci; le peuple qu'ils ont voulu soulever contre les autorités et le Gouvernement légal, a cruellement vengé l'affront d'avoir été pris pour dupe: la mine creusée par les traitres contre l'ordre social les a engloutis eux-mêmes. Le même jour de la déroute et de la fuite des insurgés de Cracovie, leurs partisans ont tenté de délivrer les prisonniers politiques, détenus à Posen. Cette tentative insensée a échoué: le chef et 45 de ses complices ont été saisis, ainsi que de nombreux dépôts d'armes et de munition, entassés sur des chariots à 2 milles de Posen. Cette tentative a un côté plus grave en ce que les rebelles ont tiré sur les troupes Royales, et il y a eu du sang versé. Cet acte de révolte à main armée force le Gouvernement à recourir désormais à des moyens de repression extraordinaire, qu'il n'a adopté qu'à regret, ayant auparavant espéré de parvenir au rétablissement de l'ordre et de la paix, sans être obligé d'employer de tels moyens. Mais, en face des actes de révolte, le Gouvernement a dû prendre des mesures sévères, et c'est pour remplir ce pénible devoir qu'a été rendue l'ordonnance ci-jointe du Roi en date du 7 Mars 1846.

II.

Zum Jahre 1861.

Denkschrift Krusensterns[1]) für den Statthalter Fürsten Michajl Gorčakov.

(Undatiert, wahrscheinlich vom 24. Oktober 1861. Beilage zu einem Briefe Krusensterns an P. Meyendorff, Warschau, 17. Februar / 1. März 1862.)

Les événements survenus à Varsovie dans les derniers jours de Février 1861, les développements qu'ils ont pris, plus

[1]) A. J. Krusenstern (1808—1888), Senator und Mitglied des Rates des Zartums Polen; die Denkschrift wurde von ihm eingereicht bei Eintritt in sein Amt. Kr. ist der Sohn des Admirals.

tard, dans le reste du Royaume et dans les provinces occidentales de l'Empire, ont donné à la question polonaise une importance à laquelle ne nous avait pas habitués la pleine liberté d'action laissée à la politique suivie par nous dans ce pays depuis 1831.

En effet, pendant le cours des trente dernières années, nous avons pu changer complètement, à notre gré, la condition du Royaume, et si quelques Puissances n'acceptèrent pas toujours comme parfaitement légal, au point de vue de leur politique particulière, le régime nouveau qui lui fut appliqué, du moins elles n'insistèrent point en faveur du rétablissement de l'état de choses d'avant 1830, dont sans doute elles reconnaissaient tacitement, pour nous, les dangers. D'où vient donc qu'aujourd'hui, lorsque l'Europe observe une sage réserve à notre égard en ce qui touche à la question polonaise, ce soit justement en Russie que des voix d'élèvent, pour conseiller de donner un corps aux rêveries et aux chimères des Polonais? Ce fait parait pouvoir se rattacher à deux causes. Il est le résultat d'abord de l'utopie panslaviste, qui a conservé chez nous des adhérents lesquels ne reculeraient même pas devant un démembrement de l'Empire, pourvu qu'ils pussent mettre à exécution leur idée favorite de l'établissement d'une grande confédération de tous les peuples slaves; il est ensuite le contre-coup du mouvement polonais, qui lui-même est devenu aujourd'hui la source de menées actives en faveur d'un changement dans les rapports politiques entre l'Empire et le Royaume.

Depuis qu'il a été mis fin à l'existence de la République de Pologne, nous avons tour à tour essayé, sans beaucoup de succès, de la douceur et de la sévérité pour gouverner les pays qui nous étaient échus en partage. Cependant il faut reconnaître que c'est encore la sévérité qui a produit les résultats les plus positifs. Car si, pendant les trente années qui se sont écoulées depuis la restauration, par les armes, de notre domination en Pologne, nous ne nous sommes pas fait aimer des Polonais, sentiment auquel nous ne devons jamais prétendre, du moins nous en sommes fait craindre et obéir. Cette obéissance avait même pris, dans les dernières années, un tel caractère de spontanéité, que nous avons pu nous faire un instant illusion, et

croire qu'elle était moins encore l'effet de la crainte que celui d'un retour à une plus saine appréciation des choses; qu'elle découlait de la conviction, laborieusement acquise, que toute lutte contre la Russie était désormais impossible et que le sort de la Pologne, sauf des améliorations de détails, était fixé à jamais. Là fut notre faute; les difficultés contre lesquelles nous luttons aujourd'hui sont le résultat de cette erreur que beaucoup de Russes établis en Pologne partagèrent alors. Même après les événements du Février, les yeux ne furent pas entièrement déssillés. Longtemps on ne voulut voir dans le conflit, survenu entre l'autorité et la population de Varsovie que l'oeuvre de quelques hommes qu'il serait facile de séparer du reste de la nation et de réduire à l'impuissance, en faisant des concessions de nature à satisfaire les exigences de la partie saine de la population. Ces concessions furent, à leur apparition, considérées par les Polonais comme une preuve de faiblesse et de crainte de la part de la Russie. Les esprits surexcités par les événements de l'Italie, par la fermentation régnant dans les possessions hongroises de l'Autriche et par les machinations occultes du clergé catholique, crurent que le moment était venu pour la Pologne de revendiquer, non pas seulement son autonomie, mais la restitution des provinces que les partages de la fin du dernier siècle avaient fait tomber sous la domination étrangère. C'est une erreur, grosse de complications infinies et de désastres peut-être, que de croire qu'on satisferait les Polonais en leur rendant, dans les limites du Royaume actuel, la libre disposition de leurs destinées sous le sceptre des Empereurs de Russie; qu'on les attacherait à l'Empire si au lieu de la domination qu'ils subissent aujourd'hui, on ne laissait subsister entre les deux pays d'autre lien que celui de l'union personnelle. C'est là l'idée que cherchent à accréditer chez nous les Polonais qui sont doués de quelque sens politique, mais c'est une idée pleine de dangers pour la Russie. Il n'est pas en effet, ayons sans cesse cette vérité sous les yeux, il n'est pas un seul Polonais, même parmi le petit nombre de ceux qui disent vouloir accepter l'ordre de choses établi en 1815 dans leur pays, qui n'ait des arrière-pensées pour l'avenir et ne se servît des libertés qui seraient octroyées à la Pologne, pour préparer les éléments

d'une restauration complète de l'ancienne grandeur polonaise. Il est facile de se rendre compte du programme qu'ils se proposent de suivre pour arriver à leurs fins.

Le premier résultat auquel ils tendent, c'est de faire prédominer l'élément polonais dans la haute administration du pays. Ceci obtenu, ils travailleront à la séparation du pouvoir civil, qui dans leur pensée serait confié également à un Polonais d'avec le pouvoir militaire. Plus tard s'il leur réussissait, comme ils l'espèrent, de maintenir plus ou moins la tranquillité dans le pays, ils demanderaient l'octroi d'une constitution, et une fois la constitution accordée, il n'y aurait plus de raison pour refuser, aux voeux des Polonais, la formation d'une armée nationale, complément nécessaire de l'autonomie qui leur aurait été rendue. Voilà le plan dont poursuivent la réalisation les Polonais qui se disent dévoués à la Russie, voilà les dernières concessions qu'ils espèrent obtenir de la générosité de l'Empereur.

Fort heureusement ce programme que l'intérêt même de sa réussite à venir, commandait de voiler aux yeux du vulgaire, ne pouvait être deviné par le gros de la nation. La masse, inféodée autant par crainte que par patriotisme, à une minorité violente, laquelle obéit elle-même aveuglément aux prêtres et au parti révolutionnaire, veut marcher droit au but, et si nous faisions la faute d'entrer dans la voie où on cherche de prime abord à nous attirer, c'est à dire la séparation de l'autorité civile d'avec l'autorité militaire, l'élément révolutionnaire prendrait à l'instant le dessus, le parti de la modération, c'est à dire les partisans de la politique de temporisation, serait promptement dépassé, comme il l'a été dans l'année qui vient de s'écouler, et des maux bien autrement cruels que ceux auxquels a pu remédier l'état de siège en Octobre dernier, seraient sans profit pour la Pologne comme pour la Russie, la conséquence d'un aussi déplorable changement de système. La réunion du pouvoir civil et du pouvoir militaire en une seule main est et restera toujours la seule garantie du maintien de l'ordre de choses actuel en Pologne. Nous avons d'ailleurs fait en petit, en 1861, l'expérience de ce que produirait cette séparation des deux pouvoirs. L'agitation à laquelle nous avons

assisté n'a pu se développer qu'à la faveur de l'espèce d'éclipse, momentanée de l'élément militaire dans le Gouvernement du Royaume. Sauf un ou deux cas, on peut dire que depuis le mois de Février jusqu'au mois d'Octobre l'élément civil, représenté par quelques Polonais appréciant faussement la situation et livrés à des illusions qu'on ne sait comment qualifier, dominait exclusivement dans les Conseils du Gouvernement. L'élément militaire n'y figurait que comme une réserve destinée à agir au dernier moment, lorsque toutes les voies de la modération auraient été épuisées. Neuf mois ont suffi pour mettre à jour les prétentions polonaises, et lorsque la loi martiale fut proclamée, la vacance du trône avait été déclarée et rendue sensible aux yeux de la nation par l'exhibition aux funérailles de l'Archevêque Fialkowski, de la couronne royale, couverte d'un crêpe noir. A ces mêmes funérailles, les armes de Lithuanie et de Pologne figuraient, réunies, sur les drapeaux des corporations industrielles, et, le lendemain l'aigle de Russie était brûlée au jardin de Saxe, aux acclamations d'une foule nombreuse.

Ainsi, pour la seconde fois depuis 1815 la Pologne, privée de toute espèce de moyen d'action, gardée par une armée nombreuse et fidèle à son Souverain, la Pologne déshabituée de la vie politique, sans chef de talent éprouvé pour la guider, déclare ouvertement la guerre à des vainquers de près d'un siècle. Non seulement elle enjoint à ses maîtres de retourner chez eux, mais encore elle réclame, comme siennes, des provinces qui lui sont étrangères par la langue et la religion de leurs habitants. Si, dans l'état d'abaissement où elle se trouve réduite aujourd'hui, elle élève si haut ses prétentions, croit-on qu'elle se montrera moins exigeante lorsqu'on lui aura rendu une existence qui l'aura replacée dans les conditions d'avant 1830?

Les partisans, en Russie, d'une restauration polonaise sont disposés à faire bon marché des excès dont la Pologne nous a donné récemment le spectacle. Ils veulent n'y voir que l'exagération d'un sentiment louable et sont persuadés que la reconnaissance nous attacherait irrévocablement les Polonais, si nous rétablissions l'autonomie du Royaume actuel sous le sceptre des Empereurs de Russie comme Rois de Pologne. La reconnaissance entre peuples! Il faut bien peu connaitre l'histoire,

pour se bercer d'une pareille chimère. Mais ce sentiment existât-il, pouvons-nous espérer qu'il se fît jour, à notre égard, chez un peuple dont les souvenirs le reporteront toujours au temps où il nous reproche d'avoir brisé ses destinées ? Rétablir aujourd'hui l'autonomie que les Polonais soi-disant amis de la Russie, réclament pour le Royaume de Pologne actuel, c'est faire le premier pas dans une voie au bout de laquelle se trouve le démembrement de l'Empire. Ne serait-ce pas déjà un démembrement de la Russie que l'abandon d'un pays que nous avons bien acquis le droit de garder par le sang et les trésors qu'il nous a coutés ? De quel droit, dans quel but exigerait-on de nous un pareil sacrifice ? Des ennemis puissants, dit-on, menacent la Russie, vulnérable seulement du côté de l'occident, c'est de ce côté qu'elle doit se créer un rempart, et elle ne saurait en trouver un meilleur que dans l'amitié des Polonais. La Russie est-elle donc tombée si bas que son sort dépende d'une poignée de Polonais que depuis Pierre le Grand, elle est habituée a vaincre ? Ne sommes-nous plus cette nation établie sur cinq mers, qui a résisté avec gloire, depuis le commencement du siècle, aux entreprises des ses ennemis ? En gardant la Pologne, où nous sommes fortement établis par nos forteresses, défense plus sûre que l'amitié et la reconnaissance problématiques des Polonais, nous faisons pointe contre l'ennemi qui tenterait de nous attaquer et nous nous défendons en quelque sort hors de chez nous. La Pologne est un poste avancé, bien plus, elle est un camp retranché qui garantit nos véritables frontières. Derrière cet abri nous organisons nos moyens de résistance ou nos moyens d'attaque, et pouvons user les forces de l'ennemi avant qu'il ait mis le pied sur le sol de la patrie.

En abandonnant la Pologne, nous reculons notre ligne défensive et établissons sur notre frontière un ami douteux, qui, en temps de paix, forgera des armes contre nous, et, au moment du danger, fera cause commune avec nos ennemis. Je le répète, fonder des espérances sur la reconnaissance des Polonais pour un bienfait illusoire à leurs yeux, c'est construire sur le sable.

En 1815, nous avons établi un Royaume de Pologne restreint, nous lui avons donné une constitution libérale. Ces

actes, qui pouvaient être considérés comme des bienfaits dans l'état d'abaissement où se trouvait alors la Pologne, ont-ils empêché, dix ans plus tard, une partie de sa noblesse de tremper, aux applaudissements de toute la nation, dans la conspiration de 1825? Ces actes ont-ils empêché, en 1830, la révolte générale du pays, non pas pour obtenir le redressement de quelques griefs, mais pour rejeter, comme elle disait alors, l'étranger hors de son sein et restaurer l'ancienne grandeur polonaise? Alors, comme aujourd'hui, le trône fut déclaré vacant, et toutes les provinces qui avaient formé le domaine de la République appelées à l'indépendance. En 1830, la Pologne possédait ce qu'on propose de lui rendre aujourd'hui: une armée, un trésor à part, une administration pure de tout élément étranger, et jouissait d'une prospérité où elle puisa de nombreuses ressources. Elle soutint alors pendant 9 mois la guerre contre la Russie, et cette guerre aurait pu se prolonger encore bien au delà du terme où succomba la rébellion. Ce n'était pas la pesanteur du joug qu'elle avait à supporter qui avait fait prendre les armes à la Pologne, mais l'espoir de recouvrer, avec le secours de la révolution triompanhte à Paris, son indépendance et ses frontières du Dniepr. En 1861, même espoir suscité par les événements du dehors, même conduite, à cette différence près, qu'aujourd'hui la Pologne est heureusement réduite à l'impuissance et qu'elle a du se borner à ce qu'elle appelait des démonstrations pacifiques, dont le but toutefois était de protester hautement à la face de l'Europe, contre les partages de 1772, 93 et 95, et de prouver au monde qu'elle n'avait point accepté et n'accepterait jamais son humble position. Nulle doute que si la Pologne eût possedé en 1861 son autonomie de 1830, nous n'eussions eu, comme à cette époque à subir une nouvelle guerre de sa part et à la reconquérir une seconde fois, avec des chances moins favorables peut-être. Rendre à la Pologne son indépendance tout en lui marchandant, comme on dit vulgairement, les morceaux, c'est créer à notre porte un foyer incessant d'intrigues polonaises, dirigées contre nous, contre la Prusse et contre l'Autriche, comme le fut la République de Cracovie jusqu'en 1846, époque à laquelle elle fut réunie à l'Autriche. C'est nous condamner à chaque complication

qui menacerait le repos général de l'Europe, c. à. d. tous les 10, tous les 15 ou 20 ans à reprendre les armes pour soutenir nos droits, c'est installer sur notre frontière du Niemen, un ennemi permanent, ennemi pourvu de tout ce qu'il faudrait pour nous faire la guerre, prêt à tendre la main à quiconque aurait intérêt à nous attaquer. Rétablir un semblant de Pologne indépendante avec la pensée, comme il a été dit, d'attirer à nous les Polonais du Grand Duché de Posen et de la Galicie, c'est nous préparer des mécomptes certains de la part de ces derniers et commettre sans profit un acte de déloyauté envers deux Etats avec lesquels nous avons des intérêts communs et que nous devons ménager.

Rappeler à la vie politique le Royaume de Pologne, c'est remettre en question le sort de nos provinces occidentales, c'est du moins les livrer à la révolution et compromettre d'une manière tout-à-fait gratuite leur tranquillité, plus gravement qu'elle ne l'a été dans ces derniers temps. C'est nous susciter des embarras sans cesse renaissants, car cette Pologne à laquelle nous aurions rendu les moyens de nous nuire, ne se contenterait jamais des limites dans lesquelles nous lui aurions permis de se mouvoir librement, et serait sans cesse occupée de préparer les voies au rétablissement de sa domination sur toutes les contrées détenues par elle au temps de sa plus grande prospérité.

Restituer à la Pologne son autonomie de 1830, équivaudrait tout d'abord, à un abandon de nos conquêtes sur les bords de la Vistule. Or avons-nous le droit de détruire l'oeuvre des générations qui nous ont précedés sous le vain prétexte que ces contrées sont habitées par des populations hostiles, impatientes de notre joug, et que rompant la ligne de nos frontières, elles sont pour nous plutôt une cause de faiblesse qu'un principe de force? Nous répondons „non“ sans hésiter, car les profits de la possession en dépassent les inconvénients. Le Royaume actuel de Pologne, outre qu'il est pour nous un poste avancé et un camp fortifié en Europe, ainsi que nous l'avons dit plus haut, est le gage, on ne saurait trop le répéter, de la sécurité de nos provinces occidentales, que la Pologne nous disputerait infailliblement si elle en avait de nouveau les moyens. Ne nous faisons pas d'illusion, les Polonais ne seront jamais nos amis,

quand bien même nous consentirions au démembrement de l'Empire à leur profit. Mieux vaut donc les avoir pour sujets, plus ou moins récalcitrants selon la politique que nous tiendrons à leur égard, que de les compter parmi nos ennemis secrêts ou déclarés, toujours disposés à tourner contre nous les armes que nous aurions commis la faute de leur rendre. C'est le cours des choses, ou pour mieux dire, c'est la Providence qui nous a conduits en Pologne et y a établi notre domination. Nous ne devons donc rien à la Pologne et nous devons à la Russie de lui conserver ses positions acquises.

Mais nous demandera-t-on, quel système suivre en Pologne? L'état de siège ne peut pas durer toujours, il ne peut être un mode permanent de Gouvernement. Par quoi le remplacer à l'avenir? La réponse vient en quelque sorte d'elle même. Prolongeons, aussi longtemps que possible, sinon l'état de siège proprement dit, du moins le régime militaire, afin de conserver des moyens de répression prompts et énergiques pour tous les actes qui rentrent dans la catégorie des délits politiques. Ne nous laissons pas séduire par l'ambition de gouverner la Pologne en restant dans les bornes d'une stricte légalité. Les lois ordinaires sont bonnes pour les temps ordinaires, ceux où la tranquillité des habitants, la sécurité de l'Etat ne courent aucun danger sérieux. Mais, aux temps d'exception, dans ces époques où l'esprit de révolte se donne pleine carrière, où les bases fondamentales de l'Etat sont mises en question, il faut des lois d'exception qui permettent au pouvoir d'agir avec célérité et avec énergie. A quel résultat sommes-nous arrivés lorsque nous avons commis la faute immense de renvoyer les délits politiques devant les tribunaux ordinaires? Au plus triste de tous. Les prévenus que nous leur avons donné à juger, ont été acquittés par la raison bien simple que la procédure ordinaire, sans parler des formalités qui lui sont propres, exige des preuves qu'il était impossible de fournir dans les circonstances extraordinaires qui avaient motivé l'arrestation des factieux et leur renvoi devant la justice civile.

De l'avis de tous les hommes qui connaissent le pays, il faut travailler à ramener les esprits au respect de l'autorité, en réprimant sévèrement tous les écarts auxquels ils cherche-

raient à se livrer, et lorsque l'habitude de l'obéissance aura replacé le pays dans un état plus ou moins normal, on devra s'attacher franchement à faire fonctionner, dans les bornes fixées, les institutions octroyées par l'Empereur. Ces institutions marquent la limite extrême à laquelle l'autonomie polonaise puisse parvenir.

Gardons-nous, ainsi que nous l'avons dit plus haut, de scinder l'autorité, d'exclure de la haute administration l'élément russe, sans lequel, dans les circonstances actuelles, nous serions complètement perdus, gardons-nous avant tout de donner au pays des libertés politiques. Pour rester les maîtres en Pologne, nous devons y être forts et vigilants, y conserver toute la plénitude de la puissance.

Y eût-il d'ailleurs dans la nation, comme nous ne le croyons pas absolument impossible, un parti capable de reconnaître que la Pologne ne peut et ne pourra jamais rien entreprendre de sérieux contre la Russie, le courage civique fait si complètement défaut aux Polonais, ils ont un respect, si lâche de l'opinion que dirigent à leur gré des gens à tendances subversives, que ce parti ne serait d'aucun appui au Gouvernement A défaut de ce parti nous persisterons à croire, à moins que nous ne devions leur refuser toute capacité politique, que le mobile de toute leur conduite est de servir leur pays comme un corps d'Etat complètement distinct n'ayant aucun intérêt commun avec le reste de la Russie, et qu'elles sont guidées uniquement par des vues séparatistes incompatibles avec les grands intérêts de l'Empire.

Sigmund August als Großfürst-Regent von Litauen (1544—1548).

Von

J. Paczkowski.

Über der wissenschaftlichen Erforschung der Vergangenheit des Großfürstentums Litauen waltet wie ein Unstern die gespannte politische und konfessionelle Lage des Landes mit ihren Gegensätzen. Der staatsrechtlich litauische Teil des Gesamtgebiets der alten Republik Polen trägt eine Bezeichnung, welche bei historischen Fachgenossen, die den osteuropäischen Dingen ferner stehen, eine durchaus unrichtige Beurteilung des völkischen Charakters und der politischen Verfassung des Landes auslösen muß. Ein an der Peripherie des Staates lebender Volksstamm hat dem räumlich sehr ausgedehnten, tief nach Moskau und an das Schwarze Meer hinausgreifenden Großfürstentum Litauen den Namen gegeben. Naheliegend ist ein Vergleich der Bezeichnungen des preußischen und litauischen Staates, nur jedoch mit dem Unterschiede, daß der kleine Volksstamm der Preußen ausgestorben ist.

Der Stammeszugehörigkeit nach umfaßte das Großfürstentum Litauen zum weitaus überwiegenden Teil weiß- und kleinrussische Volkselemente. Im Norden des Staatsgebietes wohnten, anstoßend an die sprachverwandten alten Preußen, in kompakter Masse, aber räumlich wenig ausgebreitet, die Litauer. Durch das ganze Land in zahllosen Enklaven und Einzelsiedelungen versprengt saßen die Polen.

Schon im Mittelalter waren jene von Meer zu Meer reichenden Landgebiete der Tummelplatz scharfer politischer, kultureller und konfessioneller Gegensätze und Kämpfe. Selbst noch in der Gegenwart hält der verworrene Widerstreit der Interessen, allerdings in veränderter Form, an. Nach einer Richtung hat er sogar eine ganz erhebliche Verschärfung erfahren. Parallel mit der lettischen Bewegung in dem benachbarten Kurland hat in den allerletzten Jahrzehnten hier eine litauische Be-

wegung mit starkem sozialem Einschlag eingesetzt. Beide demokratischen Volksströmungen entbehren naturgemäß einer literarischen Tradition, wie auch eines Anschlusses an die Vergangenheit. Sie haben ihren Ursprung in den modernen sozialen Theorien und in dem neu erstandenen Nationalismus. Eines haben die Litauer gegenüber den Letten voraus, daß sie ihre Ansprüche an dem Namen und dem Umfang des einstigen litauischen Reiches aufrichten können. Es entspricht aber der Eigenart der jungen litauischen Bewegung, daß sie sich zu einer Mitbewerbung auf dem Gebiete der heimischen Geschichtschreibung neben der russischen und polnischen noch nicht aufgeschwungen hat.

Das Schwergewicht der historisch überkommenen Stellung brachte es mit sich, daß auch nach dem Falle Polens bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts hinein in jenen nunmehr russischen Gebieten zunächst die polnische Geschichtsforschung im Vordergrund stand. Bei dem im Verlauf des Jahrhunderts in Verbindung mit der Beseitigung des polnischen Schulwesens immer stärker auftretenden Mangel an Zentren polnischer Bildung setzte dann aber die russische Forschung mit sehr umfangreichen Quellenpublikationen und auch mit Darstellungen energischer ein. Hatte die polnische historische Forschertätigkeit den Vorteil einer längeren wissenschaftlichen Tradition für sich, so mußte die russische Historiographie in diesem, erst in den letzten Menschenaltern dem politischen Einfluß Rußlands erschlossenen Gebiete sich neue Wege bahnen. In der jüngsten Zeit macht sich wiederum eine gesteigerte Energie polnischen Schaffens in der litauischen Geschichtschreibung bemerkbar. Zugleich ist sowohl in der russischen wie in der polnischen Forschung die wissenschaftlich ersprießliche Neigung bemerkbar, von einer ausschließlich polemischen Behandlung der Fragen abzusehen und die geschichtlichen Probleme selbst tiefer zu erfassen.

In diesem Zusammenhang ist die soeben erschienene Untersuchung von Ludwik Kolankowski über Sigmund August zu nennen [1]). Sie führt den Leser zunächst in ihren einleitenden

[1]) Zygmunt August, wielki książę Litwy do roku 1548. Napisał Ludwik Kolankowski. z 3 tablicami i 10 mapami (Sigmund August als

Kapiteln in die geistige Entwicklung und die Jugendjahre des letzten Sprossen aus dem Stamme der Jagellonen. Den Hauptinhalt des Werkes bildet dann die Schilderung der Regententätigkeit des Prinzen als Großfürsten von Litauen in den Jahren 1544—1548. Das der umfangreichen Veröffentlichung zugrunde liegende Quellenmaterial hat der Verfasser in jahrelangen eindringenden Ermittlungen aus zahlreichen polnischen, deutschen und russischen Archiven und Bibliotheken zusammengetragen.

Das erste der drei Kapitel des Buches schildert unter Rückblicken auf die politische Lage in Polen die Persönlichkeit des jungen, 1520 geborenen Sohnes des Königs Sigmund I. aus seiner Ehe mit der Herzogin Bona Sforza aus Mailand. Das zweite Kapitel behandelt die äußere Machtstellung des Großfürstentums Litauen gegenüber Moskau und den Tataren sowie die innere Verwaltung des Landes. Das dritte abschließende Kapitel berichtet über die Beziehungen Litauens zur Walachei, der Türkei, Livland, dem Herzog Albrecht I. von Preußen, über die Grenzregulierungen mit den Nachbarstaaten, über die Einnahmen aus den landesherrlichen Domänen und über die prinzliche Haushaltung in der litauischen Hauptstadt Wilna.

Gegen das Ende seiner Regierung konnte König Kasimir Jagiellończyk († 1492) daran denken, mit seinen Söhnen die Throne von Prag, Pest, Krakau und Wilna zu besetzen. Aber schon um 1520 waren die Aussichten der Erhaltung der Dynastie bedenklich im Schwinden. Auf dem ungarischen und böhmischen Thron saß ein Kind, dem man keine lange Lebensdauer voraussagte, und über Polen und Litauen herrschte König Sigmund, der trotz seines bereits vorgerückten Alters noch keinen Sohn und Thronfolger hatte. Schon war man allerwärts damit beschäftigt, die Jagellonenerbschaft zu teilen, da geschah entgegen den Weissagungen der Astrologen das Unerwartete: am 1. August 1520 wurde auf dem Schlosse in Krakau dem Polenkönig ein Sohn geboren, der der letzte seines Stammes sein sollte.

Großfürst von Litauen bis zum Jahre 1548). Lemberg, Verlag der Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaft in Polen, 1913. 419 S., 3 Tafeln, 10 Karten.

Die ehrgeizige Mutter des jungen Sprößlings, die Königin Bona aus dem Hause der Sforza, war sofort darauf bedacht, dem Prinzen angesichts der Unsicherheit der polnischen Verhältnisse eine feste Machtstellung zu verschaffen. Schon wenige Monate nach der Geburt Sigmund Augusts wußte der venezianische Gesandte aus Paris zu berichten, daß Kaiser Karl V. damit umginge, dem Sohn der Bona Mailand zu verleihen. Vor allem anderen erstrebte aber die Königin, seine Wahl zum König von Polen noch bei Lebzeiten des Vaters herbeizuführen. Hätte sie durch diesen verfassungsrechtlich ungewöhnlichen Vorgang ihr Ziel erreicht, so wäre damit zugleich ein Stützpunkt geschaffen worden, um die Erblichkeit der Krone ihrer Nachkommenschaft und dem Jagellonenhause zu sichern. Die Verwirklichung aller der Pläne beschäftigte die Königin Bona mehr als den König. Sie war politisch berechnend und schlau, verschmähte nicht die Intrige, in Finanzgeschäften war sie außerordentlich gewandt, auch im allgemeinen von großer Tatkraft. Ethisch oberflächlich, war sie keine Monarchin von wahrhaft staatsmännischem Sinn und als Mutter ohne ernste erzieherische Veranlagung. Ihren Gatten, den König Sigmund, überragte sie geistig in jeder Beziehung, vor allem dadurch, daß sie auf ihrem einmal angenommenen Standpunkte beharrte, daß sie stets wußte, was sie wollte. „Maiestas Reginalis in omnibus actionibus suis constans et immutabilis esse solet“ — sagt von ihr ein Zeitgenosse. Im Gegensatz zu ihr pflegte der König aus unschlüssigem Hin- und Herschwanken nicht herauszukommen, vor der Tat zurückzuscheuen und schließlich das auszuführen, was seine Umgebung ihm abnötigte. Genaue Beobachter am polnischen Königshofe nennen Sigmund einen zweiten Tobias, der durch Schutzengel, seine vertrauten Senatoren, geleitet würde, sie bezeichnen ihn als einen: „in omnibus difficilis.. cunctator diuturnus“.

Um die Wahl des königlichen Prinzen zum König von Polen vorzubereiten, veranlaßte die Königin den litauischen Rat zu dem einstimmigen Beschluß, ihn für den Fall des Absterbens des Vaters als Großfürsten von Litauen anzuerkennen. Die anwesenden Mitglieder des litauischen Rates leisteten zugleich am 4. Dezember 1522 dem noch nicht dreijährigen

Prinzen den Treueid in die Hände des alten Königs. Der Vorgang war durchaus eine Verletzung der Unionsverträge mit Polen, kraft deren die Wahl des Staatsoberhauptes nur auf einer gemeinsamen polnisch-litauischen Tagung erfolgen durfte. Den litauischen Großen hingegen war die Wahl vom Dezember 1522, die sie als eine vorbereitende Handlung zur gänzlichen Scheidung von Polen ansehen mochten, ebenso willkommen, wie aus anderen dynastischen Beweggründen der Königin. In größter Verschwiegenheit vor den polnischen Untertanen — „ne res evulgata ad Polonos in irritum abiret“ — hat der königliche Hof daran gearbeitet, den Prinzen auf den großfürstlichen Thron von Litauen zu setzen. Am 18. Oktober 1529 fand dann auch tatsächlich die Zeremonie der Erhebung statt. Von Wilna begab sich König Sigmund auf den für Ende November anberaumten polnischen Reichstag nach Petrikau, um jetzt die Wahl seines einzigen Sohnes zum König von Polen zu erlangen. Schon am 18. Dezember 1529 wurde diese schnell und einträchtig vollzogen. Eine voraufgehende Ankündigung der Wahlmaterie an den Adel, in den Landschaften war nicht erfolgt. Der ausschlaggebende Faktor, der Adel, war damit von der Wahlhandlung so gut wie ausgeschaltet. Auf dem Reichstage zu Krakau von 1530 gab der König den Ständen die Versicherung, daß spätere Wahlen nur unter der verfassungsmäßigen Form, durch die Herbeirufung des gesamten Adels erfolgen sollten, und erkannte die Wahl Sigmund Augusts als ungewöhnlich („praeter veterem consuetudinem electionem factam“) an. Am 20. Februar 1530 wurde in Krakau dem jungen Könige die Krone auf das Haupt gesetzt.

Die Königin, die auf diese Weise dem neunjährigen Prinzen den königlichen Titel und damit die Erbschaft an der väterlichen Krone verschaffte, war weniger darauf bedacht, ihrem Sohne eine für einen künftigen Herrscher angemessene Erziehung zu geben. In der revolutionären Erhebung des Adels, die sich im Jahre 1537 vor Lemberg abgespielt hat, fielen aus dem Munde eines Senators (Peter Zborowski) die scharfen Worte, daß der Prinz inmitten einer großen Schar von jungen Mädchen unter Tanzen und Singen aufwachse. Mag auch hierbei einige Übertreibung mit im Spiele gewesen sein, so ist es sicher,

daß der Prinz mit ernsteren Angelegenheiten nicht beschäftigt wurde. Zu einem launenhaften Wesen geneigt und nicht zu männlicher Selbstzucht angehalten, fand er die größte Freude an Vergnügungen und an Jagden.

Nach erlangter Volljährigkeit leistete Sigmund August im April 1536 den Eid auf die litauische Verfassung in Wilna und ebenso auf die polnische im Februar 1537 in Krakau. Bald begann er den alten König bei Regierungshandlungen zu vertreten. Am 6. Mai 1543 traute man dem jungen Könige auf dem Schlosse zu Krakau die Erzherzogin Elisabeth als Frau an, und am 6. Oktober 1544 übertrug ihm Sigmund die Regentschaft Litauens. König Sigmund hatte in dem am 18. Oktober 1529 dem Großfürstentum Litauen verliehenen Landesprivileg dem Einfluß der Magnaten auf die Staatsverwaltung Raum gegeben unter entschiedener Abweisung des von dem Streben nach Macht ergriffenen niederen Adels. Diesen Neuerern aus dem litauischen Kleinadel erschienen die parlamentarischen Machtmittel des polnischen Adels als ein erstrebenswertes Vorbild. Den gleichen Weg, wie sein Vater, ging auch Sigmund August und gab den Litauern 1547 ein Landesprivileg, das mit dem väterlichen fast wörtlich übereinstimmte. Der aristokratische Oberstand erhielt allein einen Anteil an der Regierung des Staates. Dagegen schlug der neue Herrscher dem litauischen Adel die geforderte Wählbarkeit der Richter ab, er verweigerte ihm die Kontrolle des Staatsschatzes und der Finanzen, die der Adel durch eigene Delegierte auszuüben wünschte, und ebenso die Mitwirkung des Reichstages in Fragen des landesherrlichen Münzrechts.

Wurden auch die augenfälligen, unterscheidenden Merkmale des litauischen Staatswesens gegenüber dem polnischen durch die Landesprivilegien von 1529 und 1547 unter Abweisung des anstürmenden Adels gefestigt, so konnte sich dennoch Litauen für die Dauer dem Einflusse der viel entwickelteren polnischen Verhältnisse nicht entziehen. In den litauischen Grenzgebieten gegen Polen begann schon damals die Einführung polnischer Rechtseinrichtungen sowie der adligen Selbstverwaltung, und zwar auf Bitten der landschaftlichen Vertreter auf dem Reichstage in Wilna. Ein Litauen und Polen

vereinigendes Moment war fernerhin die katholische Kirche mit ihren gleichartigen Einrichtungen.

In die Zeit der litauischen Regentschaft Sigmund Augusts (1544—1548) fallen zahlreiche Verhandlungen mit den Nachbarstaaten über die gegenseitigen Landesgrenzen. Diesem Punkt hat Kolankowski viel Arbeitskraft gewidmet und er hat ein Problem berührt, dessen Verschlungenheit es zu den schwierigsten macht, die überhaupt an den Historiker gestellt werden können.

Er bespricht nacheinander die litauischen Grenzverhandlungen mit dem Großfürstentum Moskau (von 1521, 1536, 1542 und 1547), mit Livland (1473, 1529 und 1541), mit dem Herzogtum Preußen (1529, 1532, 1545), mit Polen (1546), mit der Walachei und den Tataren im Süden. Der Versuch Kolankowskis, auf diese Grenzirrungen und Verträge, deren wissenschaftlich-synthetischer Inhalt nur auf Grund eindringendster Kenntnis der politischen, geographischen und ethnographischen Verhältnisse erfaßt werden kann, einzugehen, läßt erkennen, daß er der Bearbeitung dem äußeren Anschein nach undankbarer und überdies sehr zeitraubender historischer Fragen nicht aus dem Wege geht. Er hat die Festsetzungen der Grenzverträge auch kartographisch veranschaulicht und seinem Werke 10 Flußnetzkarten mit eingetragenen Grenzzügen beigelegt.

Allerdings sind die damaligen Grenzzüge in der großen russischen Ebene nicht nach neuzeitlichen Begriffen zu beurteilen, da sie häufig keine scharfen Linien bilden, sondern den Charakter ausgedehnter Grenz- und Schutzrayons ohne feste Grenzpunkte hatten.

Der persönliche Anteil des Regenten an den Maßnahmen zur Sicherung des litauischen Staates nach außen und an denen zur wirtschaftlichen Hebung im Innern ist in einer irgendwie befriedigenden Weise nicht klar zu erfassen. Man muß sich mit der Feststellung begnügen, daß während der Regentschaft manche Reformen verwirklicht worden sind. So ist eine Neuordnung des Münzwesens durchgeführt worden, ebenso wurde die Finanzverwaltung wesentlich umgestaltet. Man trennte hier zum ersten Male den Privatschatz des litauischen Großfürsten von dem öffentlichen Staatsschatz. — Die bisherige Finanzgebarung war patriarchalisch primitiv. König

Sigmund hat bei seinem Regierungsantritt und auch späterhin dem andauernd leeren litauischen Staatsschatz dadurch aufgeholfen, daß er ihm einerseits aus dem polnischen Kronschatz Zuschüsse überwies, und andererseits, was viel bedenklicher war, landesherrliche Domänen in übereilter Weise verpfändete und veräußerte, um die Finanzen ins Gleichgewicht zu bringen. Das bei diesen Veräußerungen geübte Verfahren wird dadurch gekennzeichnet, daß schon 1522 — wahrscheinlich nicht ohne Anregung der Königin Bona — zahlreiche Staatsdomänen, die auf unrechtmäßige Weise entfremdet waren, einzelnen litauischen Magnaten entzogen und der Krone wieder zugeführt worden sind. Die Verwaltung der Staatsfinanzen blieb aber auch nach der Wiedereinziehung der Krongüter in den Händen der litauischen Großen, die nach ihrem persönlichen oder ihrem Standesinteresse ohne Wissen und Willen des Landesherrn über die Finanzmittel des Staates verfügten. Eine Wandlung dieser Verhältnisse erfolgte mit der Ernennung des königlichen Sekretärs Ivan Hornostaj zum litauischen Schatzmeister (1531). Der König ordnete damals an, daß alle Schatzeinnahmen durch die Hand des Schatzmeisters gehen und von ihm gebucht werden sollten. Die Ausgaben konnten fortan nur auf Anweisung des Landesherrn geschehen. Die Mitwirkung der „Herren Räte" bei der Verwaltung der Landesfinanzen wurde zugleich durch die Bestimmung beseitigt, nach der der Schatzmeister einzig dem Könige verantwortlich und ihm zur Rechnungslegung verpflichtet sein sollte. Die Reform der Finanzverwaltung von 1531 hatte auch offenkundige Erfolge aufzuweisen. Der Schatz begann sich zu füllen, so daß, als Sigmund August die Regentschaft (1544) antrat, er aus der einst völlig versagenden Quelle seine hohe jährliche Apanage von 45 000 polnischen Gulden in den festgesetzten Kalenderterminen regelmäßig ausgezahlt erhalten konnte.

Gesondert vom Staatsschatz bestand seit dem Herbst 1544 der Hofschatz des jungen Großfürsten-Regenten. Er war in zwei Verwaltungen geschieden, in die der Ausgaben und der Einnahmen. Die Kassenbücher der Einnahmeverwaltung verzeichneten als Ausgaben nur die Überweisungen des angesammelten Geldes an die dem Hofschatzmeister Jan Luto-

mirski unterstellte Ausgabenkasse. Die Einnahmen des Hofschatzes kamen u. a. aus dem landesherrlichen Privatvermögen und aus den dem Großfürsten vorbehaltenen Domänen und Schlössern.

In die Zeit der selbständigen Regierung Sigmund Augusts fällt die wichtigste der Reformen im Gebiete der inneren Verwaltung, die sog. Hufenreform. Der Anlauf zu dieser Steuerreform des platten Landes, die auf einer allgemeinen Vermessung nach dem üblichen polnischen Einheitsmaß der włoka (Hufe) beruhte, war, wie es scheint, bereits zur Zeit der Regentschaft des jungen Königs im Jahre 1547 gemacht worden. Es strömten damals in größerer Zahl Vermessungsbeamte und Landbautechniker aus Polen nach Litauen, wo ihrer ein dankbares Gebiet zur Betätigung ihrer Fachkenntnisse harrte. Aus Litauen kamen auch in der Folgezeit die großen Vermessungsbeamten des brandenburgisch-preußischen Staates, die Naroński (Vater und Sohn) und namentlich Samuel Suchodoletz. Der letztere übte eine ausgedehnte Wirksamkeit in den ostpreußischen Ämtern aus und hat außerdem, durch den Großen Kurfürsten nach der Mark berufen, die noch jetzt erhaltene, hervorragende Kartenaufnahme des ganzen Potsdamer Amtes, der Stadt und ihrer Umgebung angefertigt. (Aufsatz von E. Friedlaender, Beiträge zur Geschichte der Landesaufnahme in Brandenburg-Preußen unter dem Großen Kurfürsten und Friedrich III. Hohenzollernjahrbuch 1900, S. 339, 341, 343 ff.)

Kolankowski verbreitet sich in ausführlicher Darstellung über das Leben am Wilnaer Hofe, über die traurige Lage der jungen, schönen, anmutigen und bescheidenen, jedoch ihrem Manne nicht sympathischen Königin Elisabeth, die durch ihren frühzeitigen Tod, im Juni 1545, von ihrem unerquicklichen Dasein erlöst wurde, ferner über die Beziehungen Sigmund Augusts zu Barbara Gastołd, verwitweter Wojewodin von Troki, geborener Prinzessin Radziwiłł, bis zu der von den polnischen Ständen und dem polnischen Königspaar, besonders aber der Königin bekämpften ehelichen Vereinigung des Liebespaares.

Sigmund August war ein leidenschaftlicher Jäger. So erweist eine Stichprobe als zahlenmäßiges Ergebnis, daß der

König im Jahre 1546 volle 223 Tage auf der Jagd zugebracht habe. Er bevorzugte Bärenjagden, die oft, wie im Jahre 1546, gefährlich verliefen. Ein in Wut geratener, angeschossener Bär zerriß damals an der Seite des Königs einen Jagddiener. In dem berühmten Revier von Białowież veranstaltete Sigmund August eine Jagd auf Auerochsen, die so reich ausfiel, daß er 35 Tonnen Wildbret nach Krakau und etliche Tonnen an den Kastellan Andreas Gorka nach Posen schicken konnte.

Die Hofhaltung in Wilna war äußerst kostspielig. Die Hofküche allein verschlang ungewöhnlich hohe Summen (gegen 30 000 Gulden), die Mitgift der Königin Elisabeth von 100 000 Dukaten war in kurzer Zeit vertan, alles Umstände, die auf Selbstbeherrschung und ernstere Auffassung des jungen Herrn von seinen Herrscherpflichten keineswegs hinweisen. Der Kommandant der polnischen Feste Bar in Podolien, Bernhard von Prittwitz, äußert sich im September 1546, daß Sigmund August seine Zeit nur mit Vergnügungen, mit Gastgelagen, Tanzen und Maskeraden zubringe, er gemahne ihn in seiner ganzen Art an den leichtsinnigen König Ludwig von Ungarn.

Aber ganz zuverlässige historische Quellen liefern den Nachweis, daß Prittwitz mit seiner Charakteristik nicht den ganzen Menschen erfaßt hat. Sigmund August nahm auch teil an der Kulturbewegung seiner Zeit. Er begründete auf seinem Residenzschloß in Wilna eine Bibliothek und ergänzte sie systematisch, ebenso legte er eine Bildergalerie an. Ende 1546 lassen sich die ersten Spuren dieser Bestrebungen des Königs feststellen. Durch eigene Agenten ließ er im Auslande, namentlich in Frankfurt, Bücher kaufen, sie in Krakau mit kunstvoller Ausstattung binden und mit seinen Bücherstempeln bezeichnen. Im Juni 1552 zählte seine Büchersammlung auf dem Wilnaer Schlosse schon 1273 Werke.

Bei der Begründung der Gemäldegalerie half dem jungen Könige sein Vetter, der Herzog Albrecht von Preußen. So erfahren wir, daß Albrecht im Februar 1547 durch Peter Wojna, den Starosten von Graudenz, Porträts hervorragender Persönlichkeiten (imagines diversas illustrium virorum et mulierum) dem Könige übersandt hat. Zur Zeit seines Aufenthalts am Reichstag in Petrikau im Januar 1548 gelang es dem Könige,

29 Bilder anzukaufen, 3 Monate darauf die Wanderungen Abrahams und einen Bilderzyklus aus der Josephsage. Des Königs meistgeschätzter Maler war Anton Wiede, dem er für eine Jagdszene, für das Gemälde eines Turniers und für andere Kunstwerke ansehnliche Summen zahlte. Am zahlreichsten waren in der Umgebung des Königs italienische Künstler vertreten. An Deutschen sieht man am Hofe den Maler Erhard, die Goldschmiede Hans Gunthe, Erasmus Prettner und Johann, sowie den Bildhauer Andreas Melker. Bedeutend war die Zahl der aus Krakau nach Wilna zugezogenen Künstler und Handwerker, darunter auch die königlichen Dukatenmünzer Franz und Stanisław Merklicz, die an ihrer neuen Wohnstätte reiche Arbeit erhielten. Die zugewanderten Polen betätigten sich vornehmlich bei den königlichen Bauten als Baumeister und Ingenieure. Das Renaissance-Schloß auf dem Kathedralplatz in Wilna, das 1799 auf Befehl des Gouverneurs Friesel an den Händler Moses Slutzky auf Abbruch verkauft wurde und jetzt spurlos verschwunden ist, war in der Hauptsache sein Werk. Die Steine zu dem Schloßbau wurden mit vielen Mühen aus Livland bezogen. Einige tausend Steinblöcke wurden dort gekauft, nach Kokenhausen zur Bearbeitung gebracht, die behauenen Steine dann auf der Düna nach Polotzk verschifft und von dort auf der Achse nach Wilna geschafft.

So sehen wir den jungen Jagellonenprinzen alle Freuden des Lebens genießen, aber zugleich als einen Mann jenes geistig und künstlerisch regen Zeitalters die Wissenschaften und Künste pflegen. In welchem Maße er seinen Pflichten als erster Leiter der Staatsgeschäfte in der Zeit seiner litauischen Regentschaft persönlich nachgekommen ist, ist im einzelnen nicht ersichtlich. Es tritt aber deutlich zutage, daß damals tatsächlich Fortschritte erheblicher Art in der Organisation der Verwaltung Litauens und in ihren materiellen Ergebnissen erzielt worden sind. Als ein durchaus entschuldbares Versehen ist es zu betrachten, wenn der Verfasser mit den Namensformen einiger Starosteien in Preußen nicht vertraut ist. Statt „starostwo gołąbskie“ soll es heißen starostwo golubskie (an der Drewenz, im Kulmer Lande belegen), ebenso bezeichnet man die Starostei Meve als „starostwo gniewskie“ (S. 33 ff.).

In dankenswerter Weise hat Kolankowski seinem Werke eine Sammlung von lateinischen, deutschen, polnischen und russischen Urkunden angeschlossen. Von größerem Interesse ist das unter Nr. 9 (S. 363—364) abgedruckte Religionsmandat des Königs Sigmund I. in russischer Sprache. Es wurde auf Wunsch des Bischofs Paul von Wilna (um 1540) erlassen, um die Übertritte von der römisch-katholischen zur griechisch-katholischen Kirche zu verhindern. Von verfassungsrechtlicher Bedeutung ist die Urkunde von 1544 (Nr. 10, S. 364—366), durch die die Regentschaft an Sigmund August übertragen wird. Auf die Urkundenbeilagen folgt ein Itinerar des Königs Sigmund August 1543—1548.

Neben dem gelieferten Namen- und Ortsregister fehlt sehr zu Unrecht ein Sachregister. Gerade das letztere kommt hauptsächlich dem Interesse ernster historischer Fachgenossen zugute. Durch das Fehlen eines Sachregisters wird die Fortwirkung der gewonnenen Ergebnisse erheblich herabgesetzt, zum mindesten erschwert. Das Sachregister erfüllt aber nur dann seinen Zweck, wenn es nicht eine mechanische, sondern vielmehr eine wohldurchdachte geistige Leistung ist.

Kolankowski hat in seiner von ausdauerndem Fleiße zeugenden Untersuchung ein umfangreiches und schwieriges Thema darzustellen versucht. Bei der großen Fülle von Sonderfragen, die ihm im Verlauf seiner Forschungen entgegengetreten sind, hat er auf die Vertiefung und das Herausarbeiten des einzelnen wiederholt verzichten müssen. Er ist sich dessen nach den Worten seiner Einleitung bewußt. Auch ist der Stand der Quellenpublikationen, die Beschaffenheit der Archivalien und der in sein Arbeitsgebiet einschlagenden Darstellungen als recht ungünstig zu bezeichnen. An vielen, weit auseinanderliegenden Fundstellen hatte er sein archivalisches Material zusammenzusuchen. Trotz dieser Schwierigkeiten und trotz der auf eine eindringende Erfassung so mancher Fragen gerichteten Wünsche, die man äußern möchte, ist seine in schlichter, klarer und anmutiger Sprache verfaßte Darstellung als ein dankenswerter Fortschritt gegenüber dem bisherigen Stande der Forschung zu begrüßen.

Liechtensteiniana im Mährischen Landesarchiv.

Von

B. Bretholz.

I. Genealogie.

1. Tabulae genealogicae S. R. J. principum à Lichtenstein. Von J. P. Cerroni. Mit folgender Einleitung: „Dum huius antiquissimae ac nobilissimae gentis Lichtensteinianae cogitabam tabulas genealogicas conscribere, non tam defectus quam copia heroicorum ac nobilissimorum gestorum et summa antiquitas me coepit opprimere, ita ut vix sperabam fore futurum, ut hoc stemma multorum principum ducum marchionum regum et summorum imperatorum etiam sanguine affinitateque implicitum possem in ordinem reddigere; sed dilligenti lectione virorumque doctorum consilio et auxilio factum est, quod oculis praesento. — Usus vero sum in conscribendis et illustrandis his tabulis genealogicis plurimum authenticis familiae monumentis, manuscriptis et notitiis, quae potissimum in antiquissima arce Butschowicensi in Moravia archivo tum veteri tum novo adservantur. Ubi vero hoc non suffecerant, libris authorum probatissimorum mihi comunicatorum memoriis usus fui ..."

Papierheft in Quart, 39 Fol.Adnotationes zu 4 Tafeln, von denen die 3. und 4. fehlen.

Cerr.-Slg. I, 130. Eine Abschrift mit verschiedenen Abweichungen Mus.-Slg. Nr. 230 (alt 218).

2. Genealogie von Mähren. Von J. P. Cerroni. Bd. II, fol. 198—246: Liechtenstein zu Nikolsburg. Allg. Hss.-Slg. Nr. 48.

3. Genealogie des hochfürstl. Hauses Liechtenstein-Niklaspurg. Von F. J. Schwoy. (Vgl. Patriot. Tagblatt 1803, 104. Stück.) S. auch die übrigen genealogischen Schriften desselben Autors laut dem gedruckten Katalog der Hss. des Franzens-Museums in Brünn. Mus.-Slg. Nr. 234 (alt 222).

4. Horky, Personalia. (Einzelne Notate über verschiedene Familienmitglieder.) Slg. des Geschichtsvereins.

II. Adels-, Testament-, Fideikommißangelegenheiten; Familienbriefe.

1. K. Karl VI. bestätigt den Vergleich, durch den die Erbschaftsstreitigkeiten nach dem am 16. Juni 1712 verstorbenen Fürsten Johann Adam Andreas beigelegt wurden. Laxenburg, 24. Mai 1723. Orig.-Samtband, sehr stark beschädigt. Adels-Akten Kart. II. sub „Liechtenstein".

2. Akten betreffend die von Mitgliedern des Hauses Liechtenstein zu leistende oder geleistete Erbhuldigung (iuramentum fidelitatis) von 1648—1747. Dabei liegen:

1. Landtagsentschuldigung des Hans Herrn von Liechtenstein. 1543.
2. Beschwerde des Gundakar von Liechtenstein an den Kaiser gegen die Obristen Landesoffiziere wegen einer von diesen geforderten übermäßigen Testamentstaxe und Zurückhaltung der Original-Einlagen für die Landtafel („als wann ich ihr Sclav were"). Butschowitz, 16. Juli 1631.
3. Zession des Fürsten Anton Florian von 75 000 Gulden für seine Tochter Eleonore, Gem. des Reichsgrafen Alois Thomas Raimund von Harrach. Wien, 5. Febr. 1719. Or. Perg. 3 Siegel. Adels-Akten.

3. Alte Liechtensteinische Erbeinigung vom J. 1504. Angeschlossen:

1. Diplom K. Rudolfs II., dd° Prag, 21. Mai 1607.
2. Fürst Karls Universal-Testament, dd° 11. Sept. 1623.
3. Fürst Maximilians Testament, dd° 29. April 1641.
4. Konsens K. Ferdinands II. zum Fideikommiß für den Fürsten Gundakar, dd° Wien, 13. Juli 1629.
5. Landtafeleinlage verschiedener Testamente, dd° Brünn, 18. Mai 1714.

Abschriften saec. XVIII. Mus.-Slg. Nr. 312 (alt 116).

4. Fürstlich Liechtensteinische Familie Fideikommißakten von 1653—1778. 1 Fasz. K. k. Trib. Ziv.-Akten Nr. 684.

5. 1662, Oktober 26. — 1663, August 1., Mähr. Kromau.

Sieben Briefe des Ferdinand Johann v. L. an Antonio Grafen von Collalto in privaten Angelegenheiten. — Mit eigenhändigen Unterschriften und Postskripta. — Pirn. Slg. VI, 3, 2.

6. 1666, April 23., Boschkowitz.

Eigenhändiger Brief des Bernardt Friedrich Herrn von Liechtenstein und Nikelspurg an Antonio Francisco Grafen von Collalto in Testamentsangelegenheiten. — Pirn. Slg. VI, 3, 2.

7. 1662, 26. Oktober und 24. Dezember. Mähr. Kromau.

Zwei Briefe der Fürstin Dorothea von Liechtenstein an Antonio Grafen von Collalto in familiären Angelegenheiten. — Mit eigenh. Unterschrift. — Pirn. Slg. VI, 3, 2.

III. Einzel-Urkunden.

Bis zum Jahre 1411 ist das Urkundenmaterial des Mährischen Landesarchivs in den fünfzehn Bänden des Codex dipl. Moraviae gedruckt, so daß es für diese Periode genügt, auf die Indizes dieser Bände hinzuweisen. Aus dem 15., 16. und Anfang des 17. Jahrhunderts finden sich in der sogenannten Ständischen Urkundensammlung eine Anzahl Urkunden, in denen Liechtensteine sei es als Teilnehmer an Landfriedens-

schlüssen oder als Mitpetenten bei Privilegienverleihungen oder als Zeugen genannt werden, die kurz zu verzeichnen hier wohl ausreicht.

1. Heinrich v. L. — 1412, Februar 2., Brünn.
2. Kristofor und Georg, Gebrüder v. L. — 1434, März 4., Brünn.
3. Christoph v. L. — 1440, Januar 28., Brünn.
4. Heinrich v. L. — 1479, Juli 25., Olmütz (inseriert in 1523).
5. Heinrich v. L. — 1484, April 9., Buda.
6. Heinrich v. L. — c. 1484 (Landfrieden des Olmützer Bischofs Prothasius).
7. Kristofor v. L. — 1485, September 27., Nikolsburg.
8. Kristofor v. L. — 1486, Oktober 21., Brünn.
9. Herrich und Kristofor v. L. — 1490, März 15., Wien.
10. Kristofor v. L. — 1490, September 1., Buda.
11. Karl v. L. — 1597, Juni 24., Eisgrub. — Derselbe erscheint auch in zahlreichen Reversen von 1608—1614.

12. 1556, Dezember 23., Nikolsburg.

Christoph v. L. beurkundet, daß er seine Mühle bei Frelesdorf dem Klement Schorar, Bürger in Laa, und dessen Frau Katharina verkauft hat und ihm gestattete, zu dieser Mühle eine Brücke über die Thaya zu bauen und einen zu dieser Brücke führenden Weg auf seinen Gründen herzustellen, und bewilligt dem Ritter Kaspar Niemtz von Schönwald, der mit grundherrlicher Erlaubnis nach dem Ableben der Eheleute Schorar diese Mühle von den Vormündern der Schorarschen Waisen (für einen dem Grundherrn zu entrichtenden Jahreszins von 7 Fl. 18 Gr. 4 Den.) gekauft hat, die Benutzung der Brücke und des Weges unter der Bedingung, daß hierdurch die Einkünfte der Dürnholzer Maut keinen Abbruch erleiden. Siegler: 1. der Aussteller, 2. Franz Triffnit von Temenau, 3. Herr Kristoph Arnold von Lest (z Lestu), Beamte in Hohenau.

Or., Perg. — Pirnitzer Slg. IV, 8, 13.

13. 1599—1610.

Verschiedene Privilegien des Fürsten Karl v. L. für Proßnitz. — Kop. — Bocz. Slg. 10 254—10 259.

14. 1613, September 20., Butschowitz.

Katherina v. L., geb. Czernohorska von Boskowitz, zeigt dem Kardinalbischof Franz von Dietrichstein an, daß sie den Pfarrer von Lultsch Nikolaus Bielavius zum Prediger in der Pfarre zu Butschowitz gemacht habe, und bittet um dessen Einführung. — Or., Pap. — Bocz. Slg. 6989.

15. 1625, September 16., Hohenstadt.

Testament des Herzogs von Troppau und regierenden Fürsten Karl v. L. — Or., Perg. — Alle 7 Siegel abgerissen. Ob. L. G.-Akten Nr. 1.

16. 1629, Januar 9., Krumau.

Gundakar v. L. verleiht den Hufschmieden und Wagnern in Eibenschitz eine Handwerksordnung in 20 Artikeln. — Alte Kopie. — N. Slg. 106.

17. 1631, April 3., Boschowitz.

Maximilian v. L. bittet Herzog Heinrich Wenzel von Münsterberg, Oberhauptmann in Ober- und Niederschlesien, wegen Absendung von

Artiglerie-Rössern, Wagen und Getreide von seinen beiden Fürstentümern zu gedulden, da die Inwohner vom Feind und auch vom kaiserlichen Volk schweren Schaden gelitten. — Or., Pap. — Bocz. Slg. 2365.

18. 1631, vor Mai 8.

Maximilian v. L. an den Kaiser wegen besserer Defensionseinrichtung in der Stadt Troppau. (Beil. als Kopie in dem diesbezüglichen Schreiben des Hofkriegspräsidenten an Herzog Heinrich Wenzel von Münsterberg, Oberhauptmann in Schlesien.) — Bocz. Slg. 2366.

19. 1631, Juli 5., Schloß Rabensburg.

Maximilian v. L. an den Herzog Heinrich Wenzel von Münsterberg, Oberhauptmann zu Schlesien, daß er bereit sei, Troppau und Jägerndorf als Sammelplätze für 2000 Mann des Dohnaschen Regiments herzugeben. — Or., Pap. — Bocz. Slg. 2368.

20. 1631, Oktober 20., Rabensburg.

Maximilian v. L. an Herzog Heinrich Wenzel von Münsterberg, Oberhauptmann in Schlesien, wegen Bestellung von Kommissären zur Übernahme der Artiglerierosse. — Or., Pap. — Bocz. Slg. 2369.

21. 1634, April 21., Burg Außee.

Karl Eusebius bestätigt der Stadt Hohenstadt die ihm vorgelegten älteren Privilegien. — Kop. — N. Slg. 151.

22. 1637, Juni 11., Rabensburg.

Maximilian v. L. ersucht den Bischof Plateis von Platenstein, daß er den Grundstein zur neuen Kirche in Butschowitz legen wolle. Er meldet ferner den Tod des Pfarrers zu Posoritz und bittet um die Durchführung der Inventierung.

„P. S. Ihre Fürstl. Gn. können wegen des habenden Podagra nicht unterschreiben." — Or., Pap. — Bocz. Slg. 6990.

23. 1638, April 7., Littau.

Karl Eusebius v. L. gewährt der Stadt Mährisch-Trübau wegen der „unerschwinglichen Schuldenlast, in die sie durch das vergangene unruhige Kriegswesen" geraten, eine Bargeldunterstützung von 15 000 Schock aus seinen Mähr.-Trübauer Renten, verteilt auf 5 Jahre, je 1500 Schock zu S. Georgii und S. Galli. — Kop. — Bocz. Slg. 10 874.

24. 1638, April 9. und 13., Littau.

Karl Eusebius v. L. bestätigt der Stadt Mährisch-Trübau eine Anzahl ihrer älteren Privilegien. — Kop. — Bocz. Slg. 10 864, 5.

25. 1639, April 11., Schloß Liechtenstein.

Hartmann v. L. zediert der Stadt Eibenschütz eine Reihe namentlich aufgezählter Schulden, „welche die gesamte Gemein und unterschiedliche Mitbürger daselbst in unser Rentamt Liechtenstein schuldig verbleiben", im Betrag von 10 535 Gulden, 25 Kr. rh. — Kop. — N. Slg.106.

26. 1642, Dezember 12., Feldsberg.

Karl Eusebius v. L. an die Landeshauptmannschaft wegen Hilfeleistung für seine „totaliter ruinierte" Stadt Proßnitz. (Mit beil. Bittgesuchen der Stadt P. an den Fürsten vom 8. Dezember und an die Landeshauptmannschaft vom 21. Dezember d. J.) — Or., Pap. — Bocz. Slg. 1284.

27. 1644, April 10., Feldsberg.

Karl Eusebius v. L. an den Landeshauptmann und das Tribunal in Mähren wegen Sublevierung seiner Stadt Hohenstadt von allzu schwerer Einquartierung. (Mit beil. Bittgesuch der Stadt H. an den Fürsten, eingelangt am 7. April d. J.) — Or., Pap. — Bocz. Slg. 1371.

28. 1644, Dezember 12., Feldsberg.

Karl Eusebius v. L. an den General-Wachtmeister Grafen von Waldstein wegen der Bedrängung und Schädigung der zur Herrschaft Hohenstadt gehörigen Dörfer durch die vor Mähr.-Neustadt liegenden Soldaten. Kop. — Bocz. Slg. 1416.

29. 1646, November 6., Liechtenstein.

Ferdinand Johann v. L. beschwert sich wegen des unerschwinglichen Anschlags der Servicegelder für die auf dem Spielberg liegenden Völker „auf diese ganz verödete Herrschaft". — Kop. — Bocz. Slg. 1633.

30. 1648, Januar 12., Wien.

Karl Eusebius v. L. an den Landeshauptmann und das Tribunal wegen Hilfeleistung für die ganz ruinierten Untertanen der Herrschaft Außee. (Mit beil. Bittgesuch der genannten Untertanen vom 9. Dezember 1647.) — Or., Pap. — Bocz. Slg. 1676.

31. 1654, April 12., Kromau.

Ferdinand Johann v. L. erläßt eine neue „Polizei" (Gemeinde)-Ordnung für die zur Herrschaft Kromau gehörige Stadt Eibenschitz. — Kop. — N. Slg. 106.

32. 1657, Februar 20., Kromau.

Ferdinand Johann v. L. zediert seiner Gemahlin Dorothea Anna Maria, geb. Gräfin von Lodron auf Castel Roman, für eine ihm von ihr überlassene goldene Kette mit 84 Stück Diamanten besetzt, die auf 700 Gulden rh. geschätzt ist, einen Freihof zu Rakschitz mit allem Zubehör. — Vidim. besiegelte Kopie. — N. Slg. Rakschitz.

33. 1661, November 1., Kromau.

Ferdinand Johann v. L. schenkt der Stadt Eibenschitz eine nahe der Stadt gelegene Mühle. — Kop. — N. Slg. 106.

34. 1661, Novemver 7., Kromau.

Ferdinand Johann kauft die sogenannte Steinmühle bei Eibenschitz samt Zubehör von Franz Neslinger von Sternfeld und schenkt sie dem Kloster zu S. Bartholomaei in Eibenschitz unter bestimmten Bedingungen.— Kop. N. Slg. Eibenschitz.

35. 1670, Januar 12., Kromau.

Hartmann v. L. bestätigt der Stadt Eibenschitz alle ihm vorgelegten älteren Privilegien. — Kop. — N. Slg. 106.

36. 1676, April 28., Kromau.

Hartmann v. L. erteilt den Mesolanmachern und Leinwebern in Eibenschitz eine Handwerksordnung in 25 Artikeln. — Kop. — N. Slg. 106.

37. 1685, Februar 24., Feldsberg.

Johann Adam Andreas v. L. bestätigt der Stadt Proßnitz alle darin verzeichneten Privilegien. — Kop. — Bocz. Slg. 10 269.

38. 1685, Dezember 7., Feldsberg.

Johann Adam Andreas bestätigt dem Stadtl Goldenstein alle älteren ihm vorgelegten Privilegien, von 1593 angefangen. — Kop. — N. Slg. 124.

39. 1686, November 7., Feldsberg.

Johann Adam Andreas v. L. verbietet auf eine Beschwerde der Stadt Mährisch-Trübau hin dem dortigen Brantwein-Bestand-Juden Lazaro in dem Branntweinhaus den öffentlichen jüdischen Gottesdienst, Vor- und Aufkauf fremden Branntweins, unbefugte bürgerliche Handelsschaft und Beherbergung fremder Juden. — Kop. — Bocz. Slg. 10 884.

40. 1689, Februar 28., Kromau.

Maximilian v. L. erteilt den Paretl-, Socken- und Strumpfstrickern in Eibenschitz eine Bestätigung ihrer Privilegien und Zunftartikel. — Kop. — N. Slg. 106.

41. 1690, Januar 2., Kromau.

Maximilian v. L. erteilt den Lederern in Eibenschitz Zechartikel. — Kop. — N. Slg. 106.

42. 1691, Mai 1., Kromau.

Maximilian v. L. erläßt eine Fürstenrichter-Instruktion für Gabriel Ignaz Graniyer in der Stadt Eibenschitz. — Orig. — N. Slg. 106.

43. 1693, Dezember 8., Wien.

Johann Adam Andreas v. L. bestätigt der Stadt Hohenstadt alle Privilegien. — Kop. — Bocz. Slg. 8619.

44. 1696, Dezember 17., Kromau.

Maximilian v. L. erteilt dem Kürschnerhandwerk in Eibenschitz Zunftartikel. — Kop. — N. Slg. 106.[1])

45. 1701, November 4., Feldsberg.

Johann Adam Andreas v. L. weist das Ansuchen des zur Herrschaft Sternberg gehörigen Städtchens Bährn wegen der dortigen Vogtei, des Marktgeldes und Ausfolgung von Brennholz aus den herrschaftlichen Wäldern an den Rat zurück. — Kop. — Bocz. Slg. 6646.

46. 1712, Juli 19., Wien.

Walter Xaver Fürst von Dietrichstein übernimmt die Vormundschaft über die drei unmündige Vettern des Johann Adam Andreas v. L., nl. Joseph Wenzel Laurentius, Emanuel und Johann Anton, laut dessen Testament dd° 1711, Juli 11. — Eigenh. Unterschr. und Siegel des Ausstellers und der beiden Zeugen: Joseph Graf v. Würben-Freudenthal und Johann Adam Graf v. Questenberg. — Or., Perg. — O. L. G.-Slg. Nr. 31.

47. 1712, Juli 19., Wien.

Maximilian Ulrich v. Kaunitz übernimmt die Vormundschaft über die Vettern des Johann Adam Andreas v. L., nl. Joseph Wenzel Laurentius, Emanuel und Johann Anton, laut Testament vom 17. Juli 1711. Eigenhändige Unterschriften und Siegel des Ausstellers und der beiden Zeugen:

---

[1]) Weitere Zunftprivilegien in Abschriften aus dem 18. Jahrh. in den Akten der Neuen Slg. fast bei jeder Liechtensteinischen Herrschaft.

Joseph Graf v. Würben und Freudenthal und Johann Adam Graf v. Questenberg. — Or., Perg. — L. G.-Slg. Nr. 59.

48. 1713, November 9., Brünn.

Josef v. L. übernimmt nach dem Tode seiner Gemahlin Gabriele die Obsorge und Kuratel über die Person und das Erbe seines Sohnes Carl Anton Josef und stellt zu diesem Zwecke als Kaution hierüber sein gesamtes Vermögen. Eigenhändige Unterschrift und Siegel des Ausstellers und der Zeugen: Johann Anton Graf zu Würben und Freudenthal und Anton Rombald von Collalto. — Or., Perg. — O. L. G.-Slg. Nr. 32.

49. 1716, Januar 27., Wien.

Joseph v. L. bevollmächtigt Johann Ignatius Meixner, geschw. mähr. Landesadvokaten, zur Führung des Familienprozesses wegen der Herrschaft Außee. — Or., Pap. — Bocz. Slg. 6629.

50. 1716, August 3., Wien.

Eheberednus zwischen Joseph v. L. und Reichsgräfin Marianna zu Ötting, laut welcher er seiner Braut 25 000 Guld. rh. für den Fall ihres Witwenstandes auf die Allodialherrschaft Sternberg anweist. — Or., Perg. — Eigenhändige Unterschriften und Siegel des Ausstellers und der beiden Zeugen: Johann Philipp Graf v. Werdenberg und Namist und Carl Ludwig Graf zu Roggendorf. L. G.-Slg. Nr. 420.

51. 1721, Februar 8., Wien.

Anton Florian erläßt eine Polizeiordnung für die Stadt Eibenschitz. — Kop. — N. Slg. 106.

52. 1733, September 16., Wien.

Joseph Wenzel und Emanuel, Gebrüder v. L., approbieren die von Walter Xaver Fürsten von Dietrichstein und Maximilian Ulrich Reichsgrafen von Kaunitz über sie und ihren Bruder Johann geführte Vormundschaft und versprechen wegen der geführten Tutelar-Administration keinerlei Ansprüche erheben zu wollen. — Or., Perg., 3 Siegel, das 4. abgerissen. — Eigenhändige Unterschriften der Aussteller und der beiden Zeugen: Rudolf Graf Lažanski und Johann Anton v. Widmann. — OLG.-Slg. Nr. 48.

53. 1739, August 10., Brünn.

Maria Antonia, geborene Fürstin von und zu L., vermählte Gräfin von Herzan, Erbfrau der Herrschaft Göding, stellt ein Fundations-Vermehrungs-Instrument aus, durch das sie 1000 Guld. rh. dem Spital S. Johannes Nepom. in Göding zuweist. — Eigenhändige Unterschrift, fürstl. und gräfl. Siegel. — Or., Perg. — N. Slg. Göding.

IV. Prozeßakten aus den „Acta finita“.

1. Aktion J. F. G. Herrn Carls Eusebius Fürsten von Liechtenstein contra Kloster Hradisch in puncto eines Haberzins. 1635—1705 (Nr. 135, alt L. 52).

2. Acta zwischen Lew Wilhelmb Grafen von Kaunitz und Gundacker v. L. in puncto Restitution zweier entwichener Untertanen. 1649 (Nr. 111, alt K. 2).

3. Acta zwischen Melchior Ledenitzky und Gundackher v. L. in puncto zweier entwichener Unterthanen. 1653 (Nr. 125, alt L. 13).

4. Aktion zwischen Ferdinand Johann v. L. und Frau Maria Eva Elisabeth von Tieffenbach die Ausfolglassung gewisser sich auf der Herrschaft Dürnholz befindender Unterthanen betreffend. 1653—54 (Nr. 129, alt L. 20).

5. Acta zwischen Herrn Gabriel Horetzky und Gundackher v. L. wegen zweier entlaufener und zu Ostra sich aufhaltender Unterthanen. 1654—1657 (Nr. 83, alt H. 22).

6. Aktion der Frau Ester Gräfin Forgatsch contra Gundackher v. L. wegen vorenthaltener Unterthanen. 1655—1659 (Nr. 74, alt F. 17).

7. Aktion zwischen Ferdinand Johann v. L. und dem Grafen von Nachod die Hegmauth zu Misslitz betreffend. 1660—1663. Beilagen von 1625 angefangen (Nr. 127, 128, alt L. 36).

8. Das Kapitel auf dem Petersberg in Brünn gegen Ferdinand Johann v. L. wegen der Prabende in der Stadt Eibenschitz. 1661—1662. — Beiliegend darauf bezügliche Verträge von 1566, 1574 u. a. — (Nr. 11, alt B. 53.)

9. Aktion zwischen Gundakar v. L. und dem Markt Proßmeritz betreffend die Konfirmation ihrer Privilegien. — 1639—1667. — Mit Beil. von 1488 angefangen. — (Nr. 141, alt L. 114.)

10. Aktion zwischen Ferdinand Fürsten von Dietrichstein und Maximilian Jacob Mauritius v. L. wegen Vorenthaltung eines auf die Herrschaft Kaunitz gehörigen Juden, namens Elias. (Mit eigenhändigen Briefen der beiden Fürsten.) 1668—70 (Nr. 62, alt D. 18).

11. Aktion zwischen Hartmann v. L. und Franz Stefan Grafen von Magni wegen Nichtadministrierung der iterato angesuchten Justiz an gewissen seinen ihm namhaft gemachten Untertanen aus dem Markt Welka, die einer an fürstlichen Untertanen anno 1668 verübten Mordtat und öffentlichen Raubs beschuldiget werden. — 1668—1673 (Nr. 387, alt L. 73).

12. Schriften zwischen dem Abt Norbert Pleyer und Konvent des Klosters Bruck einer- und Hartmann v. L. anderseits wegen des Zehents vom Dorf Schemnitz. 1673—1680 (Nr. 285, alt B. 81).

13. Acta zwischen dem Fürsten Karl Eusebius v. L. und der Stadt Gewitsch wegen eines bei dem zur Herrschaft Mähr.-Trübau gehörigen Dorfe Brissen liegenden strittigen Waldes. 1680—1685. — Beilage von 1491 an. — (Nr. 145, alt L. 129.)

14. Actionsschriften der Frau Maria Anna Francisca Gräfin von Waldstein contra Hartmann Fürsten zu Liechtenstein wegen einer von dem Richter zu Wolframitz dem Balthasar Muck, kais. Lieutenant auf dem Freihof zu Pohrlitz, angetaner „Gewalt“ (Wegnahme seiner Äcker). — 1681. — (Nr. 444, W. 117.)

15. Acta zwischen Max v. L. und den Graf Wertenbergischen Untertanen wegen verübten Einfalls in das Dorf Biskupka. — 1693. — (Nr. 142, lat L. 115.)

16. Acta des Andrea Niquelles, gewesten Kriegshauptmanns, wider Joseph von L. occasione einiger von den Bedienten desselben ihm in der Stadt Brünn nächtlicher Weil am 24. April 1714 angetaner Injurien. — (Nr. 398, N. 56.)

17. Acta zwischen Fürst Walter Xaver von Dietrichstein und Anton Florian v. L. wegen verschiedener an dem Steinertamer Teich bei Voitelsbrunn von den gegenseitigen Untertanen geschehenen Gewalttätigkeiten. — 1716—1720. — (Nr. 361, D. 95.)

18. Acta zwischen der Stadt Prossnitz und Anton Florian v. L. wegen der Administration der Stadtökonomie. 1719—1720. — Mit Beilagen von c. 1406 angefangen. — (Nr. 191, alt P. 190.)

19. Acta des Anton Florian v. L. wider die Herrschaft Proßnitz wegen eines bei Lipow kassierten Lauker Viehtriebs. — 1719—20. — (Nr. 146, alt L. 156.)

20. Schriften betreffend der Stadt Auspitz Gravamina wider Joseph Johann Adam v. L. als Grundobrigkeit wegen zu erteilender schriftlicher Sicherheit ihrer Handfesten und behinderter freier Rathswahl. 1723—1733. Mit Beilagen von c. 1630 an. — (Nr. 273 a. b. c., alt A. 29.)

21. Acta des Max Philipp Grafen v. Magni contra Joseph Johann Adam v. L. in puncto gewisser von denen Groß-Blatnitzer wider die Lipower Untertanen verübten Gewalttätigkeiten. — 1724—1731. — (Nr. 394, alt M. 189.)

22. Acta der Stadt Hohenstadt wider Ihre f. Grundobrigkeit wegen nicht zulassender Zerteilung einiger Gemeingründe. 1731—32. (Nr. 98, H. 212.)

II. Zeitschriftenschau.[1])

I. Allgemeines.

Die indogermanische Urheimat und der Ursprung des russischen Nationalnamens „Rus“.

Indogermanische Forschungen 1912, Bd. 31, H. 1—3. Deutsche Monatsschrift für Rußland 1913, 240—246.

Friedrich Knauer in Kiev hat 1899 auf dem Archäologischen Kongreß in Kiel einen Vortrag gehalten, der 1901 russisch erschienen ist und jetzt deutsch als umfassende Abhandlung erscheint. *G. von Glasenapp* referiert darüber wie folgt:

Die indo-eranische Tradition spricht mehrfach von einem großen Flusse, der im Sanskrit Rasa heißt, altpersisch Raha, altbaktrisch Ranha und der sich im Urheimatgebiete der Indoeranier befunden haben muß. Linguistisch gibt das die parallelen Wurzelformen: 1. idg. * rosa = skr. Rasa, altp. Raha, griechisch Ra, russisch rosa, ros. 2. idg. * ronsa = altbakr. Ranha = russisch Rusa, rus, griechisch Ros. (Der Stern bedeutet, daß die indogermanische Wurzel linguistisch erschlossen ist.) Die aus dem Worte unmittelbar zu entnehmende appellativische Bedeutung des Namens „fließendes Wasser“, „Fluß“ ist schon in Vorzeiten zu „der Fluß“, d. h. zum Eigennamen eines bestimmten Flusses geworden. Und dieser Fluß ist die Wolga. Darauf weisen das ptolemäische Ra und das später bezeugte griechische Rôs als Bezeichnungen der Wolga.

Knauer kommt zu dem Schluß, daß die Wolga einst auch einen slavisch-russischen Namen in Form von Ras, Ros und Rus hatte. Dann konnte sich auch ein Volk „Rusy“, also Wolgabewohner, oder in der Sammelnamenform Rus = Wolgavolk nennen, was auch von den arabischen Schriftstellern für die Zeit vor 713 bezeugt wird. Von der Wolga stammt dann auch das „Ros“ der Byzantiner und „Rus“ als Nationalname der heutigen Russen. Eine Analogie hierzu bietet die Herkunft des bulgarischen

---

[1]) Das Abkürzungs- und Mitarbeiterverzeichnis bleibt diesmal ausnahmsweise aus Raumrücksichten weg.

Nationalnamens. Professor Šišmanov in Sophia hat nachgewiesen, daß „Blga" (mit vokalischem „l") die bulgarische Form für finnisch „Wolga" sei; (bulg. b = wolgafinnisch w) und somit Bulgaren = Bolgaren nichts anderes bedeutet als Wolgavolk; der Bolgar ist der Wolgamann. Wäre nicht geschichtlich bezeugt, daß die Balkanbulgaren einst an der Wolga gewohnt haben, so würde man an dieser Ableitung zweifeln, weil es unwahrscheinlich erscheint, daß bei dem großen geographischen Abstande die heutigen Bulgaren noch eine Erinnerung an ihre einstige Heimstätte bewahrt hätten. Was sich mit den Bulgaren in geschichtlicher Zeit ereignete, konnte mit den Russen in vorgeschichtlicher Zeit geschehen sein.

Die wichtigste Folgerung Knauers ist nun, daß, wenn Inder, Eranier und Slaven einen gemeinsamen indogermanischen Namen für die Wolga hatten, sie einst auch an diesem Flusse saßen, und die der Wolga am nächsten wohnenden östlichen Slaven haben diesen Nationalnamen auch bewahrt. Ist damit die Urheimat einer großen Gruppe der indogermanischen Völker fixiert, so wohl auch die der Indogermanen überhaupt, welche Annahme Knauer freilich nur für wahrscheinlich, aber nicht notwendig erklärt. Er sagt: „Wenn es mir gelungen wäre, ein urindogermanisches Flußgebiet genau zu bestimmen, hätte dann das nicht mehr Gewicht als alle anderen allgemeinen Argumente zusammengenommen? Pflegen doch geographische Namen feste Grenzpunkte darzustellen. Ein Ortsname ist übertragbar, wie jeder andere Name; der Ort selbst aber bleibt natürlich an der alten Stelle und wandert nicht wie Pflanzen, Bäume, Früchte, Vögel, Tiere, Kornarten, Metalle und Menschen; er bildet also immer einen sicheren Ausgangspunkt. So muß denn auch ein Flußbeweis, wenn er geführt werden kann, weit mehr in die Wagschale fallen, als z. B. der beliebte Buchenbeweis. Warum mußte „Buche" von Haus aus die Buche sein, die wir kennen ... und nicht die Speiseeiche (griech. phegos)? ... Ist mein Nachweis für die Wolga nicht gelungen, so bezog er sich doch auf einen Landstrich, den auch andere Forscher aus anderen Gründen als indogermanische Urheimat betrachteten, und der jedenfalls besser als manche andere vorgeschlagene Gegenden alle Bedingungen für einen urindogermanischen Kulturfortschritt erfüllen konnte."

Dabei muß man Kn. richtig verstehen, daß er nicht auch die slavische Abstammung der Gründer des russischen Reiches verficht. Er sucht bloß die slavische Herkunft des russischen Nationalnamens zu erweisen, nicht aber auch die slavische Abstammung der Gründer des russischen Staates. „Die Gründer des russischen Reiches waren auch nach meiner Meinung zweifelsohne Germanen; daraus folgt nicht, daß auch der russische Volksname germanischen Ursprungs sein müsse. Das ist eben das proton pseudos der Normannisten wie auch ihrer Gegner, der Antinormannisten, daß sie Namen und Person in Kausalnexus bringen, statt sie als zwei verschiedene Dinge auseinanderzuhalten."

Über die Beweiskraft der Ausführungen des Verfassers hat die Linguistik zu entscheiden. Nicht ganz einfach und zwingend ist freilich

Knauers weiterer Gedankengang bezüglich der sogenannten Waräger-Frage und ihres Stammesnamens Rus. O. H.

Geschichte der politischen Deportation in Rußland.

Sovremennik, 1912, N. 11, 244—265.

Boris Frommet gibt unter dem Titel „Politische Deportation in Rußland“ eine Art Selbstanzeige: in fünf kurze Abschnitte, ohne Quellenangaben, ist der Inhalt der entsprechenden Kapitel einer großen Untersuchung zusammengefaßt, die, wie es in der Anmerkung heißt, für den Druck vorbereitet wird.

„Die Deportation in Rußland“, sagt F., „ist eine Erfindung Ivan Vasil’evič des Gestrengen“: aus früheren Zeiten wird nur von Vertreibungen aus dem alten Wohnsitz ohne Anweisung eines neuen berichtet. Mit der Eroberung Sibiriens bürgert sie sich vollkommen ein: das Gesetzbuch (Uloženie) von 1649 bestimmt Verschickung in einer Reihe von Fällen nicht als Strafe, sondern als Folge von Körperstrafen (torgovaja kazń’). Die Verbannten setzten im fernen Sibrien ihren Dienst fort, aber auch nicht selten bildeten sie dort Räuberbanden: die Regierung kümmerte sich um die Verschickten wenig, mit Ausnahme derjenigen, die man als politische bezeichnen kann. Zu diesen gehörten im 17.—18. Jahrhundert Volksaufwiegler, religiöse Freidenker, gestürzte Günstlinge; eine besondere Gruppe bilden Kriegsgefangene: im 18. Jahrh. zuerst Schweden, dann polnische Konföderierte. Während den Gemeinen in der Verbannung wenig Aufmerksamkeit geschenkt wurde, war am härtesten das Los der Höflinge, für die sowohl düstere Klostergefängnisse als unterirdische Keller bereit standen. Unter Katharina II. wurde der erste Schriftsteller — Radiščev — verschickt. Aber die eigentliche Geschichte der politischen Deportation beginnt mit der Leidensgeschichte der Dekabristen, denen das zweite Kapitel gewidmet ist. Für die kulturelle Entwicklung Sibiriens war ihre Ansiedlung von tiefgehender Bedeutung. Nicht weniger segensreich war, wie der dritte Abschnitt zeigt, trotz der nationalen Exklusivität die Anwesenheit der polnischen Edelleute, die, namentlich nach den Aufständen des 19. Jahrh. in großer Zahl nach Sibirien verschickt wurden. Sodann folgt die Periode der „intelligenten“ Gesellschaft, die sich nach der Aufhebung der Leibeigenschaft aus allen Ständen rekrutierte. Hunderte kamen auf gerichtlichem und administrativem Wege nach Sibirien, in die nördlichen Gouvernements des europäischen Rußlands usw., und wiederum erhielt die Provinz manche hervorragende Kraft. Diese Zeit mit all ihren Schrecken — bittertse Not, ungesunde und weltentlegene Gegenden, Internierung bei den Jakuten, Bedrückung durch die Beamten usw. — behandelt das vierte Kapitel. Mit dem Anfang des 20. Jahrh. erfolgte eine starke „Demokratisation“ der verschickten Revolutionäre, wie für die Jahre 1894—1900 und 1901—1903 aus dem letzten Abschnitt zu ersehen ist. Die Zahl der Bauern steigt, nicht nur absolut, sondern auch

relativ — von 7,1 auf 9 %, die der Arbeiter von 13,4 auf 42,8 %. Dagegen sinkt die Zahl der Studierenden von 25,4 auf 9,6 %, der freien Berufe von 27,9 auf 19,1 %. L. L.

II. Vormongolisches Rußland.

Zur Russkaja Pravda.

J 1913, April, 236—295; Mai, 101—112.

J. Jakovkin untersucht in einer gründlichen, mit umfassender Benutzung der Arbeiten seiner Vorgänger, auch mit Heranziehung deutscher Literatur, gearbeiteten rechtsvergleichenden Studie den viel umstrittenen Begriff der 'Zakupi' in der Russkaja Pravda (III 71 ff. Troickij). Besonders hervorzuheben ist, daß dem Verfasser eine Bereicherung des spärlichen Vergleichungsmaterials gelungen ist. Er verwendet mit Nutzen eine Stelle aus der russischen Übersetzung des von Niketas von Serrae herrührenden griechischen Kommentars zu den 16 Predigten Gregors von Nazianz, an der sich das außerhalb der Russkaja Pravda ganz seltene Wort 'zakup' dem griechischen ἡμίδουλος gleichgesetzt findet. Das Hauptergebnis der komplizierten Auseinandersetzung mit älteren Theorien und der daran anschließenden selbständigen Untersuchung des Quellenmaterials ist, daß der zakup dem Schuldknecht des altnorwegischen Rechtes gleichzusetzen ist. Seine Rechtsstellung ist in allen wesentlichen Punkten die des Schuldknechts: er gehört dem Stand der Freien an, aber er unterliegt der Jurisdiktion des Herrn; er kann sich durch Zahlung der Schuldsumme loskaufen, aber im Falle eigenmächtigen Entspringens verfällt er der Sklaverei. R. S.

Zur russisch-byzantinischen Archäologie.

J 1913, März, 90—98.

Einen nicht uninteressanten, aber feuilletonistisch gehaltenen und mangels aller Quellenangaben wissenschaftlich nicht recht brauchbaren Nachtrag zu *N. Kondakovs* grundlegendem Prachtwerk über das byzantinische Zellen-Email (Frankfurt 1892) liefert *V. Ljaskoronskij* in einer Abhandlung: „Das Schicksal eines archäologischen Fundes". In der berühmten Zvenigorodskojschen Emailsammlung, deren beschreibendes Verzeichnis Kondakovs eben genanntes Werk darstellt, finden sich zwei altrussische, wahrscheinlich dem 11. Jahrhundert angehörende Ohrgehänge, sogenannte „Kolte", und ein Halsschmuck, die beim Neubau der Kiever Zehntkirche (1828—1842) gefunden und in den achtziger Jahren von Zvenigorodskoj erworben wurden (Abbildung bei Kondakov Tafel 21). Aus Ls. Abhandlung erfährt man nun, daß diese Stücke nur den kümmerlichen Rest eines Fundes von allergrößten Dimensionen bilden. Nach den Aussagen von Zeugen, deren Glaubwürdigkeit L. allerdings nicht untersucht, wären bei den Arbeiten an der Zehntkirche über hundert solche und ähnliche Altertümer, zwei große Säcke voll, gefunden und dem

Stifter des Neubaus, einem gewissen Annenkov, ausgehändigt worden. Annenkov hielt den Fund vollständig geheim und zwar so lange, bis er ihm auf eine ziemlich umständliche Art entwendet wurde und in die Hände einer Bauernfamilie im Gouvernement Poltava geriet, die einen großen Teil der Sachen zum Metallwert an Trödler verschleuderte. Der Rest kam im Erbgange in die Hände von Kosaken, die von dem Wert ihres Besitzes vollends keinen Begriff hatten und ihn als Kinderspielzeug verkommen ließen. Ein archäologischer Dilettant, Kirjakov, konnte nur noch sieben Stücke retten. Über den Verbleib von zweien ergibt sich aus Ls. Aufsatz nichts; drei sind, wie gesagt, heute in Zvenigorodskojs Sammlung, die beiden anderen hat Kirjakov dem Gymnasium in Ljubny (Gouv. Poltava) geschenkt. Ob diese letzteren in der Literatur schon verwertet sind, kann ich nicht sagen. L. gibt eine Beschreibung der beiden auf Grund eigener Anschauung; von einigen verlorenen Stücken versucht er auf Grund von Zeichnungen einen Begriff zu geben. Ob seine Beschreibungen der archäologischen Kritik standhalten werden, mag dahingestellt bleiben; die Zeichnungen sind nämlich von einem alten Kosaken, der als Kind das kostbare Spielzeug in Händen gehabt haben will, aus dem Gedächtnis entworfen. R. S.

Hygiene im alten Rußland.

J 1913, Januar, 100—121.

Über hygienische Vorschriften in der altrussischen Literatur handelt *S. Čeban.* Speiseregeln und Ratschläge für eine gesunde Ernährung finden sich verstreut schon in der ältesten Übersetzungsliteratur Rußlands, so in dem bekannten aus dem Bulgarischen übersetzten Sbornik des Svjatoslav um 1073, ferner in den mehrfach handschriftlich erhaltenen klösterlichen Obichodniki (etwa „Wirtschaftsbücher“), aus denen Č. in Beilage III eine Probe gibt, im Domostroj und anderen, meist nach byzantinischen Vorbildern zusammengestellten Ratgebern für das tägliche Leben, z. B. im ‘Prochladnij vertograd’ (angenehmen Garten), einer Sammlung aus dem 17. Jahrhundert in einer Handschrift der Kiever Geistlichen Akademie (Auszug in Beilage II). Doch sind, wie Č. richtig hervorhebt, hygienische Fragen hier überall nur vom religiösen oder vom astrologischen Standpunkt aus behandelt. Die Speisevorschriften gehen von den kirchlichen Fastengeboten oder von abergläubischen Vorstellungen über die Unzuträglichkeit gewisser Nahrung an gewissen Tagen aus; vor Völlerei und Trunk wird in erster Linie wegen der dadurch begangenen Sünde, nur nebenher wegen ihrer Gesundheitsschädlichkeit gewarnt. Es ist also mehr Hygiene um der Seele als um des Leibes willen. Die älteste Spur einer von religiösen und ähnlichen Voraussetzungen freien, rein medizinischen Gesundheitslehre findet Č. in der dem 16. Jahrhundert angehörenden anonymen Sammelhandschrift 1462 der Petersburger Geistlichen Akademie, die außer einigen Auszügen aus den Chronographen, alten Kalendern u. ä. eine Reihe von Diätvorschriften (Beilage I) enthält. Die S. 113 versuchte Rückdatierung dieses Textes bis ins 14. Jahrhundert

scheint mir auf unsicherer Grundlage zu stehen; annehmbar ist dagegen die von Č. geäußerte Vermutung einer byzantinischen Vorlage, die sich allerdings bisher noch nicht hat ermitteln lassen. — Eine medizinische Literatur im engeren Sinne, zunächst Arznei- und Rezeptbücher, ist in Rußland erst aus sehr viel späterer Zeit erhalten; die ältesten Stücke der Art datieren von 1616. R. S.

III. Die Moskauer Periode.

16. Jahrh. Carevič Dmitrij.

RSt 1913, II, 384—404.

V. N. Světozarov wirft von neuem die Frage auf, ob der Carevič Dmitrij Selbstmord begangen habe, oder ermordet worden sei. Schon Bělov trat auf Grund der Untersuchungsakten für Selbstmord ein, eine Ansicht, die nachher von Běljaev unterstützt wurde. Verfasser kommt nun durch Untersuchung der Überlieferung, zu dem gleichen Ergebnis. Er behandelt die Entstehung der Legende und den Prozeß ihrer Ausgestaltung. Es sind vier Phasen der Entwicklung zu unterscheiden: 1. die sogenannte „Inoe skazanie" von 1609; 2. die „Žitie careviča Dmitrija" von 1607 und die „Žitie careviča" aus der Mitte des 17. Jahrhunderts; 3. der „novyj lětopisec" von 1630 und 4. die „skazanie o carstvě carja Feodora Joannoviča" aus dem Ende des 17. Jahrhunderts. Bei der Untersuchung der ersten Quelle möchten wir dem Verfasser entgegenhalten, daß es doch wohl nicht angeht, nur mit dem „gesunden Menschenverstand" zu operieren. Verfasser begnügt sich, auf den legendenhaften Charakter der Erzählung, besonders bei der Vergiftungsgeschichte, hinzuweisen. Wichtiger ist schon der Umstand, daß der Bericht erst 15 Jahre nach dem Ereignis verfaßt wurde. Auch die Vermutung, daß er auf Befehl des Caren Vasilij Šujskij, der bewußt an Dmitrij anknüpfte, verfaßt worden ist, hat eine gewisse Wahrscheinlichkeit für sich. Aber gerade die Glaubwürdigkeit der ersten Quelle, aus der, wie Verfasser nachweist, alle anderen abgeleitet sind, hätte auf jede Weise erschüttert werden müssen. Die Unzuverlässigkeit und Tendenziosität der „Inoe skazanie" hätte stringenter nachgewiesen werden müssen. Bei Untersuchung der übrigen Phasen der Überlieferung hat es Verfasser gut verstanden, das allmähliche Anschwellen des Berichts zu zeigen: es treten mehr Personen auf, die Handlung wird dramatisch. Interessant ist die Wandlung im Auftreten Šuisskijs. In 2. steht er untätig dabei und weint; in 3. stellt er eine Untersuchung an, wagt aber noch nicht, dem Caren Meldung zu machen; in 4. aber sagt er dem Caren die ganze Wahrheit.

Als Ergebnis der Untersuchung könnte man festlegen: 2., 3., 4. sind aus 1. abgeleitete Erweiterungen. Sie können deshalb nicht zur Bestätigung von 1. dienen. Die Unzuverlässigkeit von 1. ist wahrscheinlich, aber nicht erwiesen. W. R.

1613. Die Wahl Michael Romanovs.

J 1913, Februar, S. 177—190.

Zum Romanov-Jubiläum (21. Februar 1913) veröffentlicht *S. Platonov* einen kurz orientierenden Aufsatz: „Die Frage der Wahl Michael Romanovs in der russischen historischen Literatur“. Er beginnt mit einer scharfen Kritik der älteren Darstellungen *Golikovs* und namentlich *Strahlenbergs* (1730), der man noch bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts einen gewiß übertriebenen Quellenwert beilegte. Die einzige deutsche Arbeit, die sich näher mit dem Gegenstand befaßte, *Erwin Bauer*s Aufsatz „Die Wahl Michael Feodorowitsch Romanovs zum Zaren von Rußland“ (Historische Zeitschrift 56 (1886) S. 1—39) leidet ebenso wie Solovevs Darstellung unzweifelhaft unter der Überschätzung Strahlenbergs. Das Hauptverdienst der kritischen Durchforschung des dürftigen Quellenmaterials — außer der phrasenhaften Wahlurkunde waren bis vor kurzem nur einige Notizen bei Abraham Palicyn und im „Neuen Annalisten“ bekannt — gebührt *Markevič* („Die Wahl Michael Romanovs“; Journal des Ministeriums der Volksaufklärung Bd. 277, 1891).

Vor allem hat er in der Frage der ausländischen (polnischen, schwedischen, österreichischen) Kandidaturen für den Carenthron Klarheit geschaffen; in die Irre ging er jedoch in der Darstellung der Motive, die die Wahl auf Michael Romanov fallen ließen. Nach seiner Auffassung wäre die Wahl im wesentlichen das Werk der Bojarenpartei gewesen, der ein möglichst einflußloser Herrscher — und einen solchen durfte sie in dem jungen unbekannten Romanov erwarten —, der liebste sein müßte.

Seitdem sind neue Quellen zum Vorschein gekommen, die den Sachverhalt in anderem Lichte erscheinen lassen, vor allem der von *A. Hirschberg* ‘Polska a Moskwa’ (1901) veröffentlichte Brief des Fürsten Mesecki vom 24. November 1612 an König Sigismund von Polen und seinen Sohn Władysław, den Thronkandidaten der polnischen Partei, ferner die von *Almqvist* veröffentlichten „Nouveaux documents sur l’histoire de Russie 1612—1613“ (in „Le Monde Oriental“ 1907 und im Sbornik der Novgoroder Gesellschaft der Altertumsfreunde, V, 1911).

Aus diesen Dokumenten ergibt sich nun, daß die Wahl von 1613 durchaus nicht unter dem überwiegenden Einfluß der Bojaren erfolgt ist. Die große Masse der Aristokraten neigte zu Władysław von Polen, und die stark mit plebejischen Elementen durchsetzte Wahlversammlung begegnete der sich daraus ergebenden Gefahr dadurch, daß sie einen erheblichen Teil der Bojaren während der Wahlverhandlungen aus der Stadt ausschloß und erst dann wieder einließ, als der bereits fertigen Wahl nur noch die formelle Sanktion zu geben war. Als die maßgebenden Persönlichkeiten für die Wahlsache nennt der Bericht Meseckis niemand anders als die populären Führer der Volkserhebung, die zur Befreiung Moskaus geführt hatte, nämlich Minin, Požarskij und Trubeckoj. Aus einer Einigung der von ihnen geführten „Volkspartei“ mit den Kosaken, deren politische Bedeutung im Smutnoe Vremja bedeutend gewachsen war,

soll nach der schon früher (Journal des Ministeriums 1906) von Platonov vertretenen und hier wiederholten Auffassung die Kandidatur Michael Romanovs hervorgegangen sein.

Gegen diese, außer von *Platonov* auch von *Presnjakov* (in „Drei Jahrhunderte", herausgegeben von *Kallaš*, 1912) verfochtene, an sich plausible Anschauung scheint mir allerdings ein Bedenken vorzuliegen: der Brief Meseckis datiert vom November 1612, die eigentliche Wahl fand am 7. Februar 1613 statt. Was konnte in der Zwischenzeit noch an Machenschaften aller Art vorgehen!

Sehr bestimmt lehnt *Platonov* die früher allgemein verbreitete Annahme ab, daß Michael sich auf eine Wahlkapitulation habe verpflichten müssen. Man vermißt hier jedoch eine Auseinandersetzung mit der von *Bauer* für diese Annahme angeführten, kaum mißverständlichen gegenteiligen Behauptung Kotošichins. R. S.

1613. Ivan Susanin.

BM 75, S. 128—137.

Ein anonymer Aufsatz behandelt „Ivan Susanin, das Symbol der russischen Volkstreue", die bekannte Erzählung, die durch die Oper Glinkas „Das Leben für den Caren" (Text von Baron Rosen, 1836 zum erstenmal aufgeführt) so populär geworden ist. Die Erzählung sei eine Legende neueren Ursprungs, deren Unhaltbarkeit schon von Kostomarov nachgewiesen worden sei. Keine zeitgenössische Quelle aus der Zeit der Wirren wisse davon etwas, weder ausländische noch russische Berichte, weder die Nikonovsche Chronik noch die Wahlurkunde, weder die spezielle große Urkunde Michajls noch eine zweite der Carin-Mutter, obwohl darin alle Ereignisse vor und bei der Carenwahl geschildert werden. Erst 1804 wird die Erzählung in der heutigen Fassung in dem „Geographischen Lexikon" Ščekatovs berichtet, auf Grund eines Gnadenbriefes, den der Car Michajl tatsächlich 1619 dem Schwiegersohn Susanins ausgestellt hat. Diese Urkunde ist die einzige Quelle, wo schon vor 1804 dieser Name genannt wird. Sie ist noch 1633 und noch mehrere Male bis 1837 bestätigt worden, aber in allen Bestätigungen steht nichts Tatsächliches mehr, als in der Urkunde von 1619. Darin belohnt der Car auf den Rat seiner Mutter einen Bauern für die Verdienste, das vergossene Blut und die Leiden seines Schwiegervaters Ivan Susanin. Dieser ist 1613 von Polen und Litauen zu Tode gemartert worden, weil er, obwohl er es wußte, den Aufenthalt des Caren nicht verraten hätte. Dafür erhält der Schwiegersohn mit seinen Nachkommen Besitz und bestimmte Freiheiten.

Die Kritik in diesem Aufsatz scheint uns erheblich über das das Ziel hinaus zu schießen. Von einer Legende kann nicht die Rede sein, sondern ein einfacher Tatbestand ist in typischer Weise später ausgeschmückt worden. Der Tatbestand ist aber durch die Urkunde von 1619 festgelegt und enthält die entscheidenden Züge durchaus. Er besagt nur nicht, daß Susanin seinem Herrscher durch seine Tat

das Leben gerettet habe. Die Susanin-Erzählung ist mithin die poetische und patriotische Ausschmückung eines Opfers für den Caren, das an sich nicht weiter von Bedeutung gewesen sein mag, aber feststeht, wenn überhaupt die Echtheit der betr. Urkunde feststeht. Deshalb ist die Bezeichnung der Erzählung als Legende und Symbol und ihr Vergleich mit Wilhelm Tell und Arnold von Winkelried quellenkritisch nicht zutreffend.

O. H.

IV. Peter der Große und die Nachfolger bis 1762.

Petersburger Leben im 18. Jahrhundert.

Starye Gody, 1912, März, 60—63; Juni, 58—60; Juli-September, 128—134; 1913, Januar, 45; März, 28—32.

P. Stolpjanskij gibt in jedem dieser Hefte einige Auszüge aus Zeitungen des 18. Jahrhunderts, die das Leben der ausländischen Künstler, die Wohnungsverhältnisse in „Alt-Petersburg" und dergl. beleuchten. In der letzten Nummer sind Berichte über die Ausschmückung der Bankettsäle und Tafeln am Hofe Elisaveta Petrovnas zusammengestellt.

L. L.

V. Katharina II.

Zur russischen Wirtschaftsgeschichte.

J 1913, Mai, 120—158.

P. Simson gibt auf Grund eines durch Zufall in seinen Besitz gelangten originalen Aktenmaterials eine Darstellung der russischenPottascheindustrie zu Anfang des 18. Jahrhunderts. Bevor man im 19. Jahrhundert dazu gelangte, die namentlich für die Glas- und Seifenfabrikation unentbehrliche Pottasche aus Kalisalz darzustellen, war man für ihre Gewinnung ausschließlich auf Holzkohle angewiesen. Rußland stand dank seinem Waldreichtum mit an erster Stelle unter den Produktionsländern; der Hauptanteil entfiel auf das Gebiet der heutigen Gouvernements Nižnij Novgorod, Tambov und Penza. Schon um die Mitte des 17. Jahrhunderts hatte die Industrie eine solche Ausdehnung gewonnen, daß 1659 ein Ukaz Aleksěj Michajlovičs gewisse Einschränkungen festsetzen mußte, um die unmäßige Waldverwüstung und die damit verbundene Schädigung der Bienenwirtschaft zu verhüten. Seitdem ist die Pottaschegewinnung Regal geblieben, bis Katharina sie 1773 frei gab. Zu Peters Zeit war sie anscheinend überhaupt auf eine einzige staatlich betriebene Siederei im Bezirk Počinki (Gouv. Nižnij Novgorod) beschränkt. Mit dieser beschäftigt sich Simsons Darstellung hauptsächlich. Auf die verwaltungsgeschichtlichen und technologischen Einzelheiten der Arbeit können wir hier nicht eingehen.

R. S.

VI. Rußland im 19. Jahrhundert.

19. Jahrhundert. Ansiedlung deutscher Kolonisten in Südrußland.

BM, 75, 204—222.

Fr. Bienemann handelt über die „Ansiedlung deutscher Kolonisten in Südrußland zu Beginn des 19. Jahrhunderts" und geht aus von dem bekannten Manifest Katharinas II. vom 22. Juli 1763. Das Manifest zog Deutsche in Mengen in das Land, die zumeist an der unteren Wolga angesiedelt wurden. Diese Kolonien waren zum Teil schlecht angelegt, so daß sie sich erst im 19. Jahrhundert erholten. Dann ruhte die ausländische Kolonisation, um sich seit 1782 besonders auf Neurußland zu richten. 1787 begann die Ansiedlung der Mennoniten, die die besten ausländischen Kolonisten waren. Alexander I. legte besonderen Wert auf eine systematische ausländische Kolonisation; darüber handelt der Aufsatz in erster Linie.

Die Kolonisierung Neurußlands erschien als staatliches Erfordernis, und da die einheimischen Bauern nicht in Frage kamen, zog man Ausländer herein. Daran nahm Alexander I. lebhaftesten Anteil. Im Auslande wurde durch Kommissare und gedruckte Zirkulare zur Einwanderung aufgefordert. Die Zusicherungen für die Einwanderung geschahen auf der Grundlage des Manifests der Kaiserin Katharina II. Diese wurden durch Ukaz vom 20. Februar 1804 bestätigt. Es kamen aus dem Ausland viele herein, bis 1810 die Unterstützung der Übersiedlung durch die russischen Gesandtschaften und seit 1819 auch die direkten Aufforderungen aufhörten. Deutsche kamen aus ganz Süddeutschland, besonders aber die Schwaben, die bis heute das vorherrschende Element unter den südrussischen Kolonisten sind. Die Motive der Abwanderung werden ausführlich geschildert und sind bekannt. Fast alle Jahre ging von Ulm, dem Sammelpunkte der Auswanderer, aus die Reise donauabwärts; um die Mitte des Jahres war man am Ziel. 1803 kamen so 2990 Kolonisten, 1804 3785. So entstanden die Kolonien in der Umgebung von Odessa Groß- und Klein-Liebenthal, Alexanderhilf, Neuburg, Lustdorf. Diese Kolonisation dauerte fast ein Vierteljahrhundert. Dann hörte die Einwanderung auf. Alle weiteren Kolonien sind Tochteransiedlungen, so daß die südrussischen deutschen Kolonisten heute seit einem Jahrhundert russische Staatsbürger sind.

Als Rußland 1812 Bessarabien gewonnen hatte, lenkte es die Kolonisation auch dorthin. Hauptsächlich sind hier Schwaben und Deutsche aus den polnisch-preußischen Weichselgegenden ansässig gemacht worden, von Sommer 1814 an. Die erste der sog. Warschauer Kolonien ist 1814 Tarutino. Die Namen der bessarabischen Kolonien sind heute noch den großen Schlachten im Freiheitskriege entnommen. Mit 1819 hörten die amtlichen Werbungen durch die russische Regierung auf. 1826 gab es in den 4 südlichen Gouvernements 57 Mennoniten- und

113 andere Dörfer mit im ganzen 54 000 Seelen, davon $^2/_3$ Protestanten. Bis 1850 waren etwa 272 Kolonien begründet, zu denen bis 1864 noch weitere 152 (einschließlich einiger bulgarischer Kolonien) hinzukamen.

O. H.

Herbst 1807. Das Verhältnis Dänemarks zu Rußland.

Historiallinen Aikakauskirja 1913, Nr. 2, 143—173.

In seinem Aufsatz „Die Lage und die Bestrebungen Dänemarks im Herbst 1807" beleuchtet U. L. Lehtonen nach dänischen und russischen archivalischen Quellen unter anderem die Politik, welche die dänische Regierung Rußlands gegenüber befolgte, als sie sich nach dem unvermuteten Angriff Englands gezwungen sah, ihre Neutralität in dem großen Kampfe zwischen England und Frankreich aufzugeben. Bekanntlich erklärte Dänemark England sofort den Krieg und schloß später ein Bündnis mit Frankreich, das am 31. Oktober 1807 in Fontainebleau unterzeichnet wurde. Aber auch danach blieb die Lage Dänemarks eine sehr schwierige. Es stand zu befürchten, daß das Land außer mit England auch noch mit Schweden in Krieg verwickelt würde, wenn sich dieses nicht seinerseits zum Bündnis mit den Kontinentalmächten gegen England verstand, und in diesem Falle galt es für sicher, daß Dänemark französische Hilfstruppen in seinem Gebiet aufnehmen müsse, deren Einrücken die dänische Regierung auf jede Weise vorzubeugen suchte und deren Ankunft ihr mehr Schaden als Nutzen zu bringen schien.

Aus dieser Lage Dänemarks erklärte sich das Verhalten seiner Regierung zu Rußland in dieser Zeit. Rußland war für sie der Freund und alte Bundesgenosse, der Dänemar kam ungefährlichsten war und es am besten sowohl gegen England und Schweden als gegen Frankreich zu schützen vermochte. Deshalb wandte man sich sofort nach dem Angriff Englands an Rußland mit dem Ersuchen, daß es beim allgemeinen Friedensschluß mit England über die Interessen Dänemarks wache, Dänemark vor übertriebenen Forderungen Frankreichs im Namen der Bundesgenossenschaft schütze und Schweden beizeiten zwinge, sich dem kontinentalen System zu fügen. „Une démonstration imposante du côté de la Finlande" war nach der Ansicht der dänischen Regierung in dieser Hinsicht am wünschenswertesten. Ihrerseits versprach sie alles zu tun, um den englischen Schiffen die Durchfahrt durch die dänischen Gewässer zu versperren, sodaß Rußland also keine ernste Kriegsgefahr von dieser Seite zu befürchten brauche.

Gemäß dieser Politik handelte auch der dänische Gesandte Graf Otto Blome in Petersburg. Nachdem auch Rußland am 7. November England den Krieg erklärt hatte — ein Schritt, der in Dänemark die größte Befriedigung erweckte — war es sein Bestreben, die russische Regierung auch zur baldmöglichsten Stellungnahme gegenüber Schweden zu drängen. Bisher hatte nämlich Rußland noch keine drängende Haltung in dieser

Angelegenheit eingenommen, da es versuchen wollte, Schweden durch freundschaftliche Mittel auf seine Seite zu ziehen. Blome erschien jedoch dieser Standpunkt für sein Land unvorteilhaft, weshalb er Ende November zu dem genannten Zweck Unterhandlungen mit dem russischen Minister des Äußeren Graf Rumjancov anknüpfte. Den Ausgangspunkt bildete dabei die für Rußland wegen des Krieges mit England wichtige strategische Frage, wie es möglich sei, den Öresund ganz vor den englischen Schiffen zu versperren. Blome zeigte, daß hierfür auch Verteidigungsanstalten an der schwedischen Küste erforderlich seien und daß man daher Schweden die Neutralität gestatten könne, die seine Regierung in ihrer letzten Note an die russische Regierung zu bewahren gewillt war. Unter diesen Umständen mußte entweder Schweden selbst sich an diesen Defensivmaßregeln beteiligen und sich damit endgültig dem kontinentalen System anschließen, oder Dänemark mußte bald auch den schwedischen Teil der Öresundküste in seinen Besitz bekommen, um daselbst die Befestigungen anzulegen, welche die Sperrung des Sundes erforderte. Das Resultat der Überlegungen war, daß sich Blome seitens seiner Regierung dazu verpflichtete, die Eroberung Schonens in Aussicht zu stellen, unter der Bedingung jedoch, daß die russischen Armeen gleichzeitig plötzlich Finnland angriffen.

Nach der Ansicht der dänischen Regierung war jedoch ihr Gesandter mit diesen Verpflichtungen zu weit gegangen. So gefährlich Schweden in diesem Augenblick auch für Dänemark war und so drohend die Haltung des schwedischen Königs in der kontinentalen Frage und besonders Dänemark gegenüber schien, hielt man es doch in Dänemark für das Beste, den Frieden mit Schweden zu bewahren, selbst für den Fall, daß sich die Gelegenheit zu Gebietseroberungen in Schweden böte. Daher erwartete die dänische Regierung am liebsten, daß, wenn Schweden nur durch Krieg zu dem Kontinentalsystem gezwungen werden konnte, Rußland allein, d. h. ohne die Hilfe Dänemarks, jene Aufgabe übernehme.

Bekannt ist, daß die dänische Regierung mit ihrer Politik kein Glück gehabt hat, daß sie später genötigt war, sich dem Kriege Rußlands gegen Schweden anzuschließen, infolgedessen sie ein französisches Heer in ihrem Lande aufnehmen mußte. U. L.

Herbst 1807. Der Besuch David Alopeus' bei dem König von Schweden in Helsingborg.

Historiallisia Tutkimuksia (1913), 242—292.

In Tilsit hatte Kaiser Alexander I. die Verpflichtung übernommen, den König von Schweden, Gustav IV. Adolf, zum Bündnis mit den Kontinentalmächten gegen England zu bewegen, und zu diesem Zweck hatte die russische Regierung am 6. Oktober n. St. der schwedischen Regierung eine Note überreicht, in der diese unter dem Hinweis auf die gemeinschaftlichen bewaffneten Neutralitätsbündnisse von 1780 und 1800 aufgefordert wurde, wieder mit Rußland zusammenzugehen zur Verteidigung

der Ostsee und ihrer Küsten gegen die Angriffe Englands. Der Anlaß, aus dem der Note diese Fassung gegeben worden war, war aus dem unlängst erfolgten Zerstörungszug Englands gegen Dänemark geschöpft. Indem sich aber die russische Regierung in dieser Weise an Schweden wandte, wollte sie sich nicht nur mit der Überreichung der Note nach dem üblichen Brauch begnügen. Es war vielmehr für sie von Interesse, zu erreichen, daß sich der König von Schweden tatsächlich mit der vorgeschlagenen Politik einverstanden erklärte, und jedenfalls war es für sie wichtig, bestimmt und umgehend zu erfahren, welchen Standpunkt der König in dieser Angelegenheit einnehmen werde. Daher wurde der in Schweden weilende russische Gesandte David Alopeus beauftragt, eine spezielle Reise nach Helsingborg zu unternehmen, wo sich der König von Schweden derzeit aufhielt; zugleich wurde er mit einem Brief des Kaisers an den König ausgestattet, der dieselbe Frage behandelte, und überhaupt aufgefordert, die ihm anvertraute Mission mit größter Sorgfalt zur Ausführung zu bringen.

Über diese Reise Alopeus' nach Helsingborg und die damit zusammenhängenden Ereignisse, über die bisher nur spärliche Angaben vorgelegen haben, hat U. L. Lehtonen eine Darstellung gegeben unter dem Titel „Ruotsi tienhaarassa syksyllä 1807“ („Schweden am Scheidewege im Herbst 1807“) und im Anhang dazu mehrere beleuchtende Dokumente in der Sprache des Originals veröffentlicht. Aus diesen ersieht man zunächst, daß die Meinung der Minister und der Bevölkerung in Schweden im allgemeinen für das Kontinentalsystem war, unter anderem, weil die Gewalttätigkeiten Englands zur See dem wirtschaftlichen Leben des Landes bedeutenden Schaden zugefügt hatten, daß aber der König selbst England unerschütterlich wohlgeneigt blieb. Als er mit Alopeus konferierte, war es, wie es diesem schien, seine Hauptaufgabe, nur England und dessen Vorgehen auf der Ostsee zu verteidigen, seinem Verdacht gegen Dänemark Ausdruck zu geben und auf Napoleon zu schimpfen. Aus alledem gewann Alopeus die Vorstellung, daß dieser König niemals eine Politik gutheißen werde, bei der es sich um den Frieden mit Napoleon handelte. Am liebsten würde er wie bisher der Bundesgenosse Englands bleiben, da das aber Schweden von außen her in Gefahr bringe und zum Widerstand gegen ihn im Lande selbst führen werde, so habe er die Politik gewählt, sich vollständig neutral zu verhalten. Diesen Standpunkt vertrat denn auch die am 30. Oktober von Helsingborg abgesandte offizielle Antwort Schwedens auf die obenerwähnte Note Rußlands, die der König etwas später auch Alopeus mitteilte. Trotz dieser Antwort blieb Alopeus weiter in Helsingborg und hoffte immer noch, daß eine Übereinkunft zwischen Schweden und Rußland ohne kriegerische Verwicklungen zu erzielen sein werde. Die außerordentliche Liebenswürdigkeit des Königs gegen ihn nährte in ihm diese Hoffnung. Indes nahm dieses Verhältnis unvermutet ein unerfreuliches Ende. Der König hatte beschlossen, dem Kaiser Alexander den Andreasorden zurückzusenden, weil auch Napoleon denselben erhalten hatte, wie er im Jahre 1805 aus demselben Grunde den Schwarzen Adlerorden an den König von Preußen zurückgeschickt hatte. Als sich aber

Alopeus, den er hierfür zu gebrauchen gedachte, entschieden weigerte, den Auftrag auszuführen, folgte eine stürmische Szene, ein plötzlicher Abschied und die Rücksendung des genannten Ordens nach Petersburg durch den schwedischen Gesandten.

Dieser Vorfall hat nach der Ansicht des Verfassers bedeutet, daß man in Petersburg endgültig die Notwendigkeit eingesehen hat, sich auf einen Krieg gegen Schweden vorzubereiten. Außerdem wurde sofort der an den Kaiser verliehene schwedische Serafimorden an den König zurückgesandt. Der Brief aber, der dazu am 28. November geschrieben wurde, wurde auf den 10./22. November zurückdatiert, weil man die Auffassung erwecken wollte, als sei der Beschluß über die Rücksendung des Ordens unabhängig von dem Schritt des schwedischen Königs gefaßt worden.

Von den Beigaben des Aufsatzes sind am wichtigsten die Instruktionen Rumjancovs für Alopeus und die drei langen Rapporte des letzteren aus Helsingborg. Ferner sind beigegeben Auszüge aus den Rapporten des österreichischen Agenten v. Binder-Kriegelstein und des preußischen Agenten Tarrach aus Stockholm. U. L.

1812. Feldzug gegen Rußland.

AM Bd. 50, S. 162—177, S. 266—278.

Major *Frhr. A. v. Schoenaich* fährt in dem Abdruck von Kriegsberichten über 1812 fort (s. diese Zeitschrift Bd. III, S. 274 f.). Sie umfassen in der Hauptsache die Zeit vom 14. September bis 8. Dezember 1812 und sind durchweg dem Geheimen Staatsarchiv entnommen. Zumeist sind es Berichte Schöns an Hardenberg, und Auerswalds an Schön und Hardenberg. Sie betreffen die Gerüchte und Tatsachen, die über das Schicksal der großen Armee in jenen Wochen in Ostpreußen bekannt wurden, die Anmaßungen des französischen Gouverneurs de Loison und die Stimmung in der Provinz. Schön fordert wiederholt die Bestellung vaterländischer Gouverneure und Kommandanten sowie Verstärkung der Gendarmerie. E. Z.

1800—1813. Graf F. V. Rostopčin.

RSt 1913, II, 419—430.

B. L. Modzalevskij, der Biograph A. F. Labzins, teilt aus dem Nachlaß des bekannten Mystikers der alexandrinischen Zeit acht Briefe des Grafen F. V. Rostopčin an diesen mit, die ohne Zweifel Beachtung verdienen. Sie zeigen die merkwürdige Tatsache, daß Rostopčin, der sonst ein eifriger Verfolger der Freimaurer war — 1812 ließ er alle aus Moskau vertreiben —, in recht freundschaftlichen Beziehungen zu Labzin stand. Die ersten sieben Briefe umfassen die Zeit von 1800—1811 und zeigen mehr persönliche Züge des Schreibers, worunter besonders sein großes Interesse für die Malerei auffällt. Wichtig ist der letzte Brief vom 29. Mai 1813. Hier sucht sich Rostopčin von den Vorwürfen zu reinigen, die bald nach dem Abzuge der Franzosen gegen ihn erhoben wurden: er habe den

Pöbel gegen die Ausländer aufgehetzt. R. bemerkt dagegen, daß er durch seine Maßregeln nur habe erreichen wollen, daß alle Verdächtigen vor ihn gebracht wurden. Von 100 Arrestanten sei nicht einer geschlagen und alle wieder entlassen worden. Die Entschuldigung wegen der Hinrichtung Vereščagins, mit der übrigens auch der Car durchaus nicht einverstanden war, ist recht haltlos. Er, Rostopčin, habe den durch einen Säbelhieb verwundeten Vereščagin in seinem Hofe liegen lassen und erst am folgenden Tage, als er Moskau verließ, erfahren, wie das Volk mit ihm verfahren sei. Endlich warf man R. vor, daß er sich an der Plünderung des Geschäftshauses einer Frau Šalme beteiligt habe. R. bekennt, ein Service und vier Dutzend Tassen an sich genommen zu haben, aber in seiner Eigenschaft als Befehlshaber der Stadt, da er keine Geräte im Hause gehabt habe. Es gebe in Rußland nichts Heiliges mehr, wenn man einen Menschen der Räuberei beschuldige, der in Moskau für 50 000 Rubel Mobilien zurückgelassen habe, obwohl er sie retten konnte, und ferner sein Gut Voronovo, damit es nicht eine Beute der Franzosen werde, mit allen Gebäuden im Werte von 500 000 Rubel verbrannt habe. W. R.

Reliquien aus der Zeit Alexanders I. in der Kais. Eremitage zu Petersburg.

Starye Gody 1912, Juli-September, 51—67.

Die Preziosenabteilung der Petersburger Eremitage birgt unter anderem Tilsiter und Erfurter Geschenke Napoleons an Alexander (Reisenecessaire, Degen, Pistolen) und einige Gegenstände, die 1813 und 1815 erbeutet wurden (Portefeuille und silbernes Kaffeegeschirr Napoleons, mehrere Sachen König Jérômes). Baron A. Fölckersahm gibt eine Liste dieser und der zahlreichen übrigen Andenken an die Zeit Alexanders I. (Bildnisse und Sachen des Kaisers und anderer berühmter Persönlichkeiten); im ganzen annähernd 50 Nummern. Einige von diesen stummen Zeugen welthistorischer Ereignisse sind abgebildet und ausführlicher beschrieben, auch ihr Ursprung wird kritisch beleuchtet, wobei die Legende, daß die in Moskau zurückgelassene goldene Tabaksdose Napoleons aus dem 18. Jahrhundert stamme, genauerer Prüfung nicht standhalten kann. L. L.

Das Seelendrama Griboědovs.

Sovremennik, 1912, XI, 223—243.

Unter diesem Titel ist mit einigen Ergänzungen ein in literarischen Vereinen gehaltener Vortrag N. Piksanovs abgedruckt. P. — Biograph und, gemeinsam mit J. Šljapkin, Herausgeber der akademischen Ausgabe der Werke Griboědovs — entwickelt hier den Gedanken, daß der unsterbliche Schöpfer von „Gore ot Uma" den allgemeinen Erwartungen und den eigenen Hoffnungen zum Trotz ein „vir unius libri" war und dieses, wie verschiedene bisher wenig beachtete Briefe andeuten, mit tiefem Schmerz ahnte. Seine Schöpferkraft versiegte, wie der poetische Nachlaß zeigt, lange vor der Katastrophe in Teheran, und hierin ist mehr, als

in den damaligen innerpolitischen Verhältnissen, die Ursache der pessimistischen Stimmung Gr. zu suchen. L. L.

1861—1862. I. S. Turgenev und die russische Jugend in Heidelberg.

Novaja Zizń, 1912, XII, 148—185.

Für diesen Aufsatz benutzt *S. Svatikov* sowohl gedruckte als handschriftliche Erinnerungen von Zeitgenossen. Er schildert zunächst, wie das Interesse für Naturwissenschaften einerseits und die Universitätsunruhen andererseits ganze Scharen aus Rußland nach Heidelberg führten. So manche dieser Studenten erwarben einen großen wissenschaftlichen Ruf, wiederum andere gehörten zu den vornehmsten Familien und bekleideten später im Staatsdienst hohe Posten. Eine Gruppe für sich bildeten die Polen. Neben wissenschaftlichen Interessen spielten im Leben der Kolonie eine Hauptrolle natürlich soziale Fragen: so verursachten denn Turgenevs „Väter und Söhne" große Aufregung und führten lange Auseinandersetzungen mit dem Verfasser herbei. Das ganze Heidelberger Getriebe betrachtete Turgenev bekanntlich sehr pessimistisch, und S. schließt seinen Aufsatz mit einer kurzen Betrachtung der Ursachen dieser Stimmung.

L. L.

1861—1862. Einige Erinnerungen K. Arseńevs.

Golos Minuvšago 1913, Nr. 1, 161—170.

Der erste Abschnitt dieser Erinnerungen erzählt von den unangenehmen Folgen, die das Sammeln von Unterschriften zu einem Begnadigungsgesuch hatte, das D. V. Stasov für an Unruhen beteiligte Studenten einreichen wollte, im zweiten berichtet Arseńev von dem Versuch, den eine Anzahl bekannter Journalisten machte, eine Assoziation zur gemeinschaftlichen Herausgabe einer Zeitschrift zu gründen.

L. L.

1878. Berliner Kongreß.

RSt 1912, I—V, XI, XII.

Ohne Zweifel ist das historische Urteil über Rußlands Stellung auf dem Berliner Kongreß bis vor kurzem stark durch Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen" beeinflußt gewesen. Bismarcks Ausführungen gipfelten darin, daß er getreu seiner Rede vom Februar 1878 als ehrlicher Makler gehandelt habe und daß, wenn Rußland Mißerfolge in Berlin erlitten hatte, es diese sich selbst und der ungünstigen politischen Konstellation im allgemeinen zuzuschreiben habe. Die in Rußland bald nach dem Kongreß einsetzende feindselige Stimmung gegen Deutschland schrieb er der Agitation des in seiner Eitelkeit verletzten Fürsten Gorčakov zu. Diese Ausführungen, die man vom historisch-kritischen Standpunkte aus als parteiisch hätte ansehen können, haben im Laufe der letzten Jahre

immer mehr Bestätigungen erhalten, so unter anderem durch die bei Hanoteaux, „Histoire de la France contemporaine“ zum erstenmal benutzten Memoiren des Grafen Šuvalov und des türkischen Bevollmächtigten in Berlin, Karatheodory Pascha; ferner durch die Denkwürdigkeiten des Fürsten Chlodwich Hohenlohe. Eine ganz unerwartete und geradezu überraschende Bestätigung aber erfolgte von russischer Seite durch die kürzlich an obengenannter Stelle veröffentlichten Aufzeichnungen von *D. G. Anučin.*

Verfasser, damals im Range eines Generalleutnants, war zur Verfügung der russischen Bevollmächtigten nach Berlin geschickt worden, um in militärischen und geographischen Fragen (besonders Festsetzung der neuen Grenzen) mit seinem Rate zu dienen. Er führte in Berlin ein Tagebuch und schrieb täglich an seine Familie; diese Briefe und Tagebücher hat er später zusammengearbeitet. Wir haben so ein umfangreiches Material, das nach Ausscheidung von manchem Ballast (sogar Menukarten und Konzertprogramme sind mitabgedruckt!) überaus wertvolle Aufschlüsse gibt und manchen überraschenden Blick hinter die Kulissen des diplomatischen Schauspiels gestattet. Die russische Diplomatie war in Berlin vor eine überaus schwierige Aufgabe gestellt worden; sie sollte nach zwei Seiten hin, gegenüber England und Österreich, möglichst viel von den Abmachungen von San Stefano zu retten versuchen. Nun hatte allerdings Rußland durch das geheime Abkommen mit England vom 30. Mai 1878, durch das der Zusammentritt des Kongresses erst ermöglicht worden war, in beträchtlicher Weise den Rückzug angetreten. Aber vielleicht wäre es ihm dennoch gelungen, durch geschickte Ausnutzung der politischen Gruppierung auf dem Kongreß selbst einen Teil der verlorenen Position zurück zugewinnen. In dieser Hinsicht versagte jedoch die russische diplomatische Vertretung. Schon in dem Verhältnis der beiden Bevollmächtigten zueinander lag ein Moment, das nur die ungünstigste Wirkung haben konnte. Der eigentliche Vertreter Rußlands war Graf Peter Šuvalov, der schon während des Krieges und besonders in den kritischen Tagen nach San Stefano die entscheidenden Verhandlungen mit England geführt hatte. Gegen den Willen des Caren, der aber den greisen Staatsmann nicht verletzen wollte, hatte sich Fürst Gorčakov neben Šuvalov gedrängt, hauptsächlich, um ihm nicht allein den Ruhm zu lassen. War so schon durch die gegenseitige Rivalität eine ungünstige Wirkung, eine Zersplitterung der Kräfte vorauszusehen, so wurde diese noch verstärkt durch die mangelhafte Vorbereitung, die beide Vertreter zum Kongreß mitbrachten. Anučin klagt mehrmals über den Mangel hinreichender Instruktion: „Eine ausführliche Instruktion, welche die Gesichtspunkte Rußlands erklärte und genau bestimmte, was es will, gibt es anscheinend nicht.“ Am frappantesten tritt dieser Mangel zutage, als auf dem Kongreß über die griechische Frage verhandelt werden soll. Frankreich verlangt die Forderungen Rußlands in dieser Frage zu wissen. Allgemeine Verlegenheit. Šuvalov weiß nichts davon; Gorčakov, der einiges hätte wissen müssen, hat es wieder vergessen. Schließlich weiß

der Archivar, welcher den russischen Bevollmächtigten beigegeben ist, sich zu entsinnen, daß auf einer der Sitzungen in Petersburg ein Beschluß in der griechischen Frage gefaßt worden ist!

Außerdem aber waren weder Šuvalov und noch viel weniger Gorčakov die geeigneten Persönlichkeiten, um auf einem so schwierigen Boden mit Erfolg auftreten zu können. Gorčakov war ein altersschwacher Mann, der schon durch seine Kränklichkeit von energischer Mitarbeit abgehalten wurde. Die Bismarcksche Darstellung, wonach er kaum an den Sitzungen teilgenommen hat, muß allerdings korrigiert werden. Nach Anučins Berechnung hat er von 20 Sitzungen nur 3 versäumt. Allerdings konnte es meist nur der russischen Sache zum Vorteil gereichen, wenn er den Sitzungen fernblieb, denn sein Auftreten hinterließ oft einen peinlichen Eindruck. Meist redete er in allgemeinen Phrasen oder sprach gar Dinge, die gar nicht zur Sache gehörten. Anučin erzählt einen charakteristischen Fall: vor Beginn der ersten Sitzung verlangt Beaconsfield die Zurückziehung der russischen Truppen von Konstantinopel. Bismarck fragt, ob Rußland bereit sei zu antworten. Šuvalov bejaht dies. Da unterbricht ihn Gorčakov: „Ich bin bevollmächtigt zu erklären, daß mein erlauchter Herrscher, der immer das Wohl der Christen im Auge gehabt hat, bereit ist, alle Vergünstigungen anzuerkennen, welche zugunsten der Christen vorgeschlagen werden". Alle sehen sich erstaunt an. Bismarck muß noch einmal fragen: „also Sie sind mit der Erklärung des Lords einverstanden und ziehen die Truppen zurück?" Da wendet sich Gorčakov hilflos an Šuvalov: „allez". Šuvalov weist nun in längerer Rede die englischen Forderungen zurück. Auch die sonstigen Versuche Gorčakovs, in den Gang der Verhandlungen einzugreifen, zeigten die erstaunliche Greisenhaftigkeit des einst so bedeutenden Diplomaten. Wieweit allerdings bewußte Absicht vorlag, seinem Rivalen ein Schnippchen zu schlagen, selbst auf Kosten der russischen Sache, läßt sich nicht entscheiden. Besonders der schlaue Andrassy verstand es, Gorčakovs Äußerungen gegen Šuvalov auszuspielen. So z. B. in der Frage der Abtretung von Podgoritza an Serbien, gegen die sich Šuvalov energisch ausgesprochen hatte. Einen besonders krassen Fall erzählt Anučin ausführlich: Andrassy hatte zu Šuvalov geäußert, Österreich müsse als geringe Entschädigung Bosnien, Herzegowina und das Enklave (Sandschak) beanspruchen. Er, Andrassy, sei zwar persönlich gegen eine Annexion von Bosnien und Herzegowina, aber er habe sich überzeugt, daß man die Gebiete nehmen müsse, um das Enklave zu bekommen, das in keinen anderen Händen, als in denen Österreichs sein dürfe. Šuvalov trat gegen die Annexion des Enklaves auf. Als er am gleichen Nachmittag zu Bismarck kommt, sagt ihm dieser: „Andrassy war bei Gorčakov, bald nachdem er Sie verlassen hatte, und der Kanzler war bedeutend offenherziger als Sie, er sagte geradezu zu Andrassy: „Nous resterons amis; vous voules Enclave, vous l'aurez". Šuvalov war außer sich; er wollte sogleich nach Petersburg telegraphieren und um Gorčakovs oder um seine eigene Abberufung bitten, ließ sich aber von den Militärbevollmächtigten beruhigen. Anučin schließt diese

Aufzeichnung mit dem Satz: „Wenn Fürst Gorčakov neue Verrücktheiten macht, dann wird Šuvalov telegraphieren". Alles in allem gewinnt man aus den Aufzeichnungen Anučins ein ziemlich klägliches Bild von Gorčakov und man versteht den Stoßseufzer, den Verfasser in sein Tagebuch notiert: „Das ist unser erster Bevollmächtigter und in seine vertrockneten Hände sind die Geschicke Rußlands gelegt!"

Ein ungleich sympathischeres Bild gewinnt man von Šuvalov. Ein Mann voll des ehrlichsten Strebens und ernsten Willens, treu der Sache dienend, im Grunde aber doch unzulänglich vorgebildet und sich dieses Mangels allzu sehr bewußt. Vom Chef der Gendarmerie war er unter allgemeinem Murren der zünftigen Diplomaten auf den Londoner Botschafterposten berufen worden. Ihm fehlten für dieses schwierige und verantwortungsreiche Amt die einfachsten Grundlagen.

Zwar hatte er die übliche Diplomatenschule durchgemacht und verfügte über gute Sprachkenntnisse. Das war aber auch alles, wie er mit großer Offenheit selbst gestand. Die Geographie des Balkans war ihm nur in den größten Umrissen bekannt, ein Mangel, der sich besonders bei den Grenzfestsetzungen empfindlich bemerkbar machte. Ja, man erzählte sich, daß vor Beginn des russisch-türkischen Krieges ein Generalstabsoffizier zu ihm nach London geschickt worden sei, um ihm den Unterschied zwischen Bosporus und Dardanellen klarzumachen. Da er aber ein äußerst begabter Mensch war, der schnell begriff, so verstand er diesen Mangel wettzumachen. Vor jeder Kongreßsitzung sprach er mit den Militärbevollmächtigten die auf der Tagesordnung stehenden Fragen durch und hielt dann einen Vortrag, wie er auf dem Kongreß zu sprechen gedachte. Die Folge war aber eine ewige Unsicherheit. Und doch gebührt Šuvalov das große Verdienst, daß er trotz allen Schwierigkeiten gerettet hat, was überhaupt zu retten war. Denn noch vor seiner Abreise nach Berlin war ihm von dem russischen Kriegsminister Miljutin mahnend gesagt worden: „Sie, Graf, müssen selbst unter Verlust persönlicher Vorteile und unter Verletzung der Eigenliebe eher in allem nachgeben, als es zu einem neuen Kriege kommen zu lassen, für den wir nicht vorbereitet sind."

Und daß auch Bismarck als „ehrlicher Makler" alles getan hat, was in seinen Kräften stand, geht aus einem Bericht Šuvalovs an den Kaiser hervor: „Ganz Europa, mit Ausnahme von Deutschland, ist gegen uns. Europa hat nichts für uns getan, sondern übt Repressalien gegen uns aus, indem es Österreich und England gegen uns unterstützt. Wenn es bloß eine Möglichkeit fände, uns alles, was wir errungen haben, ohne Krieg, den es nicht will, abzunehmen, so würde es das gern tun. Deutschland ist für uns, aber kann nichts für uns tun." W. R.

1877/78. Aufzeichnungen des Generals G. J. Bobrikov.

RSt 1912, X, 29—35; XI, 239—255; XII, 504—529; 1913, I, 55—81; II, 280—300; III, 488—515.

Diese Aufzeichnungen sind eine willkommene Ergänzung zu den Memoiren des Generals Anučin, gehen aber in vielem über sie hinaus. Während Anučin Stimmungsbilder aus den Tagen des Berliner Kongresses gibt, umfassen Bobrikovs Aufzeichnungen, die übrigens in der Gegenwart, wahrscheinlich auf Grund von Tagebuchnotizen, hauptsächlich aber aus der Erinnerung heraus, niedergeschrieben sind, einen bedeutend größeren Zeitraum: von der Zeit vor dem russisch-türkischen Kriege bis nach dem Berliner Kongreß (wir berichten über die bis zum März 1913 erschienenen Fortsetzungen). Sie zeigen die Tätigkeit des Verfassers in Rumänien vor dem Kriege, dann während des Krieges in Serbien und nach dem Kriege in Berlin und in Konstantinopel. Wir lernen in dem Verfasser eine ganz hervorragende Persönlichkeit kennen, ebenso groß in ihren Kenntnissen und Erfahrungen, wie in rein menschlichen Eigenschaften. Wie von einer hohen Warte schaut er auf die weit zurückliegenden Ereignisse und spricht über Menschen und Taten sein abgeklärtes und gerechtes Urteil.

Bobrikovs bedeutendste Tätigkeit während des Krieges war die Aufgabe, Serbien zur aktiven Teilnahme zu bewegen und das serbische Kontingent zur Hauptarmee zu führen. Während seines Aufenthalts in Serbien lernte Verfasser Land und Leute kennen und gibt über seine Erfahrungen wertvolle Nachrichten. Besonders interessant ist das Bild, das er vom Fürsten Milan entwirft, diesem weichlichen, genußfrohen Menschen, der es so wenig verstand, seiner großen Aufgabe gerecht zu werden. Nur mit großer Mühe gelang es dem Verfasser im Verein mit dem russischen Gesandten Persiani, den Fürsten zu bewegen, seine Truppen den Russen zuzuführen. Allerdings hatte Rußland bei Beginn des Krieges den Fehler begangen, Serbiens Angebot der aktiven Teilnahme abzulehnen. Seit aber der russische Vormarsch vor Plevna stockte und sich der Mangel an Feldtruppen fühlbar machte, war man auf die serbischen Truppen unbedingt angewiesen. Milan wollte aber möglichst spät in den Krieg eingreifen, womöglich kurz vor Beendigung, aber noch früh genug, um der Früchte des Sieges teilhaftig zu werden. Aber schließlich verfehlten die sehr hohen Subsidien, die Rußland versprach, nicht ihre ,,magische Wirkung" auf den Fürsten.

Die Teilnahme Serbiens war für Rußland von großer Bedeutung, wurde aber nicht in gebührender Weise belohnt. Im Gegenteil, Rußland beging den großen Fehler, den Serben Gebiete, die sie mit eigenen Waffen erobert hatten, zu nehmen und dem neu zu bildenden Bulgarien zuzuschlagen. Überhaupt wurden die Serben auf Kosten der Bulgaren zurückgesetzt. Nach Bobrikovs Urteil ganz zu Unrecht, denn er wertet die Serben höher als die Bulgaren, die seiner Meinung nach unter der langen Türkenherrschaft gelitten haben. Dieser unklugen Politik, die Bulgaren auf Kosten aller übrigen Balkanvölker zu bevorzugen, wurde in San Stefano die Krone aufgesetzt. Hier gab Rußland die Position auf, die es seit Jahrhunderten innegehabt hatte, der unparteiische Beschützer aller slavischen Balkanstaaten zu sein. Es schuf sich überall Feinde, nicht nur in West-

europa, sondern auch gerade bei den slavischen Völkern, in deren Namen es die Waffen ergriffen hatte. Durch San Stefano ist der Grund zu dem noch heute andauernden Streit auf der Balkanhalbinsel gelegt worden. Überdies haben die Bulgaren den Russen die große Bevorzugung, die man ihnen zuteil werden ließ, recht schlecht gelohnt.

Das Ergebnis des Berliner Kongresses war nur die natürliche Folge von San Stefano. Die Schuld an dem Mißerfolg in Berlin trägt nach Bobrikovs Urteil die russische Diplomatie selbst. Hatte Rußland durch die Abmachungen von San Stefano schon das Vertrauen der übrigen Balkanstaaten verloren, so verscherzte es sich durch die Londoner Konvention auch das der Bulgaren, bei denen es erst große Hoffnungen erweckt hatte und nun mit eigener Hand vernichtete. So ergab sich die eigenartige Situation, daß die Vertreter der Balkanstaaten in Berlin nicht zur Unterstützung der russischen Ansprüche erschienen, sondern mit Klagen gegen Rußland. Bemerkenswert ist das Urteil Bobrikovs über Bismarck: „Sehr übertrieben ist der Vorwurf, der dem deutschen Reichskanzler gemacht worden ist. Bei der Stellung, in welcher sich Bismarck damals befand, konnte man kaum ein stärkeres Eintreten für die russischen Interessen fordern. Offenbar stand er in seiner Eigenschaft als Vermittler unseren Interessen näher, als denen der Gegner".

Merkwürdig ist auch, daß Bobrikov den Krieg mit der Türkei nicht für nötig gehalten und noch von Bukarest aus dies in einer Denkschrift offen zum Ausdruck gebracht hat. Ebenso stand er in der Beurteilung der makedonischen Frage im wohltuenden Gegensatz zu der herrschenden Meinung. Er ist im Verein mit dem russischen Botschafter in Konstantinopel, Lobanov-Rostovskij, offen gegen die makedonische Agitation aufgetreten, obwohl sie von leitender Stelle gebilligt und sogar gefördert wurde. W. R.

Deutschland und Rußland.

IV 1913, II, 384—420.

Wenn über diesen Aufsatz *M. V. Stanislavskijs*, der in mehr publizistischer Weise das Verhältnis zwischen Deutschland und Rußland in den letzten 50 Jahren behandelt, referiert wird, so gilt dies mehr dem ersten Teile, der einige wertvolle Bemerkungen zu der Frage enthält, worauf die Abneigung der russischen Gesellschaft gegen Deutschland zurückzuführen ist. Nach Ansicht des Verfassers datiert die Abneigung gegen Deutschland seit den Tagen, da Deutschland beginnt, ein einheitlicher Staat zu werden. Schon während des deutsch-französischen Krieges, besonders aber seit dem Frankfurter Frieden, ist eine deutschfeindliche Stimmung in der russischen Gesellschaft zu erkennen. Dazu kam die offene Sympathie der russischen Intelligenz mit der französischen Republik, die in der Zeit der Reformen und hochgespannten Hoffnungen von besonderem Gewicht war. Daher sah man in Rußland in dem Kriege Deutschlands gegen die Republik ein Attentat auf die geheiligten Güter der Menschheit. Während in den Petersburger Salons Leon Gambetta, Jules Favre

und Henri Rochefort als Helden gefeiert wurden, konzentrierte sich der ganze Haß gegen Bismarck, der wie ein zweiter Arakčeev erschien. Man hegte den Argwohn gegen die deutsche Regierung, daß sie Alexander II. in seinen absolutistischen Gedanken bestärke. Die russische Gesellschaft konnte es Bismarck nie verzeihen, daß er in der Konfliktszeit dem Königtum zum Siege über den Parlamentarismus verholfen hatte. Diese Stärkung des monarchischen Prinzips war nicht auf Deutschland beschränkt geblieben, sondern hatte auf Italien und Spanien übergegriffen und war dadurch in den Augen der russischen Radikalen zu einer europäischen Gefahr geworden.

Deutschland und besonders Preußen blieb für die russische Gesellschaft ebensosehr das Bollwerk des Absolutismus und der Reaktion, wie Frankreich das Land der Freiheit und des Fortschritts war. Diese theoretische Sympathie für Frankreich, unterstützt durch eine wirkungsvolle von Gorčakov nach dem Berliner Kongreß inaugurierte antideutsche Preßkampagne, führte zu einer vollständigen Abkehr von Deutschland und zum russisch-französischen Bündnis. Stanislavskij versucht nun im zweiten Teil seiner Abhandlung dem russischen Publikum einen wahren Begriff von dem heutigen Deutschland zu geben, indem er einen Vergleich in wirtschaftlicher und kultureller Beziehung anstellt. Hierbei begünstigt ihn der Umstand, daß er über 20 Jahre lang in Deutschland und ebenso lange in Rußland gelebt hat. W. R.

VII. Rußland im 20. Jahrhundert.

1904. Port Arthur.

RSt 1913, I, 149—158, II, 348—358.

K. Šumskij gibt einige äußerst lebensvolle Schilderungen aus den Tagen der Belagerung von Port Arthur. Bemerkenswert ist das eigenartige Geschick, von dem das Torpedoboot „Strašnyj" bei einer nächtlichen Rekognoszierungsfahrt betroffen wurde. Es verlor , da die Schiffe in tiefdunkler Nacht mit abgeblendeten Lichtern in Kiellinie fuhren, die Richtung und befand sich am anderen Morgen im Kielwasser einer japanischen Torpedobootsflottille, die es, bevor es entkommen konnte, in Grund schoß. — Wichtig ist auch die Stimmungsschilderung. Es ist nichts von opferfreudigem Heroismus zu spüren; überall herrscht das dumpfe Gefühl, nutzlos geopfert zu werden. Einen ähnlichen Eindruck gewinnt man aus der Schilderung eines Sturmes der Japaner auf die Forts. Die Russen sind durch die lange Kanonade vollständig apathisch geworden und haben ihren Trost in starkem Alkoholgenuß gesucht. Wie ängstliche Kinder kauern sie in den Kasematten. Šumskij gelingt es dadurch, daß er bei ihnen die Hoffnung erregt, er werde sie in Sicherheit bringen, sie zum Verlassen der Kasematten zu bewegen. Er reißt sie dann aber zum Sturm auf ein schon von den Japanern besetztes Fort mit und erobert es auch wieder zurück. Hierbei jedoch wird er schwer verwundet und hat

nun Gelegenheit, die geradezu erschreckenden sanitären Verhältnisse kennenzulernen, von denen er ein anschauliches Bild zeichnet.

W. R.

1905. Portsmouth.

IV 1912, IX, 989—1008.

George W. Smalley, der ehemalige Korrespondent der „Times" in Washington, hat im Jahre 1912 bei Duckworth a. Co. in London zwei Bände „Anglo-american Memories" erscheinen lassen, deren zweiter Band zwei für die russische Geschichte wichtige Kapitel enthält. Sie behandeln die Tätigkeit des Grafen Witte auf der Konferenz zu Portsmouth. Aus diesen veröffentlicht ein Anonymus die wichtigsten Stellen, indem er sie mit den Angaben der dem Grafen Witte wahrscheinlich nahestehenden Publikation von A. Morskoj vergleicht, die im Jahre 1911 unter dem Titel: „Razočarovanija v čestnom maklerstvě T. Roosevelt i portsmutskaja sověščanija" in Moskau erschienen ist.

Smalley lernte während der Überfahrt nach Amerika den Grafen Witte kennen und trat ihm in Portsmouth näher. Er erzählt, wie er als Freund der Japaner nach Portsmouth ging und durch Witte für Rußland gewonnen wurde. So wie ihm sei es fast allen Korrespondenten ergangen. Witte habe sie bereitwillig empfangen und ihnen die Gesichtspunkte der russischen Politik offen dargelegt, während die japanischen Vertreter äußerst zugeknöpft und sogar hochfahrend gewesen seien.

Erst durch Witte habe man die Berechtigung der russischen Politik erkannt. Die Folge war, daß ganz Amerika, das zu Beginn der Konferenz noch japanfreundlich war, innerhalb zweier Wochen für Rußland eintrat. Die Stimmung der öffentlichen Meinung wurde derart russenfreundlich, daß Roosevelt es nicht mehr wagen durfte, die Japaner in ihrer Forderung einer Kriegsentschädigung zu unterstützen, sondern selbst ihnen raten mußte, davon abzustehen.

Während der Rückfahrt nach Europa erzählte Witte dem amerikanischen Journalisten von dem kritischen Augenblick der Verhandlungen, da die Entscheidung auf des Messers Schneide stand. Beide Bevollmächtigte, Witte und Graf Komura, legten ihre Schriftstücke schweigend auf den Tisch; in dem japanischen war die Kriegsentschädigung gefordert, im russischen war sie abgelehnt. Als das Schweigen andauerte, zog Witte sein Zigarettenetui und zündete sich eine Zigarette an. Komura tat dasselbe. Witte rauchte eine zweite; Komura ebenfalls. Endlich unterbrach Komura das Schweigen und machte zögernd den Vorschlag, die Entscheidung um drei Tage hinauszuschieben. Witte erklärte sich damit einverstanden. Witte hatte, als er sich die erste Zigarette anzündete, auf die Uhr gesehen; als Komura sprach, sah er wieder auf die Uhr. Acht Minuten hatte das verhängnisvolle Schweigen gedauert. — Während der drei Tage Frist griff Roosevelt ein, dreimal versuchte er durch den amerikanischen Gesandten in Petersburg, den Caren zu bewegen, an Japan die 600 Millionen Dollar zu zahlen, wurde aber damit abgewiesen. Jetzt

veranlaßte er Japan, von der Forderung abzustehen. Japan mußte sich den Wünschen Amerikas gefügig zeigen, da es stark in dessen Schuld war. Als die Konferenz wieder zusammentrat, erklärte Komura kurz, er trete von der Forderung einer Kriegsentschädigung zurück, worauf Witte sein Einverständnis aussprach.

So hatte Witte nach der Meinung von Smalley es verstanden, durch Gewinnung der öffentlichen Meinung in Amerika den Japanern in Portsmouth eine diplomatische Niederlage beizubringen und Rußland vor Demütigung oder neuem Krieg zu bewahren. W. R.

VIII. Ukraine.

IX. Baltische Provinzen.

X. Finnland.

Carl Gustaf Estlanders Lebenserinnerungen.

Finsk Tidskr. LXXII S. 10—28, 119—143, 206—221, 361—374; LXXIII S. 24—34, 182—197, 247—263, 328—351, 422—434; LXXI S. 28—37, 94—104, 177—192, 328—340, noch nicht b'eend.

Unter den hinterlassenen Papieren des bedeutenden Kunsthistorikers und Literarhistorikers C. G. Estlander fand man Lebenserinnerungen, welche leider nur bis 1860 gehen. E. berichtet in etwas ausführlicher, gleichwohl anziehender Darstellung; gibt Kindheits- und Jugenderfahrungen aus dem Elternhause in Österbotten, aus der Trivialschule der Stadt Wasa und aus dem akademischen Leben in Helsingfors. Früher hatte er, obwohl aus einer sprachlich schwedischen Familie stammend, eine gewisse Neigung für das finnisch-literarische Streben; später trat er als entschlossener Bekämpfer der Fennomanie hervor. In den Jahren des orientalischen Krieges war er sympathisch für die Westmächte gestimmt; aber bei einem Besuch in seiner österbottnischen Heimat fand er eine vollständig entgegengesetzte Auffassung vorherrschend.

M. G. S.

Bernhard v. Beskows Briefe an J. L. Runeberg.

Skr. Sv. Litt. 1. Finl. CXII (Förh. o. upps. 26) S. 1—62.

Als J. L. Runeberg 1851 Stockholm besuchte, entstand zwischen ihm und dem schwedischen Dichter und Historiker B. v. Beskow eine Freundschaft, welche einen mehrjährigen Briefwechsel, bis 1868, veranlaßte. Werner Söderhjelm publiziert die Briefe v. Beskows und fügt in Noten, was wir von den Briefen Runebergs an v. Beskow bisher nicht kennen, hinzu. v. Beskow gibt seinem finnländischen Freunde, dem er eine lebhafte Bewunderung bezeugt, Notizen über die literarischen und künstlerischen Verhältnisse Schwedens, über sein eigenes Wirken usw.

M. G. S.

Die Publizistik Finnlands in der Zeit des orientalischen Krieges.

Skr. Sv. Litt. stt. Finl. CXII (Förh. o. upps. 26) S. 109—196.

Der Aufsatz Arwid Mörnes „Studier i Finlands press 1854—56“ gibt Mitteilungen und Auszüge, welche die in Finnland in den Kriegsjahren herrschende Stimmung charakterisieren. Die Presse war durch eine strenge Zensur gebunden, aber es tritt gleichwohl hervor, daß verschiedene Meinungen rege waren. In den liberalen Kreisen, besonders in den Kreisen der akademischen Jugend, war man den Westmächten, Frankreich und England, günstig. Andere meinten, daß Finnland dem Reiche und dem Kaiser mit aller Kraft beistehen müsse. Die Verwüstungen der Engländer an den Küsten Finnlands erweckten heißen Zorn. Der Dichter Z. Topelius polemisierte als Redakteur von „Helsingfors Tidningar“ gegen die Liberalen, besonders gegen August Schauman als Redakteur des „Morgonbladet“, aber Schauman wurde bald durch die Zensur zum Schweigen gebracht. M. G. S.

1713—1721. Wirkungen des russischen Krieges in Finnland.

Kaikuja Hämeestä VIII (1913), S. 95—107.

In letzter Zeit tauchte in einer russischen Geschichte Finnlands die Behauptung auf, daß die Zustände in Finnland zur Zeit der russischen Herrschaft, 1713—1721, durchaus nicht so erbärmliche gewesen seien, wie es in der skandinavischen Geschichtsliteratur bisher gewöhnlich dargestellt wurde. Daß diese Gegenbemerkungen keinen realen Grund haben, ist nachgewiesen worden, und das zeigt auch unter anderem der kleine Aufsatz K. O. Lindeqvists über die wirtschaftliche Lage einiger Gemeinden Mittel-Tavastlands (der Kirchspiele Vanaja und Hattula und der Filialkirchspiele Tyrväntö und Renko) in der genannten Zeit. Dem Aufsatz liegen die Urkunden der Revision zugrunde, die der Generalgouverneur von Finnland zur Zeit der russischen Herrschaft, G. O. Douglas, im Jahre 1719 für eine neue Besteuerung der Landbevölkerung Finnlands ausarbeiten ließ. Zu diesem Zweck wurden Angaben darüber gesammelt, wieviele Bauerngüter bewirtschaftet wurden, wieviel von den verschiedenen Getreidearten auf denselben gesät wurde und wieviel Haustiere sie besaßen. An diesem Material zeigt Lindeqvist, daß es in Vanaja damals nur noch 84 bewohnte und 26 verlassene Gehöfte oder Frohngüter gab, in Renko 30 bewohnte und 11 verlassene, in Hattula 120 bewohnte und 16 verlassene, in Tyrväntö 32 bewohnte und 8 verlassene. Der Betrag des ausgesäten Getreides war durchschnittlich auf ein bewohntes Gehöft in Vanaja 14.1 Metzen Roggen, 9.1 Metzen Gerste, 1.8 Metzen Hafer; in Renko 9.2 Metzen Roggen, 5.7 Metzen Gerste, 1.2 Metzen Hafer; in Hattula 16 Metzen Roggen, 9.5 Metzen Gerste, 2.4 Metzen Hafer; in Tyrväntö 27.6 Metzen Roggen, 16.4 Metzen Gerste, 3.2 Metzen Hafer. Haustiere (Pferde, Ochsen, Kühe, Kälber, Schafe, Ziegen und Schweine)

gab es insgesamt durchschnittlich auf ein Gehöft in Vanaja 7.3, in Renko 5.5, in Hattula 7.4 und in Tyrväntö etwa 10. Pferde waren im allgemeinen außerordentlich wenig vorhanden, da sie für den Train der Armee als Vorspann verwendet worden waren und die Russen sie auch sonst in Besitz genommen hatten; so gab es in Hattula Pferde insgesamt nur 7 oder eins auf 17 Gehöfte, in Tyrväntö 3 oder eins auf 11 Gehöfte. Kühe und andere Haustiere wurden mehr gezählt, obwohl es auch deren sehr wenig gab: im allgemeinen durchschnittlich 1 von jeder Art auf das Gehöft. Der wohlhabendste Mann in Vanaja säte 2 Tonnen Roggen, 1 ½ Tonne Gerste, 20 Metzen Hafer und besaß unter anderem 3 Pferde; der wohlhabendste Mann in Renko säte ebenfalls 2 Tonnen Roggen, 25 Metzen Gerste, 15 Metzen Hafer und besaß 2 Pferde; der reichste Mann in Tyrväntö, welcher 3 Tonnen Roggen säte, hatte überhaupt keine Pferde, dafür aber 4 Ochsen, usw.

Die Angaben können in einigen Punkten einen zu niedrigen Vermögensstand anzeigen, denn die Grundbesitzer durften den Betrag ihrer Aussaat selber namhaft machen. Welches Elend der Krieg und seine Verheerungen auf jeden Fall im Gefolge gehabt hatten, das zeigt unstreitig schon die hohe Zahl der verlassenen Gehöfte. Und überhaupt kann man die Beobachtung machen, daß diejenigen Gegenden materiell in besserer Verfassung waren, welche von den Stationen der russischen Armee weiter entfernt lagen. Noch trostloser als in Tavastland waren die Verhältnisse in Österbotten. Dort waren weite Strecken ganz verödet. U. L.

1865. Der Grundgesetzausschuß Finnlands.

Historiallinen Arkisto XXIII, II.

Prof. Kustavi Grotenfelt behandelt hier die Entstehung, die Tätigkeit und die Ergebnisse des im Jahre 1865 zusammengetretenen Grundgesetzausschusses Finnlands und teilt im Anhang eine Anzahl Dokumente des Ausschusses mit. Der Gedanke, die in Finnland nach dessen Vereinigung mit Rußland in Kraft stehenden Bestimmungen des Grundgesetzes zusammenzustellen und zu ergänzen, entstand in den politischen Kreisen Finnlands gleichsam von selbst, als am Anfang der 1860er Jahre die Einberufung der Stände wieder beschlossen worden war. Der nach Schweden übergesiedelte Professor J. J. Nordström arbeitete auf Ersuchen ein „Promemoria über verschiedene auf den schwedischen Reichstag vor 1809 bezügliche Umstände“ und einen Entwurf zu einer neuen Landtagsordnung aus, der dann der Arbeit des zusammentretenden Ausschusses zugrunde gelegt wurde. Diese beiden in mancher Beziehung außerordentlich interessanten, bisher nicht publizierten Aktenstücke kommen jetzt in dem Aufsatz von Prof. Grotenfelt zum erstenmal an die Öffentlichkeit. In seiner Thronrede an die Stände Finnlands am 18. September 1863 teilte Alexander II. mit, er wolle dem künftigen Landtag eine Vorlage für Erläuterungen und Zu-

sätze überreichen, die für die Grundgesetze Finnlands nach dessen Vereinigung mit dem Kaiserreiche oder sonst infolge der Entwicklung der Dinge erforderlich geworden seien. Auf Veranlassung des Minister-Staatssekretärs A. Armfelt und seines Adjoints Stjernvall-Walleen wurden für den einzusetzenden Ausschuß ebenso wie für einen zweiten, der einen Vorschlag zu einer Umorganisation der Verwaltungsorganne Finnlands machen sollte, Instruktionen ausgearbeitet, die Anfang 1864 vom Kaiser bestätigt wurden und die gemäß der Bestimmung des Kaisers die Befugnisse der Stände in mancher Hinsicht beträchtlich erweiterten. General Borodkin hat in seiner vor ein paar Jahren erschienenen Geschichte Alexanders II. behauptet, Armfelt sei in diesem Punkt über die Absichten und Vollmachten des Kaisers hinausgegangen, doch hat er nach der Ansicht des Verfassers entschieden unrecht. Die Einsetzung des Ausschusses wurde definitiv auf den 19. Dezember 1864 festgesetzt. Vorsitzender des Grundgesetzausschusses wurde Freiherr J. M. Nordenstam, der Vizepräsident des finnländischen Senats, und von seinen Mitgliedern waren auch sonst mehrere sehr hervorragende Persönlichkeiten: Erzbischof Bergenheim, Prokurator von Knorring, Freiherr von Born, Professor Rosenborg u. a.; Schriftführer war Hofgerichtsassessor A. Grotenfelt. Auf Grund der in dem Ausschuß geführten Memorialprotokolle berichtet Prof. Grotenfelt über die Arbeit des Ausschusses und druckt dieselben in extenso unter den Dokumenten ab.

Der Ausschuß arbeitete dann auf der Basis der früher geltenden Grundgesetze und der erwähnten kaiserlichen Instruktionen Vorschläge für eine neue Konstitution und eine neue Landtagsordnung Finnlands aus. Die bemerkenswerteste Reform der Konstitution waren die Bestimmungen über die Stellung und die Aufgaben des Generalgouverneurs und des Senats. Nach dem Programm des Kaisers sollte nämlich das Amt des Generalgouverneurs ganz vom Senat getrennt werden, und dieser sollte einen eigenen Präsidenten erhalten, der, ebenso wie seine Mitglieder, ein geborener Finnländer wäre; ebenso sollte auch das bisherige Justizdepartement als höchster Gerichtshof abgetrennt werden, dessen Mitglieder auf Lebenszeit aus geborenen Finnländern ernannt würden. Diese Bestimmungen aber stießen russischerseits auf Widerstand, und diesem schloß sich auch der Generalgouverneur von Finnland an, der seltsamerweise außerhalb dieser vorgeschlagenen Maßnahmen geblieben war. Dies Verhalten erklärt sich teils daraus, daß er zu dieser Zeit kränklich war und seinen Abschied zu nehmen gedachte, teils aber haben ihn die finnländischen Politiker wahrscheinlich aus Mißtrauen nicht von ihren Plänen unterrichten wollen. Schon bevor der Ausschuß Ende Juni 1865 dem Kaiser seinen Vorschlag unterbreitete, begann Rokassovskij seinen Feldzug gegen ihn in einer an den Kaiser gerichteten Note. Seine Einwendungen waren ziemlich schwacher Natur und bezogen sich auf die bereits vom Kaiser bestätigten Bestimmungen. Anders aber stand es mit dem Haupteinwand, daß nämlich die Promulgation einer neuen Konstitution die in Finnland bestehenden separatistischen Bestrebungen verstärken würde. An der

Hand der umfangreichen Korrespondenz des Minister-Staatssekretärs Armfelt wird über den weiteren Verlauf der Angelegenheit, über die Berichte an den Kaiser, die Behandlung im Senat, die Zurückweisung der Einwände Rokassovskijs durch Armfelt und Nordenstam u. a. berichtet, und dies gewährt zahlreiche interessante Einblicke in den Stand der „finnländischen Frage“ in Petersburg. Die Angelegenheit entwickelte sich zu einem Zweikampf zwischen Armfelt und Rokassovskij, den Alexander in der Weise schlichtete, daß Rokassovskij am 1. Mai 1866 seinen Abschied erhielt, aber zugleich die Promulgation der neuen Verfassung auf unbestimmte Zeit verschoben wurde. Dagegen wurde die Landtagsordnung als kaiserliche Vorlage dem nächsten Landtag übergeben und erhielt Gesetzeskraft. U. L.

XI. Polen—Litauen bis 1572.

Die älteste polnische Bibelhandschrift.

S.-A. aus der Festschrift für Alfred Hillebrandt. 23 Seiten.

E. Hanisch handelt über die Geschichte der „Sárospataker altpolnischen Bibelhandschrift“ und verlangt für sie diesen einheitlicheren Titel. Er bestreitet, daß dieses Denkmal polnischer Sprache unzweifelhaft der Königin Sophia oder der Königin Hedwig zuzuschreiben sei. Die Handschrift ist seit dem 17. Jahrhundert im dauernden Besitz der reformierten Hochschule von Sárospatak, und es ist das beste, sich dieses Ortsnamens zu bedienen. Der Kodex ist 1871 zum ersten Male gedruckt worden. H. hat die Handschrift und Ausgabe genau miteinander verglichen und wird das Resultat an anderem Orte vorlegen; er fand fast auf jeder Seite des Druckes Ungenauigkeiten aller Art. Er bespricht dann die Entstehungsgeschichte des Textes. Die Bibel ist eine nahezu völlige Transkription des Tschechischen. Sodann wird berichtet über eine Reihe schriftlicher Anfragen, die wegen der Handschrift an das Sárospataker Kollegium im Laufe des 19. Jahrhunderts gerichtet worden sind, und über Versuche, die Bibel zu bekommen. O. H.

12. Jahrhundert. Piastische Brakteaten als kunst- und kulturgeschichtliche Quelle.

ZPos XXVII S. 211—230.

Ferdinand Friedenburg handelt über „die piastischen Brakteaten als Quelle der Kunst- und Kulturgeschichte Polens im 12. Jahrhundert“. In den piastischen Landen ging man um 1170 nach deutschem Vorbilde zur Prägung von Brakteaten (einseitigen auf einer Seite erhabenen Münzen) über. Das hatte auch hier einen gewaltigen Aufschwung der Münzprägekunst zur Folge, da die häufige Erneuerung der Münze zu einem ständigen Wechsel des Prägebildes zwang und so die Phantasie anregte. In höherem Maße als bisher geben deshalb die Brakteaten über das Kunstvermögen des Piastenreiches Auskunft, was um so wichtiger ist,

als sich sonst aus der Zeit vor 1200 nur wenige einheimische Kunstdenkmäler erhalten haben. Der Fürst erscheint in ganzer oder halber Figur und mit irgendwelchen Attributen seiner Macht ausgestattet. In die Sinnbilder Löwe und Adler scheinen sich um 1180 die Polen und die Breslauer Herzöge geteilt zu haben; die ersteren führen den Löwen, in späterer Zeit manchmal auch den Adler; die Schlesier dauernd den Adler. Zum polnischen Reichswappen wird der Adler erst unter Przemislaw II. (1272—96). Auf byzantinischen Einfluß weist ein Breslauer Pfennig; auch die slavischen Künstler nahmen an dem künstlerischen Formenschatz ihrer Zeit teil. Neben mancherlei Fabelwesen zeigen einige Stücke auch das Eichhorn. Von den Münzen mit religiösen Darstellungen sind am merkwürdigsten 5 Pfennige mit den Bildern und Namen der Kardinaltugenden und 4 mit Darstellungen von Crux, Dextera, Aquila und Sirena. Ferner finden sich Kentauren, Löwenkämpfer usw. Diese Bilder kehren auf Regensburger Denaren um 1120 wieder; 1150 finden sie sich in Böhmen. Sie scheinen also über Böhmen, durch das offenbar die Hauptverkehrsstraße zwischen Polen und dem Westen führte, infolge irgendwelcher künstlerischer Beziehungen nach Polen gelangt zu sein; denn die dynastischen Beziehungen reichen zur Erklärung dieses Einflusses nicht aus. Deutsche Einflüsse sind auch sonst zu erweisen, und 8 schöne Breslauer Brakteaten sind sogar von Künstlern aus der Gegend von Magdeburg selbst hergestellt worden. Seit 1190 etwa tritt eine auffallende Münzverschlechterung ein; es ist eine Zeit politischer Wirren in Schlesien, die jedoch 1198 ihr Ende erreicht haben muß; denn dann folgt wieder eine Reihe schöner Stücke. Von Interesse ist aus dieser Zeit ein Pfennig des ersten oberschlesischen Herzogs, Mako von Ratibor, auf dem sich das Wort „milost“ (das erste polnische Wort auf einer Münze) findet: er hielt im Gegensatze zu seinem deutschfreundlichen Breslauer Bruder an der polnischen Tradition fest. Ebenso bezeichneten sich ja der letzte märkische Wendenfürst Jaka von Köpenick und sein Gegner Markgraf Otto auf ihren Münzen in bewußtem Gegensatz, beide das übliche Latein verschmähend, als „Knäs“ und „Markgrave“. Nach dem Jahre 1200 büßen die Piastenmünzen rasch und erheblich an kunst- und kulturgeschichtlichem Wert ein.
E. Z.

Zisterzienserabteien Lekno-Wongrowitz, Lond und Obra.

Zisterzienser-Chronik 24. Jahrg. Nr. 283 und 284.

Stephan Steffen behandelt „das Bestreben der Abteien Lekno-Wongrowitz, Lond und Obra in Polen, „kölnische Klöster“ zu bleiben“. Den drei Abteien, die zur Filiation von Altenberg bei Köln gehörten, gelang es nach der Hussitenzeit und auch noch nach dem Reichstagsbeschluß von 1511, nach dem Polen ebenso wie „Ausländer“ in allen Klöstern Aufnahme finden sollten, noch etwa 40 Jahre lang ihren alten Usus, nur Deutsche aufzunehmen, festzuhalten. Der Kampf gegen die Bemühungen

des polnischen Adels, die drei Klöster in eine Hand zu bekommen, wird ausführlich geschildert; trotz aller Hilfe von Seiten der Stadt Köln unterlagen die Abteien endgültig in den siebziger Jahren des 16. Jahrhunderts. Die Arbeit gründet sich etwas einseitig in der Hauptsache nur auf das im Kölner Stadtarchiv beruhende Archiv des Klosters Lond; die Arbeiten Prof. Hockenbecks und das von ihm bearbeitete, jetzt im Besitz der Historischen Gesellschaft in Posen befindliche Manuskript zu einem Urkundenbuche dieser Klöster sind ihm leider nicht bekannt geworden. E. Z.

1362—1414. Stibor von Stiborschitz.

RTT XIX S. 137—208.

Antoni Prochaska schildert auf Grund des 1875 erschienenen, von dem Baron Mednyánsky in den zwanziger, dreißiger Jahren des 19. Jahrhunderts gesammelten „Diplomatarium Stiborianum" eingehend die kriegerische und diplomatische Tätigkeit Stibors von Stiborschitz, eines der treuesten Paladine König Sigmunds. Stibor war von Geburt Pole; sein Geschlecht stammt aus der Gegend von Hohensalza; er kam dann aber schon in jungen Jahren an den ungarischen Hof. Die erste Gelegenheit, sich zu bewähren, boten die Kämpfe, die der Thronbesteigung Hedwigs vorausgingen. Ihm fiel die Aufgabe zu, Kujavien und das Land Łęczyca gegen Ziemowit von Masovien zu verteidigen; doch gelang es ihm nicht, Brześć, das er vorübergehend besetzen konnte, zu behaupten. Hervorragender beteiligte er sich bei den Kämpfen Sigmunds um die ungarische Krone. Bei den Stürmen auf Novigrad (1386/87), wo die Familie Horwathy die Gemahlin Sigmunds, Maria, gefangen hielt, geriet er zwar selbst in Gefangenschaft, muß sich aber bei der Befreiung Marias sehr ausgezeichnet haben; eine ganze Anzahl Schlösser und Güter, der größte Teil des Wagtals, wurden ihm in den nächsten Jahren verliehen. In den Türkenkriegen Sigmunds von 1391—93 kämpfte Stibor gleichfalls mit: Ende 1395 ist er Wojwode von Siebenbürgen. Als solcher besiegte er den von den Türken eingesetzten Wojwoden der Walachei und sicherte dadurch Siebenbürgen für Ungarn; das unglückliche Ende des Krieges infolge der Schlacht von Nicopolis (28. September 1396), an der er auch teilnahm, konnte er freilich auch nicht hindern. In den Parteikämpfen der nächsten Jahre stand Stibor stets auf Seiten Sigmunds. 1401 mußten er und die übrigen Anhänger Sigmunds es allerdings geschehen lassen, daß der König durch die unzufriedenen Magnaten gefangen gesetzt wurde. Als dann aber über der Wahl des neuen Königs die alten Streitigkeiten wieder ausbrachen, war es namentlich Stibor, der zur Wiedereinsetzung Sigmunds beitrug; er eroberte mehrere Schlösser und die Stadt Nitra; zahlreiche Anhänger fielen infolge dieser Erfolge wieder Sigmund zu. 1404, bei den Kämpfen gegen Ladislaus von Neapel, spielte Stibor wiederum eine entscheidende Rolle; er schlägt den Prätendenten bei Pinkócz, erobert Alt-Budzin und besiegt darauf auch noch den Hauptanhänger des Ladislaus, den Bischof von Agram.

Auf diplomatischem Felde betätigte sich Stibor namentlich in Polen für die Interessen Sigmunds. Er führte die Verhandlungen mit dem Orden wegen des Verkaufs der Neumark (1402). Den Pfandvertrag mit Jagiełło (d. d. Krakau, den 14. 2. 1402) über die Neumark schloß er offenbar nur zum Schein, um den Orden zur Zahlung eines höheren Kaufpreises zu bewegen und die Polen über das Schicksal der Neumark im Ungewissen zu halten; für die Verluste, die ihm aus dem Nichteinhalten dieses Vertrages erwuchsen, scheint ihn der Orden entschädigt zu haben. 1404 und 1407 war er wieder in Polen, um eine Annäherung Sigmunds an Jagiełło herbeizuführen. Namentlich hat er dann aber 1410 im Auftrage Sigmunds sich bemüht, den Krieg zwischen Polen und dem Orden zu verhindern. Viel Hoffnung auf den Erfolg der Mission hatte man wohl nicht; denn die Kriegserklärung Sigmunds an Polen ist schon vom 21. Juni 1410 datiert. Immerhin rieten die ungarischen Gesandten zunächst dem Hochmeister vom Kriege ab und brachten einen zehntägigen, am 24. Juni beginnenden Waffenstillstand zustande. Am 5. Juli waren sie beim polnischen Könige; seine Friedensbedingungen (Herausgabe Samogitiens und Dobrzyns), die sie dem Orden wieder überbrachten, lehnte der Hochmeister rundweg ab. Stibor warnte zwar vor dem Kriege, indem er die Größe des polnischen Heeres schilderte; um so lieber wird aber der Hochmeister das Angebot der Ungarn, daß Sigmund gegen Zahlung von 40 000 Dukaten dem Orden bewaffnete Hilfe leisten würde, angenommen haben. Stibor kehrte einige Tage nach der Schlacht von Tannenberg aus Marienburg nach Ungarn zurück und leitete dann die kriegerische Digression gegen Polen. Über sie ist wenig Sicheres bekannt; kriegerische Erfolge scheint er dabei jedenfalls nicht davongetragen zu haben. Das war die letzte größere Aktion Stibors, von der wir wissen; Mitte 1414 starb er. Er war einer der treuesten Anhänger Sigmunds, dem er freilich auch alles verdankte; er war, wie die vielen Erzählungen beweisen, die im Volke über ihn umliefen, offenbar eine ungewöhnliche Persönlichkeit mit großen Verdiensten, nicht nur auf dem Felde der großen Politik, sondern auch sonst, z. B. in Verwaltung und Rechtsprechung, in kolonisatorischer Hinsicht usw.; selbst im magyarischen Adel hatte er, obwohl er Ausländer war, kaum Gegner. Die Grenzen seiner Größe sieht Prochaska darin, daß Stibor einmal seine Sache ausschließlich an die Person Sigmunds knüpfte, und zweitens, daß er als Pole 1402 beim Verkauf der Neumark und 1410 eine Politik trieb, die Polen schädigte. — Ein Schlußabschnitt der Abhandlung schildert kurz das Leben des Sohnes Stibors, der gleichfalls ein treuer Anhänger Sigmunds war, und die Undankbarkeit des Königs gegen dessen Töchter. E. Z.

Siedelungsverhältnisse des polnischen Adels.

Anzeiger der Akademie der Wissenschaften in Krakau. Philosophisch-historische Klasse 1913. Seite 10—31.

Władysław Semkowicz, dem die ältere polnische Genealogie schon manche kritische Untersuchung verdankt, liefert einige Bemerkungen über die Herkunft und über die Siedelungsverhältnisse der polnischen Ritterschaft im Mittelalter. Er behandelt zunächst die strittige Frage über die Klassifikation und die Altertümlichkeit der polnischen Geschlechtsnamen, ferner die Rittergeschlechter, die aus den westlich an das polnische Stammland angrenzenden slavisch-deutschen Kolonisationsgebieten und aus Schlesien in Polen eingewandert sind. Mit einer Untersuchung über die Typen der Ansiedelungen der Ritterschaft schließt seine Arbeit ab. Um auf den ersten Punkt zurückzukommen, hält Semkowicz die von Piekosiński und Małecki angenommene hohe Altertümlichkeit der Geschlechtsnamen nicht für zutreffend. Während Piekosiński die Geschlechtsnamen auf einen persönlichen und Małecki auf einen topographischen Typus zurückführt, findet Semkowicz, daß drei Gruppen von Proklamen beziehungsweise Geschlechtsnamen nebeneinander bestehen, und schätzt in seinen Berechnungen die Proklamen nach Personennamen auf etwa 54 % der Gesamtzahl, die topographischen auf ungefähr 40 % und weist den Rest Wahlsprüchen zu. In dem langen Bestande der Organisation der polnischen Geschlechter mitsamt ihren Proklamen sieht Semkowicz eine Analogie zu ungarischen Verhältnissen, während im Gegensatz hierzu in Böhmen im Anschluß an westeuropäische Verhältnisse eine frühzeitige Zersplitterung der Geschlechtsverbände erfolgt ist. Entgegen Piekosiński und Małecki, die den Ursprung der Proklamen in die Urzeit zurückversetzen, teilt Semkowicz ihre Entstehung einer verhältnismäßig späten historischen Zeit zu. Ja er findet sogar noch im 15. und 16. Jahrhundert Fälle von Neubildungen. Der geographischen Herkunft nach unterscheidet der Verfasser mehrere Gruppen. Zu der ersten, der tschechisch-mährischen, zählt er die Geschlechter Pałuka, Poraj, Wczele, Werszowiec-Rawicz, Wieniawa, Zaręba, Kołda-Okszyc, Sternberg und Odrowąż. Als aus der Lausitz nach Polen eingewanderte Geschlechter bezeichnet er die Baruth, Kietlicz, Kopacz, Kordbok, Wadwicz, Wezenbork, Wierzynek. Die Kietlicz, Wezenbork und Baruth hält Semkowicz für eine

Geschlechtsgemeinschaft mit dem Wappen Steinbock (Koziorożec). Um die Wende des 12. und 13. Jahrhunderts tauchen diese Geschlechter in Schlesien auf, aber schon in der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts ließ sich ein Zweig der Wezenbork in Großpolen bei Kosten nieder, nahm das lokale Proklama Gryżyna an und vertauschte das alte Wappen gegen ein neues mit zwei resp. drei Wölfen. Nach der Scheidung Polens in Teilfürstentümer verlor Schlesien, durch das die westlichen nach Polen einwandernden Geschlechter ihren Weg nahmen, den Charakter einer polnischen Mark gegen den Westen. Herzog Wladislaw II. begünstigte das Zuströmen der deutschen Ritterschaft, sodaß schon in der zweiten Hälfte des 12. Jahrhunderts hier ausländische Ritter auftreten, deren Zahl im 13. Jahrhundert unter Heinrich dem Bärtigen und Heinrich dem Frommen noch zunahm. Der zur Regierungszeit dieser Fürsten geschaffene politische Verband Schlesiens mit Groß- und Kleinpolen erleichterte das Hinübergehen dieser Geschlechter nach den polnischen Kernlanden. So nimmt Semkowicz neben der städtischen und bäuerlichen Kolonisation ein Einwandern adliger deutscher Geschlechter nach Polen an. Die letztere Zuwanderung führte aber nicht, wie es bei den bürgerlichen und bäuerlichen deutschen Kolonisten der Fall war, zu einer autonomen Absonderung der deutschen Volksgenossen, sondern zu einem Anschluß der Neuankommenden an die bestehenden Adelsrechte. Zugleich mit den aus entlegeneren Gegenden stammenden deutschen Adelsgeschlechtern wanderten auch einheimische, in Schlesien angesessene polnische Adelsgeschlechter nach Groß- und Kleinpolen ein. Unter diesen haben manche eine historische Rolle gespielt, so die aus Brauchitsch (Herzogtum Glogau) eingewanderten Brochwitz, die in der Gegend von Tirschtiegel, Bomst und Bentschen bereits seit der Mitte des 12. Jahrhundert begütert waren. Einer von ihnen Sędziwoj, Propst von Gnesen, gründete das reiche Zisterzienserkloster in Obra. Sie nahmen teil an den Kämpfen König Wladislaw Lokieteks mit den Glogauern und Brandenburgern um die Grenze am Obrafluß. Die Brochwitz wurden darauf nach den Kämpfen mit den Glogauer Herzögen und der Eroberung der Obralinie durch Lokietek verdrängt und die Nałęcz an ihrer

Stelle angesiedelt (in Bentschen). Die Rogala mit der Proklame Sambor (Czambor, Tschammer) lassen sich seit der Hälfte des 13. Jahrhunderts in Schildberg (Ostrzeszow, im südlichen Zipfel der Provinz Posen) als Herren nachweisen. Die Stammsitze der Kościesza findet Semkowicz bei Kruschwitz am Goplosee vor und bringt das Geschlecht durch Kombinationen mit den Popieliden, Koscisko und Leszek, in Verbindung. Aber nicht nur infolge von friedlichen Wanderungen, sondern auch im Anschluß an kriegerische Ereignisse verschoben sich örtlich die Siedelungen der polnischen Ritterschaft. Siegreiche Herzöge wiesen ihren Rittern Sitze in neueroberten Gebieten zu, um an ihnen Stützen ihrer Macht zu haben. So geschah es namentlich in den Grenzgebieten um die Grenzburgen herum, wie in Großpolen um Kosten, Kriewen (Krzywin), Kroeben, Punitz.

Bei den Siedelungstypen stellt Semkowicz zwei Formen fest, die von Netz- oder Gruppensiedelungen mit einem geschlossenen mehr oder minder abgerundeten Landkomplex und zweitens die Kettenansiedelungen. Diese zeigen in topographischer Beziehung charakteristische Formen. So ziehen sie sich oft einige Meilen in geraden Linien hin, wie die der Poraj im Gnesener Gebiet am Lauf des Wrześnica-Flusses. Zuweilen bilden die Kettenansiedelungen Bogenlinien, so die der Ciołek bei Kroeben, der Pomian bei Hohensalza (Inowroclaw) oder endlich auch geschlossene Ringe wie die der Boncza bei Kroeben. Es waren strategische Linien, wie die der Brochwitz an der Obra, der Nałęcz an der Samica, der Dryja an der Warthe. Sie waren an der Grenze oder längs strategisch wichtigen Terrainlinien, wie Flüssen, gelegen. Manchmal wird eine solche Kette von Niederlassungen an eine einzelne Person geschenkt, so zugunsten des Tomislaw von Samter (Szamotuły, bestätigt 1288 durch Przemyslaw II.). Beide Siedelungsformen, sowohl die Netz- wie auch die Kettenansiedelungen umfassen jeweilig nur ein Geschlecht. Auch kamen ganze Kastellaneien und Burgen zur Verleihung, so die Militscher Kastellanei an das Bistum Breslau, die Gegend von Punitz (Poniec) durch Boleslaw Schiefmund an einen Ritter unbekannten Namens, die Schenkung von Schrimm an Comes Borzuj 1234 und die

von Filehne (Wieleń) durch Lokietek 1298 zugunsten des Vincenz Nałęcz, des damaligen Kastellans von Filehne. Die Würde der Kastellane wurde aber dadurch nicht erblich, auch wenn einzelne Geschlechter, wie die Pałuka, die Leszczyc, die Nałęcz, in einigen Geschlechterfolgen dieselbe Kastellanswürde inne hatten. Zu einer Lehnbarmachung der herzoglichen Ämter ist es weder in Polen noch in Ungarn gekommen.

Die Untersuchungen von Władysław Semkowicz sind methodisch außerordentlich lehrreich und fördernd, sowie inhaltlich sehr ergiebig. Seinen Schlußfolgerungen und Ergebnissen wird man vom Standpunkt umsichtiger Kritik nicht immer zustimmen können und sie als geistvolle und anregende Kombinationen und Hypothesen, als etliche von den vielen Entwicklungsmöglichkeiten quellenmäßig ungenügend belegter Zustände und Verhältnisse ansehen. J. P.

1570. Polnische Schiffsbauten.

Anzeiger der Akademie der Wissenschaften in Krakau. 1913. Philosophisch-historische Klasse. S. 73—88.

Adam Kleczkowski hat ein polnisches Einnahmen- und Ausgabenregister bearbeitet, das sich auf den Bau einer Galione, einer Fregatte und eines Bootes in Elbing in den Jahren 1570—1572 bezieht. Drei italienische Baumeister Cristiano, Dominico und Jacobo konstruierten das Modell des Kriegsschiffes und erteilten auch die technischen Anweisungen. König Sigmund August selbst bezeigte ein lebhaftes Interesse für den in der Geschichte des Landes ungewöhnlichen Vorgang und kam auch persönlich nach Elbing, um den Bau zu besichtigen. Einen besonderen Wert hat die Arbeit Kleczkowskis durch eingehende Untersuchungen der in der Handschrift enthaltenen Seemannsausdrücke, der Orts- und Familiennamen in bezug auf ihre Zugehörigkeit zum deutschen, polnischen, romanischen und preußischen Sprachstamm und auf die gegenseitigen Entlehnungen. Der Ertrag der Arbeit für die Kenntnis der nationalen Zugehörigkeit der Bevölkerung in einem weiteren Umkreis um Elbing herum ist als nicht gering einzuschätzen.

J. P.

XII. Polen bis 1795.

1677. Aufenthalt Johannes III. in Westpreußen.

RTT XIX S. 209—249.

Der Vorstand der „Wissenschaftlichen Gesellschaft" in Thorn veröffentlicht das Fragment einer Arbeit des kürzlich verstorbenen Grafen *Adam Sierakowski* über den „Aufenthalt Johanns III. in Westpreußen in den Jahren 1677 und 1678". Verf. gibt zunächst eine kurze Geschichte der Güter Neustadt, Schmechau, Hoch-Redlau, Koliebken usw., die 1685 an König Johann III. als Bruder der Fürstin Katharina Radziwill geb. Sobieska fielen, und bespricht dann weiter kurz die im Danziger Stadtarchiv beruhenden Quellen seiner Arbeit, namentlich die Berichte des Danziger Syndikus Adrian Stodert aus Warschau und einige Handschriften des Archivs. Der eigentliche Zweck des langen Aufenthalts Johanns III. in Danzig (vom 1. August 1677 bis 18. Februar 1678) war, zu verhindern, daß Danzig eine brandenburgfreundliche Politik triebe und ferner Bündnisverhandlungen mit dem schwedischen Gesandten in Danzig, Lilienhoek, gegen den Großen Kurfürsten. Schon am 11. Juni 1675 hatte Ludwig XIV. mit Johann III. einen Vertrag geschlossen, in dem er sich verpflichtet, Subsidien an Polen zu einem Kriege gegen Brandenburg zu zahlen, um ihm Ostpreußen zu entreißen. Es kam aber nicht zu dem Feldzuge, und nach dem Türkenfrieden von Źurawno erklärt sich der Reichstag (1677) mit überwiegender Mehrheit gegen einen Krieg mit dem Großen Kurfürsten um Ostpreußen: der König mußte den Wehlauer-Bromberger Traktat beschwören und auch schriftlich dem Kurfürsten die Belehnung mit Lauenburg-Bütow erneuern. Trotzdem gab Johann seinen Plan nicht auf. Den Anlaß zur Reise boten ihm die Strauchschen Händel, das Zerwürfnis des Rates mit den Zünften und die Verhandlungen der Landtage in Graudenz und Marienburg über die Höhe der aus den Schwedenkriegen rückständigen Abgaben. Am 20. Mai verließ der König Warschau, war kurze Zeit in Thorn und blieb dann vom 5. Juni bis Ende des Monats in seiner Starostei Mewe; zwischendurch besuchte er die Abtei Pelplin. Ende Juni begab er sich nach Marienburg, wo er den Schluß des im ganzen für ihn befriedigend verlaufenden Graudenzer Landtages abwartete. (Über die Landtagsverhandlungen selbst berichtet Sierakowski nach Lengnich, Gesch. d. Lande Preußen, VIII, 155—158). Am 1. August zog der König feierlich in Danzig ein; die Königin, die ihrer Niederkunft entgegensah, war incognito schon einige Stunden vorher angekommen. Dem Könige gelang es, durch die Drohung, die Kopfsteuer zu erhöhen, die Streitigkeiten zwischen Rat und Zünften beizulegen; in die „dritte Ordnung" wurde ein Ältermann aus jedem Quartier aufgenommen; auch setzte er durch, daß von den Vertretern der Zünfte 8 Protestanten und 6 Katholiken sein sollten. Sie sollten gewählt und vom Rate bestätigt werden. Verf.

sieht hierin eine Förderung des polnisch-katholischen Elements, das nach ihm in den Danziger Zünften zahlreich vertreten war. Hinsichtlich des Unterrichts in der polnischen Sprache erwiderte der Rat dem König auf eine Beschwerde, daß in jeder der höheren Schulen ein besonderer Lehrer im Polnischen unterrichte, daß er aber bereit sei, ihre Zahl zu erhöhen. In kirchlichen Angelegenheiten gelang es dem Könige, den Bau der „Königlichen Kapelle“ für die Katholiken in die Wege zu leiten; die längere Zeit umstrittene Frage, wer die Kosten dafür tragen sollte, löste sich, da der Primas Andreas Olszowski, der am 29. August 1677 in Danzig starb, für den Bau einer katholischen Kirche eine sehr bedeutende Summe ausgesetzt hatte. Die übrigen Wünsche des Königs, die sich auf die Zulage, das Kadukrecht usw. erstreckten, gingen nur in bezug auf die 1656 an Danzig verpfändete Starostei Putzig in Erfüllung, die an die Republik zurückkehrte. Die Arbeit bricht leider beim Beginn der Schilderung der geheimen Verhandlungen des Königs mit Lilienhoek ab. E. Z.

Stanislaus I. Leszczyński.

ZPos XXVII S. 231—260.

Georg Peiser handelt über „Friedrich den Großen und König Stanislaus Leszczyński“. Friedrich Wilhelm I. stand trotz seines Bündnisses mit dem Kaiser zur Unterstützung Augusts III. innerlich auf Seiten Stanislaus Leszczyńskis und bot dem am 27. Juni 1734 aus dem hartbedrängten Danzig entflohenen Polenkönig in Königsberg eine Zufluchtsstätte. Eine größere Zahl polnischer Edelleute, später auch die Häupter der am 5. November 1734 in Dzikow geschlossenen Konföderation, sammelten sich hier um ihn. Im Oktober 1735 weilte Kronprinz Friedrich vierzehn Tage in Königsberg und ist hier, wenn er dem polnischen Könige auch keinen formellen Besuch abstatten durfte, zu ihm in herzliche Beziehungen getreten. So sympathisch ihm der feingebildete König war, so gewann er doch gleichzeitig vom polnischen Adel einen recht schlechten Eindruck, der immer in ihm haften geblieben ist. Während Friedrich noch in Königsberg war, traf der Entwurf des Vertrages vom 28. September 1735 ein, in dem Ludwig XV. versprach, alle nur möglichen Schritte zur Unterstützung seines Schwiegervaters zu tun. Um so entrüsteter war Friedrich über den unmittelbar darauf in Wien abgeschlossenen Frieden zwischen Kaiser Karl VI. und Ludwig XV., durch den August III. auch von Frankreich als König von Polen anerkannt und Stanislaus Leszczyński mit Lothringen und Bar entschädigt wurde. Friedrich und Leczczyński schrieben später hin und wieder einander; bemerkenswert ist daraus aber nur ein Brief Friedrichs aus dem September 1752, er gedenke noch gern der Tage in Königsberg; er versichert den König dann in den wärmsten Ausdrücken seine Freundschaft. Stanislaus hat immer stille Hoffnungen auf den König von Preußen gesetzt; doch hat Friedrich, als Stanislaus 1763 zum dritten Male in Polen kandidieren wollte, bei dem hohen Alter Leszczyńskis naturgemäß nichts für ihn getan. E. Z.

XIII. Polen im 19. Jahrhundert.

1807—1813. General Robert Wilson und Adam Czartoryski.

BW. Band 290, 1913, Seite 315 bis 340.

Eugeniusz Wawrzkowicz veröffentlicht einige Ausführungen über einen englischen Freund Polens, den General Wilson, dessen Stellung durch enge Beziehungen zum Fürsten Adam Czartoryski bedingt war. Die englischen Sympathien des letzteren wurden durch zwei in den Jahren 1789—91 und 1793 bis 1794 nach England unternommene Reisen gefestigt. Als Czartoryski Minister des Auswärtigen bei Kaiser Alexander wurde, wirkte er für eine englisch-russische Allianz. Er hat die Bemühungen auch noch später zur Zeit des Krieges 1806/7 nach der Schlacht bei Eylau wieder aufgenommen und fand Anklang bei den im russischen Hauptquartier weilenden englischen Diplomaten, Charles Stuart, Leveson Gower Granville, und vor allem bei dem englischen Militärattaché Robert Wilson. Diesem gefiel besonders der Plan einer Union von Polen und Rußland unter Alexander I., weil er gerade dadurch die englischen Interessen zu fördern hoffte. Zum Zwecke einer wirksameren Bekämpfung Napoleons und Frankreichs sollte Polen um jeden Preis dem Einfluß des Franzosenkaisers entzogen und der antifranzösischen Allianz zugeführt werden. Als einige Jahre später in den ersten Tagen des Januar 1813 Wilson sich im Hauptquartier Alexanders I. in Merecz aufhielt, langte dort ein Vertrauter Czartoryskis Peter Kluczewski an, um dem Caren und Wilson Anerbietungen seines Auftraggebers, die auf eine Wiederherstellung Polens ausgingen, zu unterbreiten. Wawrzkowicz behandelt die weiteren Beziehungen Wilsons zu den polnischen Wiederherstellungsplänen bis zu der unerfreulichen Abreise Czartoryskis von Reichenbach. Wilson, dem das unsichere Wesen Alexanders I. nicht entgangen war, riet dort seinem polnischen Freunde, nichts mehr auf den russischen Kaiser zu geben, sondern sich an Preußen und Friedrich Wilhelm III. zu halten, der eine zuverlässigere politische Kombination garantiere. J. P.

1813—1841. Galizien nach der Niederlage Napoleons.

BW. 1913, Band 209, Seite 105—127.

Wacław Mejbaum schildert die Lage Galiziens nach dem Rückzuge Napoleons aus Rußland und dem Beitritt Österreichs zur antifranzösischen Koalition, sowie die im Lande auftauchenden Aufstandsbestrebungen. J. P.

1815 ff. Aufzeichnungen des Grafen Joseph Krasiński.

BW. Band 290, 1903, S. 41—67.

Es werden hier die Aufzeichnungen des Grafen Krasiński über die ersten Jahre des 1815 neugebildeten Königreichs Polen veröffentlicht. Sie bringen Nachrichten über den Großfürsten Konstantin, über die Ankunft Kaiser Alexanders I. in Warschau und über die feindselige Behandlung der Freimaurerlogen durch die dem General Rożniecki unterstellte Polizei. J. P.

1826. 1829. Kongreßpolen. Kalischer Opposition.

BW. Band 290, 1913, Seite 93—104.

Der verdiente Historiker Stanisław Szpotański, der die Ordnung des Niemojewskischen Familienarchivs durchgeführt hat, gibt einen charakteristischen Beitrag zur Kenntnis des Großfürsten Konstantin und der Kalischer Opposition aus den Jahren 1828 und 29. Walenty Zwierkowski, der Abgeordnete von Warschau, wurde in der ersten Hälfte des April 1825 nach dem Belvedereschloß zum Großfürsten geladen, um von ihm über politische Dinge verhört zu werden. Einen gleichen Zweck hatte die Unterhaltung des Großfürsten mit Bonaventura Niemojewski im Jahre 1829. Es verdient hervorgehoben zu werden, daß der Großfürst selbst über die kleinlichsten Vorgänge in den Häusern der Niemojewskischen Familie sich als wohl unterrichtet erwies. Der Großfürst konnte in den Unterredungen mitteilen, daß es ihnen nicht möglich wäre, eine Korrespondenz auszutauschen,

ohne daß er von ihr Kenntnis erhielte. Ja er war sogar unterrichtet, wenn jemand bei intimen Familienfeiern über den Durst getrunken hatte. Den Abdruck hat Szpotański nach eigenen Aufzeichnungen von Zwierkowski und Niemojewski hergestellt.

J. P.

XIV. Deutscher Osten.

1178. Urkunde Sambors I. für Oliva.

ZapTT II, 9 S. 176—180

Paweł Czaplewski erklärt die oft erörterte Stelle „decima de Rezck" in der Schenkungsurkunde Sambors I. für Oliva durch den Hinweis auf den in der älteren Olivaer Chronik genannten und auch sonst bekannten See Redczk, der von der Rheda gebildet wurde; es sei also der Zehnte aus den Fischereierträgnissen des Sees gemeint. Die Deutung Rezck-Röskau lehnt er ab; Röskau hätte schon vor dem 14. Jahrhundert die Dotierung der Pfarrei in Chmielno gebildet, und der Röskauer See gehört zu Zuckau und hieß im 13. Jahrhundert Nierostowo.

B. Ślaski (ebd.) will Rezck mit dem polnischen rzeź (schlachten) zusammenbringen. E. Z.

14. Jahrhundert. Deutscher Orden und die Bischöfe von Ermland und Riga.

AM Bd. 50, S. 247—265.

M. Emmelmann handelt über „Karl IV. und die Bischofsstreite von Ermland und Riga". Bei dem ermländischen Bischofsstreite handelte es sich namentlich um die Ostgrenze des ermländischen Bistums, die bei der Teilung zwischen Bischof und Orden 1251 nur unbestimmt festgelegt war. Der Streit spitzte sich seit 1355 zu, als Johann II. Bischof von Ermland wurde. Die Verhandlungen vor den Schiedsrichtern, dem Kardinal-Presbyter Bernard und später dem Erzbischof von Prag, führten zu keinem Ergebnis; zum Ausgleich kam es erst 1374, als Karl IV. den versöhnlichen Heinrich Sorbom zum Bischof von Ermland hatte machen lassen. Der rigische Streit drehte sich um den Besitz von Riga, das 1330 dem Orden zugefallen war. Da die Kurie auf Seite des Erzbischofs stand, trat der Orden die Besitzungen des Kapitels und von 1338 auch die des Erzbischofs wieder ab; strittig blieb aber die Stadt Riga. Dem Erzbischof Frommhold von Vifhusen gelang es 1359 und in den folgenden Jahren wiederholt, günstige Entscheidungen Karls IV. und des Papstes zu erwirken. Doch der Orden gab die Stadt nicht heraus, so daß er exkommuniziert und die zu ihm haltende Stadt Riga mit dem Interdikt belegt wurde. Erst als Karl IV. nochmals in den Streit eingriff und 1366 die gegen die weltlichen Bedrücker der Kirche in Niedersachsen erlassene Urkunde von 1359 auch auf die rigische Diözese ausdehnte, gab der Orden nach. In dem Friedensvertrage vom 7. Mai 1366 übergab der Orden die Stadt

außer der Burg und der Mühle dem Erzbischof; die Bürger blieben aber weiter dem Orden zu Heeresdienst verpflichtet. Der Erzbischof verzichtete auf die Schlösser, die der deutsche Orden von den Schwertbrüdern geerbt hatte und auf die Lehnsherrlichkeit über die livländischen Klöster.

E. Z.

1400. Nachrichtendienst und Reiseverkehr des deutschen Ordens um 1400.

AM Bd. 50, S. 189—246.

Paul Babendererde wendet sich gegen die Auffassung Voigts, daß es eine „Ordenspost" gegeben habe. Im Innern des Landes wurden die Briefe des Hochmeisters durch Briefjungen befördert, die auf „Briefsweiken" ritten; daneben wurden aber Boten der verschiedensten Art benutzt, und auch die Städte besorgten Briefschaften des Ordens. Der Verkehr mit dem Auslande vollzog sich vielfach durch besondere Missionen, oder die Briefe wurden bis zum letzten Ordensschloß an der Landesgrenze gesandt, um dann durch andere Boten weiterbefördert zu werden. In Thorn war dauernd eine Zahl wegkundiger Leute für den Nachrichtendienst nach Polen, Ungarn, Schlesien, Böhmen und Österreich vorhanden. Memel nahm eine ähnliche Stellung für Livland ein. Von Landwegen waren am wichtigsten in früherer Zeit die „großpolnische Straße" über Posen, nach Brandenburg und nach der Lausitz; seit den achtziger Jahren wurde die Route Danzig, Köslin, Schivelbein, Arnswalde, Landsberg, die Polen umging, häufiger eingeschlagen. Die pommersche Hauptstraße, die in Köslin abzweigte und über Kolberg nach Stettin usw. ging, war sehr unsicher, so daß man oft von Danzig—Lübeck den Seeweg wählte. 1344 legte der Graf von Holland die Strecke Danzig—Hamburg zu Lande in der Zeit vom 15. bis 30. März zurück; der Graf von Oostervant, der am 4. März 1387 in Danzig aufbrach, war am 10. März in Kolberg, am 16. in Rostock und am 19. in Hamburg. Ein dritter Weg, der weder durch Polen noch durch Pommern führte, ging durch die Tucheler Heide und die Neumark; natürlich hatte schon deshalb der Orden an dem Erwerb der Neumark das größte Interesse. — Die Arbeit behandelt weiter den Verkehr nach West- und Nordeuropa, nach Livland, nach Polen und Ungarn, nach Rußland und nach Rom, ohne daß dabei für den Nachrichtendienst viel herauskäme. Auch sonst ist der Ertrag dieser Abschnitte, da der Verf. sich nur auf die Jahre unmittelbar vor und nach 1400 beschränkt, kaum nennenswert. E. Z.

Krone a. d. Brahe.

Zap TT II, 9 S., 184—188.

Gustav Pobłocki stellt aus den Privilegienbüchern und Chroniken der früheren Zisterzienserklöster in Byszewo und Krone a. d. B. die Nachrichten über die Namen des Ortes zusammen. In älterer Zeit finden sich

die Bezeichnungen: Smolniki, Smoysze, Sniemcze, Rybaki, Szczęśliwa Dolina (Felix Vallis), Nowa Byszewa, Lachow; seit Anfang des 15. Jahrhunderts taucht dann der Name Koronowo auf. E. Z.

1664. Lustration der Starostei Putzig.

ZapTT II, 9 S., 161—175.

Boleslaw *Ślaski* läßt dem Abdruck einer Lustration der Starostei Berent vom Jahre 1664 (s. diese Zeitschrift Bd. I, S. 295) jetzt den einer Lustration der damals an Danzig verpfändeten Starostei Putzig vom gleichen Jahre folgen. Darin findet sich das Privileg Johann Kasimirs von 1656, das die Starostei Danzig übertrug, ferner ausführliche Nachrichten über die Armierung des Schlosses Putzig sowie über die Einkünfte aus der Stadt und den Dörfern der Starostei Putzig. E. Z.

1734—1735. Die Deputation der Stadt Danzig in Petersburg.

Starye Gody, 1913, Februar, 29—33.

Die Sühnedeputation, deren Entsendung Danzig 1734 bei der Kapitulation versprechen mußte, erreichte Petersburg am 17. September und verweilte dort bis zum 23. Mai 1735. Dem Tagebuch dieser Gesandschaft, das nebst anderen hierauf bezüglichen Akten sich im Danziger Archiv befindet, entnimmt A. T. einige kulturgeschichtlich interessante Episoden, ohne auf die Einzelheiten der politischen Verhandlungen einzugehen, die den Zweck hatten, die Milderung der Münnichschen Bedingungen zu erwirken und — was ohne Erfolg blieb — Anna Ioannovna zum Verkauf des „russischen Hauses“ in Danzig zu bewegen.

Abgebildet sind außer dem alten russischen Konsulatsgebäude in Danzig noch „Plane“ von drei Feuerwerken, die im Beisein der Danziger Gesandten in Petersburg abgebrannt wurden. Letztere machten übrigens nicht nur Hoffestlichkeiten mit, sondern verkehrten z. B. recht freundschaftlich beim Erzbischof Feofan Prokopovič, den sie an einer Stelle sogar „Patron der Protestanten“ nennen. L. L.

17.—19. Jahrhundert. Orts- und Personennamen in Westpreußen.

RTT XIX S. 250—274.

Alfons Mańkowski bietet in einem Aufsatz über „Vor- und Familiennamen und Ortsnamen“ „Beiträge zur Entstehung der westpreußischen Ortsnamen vom 17. bis 19. Jahrhundert“. In Westpreußen erfolgte vom 17. bis 19. Jahrhundert dreimal eine Kolonisation und Neubegründung von Ortschaften: nach den Kriegen und Seuchen des 17. Jahrhunderts taten um 1700 viele Starosten Stellen zu emphyteutischem Recht aus; eine zweite Schicht von Kolonien, die „Neusassereien“, brachte die preußische Okkupation mit sich, und die dritte, die „Etablissements“, die preußi-

sche Agrargesetzgebung am Anfang des 19. Jahrhunderts. Ihre Namen wurden entweder von der Lage oder von vorhandenen menschlichen Einrichtungen oder von Personennamen gewählt. Aus Vornamen sind z. B. entstanden Terespol (etwa 1730 von Teresis Kruszyńska geb. Konopacka). Zahlreicher sind die aus Familiennamen entstandenen Ortsnamen. Sie zerfallen in drei Gruppen: 1. die Namen, die bewußt durch Eigentümer oder Pächter größerer Besitzungen verliehen wurden, 2. die, die sich zwanglos von den Ansiedlern usw. bilden, und (3.) Besitzungen, die in geschlossenen Dörfern liegen und nach den früheren Besitzern genannt werden. So übertrug z. B. der Schulze Jakob Majewski aus Majewo den Namen Majewo auf die freie Schulzerei in Gonsiorken. Gudajewo bei Dritschmin erhielt den Namen von der Familie Gudawski, Głowczewo, auch bei Dritschmin, von der Familie Głowczewski, die auf Robakauer Gebiet im Kreise Kulm gegründete Kolonie Sokołowo von der Familie Sokołowski usw. Die Namen auf „izna" deuten immer auf den früheren Eigentümer. Ein Beispiel zur zweiten Gruppe ist das Dorf Raczek (Kreis Löbau), das seinen Namen nachweislich von einem dort wohnenden Fischer Raczek hat; dessen Familie nannte sich, als der Name Raczek sich für den Ort eingebürgert hatte, Raczyński. Weiter gehören hierher zahlreiche Namen auf „hütte", die für Mühlen, Krüge usw. (Verf. stellt für eine ganze Reihe von Orten in alphabetischer Folge die aktenmäßigen Belege dafür zusammen). Die dritte Gruppe ist nur durch vier Dörfer des Kreises Löbau: Rosenthal, Bischwalde, Zielkau und besonders Kazanitz vertreten. Hier werden die Höfe nicht nach dem Namen des Besitzers oder der direkten Vorbesitzer genannt, sondern nach früheren Besitzern. Nach der örtlichen Tradition haben die Ansiedler, die anderswoher in die durch eine Seuche verödete Gegend gebracht wurden, ihre Besitzungen nach den Namen ihrer Vorfahren genannt. E. Z.

Staatsrechtliche Stellung des Hochmeisters des deutschen Ordens zum Reich.

HZ Bd. 110, *S. 473—518.*

Albert Werminghoff versucht in einer Abhandlung „Der Hochmeister des deutschen Ordens und das Reich bis zum Jahre 1525" in interessanter Weise das staatsrechtliche Verhältnis des Hochmeisters zum Reiche zu umschreiben. Er geht dabei aus von der Verschiedenheit der Begriffe „Römisches Reich" und „Heiliges Römisches Reich deutscher Nation", von denen der erstere, umfassendere der Verbindung von Deutschland, Burgund und Italien sowie der ganzen Fülle imperialistischer Vorrechte und Ansprüche gilt, der zweite, engere nur das Gebiet nördlich der Alpen meint, dessen König allerdings stets und auch im späteren Mittelalter auf die Würde des Kaisers, auf kaiserliche Macht und Gewalt Anspruch machte. Ferner betont er, daß Reichsfürst im Deutschen Reiche nur war, wer unmittelbar vom Könige belehnt wurde und zu gewissen Leistungen (Erneuerung der Belehnung bei Herren- und Mannfall, Hof- und Heer-

dienst usw.) verpflichtet war. Alle diese Leistungen fehlten beim Hochmeister: eine Erneuerung der Belehnung fand weder beim Tode des Königs noch bei dem des Hochmeisters statt; ebenso bedurfte er keiner Besitzeinweisung durch den König; auch die Pflichten deutscher Reichsfürsten gegenüber ihrem Könige lasteten nicht auf ihm. Die Dienste, die der Hochmeister dem Reiche durch Bekämpfung der östlichen Grenznachbarn leistete, waren tatsächliche, begründeten aber keine lehnsrechtliche Beziehungen. Die Goldene Bulle von Rimini (1226), in der auch die Worte „feudum, beneficium" nicht vorkommen, enthalte deshalb nicht etwa eine Belehnung des Ordens, sondern sei geflossen aus imperialistischen Gedankengängen, um der christlichen Mission des Imperiums unter den Heiden zu dienen. Nicht als Reichslehen hätte der Kaiser dem Orden sein Gebiet und alle seine Gerechtsame verliehen, seit dem 13. Jahrhundert kannte man eine Belehnung der Reichsfürsten durch den Kaiser nicht mehr, sondern aus dem Gedanken, daß alle Staaten der Welt zum Imperium gehören und dem Kaiser untertan sein müßten. So bedeuteten die Worte Friedrichs II. in der Urkunde von 1226: „Terra ipsa sub monarchia imperii est contenta" nicht, daß das Ordensland zum Deutschen Reich als einer unter dessen Bestandteilen gehören sollen, sondern daß es mit dem Deutschen Reiche, mit Burgund, Italien und allen andern dem Kaiser untergebenen Ländern zum Imperium Romanum gehöre. Der Hochmeister war also ein Reichsfürst im universalen Weltreiche des Kaisers, nicht im national umgrenzten des deutschen Königs. Der Hochmeister war also dem deutschen Könige an sich gleichgeordnet. „Weil aber der deutsche König entweder zur selben Zeit römischer Kaiser war oder dessen Gewalt wahrzunehmen forderte, darum und allein darum war der Hochmeister auch dem deutschen Könige untergeben." — Verf. trägt dann weiter aus den Beziehungen der Hochmeister zu Wenzel, Siegmund und ihren habsburgischen Nachfolgern Belege für ihre eigenartige Stellung als Reichsfürsten im Römischen Reiche zusammen. Den rechtlichen Unklarheiten und Halbheiten, die sich nach dem Thorner Frieden von 1466 ergaben, machte die Säkularisation des Ordens ein Ende. — Die Beziehungen des Hochmeisters zum Vatikan sind in der Abhandlung nicht berücksichtigt. E. Z.

1467—1824. Danziger und pomerellische Offiziale.

R TT XIX, S. 1—128.

P. Czaplewski veröffentlicht ein „Verzeichnis der Danziger und Pomerellischen Offiziale von 1467—1824". Die Arbeit stützt sich hauptsächlich auf handschriftliche Quellen: für das 17. und 18. Jahrhundert besonders auf die im Pelpliner Archiv beruhenden Danziger Konsistorialakten; außerdem ist natürlich das Danziger Stadtarchiv und das Archiv des Kapitels in Włocławek stark herangezogen. Das Offizialat für Danzig und für Pomerellen war meist in einer Hand; nur in der Zeit

von 1526—1552 und von 1773—1792 gab es einen Danziger und einen pomerellischen Offizial nebeneinander. Der Verf. trägt für jeden der 59 Offiziale, die in dem genannten Zeitraum amtiert haben, eine Reihe biographischer Daten zusammen; auch über den Studiengang usw. der einzelnen werden Mitteilungen gemacht. Etwas eingehender sind die Offiziale der ersten Jahrzehnte des 16. Jahrhunderts behandelt: Nicolaus Schwichtenberg (1498—1516), Jakob Longus (1516—1531), Urban Ulrich (1526—1536) und Peter Wyszczelski (1551—1561), unter dem sich das Geschick der katholischen Kirche in Danzig entschied. Ausführlicher wird ferner noch das Wirken geschildert des Nikolaus Milonius (1582—1611), des Johann Judycki, eines eifrigen Förderers der Jesuiten, der aber nach fünfjähriger Amtszeit 1642 mit dem Bischof von Włocławek, Gniewosz, in Streit geriet und nach Kammin ging. Sein Nachfolger, Florian Falk, wurde wegen seines Lebenswandels aus dem Amt entfernt; der dann folgende Święcicki (1655—1659 und 1663—1666) wurde später Bischof von Kulm. Auch über Johann Pistorius (1678—1682), den bekannten Geschichtsschreiber und Konvertiten, wird noch einiges Neue beigebracht. Der letzte Danziger Offizial war Stanislaus Rosołkiewicz (1817/18). Die fleißige und wertvolle Arbeit wird allen denen, die auf dem Gebiete der Danziger Geschichte arbeiten, sehr willkommen sein. E. Z.

Städtewesen und Bürgertum in Neuostpreußen.

AM Bd. 50, S. 123—146, 299—345.

Robert Schmidt schließt seine Arbeit über „Städtewesen und Bürgertum in Neuostpreußen“ (s. diese Zeitschrift Bd II S. 288—290, Bd III S. 132—133) mit Ausführungen über die beabsichtigte Einführung der Akzise und über das Bauwesen ab. Nachdem die Verhandlungen über die Einführung der Akzise zwischen Struensee, Voß und Schroetter trotz jahrelanger Dauer ganz ergebnislos gewesen waren, griff Stein (seit Oktober 1804 Nachfolger Struensees im Ministerium) mit einer Denkschrift „Über die Zoll- und Consumtions-Steuer-Verfassung und die Gewerbe-Policey in Süd- und Neu-Ost-Preußen“ (März 1805) in diese Fragen ein. Er schlug Aufhebung der Provinzialzölle und allgemeine Einführung der Akzise vor; das platte Land, das vor allem von der Aufhebung der Provinzialzölle Vorteil hatte, sollte dafür mit einer Getränkesteuer sowie mit einer Schlacht- und Backsteuer belastet werden. Nach einer Reise durch Neuostpreußen (Juni 1805) entschied er sich endgültig für die Einführung der Generalakzise. Auf einer Konferenz (Mai 1806) wurde ein entsprechender Beschluß gefaßt und als Zeitpunkt der Einführung der 1. März 1807 in Aussicht genommen. Etwa ein Viertel aller Städte wurde aber wegen ihrer Dürftigkeit nach Steins Vorschlag zu Marktflecken gemacht und vom direkten Handel mit hoch impostierten und Manufakturwaren ausgeschlossen. — Ebenso gelangten auch die Verhandlungen über die den neuen Provinzen infolge der Einführung der Akzise zu gewährenden Er-

leichterungen fast bis zum Abschluß; zur Reife ist aber nichts gediehen. Was das B a u w e s e n betrifft, so wurden von 1796 bis 1806 in 43 Städten über 400 Wohnhäuser sowie eine Anzahl Nebenhäuser und Stallgebäude mit einem Aufwand von etwa 408 000 Talern errichtet. Damit war allerdings „noch keine große Wirkung“ hervorgebracht. Alles in allem aber hat Neuostpreußen, wie auch Boyen urteilte, unter der preußischen Verwaltung bedeutend Fortschritte gemacht. Namentlich der Segen einer geordneten Rechtspflege machte sich fühlbar, und in der Deklaration über das Verhältnis der Städte zu den Grundherrschaften, der beabsichtigten Aufhebung der Provinzialzölle sowie den Verordnungen über den Betrieb von Handel und Handwerk waren die Grundlagen für eine günstige Entwicklung des Bürgertums geschaffen oder doch wenigstens vorbereitet. Tatsächlich war Neuostpreußen im Gegensatze zu Südpreußen nach der Katastrophe von Jena den Franzosen „im allgemeinen nicht besonders günstig“ gesinnt. E. Z.

V a s a l l e n t a b e l l e n d e s N e t z e b e z i r k s.

Z Pos. XXVII, *261—332.*

Max Bär veröffentlicht in Ergänzung seiner Publikation über die Vasallenlisten von Polnisch-Preußen (s. diese Zeitschrift Bd. III, S. 123 bis 125) die Vasallenlisten des Netzebezirks, allerdings ohne sie wie dort mit Auszügen aus den Grund- und Hypothekenbüchern verbinden zu können. Es sind der Arbeit zugrunde gelegt: die Vasallenlisten der Kreise Deutsch-Krone, Bromberg und Nakel für die Jahre 1774/75; die des Inowraclawschen Kreises 1774—76; ferner die der Kreise Bromberg, Kamin, Deutsch-Krone und Jnowraclaw für 1779 und schließlich die des sogenannten „Neuen Gebietes“ für 1774/75 (später auch Gopploer Kreis genannt, das durch die Grenzerweiterung, die bald auf die erstmalige Besitznahme des Netzebezirkes folgte, gewonnene Gebiet). E. Z.

D i e V o l k s s c h u l e i n P o s e n z u s ü d p r e u ß i s c h e r Z e i t.

Z Pos. XXVII, *333—364.*

Rodgero Prümers setzt seine Studien über „die Stadt Posen in südpreußischer Zeit“ mit einer Abhandlung über die Volksschulen fort. Gleich nach der Besitznahme wurde die Verbesserung der k a t h o l i s c h e n S c h u l e n ins Auge gefaßt; doch herrschten, namentlich aus Mangel an Geldmitteln, noch 1800 traurige Zustände. Immerhin wurde das Schullehrerseminar für das Posener Kammerdepartement neu organisiert und für 20 Kandidaten eingerichtet. Die Kammer wollte von der Verwendung katholischer Geistlicher als Lehrer nichts wissen, ja, v. Voß bemühte sich sogar, Simultanschulen ins Leben zu rufen, wenn auch nur mit teilweisem Erfolg. 1803 bestanden fünf Elementarschulen in Posen. Die Kammer beabsichtigte damals für die Stadt mit den Vorstädten acht Elementarschulen einzurichten und die Mittel dazu durch eine Schulabgabe der

Hausbesitzer und Einlieger aufzubringen. Diesen letzteren Vorschlag lehnte der Minister ab; dafür sollte für jedes Kind ein Schulgeld durch den Lehrer selbst erhoben werden. Außerdem wurde noch eine besondere Elementarschule für die Kinder, die später das Gymnasium besuchten, eingerichtet. Die lutherische Schule bei der Kreuzkirche war 1783 ins Leben gerufen. Sie war eine Bürgerschule, in der u. a. die Anfangsgründe der lateinischen, französischen und polnischen Sprache gelehrt wurden. Eine reformierte Schule wurde 1798 eingerichtet. Außerdem bestanden noch einige Privatschulen. E. Z.

XV. Böhmen, Mähren und Schlesien.

Das Epitaph des Fürsten Karl von Liechtenstein († 1627) in der Troppauer Pfarrkirche von I. G. Lehnert.

ZG u. KG Öst.-Schl. V (1909), 25.

Obgleich der Fürst schon in seinem Testamente vom Jahre 1623 für die Aufstellung eines Denkmals an dem Orte, an welchem er beerdigt zu werden wünschte, nämlich in der Pfarrkirche zu Troppau, Bestimmungen getroffen und einen Betrag von 50 000 Gulden hierfür bestimmt hatte, ließ sich die Bestattung dortselbst überhaupt nicht durchführen, und die Aufstellung des Epitaphs erfolgte erst 1762/3 durch den aus Regensburg stammenden Troppauer Bildhauer Johann Georg L. — *E. W. Braun* ist den Gründen dieser Verzögerung nachgegangen, hat das gesamte auf die Aufstellung bezügliche Urkundenmaterial zusammengesucht und gibt in diesem Aufsatz erstlich einige biographische Daten über diesen noch wenig gekannten Künstler, dann eine Beschreibung des Denkmals nebst Abbildung und schließlich den Abdruck aller bezüglichen Urkunden und Akten. B. B.

Lokalgeschichtliches zum Troppauer Kongreß 1820.

ZG u. KG Öst..-Schl. VII (1912), 261—271.

K. Knaflitsch, der Verfasser dieses Aufsatzes, hat schon früher unter demselben Titel (in dieser Zs. V, 1909/10, S. 101—165) und „Richelieu und Troppau“ (ebenda VI, 1910/11, 113—124) Beiträge zu diesem Thema veröffentlicht. Diesmal bespricht er die Theaterverhältnisse in Troppau während der Kongreßzeit auf Grund eines ihm vom Grafen Kamillo Razumovsky zur Verfügung gestellten Büchleins, betitelt: Troppauer Theater-Almanach, enthaltend: das sämtliche Personale der Gesellschaft des Herrn Reder und Grosmann, nebst dem Verzeichnis aller vorgestellten Trauer-, Schau-, Lust- und Singspiele vom 19. Oktober bis Ende Dezember 1820. Herausgegeben vom Souffleur Friedrich Gollmick als „Kleines Neujahrsgeschenk“. B. B.

P. Magnus Ziegelbauer.

ZGM u. Schl. XVII (1913), 16—28.

Als Nachträge zu der oben S. 460 angeführten Biographie Z.s bringt Pfarrer Dr. I. *Zeller* (Ringingen i. Württemberg) einzelne neue Daten zur Lebensgeschichte und verschiedene Mitteilungen über dessen schriftstellerische Tätigkeit. Indem Z. die Schneeweissche Biographie als erschöpfend erklärt, betont er, daß es nunmehr an der Zeit wäre, nach dem Verbleib des reichen literarischen Nachlasses Ziegelbauers und nach seiner Korrespondenz zu forschen. Erst dann würde man mit Erfolg an eine kritische Würdigung seiner wissenschaftlichen und literarischen Arbeit gehen können. B. B.

Feldmarschall Fürst Karl von Schwarzenberg.

ČČH XIX (1913), 205—225.

Wir haben den Beginn dieses schönen Aufsatzes schon oben (S. 461) angezeigt. Es ist nicht und soll auch nach der Absicht des Verfassers *I. B. Novák* keine eigentliche Biographie sein, sondern, wie der Untertitel lautet, ein „historisches Porträt", hergestellt auf Grund der Briefe dieser sympathischen edlen Gestalt an seine Gemahlin Maria Anna, geb. Gräfin Hohenfeld. Eine Charakteristik seines Seelenlebens wird uns geboten, und wie in der ersten Fortsetzung vornehmlich die Belege für seine Humanität aus den Briefen herausgezogen wurden, so diesmal solche für sein Pflichtgefühl, seine Religiosität, seine Liebe zur Natur, seine Bescheidenheit und ähnliches. Der Grundzug seines Wesens in dieser Periode ist aber seine grenzenlose Zuneigung zu seiner Gemahlin. Sie muß, wie auch der Verf. gelegentlich andeutet und aus den Briefen nachweist, einen großen Einfluß auf ihn gehabt haben und nicht nur in psychischer Richtung. Da sie aber ihre Briefe an den Gatten vor ihrem Tode verbrannt hat, ist es nicht möglich, dieser interessanten Frage weiter nachzugehen. Die weitere Fortsetzung will uns den Soldaten und Diplomaten begreiflicher machen[1]). B. B.

P. Johannes Schmidl, der Geschichtsschreiber der böhmischen Jesuitenprovinz (1693—1762).

ČČH XIX (1913), 193—204.

In der Fortsetzung dieser Arbeit (vgl. oben S. 459), die die Quellen der Schmidlschen vierteiligen Historia Soc. Jesu provinciae Bohemiae aufhellt, beschäftigt sich der Autor *I. Morávek* hauptsächlich mit der

[1]) Die Briefe sind mittlerweile in einem stattlichen Bande unter dem Titel „Briefe des Feldmarschalls Fürsten Schwarzenberg an seine Frau. 1799—1816". — Im Auftrage der Gesellschaft f. neuere Gesch. Österreichs" (Wien-Leipzig, 1913), erschienen.

Hs. I A. I der Prager Universitätsbibliothek. Der erste Teil bis Fol. 19 enthält eine lückenhafte Historia fundationis collegii Pragensis von 1555—1578, die bis 1565 von einem P. Georg Ware (Varus) verfaßt ist, einem gebürtigen Engländer, der 1564—1571 und wiederum 1580—1582, in welchem Jahre er dort starb, dem Prager Kolleg angehörte. Der weitaus größte Teil der 260 Folien zählenden Handschrift ist ausgefüllt von einer Historia collegii Pragensis ad S. Clementem von 1555—1610, deren erster Teil 1555—1579 (1581) von Balbin selbst herrührt. B. B.

Die Liechtensteinsche Inquisition in den Herzogtümern Troppau und Jägerndorf aus Anlaß der Mansfeldschen Rebellion 1626—1627.

ZG u. KG Öst.-Schl. VII (1912), 1—260.

Diese umfangreiche Arbeit von *I. Zukal*, die drei Hefte des angeführten Jahrgangs ausfüllt, zerfällt in zwei Teile. Der erste darstellende (S. 1—30) beschäftigt sich mit der Geschichte der beiden Herzogtümer vom Jahre 1614, da Fürst Karl von Liechtenstein mit Troppau belehnt worden, angefangen, insoweit diese mit der Hauptfrage, der nachmaligen Inquisition, in Beziehung steht; behandelt somit 1. Die Zustände vor dem Einfalle des Grafen Ernst von Mansfeld; 2. Die Besetzung des Oppalandes durch die Dänen; 3. Die dänische Herrschaft unter dem General-Kriegskommissär Joachim von Mitzlaf bis zum Frühjahr 1627; 4. Die Vertreibung der Dänen durch das kaiserliche Heer unter Albrecht von Wallenstein; 5. Die Inquisition wegen Teilnahme am Aufstande. Der zweite Teil (S. 31—260) bringt in verkürztem Abdruck und mit guten Indizes versehen die Inquisitionsprotokolle a) für das Troppauer, b) für das Jägerndorfer Fürstentum (Landschaft, Bürgerschaft von Troppau bzw. Jägerndorf und kleinere Orte der beiden Fürstentümer), die in zwei voluminösen Foliobänden (562 bzw. 308 Blättern) im fürstlich Liechtensteinschen Archive in Wien sich erhalten haben. B. B.

Der Stadt Eger geschichtlicher Entwicklungsgang bis zur Mitte des 16. Jahrhunderts.

MGDB 51 (1912), 300—327.

Die Fortsetzung dieser Arbeit, die vorauszusetzen war (vgl. oben S. 459) [1]), ist pünktlich eingetroffen und beschäftigt sich im wesentlichen mit der Fortentwicklung des Stadtrechts, wofür das ziemlich reiche Urkundenmaterial des Egerer Stadtarchivs die Grundlage bietet. Nicht vor dem letzten Viertel des 13. Jahrhunderts tritt die städtische Organisation der Gerichts- und Verwaltungsbehörde klarer hervor: ein Privileg

[1]) Ich berichtige den Druckfehler MGDB 41 anstatt „51“.

von 1279 nennt senatores, eines von 1282 den scultetus und die consules sowie die nominati; 1281 erscheint zum erstenmal der magister civium. Vielleicht aber hat der Stadtbrand von 1270 die älteren urkundlichen Belege vernichtet. Die Ausführungen beschäftigen sich mit dem Landgericht und Stadtgericht, mit den von letzterem befreiten Körperschaften (Juden, Geistlichkeit), mit den Vorstädten und mit der Stellung der Stadt als Mittelpunkt des Egerlandes. B. B.

XVI. Südslaven und Balkanstaaten.

Die diplomatische Geheimschrift der Republik Ragusa.

MJÖG. 1913, XXXIV, 125—134.

Die diplomatische Geheimschrift Ragusas, über die uns Karl Kovač berichtet, liegt uns gleich in den ersten Stücken, in denen sie auftritt (seit 1613), da in Ragusa namentlich auch die Gesandtschaftsberichte des 15. und 16. Jahrhunderts fast ganz verloren gegangen sind, in einem völlig fertigen System vor und wurde in der Folgezeit nicht mehr weiter fortgebildet. Wie in Ragusa oft Einrichtungen der italienischen Staaten nachgeahmt wurden, so hatte auch hier das italienische Chiffrewesen als Vorbild gedient. Eigentümlich ist aber der ragusanischen Geheimschrift die, wenn auch nur verhältnismäßig seltene, Anwendung kyrillischer Buchstaben, und zwar in der Form der dort üblichen Bosancica. Eigene Chiffreure hat das kleine Gemeinwesen nicht bestellt, spezielle, die Chiffren betreffenden Ordnungen und Vorschriften sind nicht gefunden, auch wohl nie aufgestellt worden. Der Verf. bespricht die Anlage der Schlüssel und die in Ragusa angewandten Systeme, außerdem teilt er noch eine interessante Briefstelle mit, aus der wir die Namen, unter denen die Republik längere Zeit mit Rom korrespondierte, kennen lernen.

A. K.

Die neue bulgarische Literatur.

Sovremennik, 1912, Nr. 11, 266—282 u. Nr. 12, 308—330.

K. Krstev-Miroljubov charakterisiert unter Berücksichtigung der kulturellen und politischen Verhältnisse die hervorragendsten Dichter Bulgariens des 19. und 20. Jahrh. L. L.

IV. Bibliographie[1]).

Unter Mitwirkung von W. Christiani, U. Lehtonen, L. Loevenson und J. Paczkowski bearbeitet von Otto Hoetzsch.

I. Allgemeines über Rußland.

Russkij Biografičeskij Slovař: Reutern—Rolzberg. Petersburg 1913. Dasselbe: Jablonovskij—Fomin. Petersburg 1913.

Florovskij, A., Sobranie vysočajšich gramot i ukazov v archivě uprazdnennago novorossijskago i bessarabskago generalgubernatorskago upravlenija. — Sammlung der Allerhöchsten Urkunden und Ukaze im Archive der Generalgouvernementsverwaltung von Neurußland und Bessarabien. Odessa 1912.

Grabař, Igor, Istorija russkago iskusstva. — Geschichte der russischen Kunst. Lfrg. 17 (S. 449—584).

Korkunov, N. M., Russkoe gosudarstvennoe pravo. — Russisches Staatsrecht. II: Besonderer Teil. 7. Aufl. Herausg. von M. B. Gorenberg. Petersburg 1913. IX u. 739 S.

Djakonov, M., Očerki obščestvennago i gosudarstvennago stroja drevnej Rusi. — Abriß des sozialen und politischen Aufbaus in Altrußland. 4. Aufl. Petersburg 1912.

*Uebersberger, Hans, Rußlands Orientpolitik. I. Bis zum Frieden von Jassy. Stuttgart 1913. 380 S.

Ključevskij, V., Istorija soslovij v Rossii. — Geschichte der Stände in Rußland. Moskau 1913. XVII u. 251 S.

Ključevskij, V., Očerki i rěči. — Skizzen und Reden. 2. Sammlung der Aufsätze. Moskau 1913. I u. 514 S.

Miljukov, P., Glavnyja tečenija russkoj istoričeskoj mysli. — Die Hauptströmungen der russischen historischen Idee. 3. Aufl. Petersburg 1913. 342 S.

Archangel'skij, P., K voprosu o proischoždenii russkoj obščiny. — Zur Frage der Entstehung der russ. Obščina. Hist.-krit. Skizze. Kazań 1913. 29 S.

Gosudari iz doma Romanovych 1613—1913. — Die Caren aus dem Hause

---

[1]) Zur Erreichung möglichster Vollständigkeit bitten wir die Herren Verfasser, ihre auf die Geschichte Osteuropas bezüglichen Schriften, seien sie nun selbständig oder in Zeitschriften erschienen, an die Redaktion zur Verzeichnung und Besprechung in den Abteilungen: Kritiken — Zeitschriftenschau — Bibliographie — Wissenschaftliche Chronik gelangen zu lassen.

Romanov 1613—1913. — Lebensbeschreibungen der Caren und Skizzen ihrer Regierungszeit. Her. von N. D. Čečulin. I. u. II. Moskau 1913.

Vsevolodskij, V., Istorija teatral'nago obrazovanija v Rossii. — Geschichte der Theaterbildung in Rußland. I. Petersburg 1913. XXII u. 463 S.

Ermolov, Al., Rod Ermolovych. — Das Geschlecht der Ermolovs. Moskau 1913. 273 S.

Pamjatniki iskusstva Tul'skoj gubernii. — Denkmäler der Kunst des Gouvernements Tula. Materialien. I, 2. Moskau 1912.

Lichačev, N., und Mjatlev, N., Tysjačnaja kniga 7059—1550 goda. — Das Tausend-Buch 7059—1550. Orel 1911.

Pierling, P., Istoričeskija stat'i i zamětki. — Historische Aufsätze und Notizen. Petersburg 1913. 191 S.

Lisovskij, N. M., Russkaja periodičeskaja pečat' 1703—1900. — Die russische periodische Presse 1703—1900. (Bibliographische und graphische Tafeln.) Lfrg. 3: 1881—1900. Petersburg 1913.

Simanskij, P., Suvorovskij Otděl v bibliotekě P. N. Simanskago. — Die Suvorov-Abteilung in der Bibliothek P. N. Simanskijs. Petersburg 1912.

1813—1913 Russkij Invalid za 100 lět. — Der „Russkij Invalid" in 100 Jahren. Jubiläumsschrift. I. Teil 235 S. Petersburg 1913. (Enth. die Geschichte der Zeitschrift von der 1. Nummer 1. Februar 1813 bis 1839.)

Šamuriny, J. und Z., Moskva v eja starině. — Moskau in seinem Altertum. Mit Gravuren. Moskau 1913. 80 S.

Dolgorukij, F., Fürst, Rodoslovnaja kniga vladětel'nych domov. — Adelsbuch der besitzlichen Häuser. Petersburg 1913.

„Perežitoe". — Magazin für die soziale und Kulturgeschichte der Juden in Rußland. IV. Petersburg 1913. VIII + 336 + 81 + 114 + 4 S.

Rulikowski, Edward, Opis powiatu kijowskiego. Wydał Maryan Dubiecki. — Beschreibung des Kreises Kiev. Kiev 1913.

Kozlov, P., Trechlětnee putešestvie (1899—1901 g.) po Mongolii i Tibetu. — Die 3jährige Reise in der Mongolei und Tibet. Expedition der Kais. Russ. Geogr. Gesellschaft. Petersburg 1913.

Nikolaev, V., Jakutskij kraj i ego izslědovateli. — Der Kreis Jakutsk und seine Erforscher. I.: Kurze hist. Skizze der Expeditionen in das Jakutengebiet 1632—1913. (Zweigverein Jakutsk der Gesellschaft zur Erforschung Sibiriens und zur Verbesserung seines Lebens.) Jakutsk 1913. 88 S.

II. Vormongolisches Rußland.

III. Die Moskauer Periode.

Mjatlev, N., Tysjačniki i moskovskoe dvorjanstvo XVI. stolětija. — Die Tausendleute und der Moskauer Adel des 16. Jahrh. Orel 1912.

Sambinago, S., Pěsni-pamflety XVI. věka. — Poetische Pamphlete des 16. Jahrh. Untersuchung. Moskau 1913. 266 S. (Schriften des Moskauer Kaiserl. Archäolog. Instituts.)

Mjakotin, V. A., Patriarch Avvakum. Sein Leben und seine Tätigkeit. Biogr. Skizze. 3. Aufl. Petersburg 1913. 123 S.

Platonov, S., Drevne-russkija skazanija i pověsti o smutnom vremeni XVII. věka kak istoričeskij istočnik. — Altrussische Erzählungen und Sagen über die Zeit der Wirren im 17. Jahrh. als historische Quelle. 2. Aufl. Petersburg 1913. XXI u. 474 S.

Romanovskij, V. E., Smuta v Moskovskom gosudarstvě v načalě XVII. věka — Die Zeit der Wirren im Moskauer Staat im Anfang des 17. Jahrh. Moskau 1913. 111 S.

Staševskij, E., Očerki po istorii carstvovanija Michajla Feodoroviča. — Skizzen zur Geschichte der Regierung von Michajl Feodorovič. I. Staat und Gesellschaft in Moskau vom Anfang der Regierung Michajls bis zur Zeit des Smolensker Krieges. Kiev 1913.

Parvickij, N., K 300lětiju carstvovanija doma Romanovych. — Zur 300-Jahrfeier der Herrschaft der Romanovs. Erinnerungen aus der Vergangenheit. 2 Teile. Vladimir 1913.

Popov, M. J., Arsenij Macěevič i ego dělo. — A. Macěevič und sein Werk. Petersburg 1912. 591 + 81 S.

Uspenskij, A. J., Carskie ikonopiscy i živopiscy XVII. věka. — Carische Bild- und Porträtmaler des 17. Jahrh. Moskau 1913. 322 + 77 S.

Lichterman, A. J., Novonajdennye dokumenty otnosjaščiesja do pskovskoj istorii. — Neu gefundene Dokumente zur Geschichte von Pskov. Pskov 1912. 47 S.

Archangel'skij, A., Iz lekcij po istorii russkoj literatury. — Aus den Vorlesungen zur Geschichte der russischen Literatur. Die Literatur des Moskauer Staats. Kazań 1913.

IV. Peter der Große und die Nachfolger bis 1762.

Sobranie knig izdannych v carstvovanie Petra Velikago. — Sammlung der Bücher, die während der Regierung Peters des Großen erschienen. Bibliothek von A. V. Petrov. Petersburg 1913.

Gautier, J., Istorija oblastnago upravlenija v Rossii ot Petra I do Ekateriny II.— Geschichte der Bezirksverwaltung von Peter I. bis Katharina II. Teil I. Moskau 1913. 472 S.

V. Katharina II.

Senatskij Archiv XVII: Ukaze und Verordnungen der Kaiserin Katharina II. auf das J. 1765. Her. von J. A. Blinov. Petersburg 1913. VI u. 1095 S.

Piśma Vysočajšich Osob k grafině A. S. Protasovoj. — Briefe Allerhöchster Personen an die Gräfin A. S. Protasova. Her. vom Großfürsten Nikolaj Michajlovič. Petersburg 1913. 312 S.

Zagorovskij, E. A., Voennaja kolonizacija Novo-Rossii pri Potemkině. — Die Militärkolonisation Neurußlands unter Potemkin. Odessa 1913. 34 S.

Ščegolev, P. E., Istoričeskie etjudy: Radiščev, Raevskij, ženy dekabristov (die Frauen der Dekabristen) usw. Petersburg 1913. 441 S.

Zagorovskij, E. A., Vzaimootnošenija Zaporož'ja i russkoj pravitel'stvennoj vlasti vo vremenach Novoj Sěči.—Die Beziehungen zwischen Zaporože und der russ. Regierung in der Zeit der neuen Sěč. Odessa 1912. 23 S.

Materialy po istorii russkago masonstva XVIII. věka. — Materialien zur Geschichte der russ. Freimaurerei 18. Jahrh. Lfrg. I. Masonskie trudy J. V. Lopuchina. Moskau 1913. VI u. 61 u. 72 S.

VI. Rußland im 19. Jahrhundert.

*Pierling, P., L'Empereur Alexandre est-il mort Catholique? 2. Ausgabe. Paris 1913. 104 S.

Barjatinskij, Fürst V. V., Carstvenny Mistik. — Der kaiserliche Mystiker (Car Alexander I. — Fedor Kuźmič). 144 S.

Archiv Brat. Turgenevych. — Archiv der Brüder Turgenev. Lfrg. 3: Tagebuch von N. J. Turgenev 1811—1816, Teil II. Her. von E. Tarasov. Petersburg 1913.

Dokumenty otnosjaščiesja k istorii 1812 g. — Dokumente zur Geschichte des Jahres 1812. 14. Lfrg. Teil I: Sammlung hist. Materialien aus dem Archiv der Eigenen Kanzlei Sr. Kaiserl. Majestät. Her. von V. Stroev. Petersburg 1913.

Aglaimov, S., Otečestvennaja vojna 1812. — Der vaterländische Krieg 1812. Historische Materialien des Leibgarde-Regiments Semenov. Poltava 1913.

Borisevič, A., General ot kavalerii Nikolaj Nikolaevič Raevskij. — Hist.-biogr. Skizze. I. Petersburg 1912. 247 u. 62 S.

Koljubakin, V., Vojna 1812. — Der Krieg von 1812. Die Operationen und die Schlacht bei Borodino. II. Buch: Dokumente über die Gesamtoperationen. (Arbeiten der Kais. Russ. Militär-Histor. Gesellschaft VI.) Petersburg 1912.

Cholodkovskij, I., und Godlevskij, I., Numizmatičeskie pamjatniki Otečestvennoj vojny. — Münzdenkmäler des Vaterländischen Krieges. Beschreibung der Medaillen und Jetons 1812—1912. Mit Abbildungen. Petersburg 1912.

Vironovskij, V. M., Otečestvennaja vojna 1812 g. v predělach Smolenskoj gubernii. — Der Vaterländische Krieg im Gebiet des Gouvernements Smolensk. Petersburg 1912. 428 S.

Voenskij, K., Akty, Dokumenty i materialy dlja istorii 1812 goda. III. Teil: LIV u. 498 S. Petersburg 1912.

Ščegolev, P. E., Puškin. Skizzen. Petersburg 1912. 411 S.

Puškin i ego sovremenniki. — Puškin und seine Zeitgenossen. Materialien und Untersuchungen. Lfrg. XVI. (Ausgabe der Akademie der Wissenschaften.) Petersburg 1913. 177 u. V S.

Kotljarevskij, N., Literaturnyja napravlenija Aleksandrovskoj epochi. — Die literarischen Richtungen der Zeit Alexanders. 2. Bearbeitung. Petersburg 1913. 407 S.

Radlov, E. L., Vladimir Solovev. Leben und Lehre. Petersburg 1913. 286 S.

Trubeckoj, Evgenij, Fürst, Mirosozercanie Vl. S. Solovéva. — Die Welt-

anschauung Vl. S. Solovėvs. — Bd. I. Der Weg. Moskau. XVI u. 631 S.

*Schiemann, Theodor, Geschichte Rußlands unter Kaiser Nikolaus I. Bd. III: Kaiser Nikolaus im Kampf mit Polen und im Gegensatz zu England und Frankreich 1830—1840. Berlin 1913. X u. 516 S.

Bogučarskij, V., Aktivnoe narodničestvo semidesjatych godov. — Das aktive „ins Volk gehen" der 70er Jahre. Moskau 1912. 383 S.

Čechov, N. V., Narodnoe obrazovanie v Rossij s 60-ch godov v. — Die Volksbildung in Rußland seit den 60er Jahren des Jahrh. Moskau 1912. 224 S.

Pažitnov, K. A., Gorodskoe i zemskoe samoupravlenie. — Die städtische und landschaftliche Selbstverwaltung. Die großen Reformen der sechziger Jahre in Vergangenheit und Gegenwart. Petersburg 1913. 114 S.

Semenov-Tjan-Šanskij, P. P., Epocha osvoboždenija krest'jan v Rossij (1857—1681 gg.) v vospominanijach. — Die Zeit der Bauernbefreiung in Rußland in Erinnerungen. II. Teil. VII u. 618 S. Petersburg 1913.

Kovalevskij, P. J., Aleksander III. Cař — Nacionalist. Petersburg 1912.

Skobelev, M. D., Prikazy Generala Skobeleva. — Die Befehle des Generals Skobelev. 1876—1882. 2. Aufl. Petersburg 1913. 172 S.

Pypin, A. N., Panslavism v prošlom i nastojaščem (1878). — Der Panslavismus in Vergangenheit und Gegenwart. Mit Vorrede und Anmerkungen von V. V. Vodovozov 1913. V u. 189 S.

Pažitov, K. A., Razvitie socialističeskich idej v Rossii. — Die Entwicklung der sozialistischen Ideen in Rußland. I. Chaŕkov 1913. 273 S.

De Vollan, Gr., Istorija obščestvennych i revoljucionnych dviženij v svjazi s kul'turnym razvitiem Russkago Gosudarstva. — Geschichte der sozialen und revolutionären Bewegungen im Zusammenhang mit der kulturellen Entwicklung des russ. Staates. I. 1. Petersburg 1913. 594 S.

Čaadaev, P. J., Sočinenija i piśma. — Werke und Briefe. Her. von M. Geršenson. I. Moskau 1913. VII u. 440 S.

Černyševskij v Sibiri (1876—1878). — Korrespondenz mit den Verwandten. II. Petersburg 1913. XLVIII u. 221 S.

Skalon, D., Moi vospominanija 1877/78. — Meine Erinnerungen 1877/78. I. Teil. Petersburg 1913. 400 S.

*Kasso, L. A., Rossija na Dunaě i obrazovanie Bessarabskoj oblasti. — Rußland an der Donau und die Bildung des Gebiets Bessarabien. Moskau 1913. 230 S.

Esadze, B., Lětopiś Gruzii. — Chronik von Grusien. Jubiläumssammlung zur 300jährigen Herrschaft des Hauses Romanov, der mächtigen Beschützer des grusinischen Volkes. Lfrg. I. Tiflis 1913.

VII. Rußland im 20. Jahrhundert.

Boevaja rabota russkoj armii v vojnu 1904/05. — Die Kriegstätigkeit der russischen Armee im Kriege 1904/05. I. Teil. Her. von Fürst Abamelek-Lazarev. Petersburg 1912.

Smirnov, M., Cušima. (Die Niederlage im Koreanischen Sund 14. und 15. Mai 1905.) Petersburg 1913.

Sovremennoe Chozjajstvo goroda Moskvy. — Die gegenwärtige Wirtschaft der Stadt Moskau. Her. von J. A. Verner. Moskau 1913.

VIII. Ukraine.

*Hruševskii, M., Istorija Ukraini-Rusi. VIII, 1 (1626—1638). Kiev u. Lemberg 1913. 315 S.

Bagalěj, D. I., Očerki iz russkoj istorii. — Skizzen aus der russischen Geschichte. II.: Monographien und Aufsätze zur Geschichte der Slobodskaja Ukraina. Chaŕkov 1913. 374 S.

*Pisannja Markijana Šaškeviča. — Schriften von M. Šaškevič. Her. von M. Vozujak. (Magazin der philologischen Sektion der Ševčenko-Gesellschaft XIV.) Lemberg 1912. XXIV u. 294 S.

IX. Baltische Provinzen.

X. Finnland.

Historiallinen Arkisto, toimittanut Suomen Historiallinen Seura, XXIII, 1 ja 2. — Historisches Archiv, her. von der Historischen Gesellschaft in Finnland, XXIII, 1 und 2. Helsingfors 1912, 1913. 586 u. 262 S.

Historiallisia Tutkimuksia. J. R. Danielson-Kalmarin täyttäessä 60 vuotta julkaisseet Työtoverit ja oppilaat. — Historische Studien, J. R. Danielson-Kalmari zum 60. Geburtstage dargebracht von Mitarbeitern und Schülern. Helsingfors 1913. 385 S.

Suomalaisen Tiedeakatemian esitelmät ja pöytäkirjat 1912, II, 1912, I. — Vorträge und Protokolle der Finnischen Akademie der Wissenschaften, 1912, II, 1912, I. Helsingfors 1912. 134 u. 69 S.

Suomen Kirkkohistoriallinen Seuran pöytäkirjat liitteineen 1909—1910. — Protokolle der Kirchengeschichtlichen Gesellschaft in Finnland, nebst Beigaben, 1909—1910. Jyväskylä 1912. 213 S.

Suomen Kirkkohistoriallisen Seuran Vuosikirja I. 1911. — Jahrbuch der Kirchengeschichtlichen Gesellschaft in Finnland I. 1911. St. Michel 1912. 360 S.

Svenska Litteratursällskapets i Finland Förhandlingar och uppsatser. 26. 1912. — Verhandlungen und Aufsätze der Schwedischen Literaturgesellschaft in Finnland. 26. 1912. Helsingfors 1913. LXXXVII u. 368 S.

Kai Donner, Bibliographia ostrobotniensis. Luettelo Pohjanmaata ja Suomen Lappia sekä pohjalaisia henkilöitä ja sukuja käsittelevästä kirjallisuudesta. — Verzeichnis der Literatur über Österbotten und Finnisch-Lappland sowie über österbottnische Persönlichkeiten und Familien. Helsingfors 1912. XV u. 256 S.

Österbladh, Kaarlo, Turun Tuomiokapitulinarkiston luettelo. — Katalog des Åboer Domkapitel-Archivs. Åbo 1911. XXVIII u. 128 S.

Grotenfelt, Kustavi, Acta historica fennica. Suomenkielisiä historiallisia asiakirjoja Ruotsin vallan ajalta 1548—1809. — A. h. f. Finnisch-

sprachige historische Dokumente aus der Zeit der schwedischen Herrschaft von 1548—1809. Helsingfors 1912. XXIV u. 409 S.

Consistorii Academici Aboensis Protokoll. IV. 1671—1679. Helsingfors 1912. 550 S.

Hausen, Reinh., Bidrag till Finlands historia. I tryck utgifna af Finlands Statsarkiv. IV. — Beiträge zur Geschichte Finnlands. In Druck gegeben aus dem Staatsarchiv Finnlands. Helsingfors 1912. 550 S.

Fellman, Isak, Documenta historica. Handlingar och uppsatser angående Finska Lappmarken och lapparna. I—III. — D. h. Urkunden und Aufsätze über Finnisch-Lappland und die Lappen. I—III. Helsingfors 1910—1913. 542, 472 S.

Ramsay, Jully, Frälsesläkter i Finland intill Stora ofreden. — Die adligen Familien Finnlands bis zum Nordischen Kriege. Helsingfors 1911. 294 S.

Wilskman, Atle, Släktbok I, 1. — Familienbuch I, 1. Helsingfors 1912. 156 S.

Väinö Voionmaa, Suomalaisia keskiajan tutkimuksia. Veroja, laitoksia, virkamiehiä. — Untersuchungen über das mittelalterliche Finnland. Abgaben, Institutionen, Beamte. Helsingfors 1912. VIII u. 373 S.

Nordenstreng, Sigurd, Fredrikshamns historia I—III. — Geschichte der Stadt Fredrikshamn I—III. Fredrikshamn 1912. XIX u. 1003 S.

Laitinen, A. A. A., Michael Wexonius-Gyldenstolpe. Helsingfors 1912. VIII u. 306 S.

Simolin, Albin, Petrus Bång, en biografisk studie. — P. B., eine biographische Studie. Helsingfors 1912. 259 S.

Suolahti, Gunnar, Suomen pappilat 1700-luvulla. — Die Pfarrhäuser Finnlands im 18. Jahrhundert. Borgå 1912. IV u. 243 S.

Schaumann, Georg, Kulturhistoriska och andra uppsatser. — Kulturgeschichtliche und andere Aufsätze. Helsingfors 1912. VIII u. 307 S.

Hultin, Arvid, Gustaf Filip Creutz. Hans levnad och vittra skrifter. — G. F. C. Sein Leben und seine schöngeistigen Schriften. Helsingfors 1913. IX, 383 u. 117 S.

Mickwitz, A., De finska deputationerna vid riksdagen 1742—43 och Finska ekonomiekommissionen 1743-46. — Die finnischen Deputationen an den Reichstag von 1742—43 und die Finnische Ökonomiekommission von 1743—46. Helsingfors 1912. IV u. 182 S.

Lagus, Ernst, Bref från Henrik Gabriel Porthan till samtida. Del 2., supplementband. — Briefe H. G. Porthans an Zeitgenossen. 2. Teil, Supplementband. Helsingfors 1912. VIII u. 131 S.

v. Bonsdorff, Carl, Åbo Åkademi och dess män 1808—1828. I. — Die Åboer Akademie und ihre Männer von 1808—1828. I. Helsingfors 1912. X u. 701 S.

Bergholm, Axel, Keisarillisen Suomen Hallituskonseljin ja Senaatin puheenjohtajat, jäsenet ja virkamiehet 1809—1909. Biografisia tietoja. — Die Präsidenten, Mitglieder und Beamten des Kaiserlichen Regierungsconseils und des Kaiserlichen Senats für Finnland

in den Jahren 1809—1909. Biographische Angaben. Borgå 1912. IV u. 440 S.

Gripenberg, G. A., Finska kadettkåren och dess kamratskap. — Das finnische Kadettenkorps und seine Kameradschaft. Helsingfors 1912. XVI u. 437 S.

Schulman, Hugo & Sigurd Nordenstreng, Finska kadettkårens elever och tjänstemän. Biografiska anteckningar 1812—1912. — Die Schüler und Beamten des finnischen Kadettenkorps. Biographische Aufzeichnungen 1812—1912. Helsingfors 1912. V u. 681 S.

Heinricius, G., Anteckningar om Immanuel Ilmoni enligt bref och dagböcker. — Aufzeichnungen über I. Ilmoni nach Briefen und Tagebüchern. Helsingfors 1912. XVI u. 330 S.

Hytönen, Viljo, Suomen valtion paloviina-politiikka vv. 1826—1866. — Die Branntweinpolitik des finnischen Staates in den Jahren 1826—1866. Helsingfors 1912. VII u. 243 S.

Rosendal, M., Suomen heränneisyyden historia XIX: llä vuosisadalla. Kolmas osa, edellinen vihko. — Geschichte des Pietismus in Finnland im 19. Jahrhundert. Dritter Teil, erstes Heft. Uleåborg 1912. VIII u. 330 S.

Aspelin-Haapkylä, Eliel, Muoto- ja Muistikuvia II. — Porträts und Erinnerungsbilder II. Helsingfors 1912. 317 S.

Forsman, Jaakko, Mistä syystä sosialismi levisi Suomen maalaisväestön keskuuteen. — Warum sich der Sozialismus in der finnischen Landbevölkerung verbreitete. Helsingfors 1912. 52 S.

*Lehtonen, U. L., Ruotsi Tienhaarassa Syksyllä 1807. Helsingfors 1913 50 S.

Kallio, O. A., Uudempi suomalainen kirjallisuus. Jälkimäinen osa. Myöhempi eli murrosten aika. — Die neuere finnische Literatur. Zweiter Teil. Die jüngere Zeit oder die Zeit des Übergangs. Borgå 1912. 230 S.

Öhqvist, Johannes. Suomen taiteen historia. — Geschichte der finnischen Kunst. Helsingfors 1912. VIII u. 668 S.

XI. Polen-Litauen. Allgemeines und Zeit bis 1572.

Lewicki, A., Zarys historyi polskiej aż do najnowszych czasów. — Abriß der polnischen Geschichte bis zu den neuesten Zeiten. 5. Aufl. Warschau 1913. 2 + 539 + 11 S.

Opisanie děl chranjaščichsja v Varšavskom glavnom archivě drevnich aktov. — Sachbeschreibung der im Warschauer Hauptarchiv aufbewahrten alten Akten. I.: Privilegien- und Verordnungsbücher der polnischen Kronkanzlei und Akten einiger anderer Kroninstanzen des XV.—XVIII. Jahrhunderts. Warschau 1912. IV + 330 + II S.

Summaria. Matricularum regni Poloniae ... excussis codicibus qui in Chartophylacio Maximo Varsoviensi asservantur contexuit indicesque adiecit Th. Wierzbowski. I./IV. Sigismundi I regis tempora complectens (1507—1548). Vol. 2: Acta vicecancellariorum 1507—1535. Warschau 1912. 476 S.

Archiwum Komisyi prawniczej IX. Krakau 1913. 348 S. Enthält: H. Kutrzeba, Materyały do dziejów robocizny w Polsce w XVI. wieku; ders., Cautelae quaedam in jure terrestri tentae et observatae; ders., Prawa, przywileje, statuty, i lauda księstw oświęcimskiego i zatorskiego.

Monumenta juris cura praepositorum chartophylacio Maximo Varsoviensi edita. Vol. I: Manuscriptorum, quae in chartophylacio maximo Varsoviensi asservantur tabulae analyticae. Tomus I. Libri privilegiorum et sententiarum in regni Poloniae cancellaria perscripti actorumque fasciculi in aliis quibusdam subselliis compositi ss. XV—XVIII. Warschau 1912. IV u. 329 S.

Boniecki, A. i A. bar. Reiski, Herbarz polski. XV, Lfrg. 4 (S. 121—160): Lutomierscy-Łagunowie.

Sochaniewicz, Stefan. Archiwum krajowe aktów grodskich i ziemskich we Lwowie. — Das Landesarchiv der Grod- und Landgerichtsakten in Lemberg. Lemberg 1913.

Przywileje królewskiego miasta stołecznego starej Warszawy 1376—1772. — Die Privilegien der alten kgl. Residenzstadt Warschau 1376—1772 Her. von T. Wierzbowski. Warschau 1913. XXXII u. 186 S.

Mościcki, H., Dzieje porozbiorowe Litwy i Rusi. Vil'na 1912. Lfrg. 13. S. 385—416.

*Kantak, K., Dzieje koscioła Polskiego. I. Wiek X. XI. XII. Początki metropolii polskiej. — Geschichte der polnischen Kirche I. X., XI., XII. Jahrh. Anfänge des Polnischen Erzbistums. Danzig und Posen 1912. 292 S.

*Hanisch, E., Zur Geschichte der Sárospataker altpolnischen Bibelhandschrift. (S.-A. aus der Festschrift für A. Hillebrandt.) 23 S.

Dembiński, Bronisław, Z dziejów i życia narodu. — Aus Geschichte und Leben des Volkes. Lemberg 1913. 462 S. (Eine Sammlung von historischen Studien, Aufsätzen und Vorträgen. Enthält u. a.: Stan nauki historycznej w XIX w. — Szujski i jego synteza dziejów. — Vico i jego metoda historyczna. — Albert Sorel. — Xawer Liske usw.)

Kraushar, A., W sprawie fundacyi naukowej Towarzystwa imienia Józefa Aleksandra Jabłonowskiego wojewody nowogrodskiego w Lipsku 1774—1911. — In der Angelegenheit der Fürstlich Jablonowskischen Gesellschaft der Wissenschaften in Leipzig. Warschau 1912.

Koneczny, Feliks, Słowianoznawstwo a słowianofilstwo. Przemówienie na założeniu Towarzystwa słowiańskiego w Krakowie. — Slavenkunde und Slavophilentum. Rede bei der Gründung der slav. Gesellschaft in Krakau. Krakau 1913.

Jabłonowski, Wład., Dwie kultury. — Zwei Kulturbereiche, darin u. a. Verhältnis der Dekabristen zu Polen. Warschau 1913. 320 S.

Gawroński-Rawita, Fr., Zakon OO. Dominikanów w Kijowie. Szkic historyczny. — Histor. Skizze über den Dominikaner-Orden in Kiev. Kiev 1913.

Frank, Józef, Pamiętniki. — Denkwürdigkeiten des Professors an der

Universität Wilna. Bd. 1 und 2. Hrsg. von Wł. Zahorski. Wilna 1913.

Chlebowski, Bronisław, Znaczenie Szkoły głównej warszawskiej w dziejach nauki polskiej. Odcyt. — Bedeutung der Warschauer Hochschule in der Geschichte der poln. Wissenschaft. Vortrag. Warschau 1912.

Bałaban, Dzieje żydów w Krakowie i na Kazimierzu 1304—1868. I. 1304—1655. — Die Geschichte der Juden in Krakau. Bd. I 1304—1655. Krakau 1913. XXIV, 471 S.

XII. Polen bis 1795.

Pärnänen, J. A., Sigismond Vasa et la succession au trône de Suède 1592—1594. Genf 1912. VIII u. 207 S.

*Kolankowski, L., Zygmunt August, Wielki Książę, Litwy do roku 1548. — Siegmund August, Großfürst von Litauen bis z. Jahre 1548. (Archiwum naukowe her. von der Gesellschaft zur Unterstützung der polnischen Wissenschaft I, 7 Lfrg. 1.) Lemberg 1913. 418 S. mit 3 Tafeln u. 10 Karten.)

Kieszkowski, Jerzy, Kanclerz Krzysztof Szydłowiecki. Z dziejów kultury i sztuki Zygmuntowskich czasów. — Der Kanzler Szydłowiecki. Zur Geschichte der Kultur und Kunst der ersten Hälfte des 16. Jahrh. in Polen. Mit 160 Textbildern, 56 Einzeltaf., 5 Doppeltaf., 4 farb. Taf. Band I: XXXVI, 314 S., Band II: S. 315—930. Posen 1912.

Sobieski, W., Pamiętny sejm (Der denkwürdige Reichstag) 1606. Warschau 1913. III u. 253 S.

Słąski, Bolesław, Lustracya starostwa Puckiego z v. 1664. — Lustration der Starostei Putzig. Thorn 1913.

Dyaryusze sejmowe z wieku XVIII. Bd. II: Dyaryusz sejmu z r. 1746. Her. von W. Konopczyński. Warschau 1912. XV u. 326 S.

Skarga, Piotva... Kazania i pisma co najprzedniejsze. — Skargas vorzüglichste Predigten und Briefe. Her. von O. Gomulicki. Warschau 1913. XIV u. 428 S.

Silnicki, T., Prawo elekcyi królów w dobie Jagiellonskiej. — Das Recht der Königswahl zur Zeit der Jagiellonen. Lemberg 1913. 124 S.

XIII. Polen im 19. Jahrhundert.

Bukar, S., Pamiętniki z końca XVIII i pocz. w. XIX. — Erinnerungen aus dem Ende des 18. und Anfang des 19. Jahrhunderts. Warschau 1913. 152 S.

Stępowski, M., Pożegnanie księcia Józefa z Krakowem. — Der Abschied des Fürsten Josef (Poniatowski 8. Mai 1813) von Krakau. Historische Skizze. Krakau 1913.

Kraushar, A., Miscellanea historyczne. LIV. Senator Nowosilcow i cenzura za Królestwa kongresowego 1819—1829. Ze źródeł archiwalnych. — Senator Novosilcov und die Zensur in Kongreßpolen 1819—29. Nach archival. Quellen. Krakau 1913.

*Frejlich, J., Legion Jenerała Józefa Bema w walce o sukcesyę Portugalską.

— Die Legion des Generals Josef Bem im Kampf um die Sukzession Portugals. Warschau 1912. 120 S.

Iwaszkiewicz, J., Litwa w roku 1812. Krakau 1912. XIV u. 440 S. (Monographien zur neueren Geschichte, her. von S. Askenazy.)

Fedorowicz, W., Franz IV., Erzherzog von Österreich-Este, Herzog von Modena und die polnische adelige Gesellschaft in Krakau im J. 1809. Wien 1912. 44 S.

Giedroyć, Fr., Rada lekarska Księstwa Warszawskiego i Królewstwa Polskiego 1809—1867. — Der Sanitätsrat des Großherzogtums Warschau und Königreichs Polen 1809—1867. Warschau 1913. X u. 766 S.

Kowalski, Franciszek, Wspomnienia (1819—1823). 2. Aufl. Her. von H. Ułaszyn. Warschau u. Kiev 1912. XXII u. 432 S.

Limanowski, B., Historya ruchu rewolucyjnego w Polsce w 1846 r. — Geschichte der revolutionären Bewegung in Polen 1846. Krakau 1913. 266 S.

Kraushar, Alexander, Miscellanea archiwalne III. Memorabilia z czasów powstania listopadowego 1830—1831. I. Erinnerungen aus dem November-Aufstand. Warschau 1913. 250 S.

Smolka, Franciszek, Dziennik .... 1848/49 w listach do żony. — Tagebuch 1848/49 in Briefen an seine Frau. Her. mit Briefen Fr. Smolkas aus den Jahren 1841—48 und vielen Dokumenten aus seinen Papieren von St. Smolka. Warschau 1913. LXI u. 369 S.

Sokolowski, A., Powstanie styczniowe 1863—64. — Der Januar-Aufstand 1863—64. Wien 1913. 344 S.

Pamiętniki Jenerała Antoniego Jeziorańskiego. Powstanie 1863. — Erinnerungen des Generals Jeziorański. Aufstand von 1863. 2. Aufl. Lemberg 1913. 2 Bde. 267 u. 314 S.

Stella-Sawicki, Jan, Galicya w powstaniu styczniowem. — Galizien im Januar-Aufstand. 2. Aufl. Lemberg 1913. 195 S.

Medyński, Aleksander, W półwiekową rocznicę. — Zum halbhundertjährigen Gedenktag. (Kurze Biographien von galizischen Teilnehmern am Aufstande v. 1863.) Tarnopol 1913. 88 S.

Łoziński, Bronisław, Szkice z historyi Galicyi w XIX wieku. — Skizzen zur Geschichte Galiziens im 19. Jahrh. Mit Vorrede und unter Leitung von W. Tokarz, her. von Walery Łoziński. Lemberg 1913. XXII u. 436 S.

Horodyski, Wl., Bronisław Trentowski 1808—1869. Krakau 1913. XII u. 532 S.

Chrapowicki, W., Krótki opis topograficzny i statystyczny Królestwa Polskiego. — Kurze topographische und statistische Beschreibung des Königreichs Polen. Warschau 1913.

Dembiński, Bronisław. Polska na przełomie. — Polen am Wendepunkt. Lemberg 1913. XIV, 575 S.

XIV. Deutscher Osten.

Ohnesorge, W., Ausbreitung und Ende der Slawen zwischen Niederelbe und Oder. Ein Beitrag zur Geschichte der Wendenkriege, zur Cha-

rakteristik Helmolts und zur historischen Topographie und Namenskunde Nordelbingiens. Lübeck 1911. (S.-A. aus Zeitschrift des Vereins für Lübeckische Geschichte und Altertumskunde. XII u. XIII.)

Lemmens, Geschichte der Franziskaner-Custodie Livland-Preußen. Düsseldorf 1913.

Lemmens, Urkundenbuch der alten sächsischen Franziskaner-Provinz. I.: Custodie Livland-Preußen. Düsseldorf 1913.

Bogusławski, Edward, Dowody autochtonizmu Słowian na przestrzeni. zajmowanej przez nich w wiekach średnich. — Beweise für die Autochthonie der Slaven in den von ihnen im Mittelalter eingenommenen Gebieten. Warschau 1912.

Karge, F., Über die mittelalterliche Verfassung der osteuropäischen Kolonialstädte: Posen, Krakau, Lemberg, Breslau, Liegnitz. Diss. Halle-Wittenberg 1912.

Czaplewski, P., Wykaz ofizyałów gdańskich i pomorskich od 1467—1824 v. — Verzeichnis der Danziger und Pommerschen Offizialen 1467—1824. Thorn 1912. 128 S.

XV. Böhmen, Mähren, Ungarn, Österreich.

*Bretholz, B., Zur Geschichte des mährischen Archivwesens (Entwicklung. Zustand, Aufgaben). 24 S. (S.-A. aus „Mitteilungen des K. K. Archivrats“ I, 1. 1913.)

*Divéky, A., Az 1494 Évi Löcsei Fejedelmi Kongresszus. — Der Lentschauer Königliche Kongreß 1494. Lentschau (Lösce) 1913. 19 S.

*Wertheimer, E. von, Graf Julius Andrássy und seine Zeit. II.: Bis zur geheimen Konvention vom 15. Januar 1877. XX u. 420 S. III.: Letzte Lebensjahre. Charakteristik Andrássys. XIV u. 373 S. Stuttgart 1913.

XVI. Südslaven und Balkanstaaten.

Mamontov, N., S bolgarskimi vojskami ot Balkan do Čataldža. Moskau 1913.

Belič, A., Serby i Bolgary v Balkanskom sojuzě. — Serben und Bulgaren im Balkanbund. Mit 5 Karten. Petersburg 1913.

Jakmič, D. N., Iz cerkovnoj istorii pravoslavnych Serbov konca XVII. věka. — Aus der Kirchengeschichte der rechtgläubigen Serben Ende des 17. Jahrhunderts. Der Übergang der rechtgläubigen Serben aus der Türkei nach Österreich-Ungarn 1690 unter Leitung des Patriarchen von Pečsk, Arsenij III. Černoevič. Prag 1913. XXXV u. 216 S.

XVII. Hilfswissenschaften und Werke der slavischen Geschichtschreibung über Westeuropa.

Lappo-Danilevskij, A. S., Metodologija istorii. Lfrg. 2 (S. 292—799). Petersburg 1913.

A. Lappo-Danilewski berichtet im „Bulletin der kaiserlich russischen Akademie der Wissenschaften, 1913“ S. 221—224 über die Arbeiten für den „Sbornik der Urkunden des früheren Ökonomie-Kollegiums“, in 1912. Von dem „Sbornik“, d. h. den Urkunden von Dvinsk, haben die Presse verlassen jetzt 11 Blatt. Dafür sind Register der Personen- und geographischen Namen zusammengestellt worden. Im Zusammenhang damit standen kartographische Untersuchungen von P. L. Maštakow. Die Durchsicht des weiteren Materials im Moskauer Archiv wurde fortgesetzt. Bisher sind aufgezeichnet 2994 Akten. Eine Instruktion über die Herausgabe der Urkunden wurde vom Leiter der Publikation, eben Lappo-Danilewski, entworfen und gedruckt. O. H.

Die „Nachrichten des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten“ (Isvěstija Ministerstva Innostrannych Děl), II, 1913, 1, bringen S. 117—134 eine Biographie des am 21. Dezember 1912 verstorbenen Moskauer Völkerrechtslehrers, Grafen L. A. Komarowski, mit einem Verzeichnis seiner Arbeiten von Professor A. S. Jaščenko in Dorpat. O. H.

Zur Fortsetzung des „Livländischen Urkundenbuches“ hat, da die Städte Reval und Libau die früher gezahlte Unterstützung nicht mehr gewähren, eine ungenannte Dame jetzt zum sechsten Male 500 Rubel gestiftet. Die Unterstützungen für das Urkundenbuch werden außerdem von den drei Ritterschaften und von den Städten Riga, Dorpat, Mitau und Pernau gezahlt. O. H.

Die Kaiserl. Akademie der Wissenschaften in Krakau hat in diesem Jahr das Legat des in Amerika ansässig gewesenen Erazm Jerzmanowski im Betrage von 1 200 000 Kronen effektiv angetreten, das zur Belohnung hervorragender wissenschaftlicher und humanitärer Leistungen verwandt werden soll. Der verstorbene Senator Bolesław Maleszewski, Direktor im Finanzministerium in Petersburg, hat der Krakauer Akademie einen Betrag von 1 500 000 Kronen testamentarisch vermacht. Fürst Adam Czartoryski hat der Akademie für die Bedürfnisse der „Polnischen Bibliothek“ in Paris 25 000 Kronen überwiesen. J. P.

Der Heraldische Verein (Towarzystwo Heraldyczne) in Lemberg hielt am 15. Februar 1913 seine Hauptversammlung ab, in der Prof. Dr. W. Semkowicz über „Das Geschlecht Abdank im Mittelalter“ sprach. Der Vortragende behandelte die Genealogie und die Verbreitung des Geschlechts in Polen seit der Mitte des 11. Jahrhunderts. Der Verein zählt 178 Mitglieder. Sein Organ ist die Monatschrift „Miesięcznik Heraldyczny“. Der dritte Band des Jahrbuchs (Rocznik) des Vereins für 1911/12 erscheint in diesem Jahr. In den Vorstand wurde an Stelle des verstorbenen Vorstandsmitgliedes Zygmunt Dunin-Kozicki Dr. A. Prochaska gewählt. C.

Der verstorbene Geistliche Prof. Dr. Thaddäus Trzcinski in Wulkow hat der Universität Krakau 3500 M. vermacht. Die Zinsen dieser Summe sollen alle 5 Jahre zu Preisen für Arbeiten aus dem Gebiet

der polnischen Kirchengeschichte verwandt werden. Prof. Dr. Trzcinski hat ferner dem Verein der Freunde der Wissenschaften in Posen 2000 M. vermacht. C.

Der Krakauer Wohltätigkeitsverein (Towarzystwo Dobroczynności) hat dem Archiv alter Akten der Stadt Krakau (Archiwum aktów dawnych m. Krakowa) als ewiges Deposit sein Archiv übergeben, das aus 118 Büchern und Faszikeln aus den Jahren 1530—1820 und fünf Pergamenturkunden aus den Jahren 1536—1668 besteht. Diese Akten enthalten Materialien zur Geschichte zahlreicher Krakauer Krankenhäuser. Das Archiv alter Akten wird im nächsten Jahr in das alte Königsschloß auf dem Wawel übergeführt werden. Es besitzt u. a. eine große Sammlung von Depositen der Krakauer Innungen. C.

Die Gesellschaft für Kriegsgeschichte (Voenno-istoričeskoe obščestvo) in Petersburg hielt am 11. März eine Festsitzung anläßlich des Romanov-Jubiläums ab, in der Professor S. F. Platonov einen Vortrag über „Das Jahr 1613 im Moskauschen Reich" hielt. Nach ihm sprachen Professor A. K. Baiov und Professor A. G. Elčaninov, letzterer über die Kaiser aus dem Hause Romanov als oberste Kriegsherren. Der Sitzung wohnte Herzog Georgij Nikolaevič von Leuchtenberg bei. C.

Der Verein zur Förderung der polnischen Wissenschaft (Towarzystwo popierania nauki polskiej) in Lemberg zählte Ende 1911 1148 Mitglieder, im Jahre 1912 gingen 147 Mitglieder ab und kamen 120 hinzu, mithin betrug die Mitgliederzahl am Schluß des vorigen Jahres 1121. Der Verein veröffentlichte 1912 fünf Arbeiten, darunter zwei rechtsgeschichtliche von O. Balzer und P. Dąbkowski, eine kunsthistorische und „Przyczynki do historyi kultury Krakowa w pierwszej połowie XVII wieku" von St. Tomkowicz. C.

Die Historische Gesellschaft (Towarzystwo historyczne) in Lemberg zählte im vorigen Jahre 315 Mitglieder, eine seit dem Bestehen der Gesellschaft noch nie erreichte Ziffer. Im vergangenen Jahr traten ihr 70 neue Mitglieder bei. Mehr als die Hälfte von ihnen ist in Krakau ansässig. Die von der Gesellschaft herausgegebene Zeitschrift „Kwartalnik historyczny" hatte 1912 174 Abonnenten. C.

In Petersburg fand am 12./25. Mai die Promotion des Privatdozenten an der dortigen Universität Prof. L. P. Karsavin zum Magister der allgemeinen Geschichte statt. Die Dissertation Karsavins behandelt das religiöse Leben in Italien im XII. und XIII. Jahrhundert und ist betitelt „Očerki religioznoj žizni v Italii XII—XIII věkov". Offizielle Opponenten waren die Professoren Karěev und Grevs. C.

Der Lehrstuhl für russische Geschichte an der Universität Kiev ist unbesetzt. Die Fakultät fordert Historiker, die Doktoren oder Magister der russischen Geschichte sind, auf, sich um das Amt zu bewerben. C.

Das Moskauer Archiv des Justizministeriums hat nach zweijährigen Vorarbeiten im April den Druck eines sehr umfangreichen Werkes be-

gonnen, in welchem alle Besitzungen des Hauses Romanov, deren Zahl 3000 beträgt, verzeichnet werden sollen. C.

Der außerordentliche Professor für polnische Geschichte Dr. St. Zakrzewski in Lemberg ist zum ordentlichen Professor ernannt worden.

Zu den verschiedenen Einrichtungen, die für das Studium Rußlands in England schon länger bestehen, ist 1912 eine neue getreten, in der „School of Russian Studies" an der Universität Liverpool. Dieses Institut ist als ein Teil der Universität begründet, hat einen mehrjährigen Kursus und bei ihm können die Universitäts-„degrees" in der bei jeder englischen Universität üblichen Weise erworben werden. Es besteht aus fünf Professuren für Sprache und Literatur, Geschichte, Staatsrecht, Volkswirtschaft, Ethnographie, hat daneben 200 Übersetzer, eine Bibliothek von 4000 Bänden, Stipendien für Studienreisen in Rußland und eine Vermittlungsstelle für Lehrerposten in Rußland zugunsten englischer Studenten, wie es sich auch der Förderung der russischen Sprache in England selbst sehr annimmt. Manchester, University of London und City of London College.) Das Institut hat ferner einen Verwaltungsrat, in dem die treibende Kraft Sir Donald Mackenzie Wallace ist, der Verfasser des bekannten Buches „Russia", der wohl die ganze Gründung angeregt hat; der Präsident ist der Earl of Derby. Außerdem sind in dem Verwaltungsrat Professoren und einflußreiche Publizisten; er hat korrespondierende Mitglieder in Rußland, von denen Vinogradov, Struve, Kovalevskij, Ljubavskij (gegenwärtig Rektor der Moskauer Universität) und der frühere Dumapräsident Chomjakov genannt seien. Auch hat sich dieses Institut schon ein Organ geschaffen in der Monatsschrift „The Russian Review", deren 1. Jahrgang vorliegt und deren Mitarbeiter die geistig hochstehendsten Russen der verschiedensten Richtungen sind. Über die für unsere Zeitschrift wichtigen Aufsätze darin wird in der Zeitschriftenschau regelmäßig berichtet.

O. H.

c) Notizen.

Im Sommer 1915 werden in Rußland Alexander Herzens sämtliche Werke und Briefe erscheinen. Diese erste vollständige Ausgabe, die schon seit mehreren Jahren von M. K. Lemke vorbereitet wird, soll den gesamten schriftlichen Nachlaß Herzens, soweit es die Zensurverhältnisse irgend zulassen, aufnehmen und mit ausführlichem Kommentar versehen werden. Die Erben Herzens richten daher an alle Personen und Institute, in deren Besitz sich Handschriften Herzens oder anderes, auf ihn bezügliches (wenn auch nur bibliographisches) Material befindet, die inständige Bitte, es zur Kenntnis des Herausgebers (M. K. Lemke, St. Petersburg, Srednij prosp. 47) zu bringen. L. L.

Bar. N. N. Wrangell, dessen 1909 in Petersburg erschienene „Miniatur in Rußland" (aus dem Oktoberheft 1909 der „Starye Gody")

zu den bibliographischen Seltenheiten gehört, bereitet zum Druck eine reich illustrierte „Geschichte der Miniatur in Rußland" (russisch) vor.
L. L.

Professor S. A. Vengerov meldet eine Neuausgabe seines (russischen) „Kritisch-biographischen Wörterbuchs russischer Schriftsteller und Gelehrten" an und ersucht literarisch und wissenschaftlich tätige Personen um Zusendung genauer autobiographischer und bibliographischer Angaben (St. Petersburg, Zagorodnyj 21). L. L.

Ein tragisches Mißgeschick hat den Moskauer Bibliographen Bitovt getroffen, der seit 20 Jahren an einer „Russischen Bibliographie" sämtlicher in Rußland seit 1708 bis zur Gegenwart gedruckten Bücher arbeitet. Nachdem sich die Akademie der Wissenschaften erst kürzlich bereit erklärt hatte, dieses gewaltige Werk zu drucken, ist bei einem plötzlichen Brande, nebst einer wertvollen Büchersammlung, auch das unschätzbare, auf 15 bis 20 starke Bände berechnete bibliographische Material zugrunde gegangen. Wie verlautet, hegt B. die Hoffnung, falls ihm die Akademie ihre Unterstützung nicht versagen wird, die ersten Bände, deren Drucklegung schon Ende dieses Jahres beginnen sollte, in wenigen Jahren wiederherzustellen. L. L.

Joseph Białynia Chołodecki veröffentlicht eine im Januar 1913 geschriebene Broschüre „Kilka słów o popularnej pracy p. Franziska Rawity Gawronskiego Walka o wolność w r. 1863" (Lemberg, Selbstverl. 1913, 15 S. 8⁰), worin er die vom Komitee für die Jubiläumsfeier des Aufstandes von 1863 preisgekrönte und verlegte Broschüre Gawrońskis (145 S. mit 51 Abbildungen, d. h. etwa 108 Seiten Text) kritisiert. Er gelangt zum Ergebnis, daß die unmethodische Arbeit inhaltlich wie stilistisch unzureichend sei, und darum sei sie auch durchweg ungünstig kritisiert worden. Chołodecki war zwar Mitglied der literarischen Sektion des Komitees, gehörte aber, wie er betont, nicht der Jury an und nahm auch an der Sitzung nicht teil, in der Rawita Gawroúski der Preis (1000 Kronen) zuerkannt wurde. C.

Der polnische Historiker Jan Jakubowski arbeitet an einer Geschichte der Stadt Nieśwież und des Majorats der Fürsten Radziwill, die anläßlich des bevorstehenden vierhundertjährigen Jubiläums des Majorats erscheinen wird. C.

„Istoriko-kulturnyj atlas" ist ein im Verlage von V. S. Kul'ženko (in Kiev?) erschienener Bilderatlas zur russischen Kulturgeschichte betitelt, den Professor M. V. Dovnar-Zapol'skij redigiert hat. Der Text rührt von N. V. Polonskaja her. Ein eingehendes Verzeichnis der benutzten Literatur zeigt, daß die Ergebnisse der neuesten Forschungen berücksichtigt sind. Der vor allem für die Schule bestimmte Atlas enthält auf 42 Blättern über 500 Abbildungen, von denen einige farbig sind. Die Steinzeit und die Bronzezeit sind berücksichtigt, griechische, skythische, finnische, gotische und litauische Altertümer, auch die der Wolgabulgaren und der Chazaren sind vertreten. Der Atlas füllt eine große Lücke aus. Er kostet 2 Rbl. 50 Kop. C.

Der Universität Lemberg ist geschenkweise eine große,

über 5000 Stück zählende Sammlung von polnischen Siegeln überwiesen worden. Ihr Entstehen verdankt die Sammlung dem verstorbenen Professor an der Kunstschule in Warschau Boleslaw Podczaszyński. Sie enthält Amts-, Korporations- und Privatsiegel und beginnt mit dem 11. Jahrhundert. J. P.

Der Lemberger Rechtshistoriker Oswald Balzer hielt am 3. Mai d. J. in der Festsitzung der Kaiserlichen Akademie der Wissenschaften zu Krakau einen Vortrag aus dem Gebiet der polnisch-litauischen Unionsbestrebungen, und zwar über die Union zu Horodło. Da bis jetzt nur Auszüge aus der Darstellung veröffentlicht worden sind, so werden wir nach der Drucklegung des ganzen Vortrages über ihn berichten. J. P.

Der Geistliche Paul Czaplewski legte am 5. Mai 1913 in der Sitzung der historisch-literarischen Sektion des Posener „Towarzystwo Przyjaciół Nauk“ eine Arbeit vor „Ährenlese von Danziger Uchanscianen“, in der er auf Grund von Forschungen in dem Danziger Stadtarchiv beachtenswerte Ergänzungen bringt zu der großen Publikation von Teodor Wierzbowski „Uchansciana“ über den polnischen Primas Uchański. Dieser nahm inmitten der Reformationsbestrebungen in Polen eine stark schwankende Stellung ein. Czaplewski berührte hauptsächlich Uchańskis wirtschaftliche Wirksamkeit in Pomerellen und sein Verhalten in religiösen Dingen gegenüber der Stadt Danzig aus der Zeit, in der er vor dem Antritt des Primatialsitzes in Gnesen Kujavischer Bischof (1557 bis 1565) war. J. P.

Der hochbetagte und geistig ungemein rüstige Vorsitzende der wissenschaftlichen Gesellschaft (Towarzystwo Naukowe) in Warschau Alexander Jabłonowski, dessen statistisch-geographisch-historische Forschung seit mehreren Jahrzehnten fast ausschließlich dem polnischen Anteil Kleinrußlands gewidmet ist, wurde von der Royal Historical Society zum Ehrenmitglied ernannt. J. P.

Kazimierz Maryan Morawski, Ze studyów nad epoką saską. — Aus Studien über die sächsische Epoche. Krakau 1903, 45 S. Morawski hat hier drei kleine Beiträge, die er vordem in der Krakauer Monatsschrift Przegląd Polski veröffentlicht hat, zu einem Sonderdruck vereinigt. Der erste Aufsatz ist ein Beitrag zur Charakteristik und zur Biographie der beiden Könige aus dem Sachsengeschlecht, August II. und August III. (S. 1—22). Es folgt ein auf Grund von handschriftlichen Quellen aufgesetztes Essai über den lebenslustigen Feldmarschall Grafen Jakob Heinrich v. Flemming (S. 23—32), und den Schluß macht eine kleine Untersuchung über den Fürsten Alexander Josef Sułkowski, in der Morawski den im Februar 1738 erfolgten Fall des Fürsten aus allgemeinen politischen Gegensätzen erklärt. J. P.
